

# Informationen

268 *zur politischen Bildung / izpb*



*Überarbeitete Neuauflage 2013*



## USA – Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft

## Inhalt

<b>Von den Kolonien zur geeinten Nation</b> .....	<b>4</b>
Kolonialzeit .....	4
Revolution und Unabhängigkeitskrieg .....	10
Zeit der Expansion .....	13
Nord-Süd-Konflikt .....	16
Sozialkonflikte der Gründerzeit .....	20
<b>Weg zur Weltmacht 1898 bis 1945</b> .....	<b>22</b>
Erster Weltkrieg .....	23
Zwischenkriegszeit .....	24
Zweiter Weltkrieg .....	26
<b>Kalter Krieg von 1945 bis 1989</b> .....	<b>28</b>
Anti-Kommunismus und Wohlstand .....	29
Zwischen Reform und Protest .....	31
Vietnam-Krieg .....	35
Gesellschaftskrise in den 1970er-Jahren .....	36
Konservative Wende 1980 .....	38
<b>Aufbruch in eine „Neue Weltordnung“</b> .....	<b>40</b>
Generationswechsel im Weißen Haus .....	40
Neue globale Herausforderungen .....	43
Die Ära Obama .....	47
<b>Die US-amerikanische Wirtschaft</b> .....	<b>50</b>
Der Staat in der Wirtschaft .....	51
Die Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise .....	55
Die US-Wirtschaft nach der Krise .....	58
Die USA in der Weltwirtschaft .....	69
Ausblick .....	73
<b>Gesellschaftsstruktur der USA</b> .....	<b>74</b>
Bevölkerungsentwicklung .....	74
Multiethnische Gesellschaft .....	75
Religionszugehörigkeiten .....	78
<b>Vereinigte Staaten und Deutschland</b> .....	<b>80</b>
<b>Literaturhinweise</b> .....	<b>81</b>
<b>Internetadressen</b> .....	<b>82</b>
<b>Die Autorinnen und der Autor</b> .....	<b>83</b>
<b>Impressum</b> .....	<b>83</b>





## Editorial



**I**n den vergangenen 13 Jahren hat das deutsch-amerikanische Verhältnis Höhen und Tiefen durchschritten:

2001 weckten die Terroranschläge auf New York und Washington, denen über 3000 Menschen zum Opfer fielen, in Deutschland großes Mitgefühl und „uneingeschränkte Solidarität“, die auch in der Beteiligung am Militäreinsatz in Afghanistan ihren Ausdruck fand. Deutlich distanzierter reagierten die Bundesregierung und weite Teile der deutschen Öffentlichkeit 2003, als US-Präsident George W. Bush um Gefolgschaft für seine „Koalition der Willigen“ im Krieg gegen den Irak warb. Mit dem Amtsantritt Präsident Barack Obamas wiederum waren nicht nur in Deutschland große Hoffnungen verbunden. Diese sind – spätestens im Zuge der NSA-Affäre um die weltweiten US-amerikanischen Spionageaktivitäten – einer eher nüchternen Einschätzung gewichen.

Egal, in welche Richtung das Pendel ausschlägt, unvermindert hoch bleibt die Intensität des Interesses, das in Deutschland den Vereinigten Staaten von Amerika entgegengebracht wird. Dieses Interesse gilt nicht nur der Weltmacht und führenden Wirtschaftsmacht. Vielmehr ist es Ausdruck einer durch Jahrzehnte gefestigten Verbundenheit, der transatlantischen Wertegemeinschaft sowie gemeinsamer kultureller und mentaler Prägungen.

Bei aller Gemeinsamkeit gibt es indes Besonderheiten, die in der Historie der USA wurzeln, aus ihrer geografischen Lage erwachsen, ihrer Rolle als Weltmacht sowie ihrer aktuellen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation geschuldet sind.

Das Wissen um diese Spezifika verhilft zu einem vertieften Verständnis und zu differenzierten Einschätzungen, die den sich verändernden Realitäten gerecht werden, sowie zu einer Einschätzung der Handlungsspielräume, die den USA künftig zur Verfügung stehen könnten.

Die völlig neu überarbeitete Heftausgabe legt zunächst den Fokus auf vier Jahrhunderte chronologisch und anschaulich erzählter Geschichte. Der Spannungsbogen reicht von der Besiedlung und Gründung der USA bis zur Präsidentschaft Barack Obamas. Deutlich werden die Prinzipien und ideellen Grundlagen, die den Aufstieg des jungen Staatswesens begleiteten, aber auch die Konflikte und Zerreißproben, vor die es sich gestellt sah.

Einen weiteren Schwerpunkt setzt das Kapitel zur Wirtschaft. Zahlengestützt analysiert es die aktuelle Situation nach der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008, erklärt deren Ursachen und Folgen und thematisiert die wachsende Ungleichheit innerhalb der US-amerikanischen Gesellschaft. Mit dem Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft wird eine der prägnantesten inneramerikanischen Streitfragen beleuchtet und schließlich aus der Summe der vorgelegten Erkenntnisse eine vorsichtige Prognose für die künftige ökonomische Entwicklung abgeleitet.

Das Gesellschaftskapitel greift die zentrale Frage der Bevölkerungsentwicklung auf und konzentriert sich anschließend auf zwei Bereiche, die für den Zusammenhalt der US-amerikanischen Bevölkerung konstitutiv sind: das Zusammenleben und die Entwicklung der ethnischen Gruppierungen sowie die Religiosität, die für viele Menschen in den USA einen hohen Stellenwert hat.

Zum Ausklang werden Werthaltungen und Stereotype miteinander verglichen, die Deutsche und Amerikaner sowie ihre wechselseitige Wahrnehmung prägen.

Christine Hesse

Jörg Nagler

## Von den Kolonien zur geeinten Nation

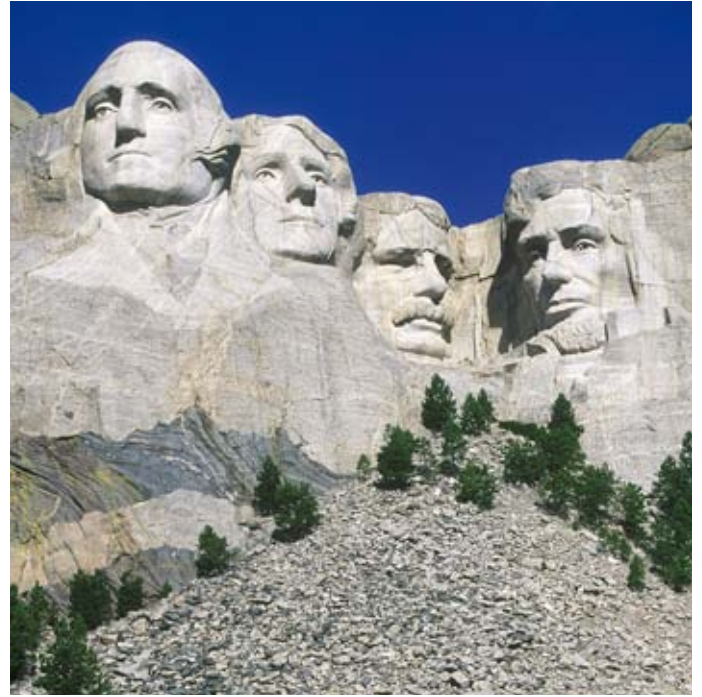
*Die „heilsame Vernachlässigung“ der englischen Kolonien Nordamerikas durch das Mutterland fördert deren staatliche Unabhängigkeit. Einwanderungswellen treiben die kontinentale Expansion voran, doch innere Konflikte gefährden immer wieder die Einheit der jungen Nation.*

Der Aufstieg der ehemals an der Peripherie des englischen Weltreiches gelegenen nordamerikanischen Kolonien zur Groß- und Weltmacht des 20. Jahrhunderts ist ein einzigartiges Phänomen der neuesten Geschichte.

Die Vereinigten Staaten von Amerika wagten mit ihrer Gründung 1776 das älteste demokratische „Experiment“ der Neuzeit. Sie schufen sich ein politisches System, das sich neuen Gegebenheiten und gesellschaftlichen Entwicklungen immer wieder flexibel anpassen wusste. Bereits zum Ende des 19. Jahrhunderts überflügelte ihre landwirtschaftliche und industrielle Produktion die der anderen Industrienationen. Durch ihre für den Ausgang jeweils entscheidende Beteiligung an den beiden Weltkriegen stiegen sie zur Weltmacht auf, die wirtschaftlich und militärisch nach wie vor die Führungsrolle innerhalb der westlichen Vertrags- und Bündnisssysteme einnimmt. Diese Entwicklung haben die USA nicht nur dem Zerwürfnis der europäischen Staaten zu verdanken, sondern auch ihrer eigenen inneren politischen und wirtschaftlichen Beschaffenheit. 50 Millionen Einwanderer, die dem Land eine starke Innovationskraft und Vitalität verliehen, trugen ebenso dazu bei wie reichliche Rohstoffvorkommen.

### Kolonialzeit

Das Zeitalter der Entdeckungen und Erfindungen löste die europäische Expansion nach Übersee aus: Die spanische, französische wie auch die englische Krone entsandten um 1500 herum Expeditionen zur Erschließung der Neuen Welt und leiteten daraus in der Folge verschiedene Machtansprüche ab, die unweigerlich ein Konfliktpotenzial entstehen ließen. Im Jahre 1507 benannte der deutsche Kosmograf Martin Waldseemül-



Das Nationaldenkmal am Mount Rushmore in South Dakota würdigt US-Präsidenten von Bedeutung für das Werden der Nation: George Washington, Thomas Jefferson, Theodore Roosevelt und Abraham Lincoln (v. l. n. r.).

ler den neuen Kontinent nach dem florentinischen Seefahrer Amerigo Vespucci, bekannt durch seine Erkundungsfahrten an den Küsten Südamerikas zwischen 1499 und 1502.

Der spanische Entdecker Juan Ponce de León erforschte im Jahre 1513 die Ost- und Westküsten Floridas; zwischen 1539 und 1543 erkundete sein Landsmann Hernando de Soto, Gouverneur von Kuba, das Land nördlich des Golfs von Mexiko; parallel dazu fand der Spanier Francisco de Coronado von Mexiko aus auf der vergeblichen Suche nach Goldvorkommen seinen Weg in das heutige New Mexico. Spanier waren es auch, die 1565 mit St. Augustine im Norden Floridas die erste dauerhafte Niederlassung auf dem Gebiet der zukünftigen Vereinigten Staaten gründeten.

Der spätere französische Besitzanspruch auf das Gebiet entlang dem St. Lorenz-Golf und dem gleichnamigen Strom bis in die Gegend von Québec und Montréal basierte wiederum auf den drei Reisen des französischen Seefahrers Jacques Cartier zwischen 1534 und 1543, während die englischen Ansprüche auf Teile Nordamerikas sich von den Erkundungsfahrten des in englischen Diensten stehenden italienischen Seefahrers John Cabot (eigentlich Giovanni Caboto) ableiteten, der 1497 zunächst die Küste Neufundlands und ein Jahr später auch Teile des nordamerikanischen Festlandes erforschte.

Die englischen Koloniegründungen in Nordamerika unterschieden sich grundlegend von denen Spaniens und Frankreichs in Mittel- und Südamerika. Während dort die jeweiligen Königshäuser die Eroberung der neuen Territorien veranlassten und finanzierten, war die englische Krone an der Erschließung der Kolonien nur mittelbar beteiligt: Sie vergab lediglich Privilegien und Freibriefe (*charters*) an private Handelsgesellschaften, die eigenständig die Organisation der Besiedlung übernahmen. Damit entwickelte sich bei den Siedlern von Anfang an ein Gefühl der Selbstständigkeit. Seinen institutionellen Ausdruck fand dies in von Grundbesitzern und Steuerzahlern gewählten Selbstverwaltungsorganen, die aus Unterhäusern (*assemblies*) und Oberhäusern (*senates*) bestanden.

Die fast 150 Jahre währende „heilsame Vernachlässigung“ (*salutary neglect*) durch das Mutterland förderte den Impuls zur Loslösung und schließlich zur Unabhängigkeit von England während der Amerikanischen Revolution in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Die 13 Kolonien, die sich dann von Georgia bis New Hampshire zu einem Bund zusammenschlossen, wiesen von Anbeginn ausgeprägte regionale Besonderheiten auf und wurden bereits unter teils sehr unterschiedlichen Vorzeichen gegründet.

## Süden

Die nach der „jungfräulichen“ Königin Elisabeth I. benannte englische Kolonie Virginia wurde aus kommerziellen Interessen gegründet: Gold, Gewürze und der vermutete Zugang nach Indien über die legendäre Nordwestpassage zogen Abenteurer, Kaufleute und Aktionäre der *London Company* an. Sie errichteten 1607 an der Chesapeake Bay die erste dauerhafte englische Niederlassung in Nordamerika mit Namen Jamestown. Das Überleben dieser Kolonie schien anfangs sehr unsicher: Die Malaria führte zu hohen Sterblichkeitsraten, geeignete Exportprodukte fehlten, weder die vermuteten Goldvorkommen noch der Seeweg nach Indien ließen sich finden. Erst die Einführung des Tabakanbaus 1612 zog Kapital und Arbeitskräfte an; auch der Anreiz privaten Landbesitzes verstärkte im Mutterland den Wunsch, in die Neue Welt auszuwandern.

Als im Jahr 1619 ein holländisches Schiff mit 20 Afrikanern an Bord in Jamestown landete, begann ein schwieriges Kapitel der US-amerikanischen Historie, das bis in die Gegenwart durch ethnische Konflikte geprägt ist – die Geschichte des schwarzen Amerikas.

Zunächst waren die Afrikaner in etwa gleichgestellt mit den weißen Schuldknecchten, die die Vorbezahlung ihrer Schiffspassage im Zeitraum einiger Jahre abdieneen mussten. Neben ihnen gab es bald auch verschleppte oder zwangsdeportierte Häftlinge aus England. Erst durch den wachsenden Arbeitskräftemangel setzte sich dann das institutionell verankerte System der Sklaverei durch, das im Mutterland England nicht existierte und einen Menschen



akg-images / North Wind Picture Archives

Ein konflikträchtiges Kapitel in der Geschichte Nordamerikas beginnt mit der Ankunft afrikanischer Sklaven in Jamestown, Virginia 1619. Holzschnitt (19. Jh.)

gleichsam zur Ware erklärte (*chattel slavery*). Etwaige moralische Skrupel suchten die Sklavenbesitzer durch Zitate aus dem Alten Testament zu zerstreuen, in denen die Sklaverei als legitimiert erschien. Als gegen Ende des 17. Jahrhunderts vermehrt Menschen aus Afrika in die Kolonien Virginia und Maryland gebracht wurden, war die Sklaverei dort fest verankert und rechtlich kodifiziert.

Um 1700 betrug die Anzahl der ansässigen Sklaven bereits 20 000, was etwa 20 Prozent der dortigen Gesamtbevölkerung entsprach. Auch in den später gegründeten Carolinas (ab 1663) wurden zunehmend Sklaven zur Arbeit eingesetzt. South Carolina mit seinen großen Reisplantagen und dem Ausfuhrhafen Charleston begann dadurch bald wirtschaftlich zu florieren.

## Wie kam Amerika zu seinem Namen?

Dass ein aus Freiburg im Breisgau stammender Kartograf (gegen seinen Willen) den amerikanischen Kontinent nach einem italienischen Kaufmann (ohne dessen Wissen) benannt hat, gehört zu den Eigentümlichkeiten der Entdeckungsgeschichte der Neuen Welt. Martin Waldseemüller hatte 1507 eine Beschreibung der Reisen des „Amerigo“ unter dem Titel „*Cosmographiae Introductio*“ herausgegeben. Amerigo Vespucci, der in den Diensten der florentinischen Bankiersfamilie Medici stand, war zwischen 1497 und 1504 mehrfach über den Atlantik nach Südamerika gereist. Seine Reisebeschreibungen trugen wesentlich zur Verbreitung der gelehrten Einsicht bei, dass sich zwischen

Asien und Europa nicht nur einige Inseln, sondern eine „neue Welt“ befände („*Mundus Novus*“ war der Titel von Vespuccis zweiter Reisebeschreibung).

Zusammen mit dem humanistischen Poeten Matthias Ringmann veröffentlichte Waldseemüller im Jahr 1507 in Frankreich eine zwölfteilige Weltkarte. Diese Karte war ein drucktechnisches Meisterwerk von zweieinhalb Metern Länge und enthielt zudem eine „Einführung in die Weltbeschreibung“, in der Waldseemüller vorschlug, das neu entdeckte Land (Südamerika, nicht Nordamerika!) nach dessen vermeintlichem Entdecker „Land des Americus“ oder – in Analogie zu den „Frauennamen Europa und Asien“ – „America“ zu nennen.

Die Veröffentlichung sorgte im frühen 16. Jahrhundert für enormen Aufruhr, da die Auffassung von Claudius Ptolemäus,

dass es nur drei Kontinente gäbe, noch immer unbestritten war. Als Waldseemüller bald nach der Erstveröffentlichung der Karte erkannte, dass er die Entdeckung des neuen Kontinents fälschlich dem „Amerigo“ zugeschrieben hatte, betitelte er den Kontinent in der Neuauflage der Weltkarte wieder mit „*terra incognita*“. Die 1000-fach gedruckte Karte, von der nur ein einziges Exemplar überlebt hat (seit 2003 befindet sich dieses in der Kongressbibliothek in Washington D.C., seit 2005 ist es UNESCO-Weltkulturerbe), war in der Zwischenzeit schon so weit verbreitet, dass Amerika der Name für den neu entdeckten Kontinent blieb.

Christof Mauch, *Die 101 wichtigsten Fragen. Amerikanische Geschichte*, Verlag C. H. Beck, München 2008, S. 15f.



Die Gesellschaft dieser südlichen Kolonien, deren Population am Vorabend der Amerikanischen Revolution (zu Beginn der 1760er-Jahre) einschließlich ihrer Sklaven etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung der englischen Festlandskolonien ausmachte, war noch fest im Ständedenken verhaftet. Eine kleine Schicht von Großpflanzern gab den Ton an, allen voran die sogenannte Virginia-Aristokratie, ein Netzwerk einflussreicher, gebildeter und vermögender Angehöriger der Oberschicht. Soziale Spannungen zwischen diesen Eliten und der weißen Mittel- und Unterschicht existierten zwar, kamen aber nur selten zum Ausbruch – nicht zuletzt durch die Präsenz der vielen Sklaven, die sich auf Sozialkonflikte innerhalb der weißen Bevölkerung eher mildernd auswirkte.

## Neuengland

Bei der anschließenden Besiedlung der nördlichen Kolonien in Neuengland (des Gebiets der heutigen Bundesstaaten Massachusetts, Connecticut, Rhode Island, New Hampshire, Vermont und Maine) standen anders als im Süden nicht vornehmlich wirtschaftliche, sondern religiöse und gesellschaftspolitische Motive im Vordergrund. 1620 setzten die sogenannten Pilgerväter (*Pilgrim Fathers*), die England ihres Glaubens wegen hatten verlassen müssen, ihren Fuß auf den Boden von Cape Cod, der dem heutigen Boston vorgelagerten Halbinsel. Noch an Bord ihres Schiffes „*Mayflower*“ hatten 41 der 101 Passagiere am 11. November jenes Jahres einen Vertrag geschlossen, der als *Mayflower Compact* in die Geschichte der USA einging und die Regierungsform ihrer künftigen Kolonie definierte. Er schrieb einen religiösen und politischen Selbstverantwortungsanspruch fest, der die Mitglieder „gemeinsam im Bund mit Gott“ zum Zusammenhalt verpflichtete. Die *pilgrims*, eine Splittergruppe der Puritaner, jener kirchlichen und teilweise auch sozialen Protestbewegung innerhalb des englischen Protestantismus des 16. und 17. Jahrhunderts, wollten die Anglikanische Hochkirche (*Church of England*) von den etablierten Hierarchien und Riten „reinigen“ und allein die Bibel als Grundlage menschlichen Handelns akzeptieren.

Gegenüber Andersdenkenden herrschte wenig Toleranz. Kirchenzugehörige galten als „Erwählte“, und nur sie hatten das Wahlrecht, eine Praxis, die bis 1691 aufrechterhalten wurde.

Gleichwohl führten die Puritaner mit der Selbstverwaltung einer jeden Siedlung (*local self-government*) und jeder einzelnen Gemeinde (*congregationalism*) auch fortschrittliche politische Institutionen ein.

Die seit 1629 mit einem königlichen Freibrief ausgestattete *Massachusetts Bay Company* beauftragte den Puritaner John Winthrop (1588-1649) mit der Errichtung neuer Siedlungen. Er gründete unter anderem die Stadt Boston, in der Überzeugung, dass seine Kolonie für die weltweite Christenheit als „Neues Jerusalem“ Vorbildcharakter bekommen würde. Diese Art von religiös und politisch unterlegtem Sendungsbewusstsein hatte im weiteren Verlauf der Geschichte erheblichen Einfluss auf die Ausprägung einer spezifisch US-amerikanischen Identität. „Müßiggang“ wurde als Sünde verdammt, und die religiöse Unterweisung stand im Mittelpunkt der bürgerlichen Bildung. Es entstanden viele entsprechend ausgerichtete Schulen, darunter auch das 1636 gegründete Harvard. Zutiefst von der Sündhaftigkeit des Menschen überzeugt und durch ihre Erfahrung in England geprägt, misstrauten die Puritaner generell der Macht, da Menschen ihres Erachtens unweigerlich zu deren Missbrauch und zu Korruption neigten. Daraus erklären sich die bis heute tief sitzende amerikanische Skepsis gegenüber der Staatsmacht sowie die Betonung demokratischer Werte und der Rechte des Individuums.

Allein bis 1640 kamen über 20 000 Puritaner in die Region der Massachusetts Bay. Anders als die Pilgerväter hielten sie wirtschaftlichen Erfolg für ein Zeichen der Gnade Gottes. Gepaart mit Ehrgeiz und Wohlstandsstreben führte diese Auffassung sehr rasch zur Prosperität. Es entstand ein puritanisches Gemeinwesen mit einer Staatskirche, die Andersdenkende und Dissidenten wie Roger Williams (1603-1683) und Anne Hutchinson (1591-1643) wiederum ins Exil trieb. Beide gründeten daraufhin 1636/38 die Kolonie Rhode Island, wo die strikte Trennung von Kirche und Staat eingeführt wurde.

Das erste in der Neuen Welt begangene Erntedankfest (*Thanksgiving*) im Herbst 1621 sollte die Beziehung zwischen den Siedlern und der amerikanischen Urbevölkerung (*Native Americans*) festigen. Die angestrebte und öffentlich bekundete Harmonie war indessen nur von kurzer Dauer. Wie auch in Virginia kam es ab 1622 in Neuengland zu gewalttätigen Konfrontationen zwischen den europäischen Einwanderern und den amerikanischen Ureinwohnern, in deren Verlauf diese fast gänzlich ausgerottet wurden.



ullstein bild – The Granger Collection

Noch an Bord ihres Schiffes, vor der Küste Neuenglands, bekunden die Pilgerväter im *Mayflower Compact* am 11. November 1620 ihre Absicht, ihr künftiges Gemeinwesen auf eigene Gesetze, Gleichheit und Gerechtigkeit zu gründen.



ulstein bild - TopFoto

Das erste Thanksgiving-Fest der Pilgerväter in Plymouth im Herbst 1621. Es soll gemäß der Überlieferung gemeinsam mit Ureinwohnern begangen worden sein, als Dank für deren Überlebenshilfe in der Neuen Welt.

## Mittelatlantik

Während die südlichen und neuenglischen Kolonien in religiöser, politischer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht zum überwiegenden Teil englisch geprägt waren, entwickelte sich seit den 1640er-Jahren in den sogenannten Mittelatlantik-Kolonien eine größere Vielfalt euro-amerikanischen Kulturlebens. So hatten Niederländer an den Flüssen Hudson und Delaware Handelsstützpunkte errichtet, um mit den dort ansässigen Ureinwohnern einen lukrativen Pelzhandel zu betreiben. Auf diese Weise entstand die Kolonie „Neu-Niederlande“ mit ihrem Seehafen Neu-Amsterdam auf der Insel Manhattan, die die Niederländer den Ureinwohnern für 50 Gulden abgekauft hatten. Skandinavier prägten durch die Einführung der Blockhütte das typische architektonische Bild der Pionierzeit in dieser Region. Während des zweiten britisch-niederländischen Seekrieges (1664-1667) wurde das Gebiet dann von den Engländern erobert und dem Herzog von York, Bruder des englischen Königs Charles II., als Lehen übergeben: Aus Neu-Niederlande wurde New York und aus Neu-Amsterdam New York City.



Vorbild für die Mehrzahl der amerikanischen Städte ist der schachbrettartige Grundriss Philadelphias von 1682, hier auf einer historischen Karte von 1776.

Eine gänzlich andere Form der Koloniegründung stellte Pennsylvania dar, das die englische Krone 1681 dem Quäker William Penn als Lehen überließ. Seine im 17. Jahrhundert in England gegründete Religionsgemeinschaft besaß eine ausgesprochen philanthropische Ausrichtung und hat sich im weiteren Verlauf der amerikanischen Geschichte in vielen Bereichen der Gesellschaft sozial engagiert. Penn, der die Koloniegründung als „heiliges Experiment“ betrachtete, gründete im Jahr darauf am Zusammenfluss von Delaware und Schuylkill River die Hauptstadt Philadelphia. Ihr schachbrettartig angelegtes Straßennmuster wurde zum Vorbild für die meisten US-amerikanischen Städte. Anders als die Puritaner glaubten Penn und seine Glaubensbrüder an „das Gute im Menschen“ und hegten eine optimistische Zukunftserwartung – eine Sichtweise, die geistesgeschichtlich für die Vereinigten Staaten letztlich ebenso prägend wurde wie der puritanische Skeptizismus.

Zur ersten Einwanderergeneration gehörten auch 13 deutsche Mennoniten-Familien aus Krefeld, die 1683 mit dem Schiff „Concord“ unter der Leitung des Theologen Franz Daniel Pastorius in Pennsylvania eintrafen. Seitdem gab es eine kontinuierliche deutsche Einwanderung in diese Region. Am Vorabend der Amerikanischen Revolution betrug der deutsche Bevölkerungsanteil Pennsylvanias immerhin ein Drittel, in allen 13 Kolonien durchschnittlich rund zehn Prozent. Um 1700 wurde die gesamte Kolonialbevölkerung auf 250 000 Menschen geschätzt. Mit rapider Wachstumstendenz verdoppelte sie sich nahezu alle 20 Jahre und belief sich 1760 auf 1,6 Millionen. Im Jahr der Unabhängigkeitserklärung (1776) war sie schließlich auf 2,5 Millionen (darunter 20 Prozent Sklaven) angewachsen.

## Spannungen mit England

Bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts dachten und fühlten die Kolonisten überwiegend englisch. Innerhalb von 20 Jahren sollte sich dies so fundamental ändern, dass sie zu „Amerikanern“ wurden. Die Ursachen für diesen Prozess waren komplex und lagen sowohl in den Kolonien als auch im Mutterland.

Der sogenannte *French and Indian War* (1754-1763), die amerikanische Variante des Siebenjährigen Krieges, in dem sich Franzosen mit verschiedenen indigenen Stämmen gegen die Engländer verbündeten, begrenzte im Ergebnis das französische Vordringen von



Kanada aus in das Ohio-Tal. Das siegreiche britische *Empire* konnte 1763 im Frieden von Paris die Existenz des französischen Kolonialreiches in Nordamerika beenden. Danach versuchte England, seine hohe Staatsverschuldung zumindest teilweise durch Steuern aus den nordamerikanischen Kolonien zu decken. Da die Sicherheit der englischen Siedler an den Siedlungsgrenzen – der *frontier* – durch vermehrte Übergriffe von Ureinwohnern zunehmend gefährdet wurde, entschloss sich London zur Entsendung von Schutztruppen nach Nordamerika. Allerdings war auch diese Stationierung mit erheblichen Kosten verbunden, die wiederum teilweise die Kolonisten tragen sollten. Ferner wurde in London beschlossen, einen Teil dieser Soldaten in privaten Haushalten einzuquartieren. Ein weiterer, in den Augen der Kolonisten recht unpopulärer Schritt war es, das Gebiet jenseits der Appalachen von der „weißen“ Besiedlung auszuschließen, wovon sich England die endgültige Befriedung der Grenze zwischen Siedlern und Ureinwohnern erhoffte.

Entscheidend für das weitere Verhältnis zwischen Kolonien und Mutterland wurde ein Wandel in Englands Vorstellung von imperialer Kontrolle. Nachdem es durch den Siebenjährigen Krieg seine nordamerikanischen Besitzungen nahezu verdoppelt hatte, vollzog England einen allmählichen Übergang vom kommerziellen zum territorialen Imperialismus. Es wollte die Kolonien nicht mehr nur aus Handelsperspektive regieren, sondern auch mit Blick auf ihre Bevölkerungsstärke und die damit einhergehenden potenziellen Finanzerträge.

Just zu dem Zeitpunkt, als ab 1763 in den Kolonien eine Wirtschaftsrezession einsetzte, unternahm England mit dem sogenannten Zuckergesetz von 1764 den ersten Versuch, die Kolonien an den Verwaltungskosten zu beteiligen: Es belegte Genussmittel wie Wein, Kaffee, Zucker und Melasse mit Einfuhrzöllen, die hohe finanzielle Einbußen der amerikanischen Alkoholbrennereien und verschiedener anderer Branchen befürchteten ließen.

Der größte Stein des Anstoßes für die Kolonisten bestand allerdings in der Präambel des Gesetzes, die generell die angestrebte Verstärkung der imperialen Kontrolle über die Kolonien betonte. Damals offenbarten sich bereits deutlich unterschiedliche Auffassungen über die Art politischer Vertretung: Während in England nach wie vor die Ansicht herrschte, dass ein Parlamentsabgeord-

netter der Gesamtbevölkerung gegenüber Verantwortung trage, vertraten die Kolonisten aufgrund ihrer Erfahrungen in den *assemblies* die Meinung, Volksvertreter seien direkt und ausschließlich ihren Wählern verpflichtet.

## Streit um die Stempelsteuer

Einen neuen Höhepunkt erreichte der Protest der Kolonisten mit dem Stempelsteuergesetz von 1765, das eine direkte Steuer auf jedwede Art von Druckerzeugnissen, Reklame, juristische Dokumente und sogar Würfelspiele erhob. Zudem sollte zur Steuereintreibung in den Kolonien eine britische Bürokratie aufgebaut werden. Dies erregte die Gemüter besonders und wurde als Versuch Englands interpretiert, den Kolonisten seine Autorität aufzuzwingen. Kaufleute, Rechtsanwälte und Journalisten aus Boston, Philadelphia und New York, die besonders hart von der neuen Steuer betroffen waren, organisierten daraufhin einen wirkungsvollen Importboykott englischer Waren. Parallel dazu kam es zu spontanen Massendemonstrationen, in deren Verlauf britische Steuerbeamte geteert und gefedert wurden.

Die *assembly* von Virginia verabschiedete schließlich eine Resolution, nach der nur eine repräsentative Versammlung der Kolonien das Recht beanspruchen könne, ihre Bürger zu besteuern. „*No taxation without representation*“ (keine Besteuerung ohne politische Repräsentanz) war das Motto des kolonialen Widerstandes. Eine „Anti-Stempelsteuergesetz-Versammlung“, ein interkolonialer Kongress, der als erster Schritt zur Revolution angesehen werden kann, tagte im Oktober 1765 mit Vertretern aus neun Kolonien in New York.

Obwohl die englische Regierung danach bereit war, das umstrittene Steuergesetz außer Kraft zu setzen, verfolgte sie doch weiter ihr Vorhaben, die Kolonien fester in das *Empire* einzubinden und die Autorität von König und Parlament durchzusetzen. So entbrannte aus der Auseinandersetzung um ein Steuergesetz der fundamentale Konflikt zwischen Mutterland und Kolonisten, die auf ihren während der „heilsamen Vernachlässigung“ entwickelten Rechten beharrten.

## Weg in den Widerstand

Bald kam es zu erneuten Einfuhrzöllen, zum Beispiel auf Farbe, Papier und Tee, und 1770 im Verlauf einer Auseinandersetzung zwischen Kolonisten und britischen Soldaten zum sogenannten Bostoner Massaker, bei dem fünf Zivilisten getötet wurden. Zwar traten die Engländer daraufhin vom Teezoll und von ihren sonstigen Ansprüchen zurück, doch der gewachsene Unmut der Kolonialbevölkerung entlud sich schließlich in der sogenannten *Boston Tea Party* im Dezember 1773, bei der als Indianer verkleidete Kolonisten die wertvolle Teeladung dreier Schiffe in das Bostoner Hafenbecken kippten.

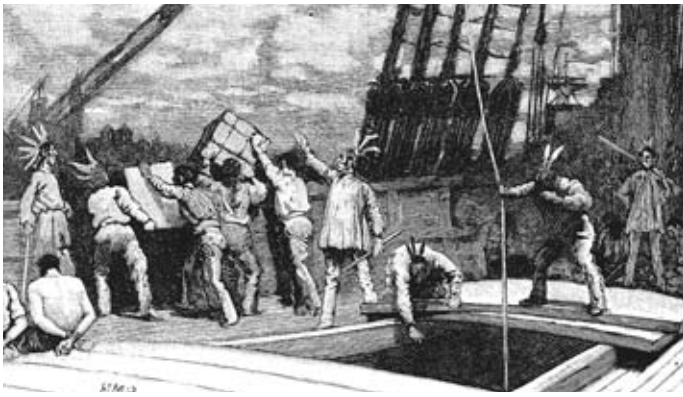
Gegen die angedrohten Strafmaßnahmen des Mutterlandes organisierte sich umgehend eine gut koordinierte interkoloniale Widerstandsbewegung, die für September/Oktober 1774 den „Ersten Kontinentalkongress“ in Philadelphia einberief, zu dem alle Kolonien Delegierte entsandten. Der Kongress beschloss die Einstellung des Handels mit dem Mutterland, worauf König Georg III. und das englische Parlament im Februar 1775 erklärten, dass sich die Kolonien nunmehr in einer offenen Rebellion befänden, eine Verstärkung der britischen Truppen vor Ort anordneten und den Befehl erteilten, aufrührerische Kolonisten umgehend zur Rechenschaft zu ziehen. Diese begannen ihrerseits, Milizen zu organisie-



ulstein bild – The Granger Collection

Am 22. März 1765 erlässt das britische Parlament ein Gesetz, wonach sämtliche Papiererzeugnisse, Würfel- und Kartenspiele der amerikanischen Kolonien mit Stempelmarken versehen und besteuert werden müssen.





Aus Protest gegen britische Zölle werfen als Indianer verkleidete Bürger am 26. Dezember 1773 Teepakete ins Hafenbecken. Holzschnitt aus dem 19. Jh.

ren sowie Waffen und Munition zu sammeln. Nur wenige Wochen darauf, im April 1775, kam es bei Lexington und Concord in Massachusetts zu ersten militärischen Auseinandersetzungen zwischen Kolonisten und Engländern.

### Gedanken über den gegenwärtigen Zustand der amerikanischen Angelegenheiten (Auszüge)

[...] Ich habe gehört, daß einige behauptet haben, Amerika habe unter seiner früheren Verbindung mit Großbritannien geblüht. Daher sei die gleiche Verbindung für sein zukünftiges Glück notwendig und werde immer den gleichen Effekt haben.

Nichts kann irreführender sein als so ein Argument. Wir könnten ebenso gut behaupten, daß, weil ein Kind mit Milch gedeihen konnte, es niemals Fleisch brauchte oder daß die ersten zwanzig Jahre unseres Lebens die nächsten zwanzig Jahre bestimmen müßten.

Aber auch dies heißt mehr zugeben als wahr ist, denn ich antworte geradeheraus: Amerika hätte ebenso viel und wahrscheinlich noch viel mehr geblüht, wenn keine europäische Macht irgend etwas mit ihm zu tun gehabt hätte. Der Handel, durch den es reich geworden ist, entspricht den Lebensbedürfnissen und wird immer einen Markt finden, solange das Essen in Europa Sitte ist.

Aber England hat uns beschützt, sagen einige.

Daß es uns beanspruchte, ist wahr; und daß es den Kontinent auf unsere wie auf seine eigenen Kosten verteidigte, ist zugegeben; aber es würde auch die Türkei aus den gleichen Motiven verteidigt haben, nämlich zum Nutzen des Handels und der Herrschaft. [...]

Wir haben uns des Schutzes Großbritanniens gerühmt ohne zu bedenken, daß sein Motiv Eigennutz und nicht Zuneigung war; daß es uns nicht vor unseren Feinden um unsretwillen, sondern vor seinen Feinden um seinetwillen geschützt hat, mit denen wir keinen Streit aus irgendeinem Grund hatten [...].

Laßt Britannien seinen Anspruch auf den Kontinent aufgeben oder den Kontinent die Abhängigkeit abschütteln, und wir werden in Frieden mit Frankreich und Spanien leben, wenn sie Krieg mit Britannien führen. [...]

Aber Britannien ist das Mutterland, sagen einige. [...]

Europa und nicht England ist das Mutterland Amerikas. Diese Neue Welt ist ein Zufluchtsort für die verfolgten Liebhaber der bürgerlichen und religiösen Freiheit aus jedem Teil Europas geworden. Hierher sind sie geflohen, nicht aus den zarten Umarmungen einer Mutter, sondern aus den Klauen von Ungeheuern. Und es ist im Hinblick auf England wahr, daß die gleiche Tyrannei, die die ersten Emigranten von zu Hause vertrieb, ihre Nachkommen immer noch verfolgt.

In diesem ausgedehnten Teil der Erdkugel vergessen wir die engen Grenzen von dreihundertundsechzig Meilen, den Umfang Englands, und messen unsere Freundschaft mit einem größeren Maßstab; wir erheben Anspruch auf Brüderschaft mit jedem europäischen Christen [...].

Ich verwerfe daher den Ausdruck Mutterland für England ganz, weil er falsch, selbstsüchtig, engherzig und kleinlich ist. [...]

Unser Plan ist Handel und wenn wir den gut erledigen, so wird er uns Frieden und Freundschaft ganz Europas sichern; weil es im Interesse ganz Europas ist, Amerika als Freihafen zu haben. Ihr Handel wird immer ein Schutz sein und Amerikas Unfruchtbarkeit an Gold und Silber wird uns vor Eindringlingen schützen.

Ich fordere den hitzigsten Befürworter einer Versöhnung auf, einen einzigen Vorteil aufzuzeigen, den dieser Kontinent durch die Verbindung mit Großbritannien ernten kann.

Ich wiederhole diese Herausforderung: es ergibt sich nicht ein einziger Vorteil. [...]

Aber die Schäden und Nachteile, die wir durch diese Verbindung erleiden, sind unzählig [...].

Denn jede Unterwerfung unter oder Abhängigkeit von Großbritannien tendiert dazu, diesen Kontinent in europäische Kriege und Auseinandersetzungen zu verwickeln und uns mit Nationen in Feindschaft zu bringen, die sonst unsere Freundschaft suchen und gegen die wir weder Zorn hegen noch Beschwerden haben. Da Europa unser Handelsmarkt ist, sollten wir keine partielle Verbindung mit irgendeinem seiner Teile eingehen. Es ist das wahre Interesse Amerikas, europäischen Auseinandersetzungen aus dem Weg zu gehen, was es niemals könnte, solange es in seiner Abhängigkeit von Britannien zum ausschlaggebenden Gewicht auf der Waagschale der britischen Politik gemacht würde. [...]

Thomas Paine, Common Sense, Philadelphia 1776, [www.liberliber.de/fileadmin/pdfs/ErstesBuchThomas.pdf](http://www.liberliber.de/fileadmin/pdfs/ErstesBuchThomas.pdf), S. 23ff., eingestellt und übersetzt von Detlev Albrecht

## Revolution und Unabhängigkeitskrieg

Am 4. Juli 1776 nahm der in Philadelphia tagende Kongress die von dem Juristen Thomas Jefferson aus Virginia vorbereitete Unabhängigkeitserklärung ohne Gegenstimmen (bei Enthaltung New Yorks) an. Dieses zentrale Dokument der US-amerikanischen Nationalgeschichte stellte in seiner Präambel das Vorgehen der Revolutionäre in einen weltgeschichtlichen Zusammenhang und begründete die Werte Gleichheit und Freiheit aus dem Naturrecht; die auf der Zustimmung der Regierten beruhende Regierung muss diese Rechte schützen; kommt sie ihrer Verpflichtung nicht nach, kann sie abgeschafft und durch eine neue ersetzt werden.

Zum Zeitpunkt, als die Unabhängigkeitserklärung verabschiedet wurde, war allerdings jeder sechste der insgesamt drei Millionen Einwohner der 13 Kolonien versklavt. Die Amerikanische Revolution mit ihrem Anspruch auf Gleichheit aller Menschen stellte damit ein gesellschaftliches Paradoxon dar: Auf der einen Seite war die neue Nation in vieler Hinsicht die freieste der Welt, andererseits besaß sie weltweit die meisten Sklaven. Der Kernsatz der Unabhängigkeitserklärung, „*all men are created equal*“, besaß offensichtlich keine universelle Gültigkeit. Auch die Unterzeichner der Erklärung, allen voran Thomas Jefferson (selbst ein Sklavenhalter), waren sich dieses fatalen Widerspruchs bewusst, nahmen ihn aber mit Rücksicht auf die südlichen Kolonien in Kauf. Desgleichen waren

weder die amerikanischen Ureinwohner noch Frauen in dieses Gleichheitspostulat eingeschlossen.

Nach der Präambel der Unabhängigkeitserklärung folgte eine detaillierte Auflistung der „Sünden“, die nach Meinung der Kolonisten den Herrschaftsmisbrauch des englischen Königs belegten. Abschließend wurde die Trennung vom Mutterland als ein Prozess der göttlichen Vorsehung interpretiert. In der ersten Phase des anschließend beginnenden Unabhängigkeitskrieges nahmen die britischen Truppen New York (1776) und Philadelphia (1777) ein, was eine rasche Niederlage der Kolonisten vermuten ließ. Der amerikanische Sieg von Saratoga im Staate New York im Herbst 1777 leitete jedoch eine Wende ein und veranlasste Frankreich Anfang 1778, die Vereinigten Staaten diplomatisch anzuerkennen und im Juni 1778 seinerseits England den Krieg zu erklären; dies auch in der Hoffnung, dadurch die im Siebenjährigen Krieg verlorenen Gebiete zurückzugewinnen. Der Unabhängigkeitskampf weitete sich so zu einem internationalen Konflikt aus und verschärfte sich durch das Eingreifen Spaniens und der Niederlande auf Seiten der Revolutionäre im folgenden Jahr noch weiter. Parallel dazu erlebten die Vereinigten Staaten bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen zwischen den rebellierenden „Patrioten“ und den etwa 100 000 Loyalisten, die treu zum Mutterland standen.

### **The Declaration of Independence – die Unabhängigkeitserklärung**

(4. Juli 1776, Auszüge)

*We hold these truths to be self-evident, that all men are created equal, that they are endowed by their Creator with certain unalienable Rights, that among these are Life, Liberty and the pursuit of Happiness. – That to secure these rights, Governments are instituted among Men, deriving their just powers from the consent of the governed, – That whenever any Form of Government becomes destructive of these ends, it is the Right of the People to alter or to abolish it, and to institute new Government, laying its foundation on such principles and organizing its powers in such form, as to them shall seem most likely to effect their Safety and Happiness. [...]*

*We, therefore, the Representatives of the united States of America, in General Congress, Assembled, appealing to the Supreme Judge of the world for the*

*rectitude of our intentions, do, in the Name, and by Authority of the good People of these Colonies, solemnly publish and declare, That these United Colonies are, and of Right ought to be Free and Independent States; that they are Absolved from all Allegiance to the British Crown, and that all political connection between them and the State of Great Britain, is and ought to be totally dissolved [...]*

Quelle: [http://www.archives.gov/exhibits/charters/declaration\\_transcript.html](http://www.archives.gov/exhibits/charters/declaration_transcript.html)

*Folgende Wahrheiten erachten wir als selbstverständlich: dass alle Menschen gleich geschaffen sind; dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind; dass dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören; dass zur Sicherung dieser Rechte Regierungen unter den Menschen eingesetzt werden, die ihre rechtmäßige Macht aus der Zustimmung der Regierten herleiten; dass, wenn*

*immer irgendeine Regierungsform sich als diesen Zielen abträglich erweist, es Recht des Volkes ist, sie zu ändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen und diese auf solchen Grundsätzen aufzubauen und ihre Gewalten in der Form zu organisieren, wie es ihm zur Gewährleistung seiner Sicherheit und seines Glückes geboten zu sein scheint. [...]*

*Daher tun wir, die in einem gemeinsamen Kongress versammelten Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika, [...] feierlich kund, dass diese Vereinigten Kolonien freie und unabhängige Staaten sind und es von Rechts wegen bleiben sollen; dass sie von jeglicher Treuepflicht gegen die britische Krone entbunden sind, und dass jegliche politische Verbindung zwischen ihnen und dem Staate Großbritannien vollständig gelöst ist und bleiben soll [...].*

Hartmut Wasser, *Die USA – der unbekannt Partner*, Ferdinand Schoeningh Verlag, Paderborn 1983, S. 38ff.



Noch im November 1777 hatte der nun ständig tagende Kontinentalkongress die „Artikel der Konföderation“ entworfen, mit denen sich die 13 Einzelstaaten zu einem festen Bund zusammenschließen wollten, den *United States of America*. Diesem Staatenbund sollte ein Kongress vorstehen, der autorisiert wurde, über Krieg und Frieden zu entscheiden, außenpolitische Kompetenz zu übernehmen, ein Heer und eine Flotte aufzubauen, deren Oberbefehlshaber zu ernennen und zwischenstaatliche Probleme zu lösen. Die Souveränität der Einzelstaaten sollte allerdings unangetastet bleiben. Bis März 1781 hatten alle Einzelstaaten die Artikel ratifiziert und damit ein neues Regierungssystem geschaffen.

Aufgrund der zahlenmäßigen Unterlegenheit seiner Truppen vermied Oberbefehlshaber Washington größere Schlachten und ging zu einer Art Guerillakriegführung über. Eine höhere Disziplin und eine stärkere Professionalisierung bewirkte der Umbau der Armee durch den gebürtigen Magdeburger Baron Friedrich Wilhelm von Steuben (1730-1794), der 1777 nach Nordamerika gekommen war und aufgrund seiner Erfolge zum Generalmajor der Kontinentalarmee ernannt und 1783 amerikanischer Staatsbürger wurde.

Am 19. Oktober 1781 mussten die britischen Truppen in Yorktown (Virginia) schließlich kapitulieren. Der in Paris ausgehandelte Frieden vom September 1783 erkannte die Souveränität der Vereinigten Staaten an. Spanien erhielt für seine Unterstützung Florida zurück, und England behielt Kanada, wohin viele der Loyalisten geflohen waren.

Viele Afroamerikaner hatten im Freiheitskampf ihrer weißen Herren die Möglichkeit entdeckt, sich selbst zu emanzipieren. Sie hatten entweder für die britischen Loyalisten gekämpft oder für deren amerikanische Widersacher, die Patrioten, denen 5000 von ihnen beigestanden hatten. Andere ergriffen, begünstigt durch die Wirren der Revolution, die Flucht. Auf diese Weise hatte sich die Anzahl freier Afroamerikaner nach der Revolution erheblich vergrößert, ohne dass dies allerdings zur Infragestellung des Sklavereisystems in den Südstaaten geführt hätte. 90 Prozent der dortigen afroamerikanischen Bevölkerung blieben versklavt. Für die nördlichen Staaten allerdings leitete die Revolution die Abschaffung der Sklaverei ein, die dort bis 1804 abgeschlossen sein sollte.

## Verfassungsgebung

Nach Durchsetzung der Unabhängigkeit ging es den Amerikanern darum, das Erreichte dauerhaft zu verankern und ein Auseinanderbrechen der Kriegscoalition sowie gesellschaftliche Instabilität zu verhindern. Die Harmonisierung der einzelstaatlichen Interessen und die Schaffung eines Bundesstaates waren schwierige Aufgaben für die insgesamt 55 Delegierten – darunter Benjamin Franklin, James Madison und George Washington –, die von Mai bis September 1787 in Philadelphia zusammentraten. Das Resultat war der erste moderne Entwurf einer Gesamtstaatsverfassung, die die Prinzipien der Gewaltenteilung und der Volkssouveränität gekoppelt mit dem Staatenbundprinzip einführte (zum politischen System der USA siehe „Informationen zur politischen Bildung“ Nr. 320). Nach intensiven Debatten trat die amerikanische Verfassung am 4. März 1789 in Kraft.

Zwei Jahre später wurden ihr weitere zehn Verfassungszusätze (*amendments*) angefügt, die sogenannte *Bill of Rights*, ein Grundsatzkatalog der Menschenrechte wie Religions-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie Unverletzlichkeit der Person und des Eigentums. Bis heute hat es insgesamt 27 *amendments* zur Verfassung gegeben, das letzte im Jahre 1992.

Die Verfassung der Vereinigten Staaten schuf ein Regierungssystem, das sich trotz erheblicher gesellschaftlicher Veränderungen bislang immer als flexibel genug erwiesen hat, um sich neuen Gegebenheiten anzupassen. Ein komplexes Geflecht gegenseitiger Machteinschränkungen und -kontrollen (*checks and balances*) sorgt dafür, dass keine der drei Gewalten diktatorische Autorität gewinnen kann, sondern es immer ein Gleichgewicht der Kräfte gibt.

Aber auch die Umsetzung des föderativen Prinzips, das heißt die Aufteilung der Regierungsgewalt zwischen Bund und Einzelstaaten, sowie die durch die *Bill of Rights* verbrieften Grundrechte zeugen vom genuinen Misstrauen gegenüber einer Zentralmacht und einem übermächtigen Staat.

Erster Präsident dieses ersten modernen Verfassungsstaates wurde George Washington, dem es während seiner zwei Amtsperioden (1789-1797) gelang, die in der Verfassung verankerten Prinzipien in die politische Praxis umzusetzen. 1800 wurde Washington, D.C. (*District of Columbia*), am Potomac River zwischen Maryland und Virginia nahe der Chesapeake Bay gelegen, zur Bundeshauptstadt.



Illustration bild – The Granger Collection

Nach Durchsetzung der Unabhängigkeit von Großbritannien wird der erfolgreiche Oberbefehlshaber der amerikanischen Revolutionstruppen, George Washington, am 30. April 1789 in New York City als erster Präsident der USA vereidigt. Darstellung aus dem 19. Jh.

In der Anfangsphase der jungen Republik kam es rasch zu ersten politischen Interessengegensätzen: zwischen den Föderalisten und den Anti-Föderalisten. Erstere traten für eine starke Zentralgewalt und pro-britische Außenpolitik ein und repräsentierten vornehmlich die wohlhabende Klasse; die Anti-Föderalisten, später mit Thomas Jefferson an ihrer Spitze,

verteidigten die Rechte der Einzelstaaten und misstrauten der Zentralgewalt. Sie plädierten für eine pro-französische Außenpolitik und verstanden sich als Vertreter der Farmer und kleineren Leute sowie als unbedingte Verfechter einer tugendhaft-demokratischen Gesellschaft. In diesem Ideal wurzelt auch das Credo der später entstandenen Demokratischen Partei.

### Die Parteien Amerikas

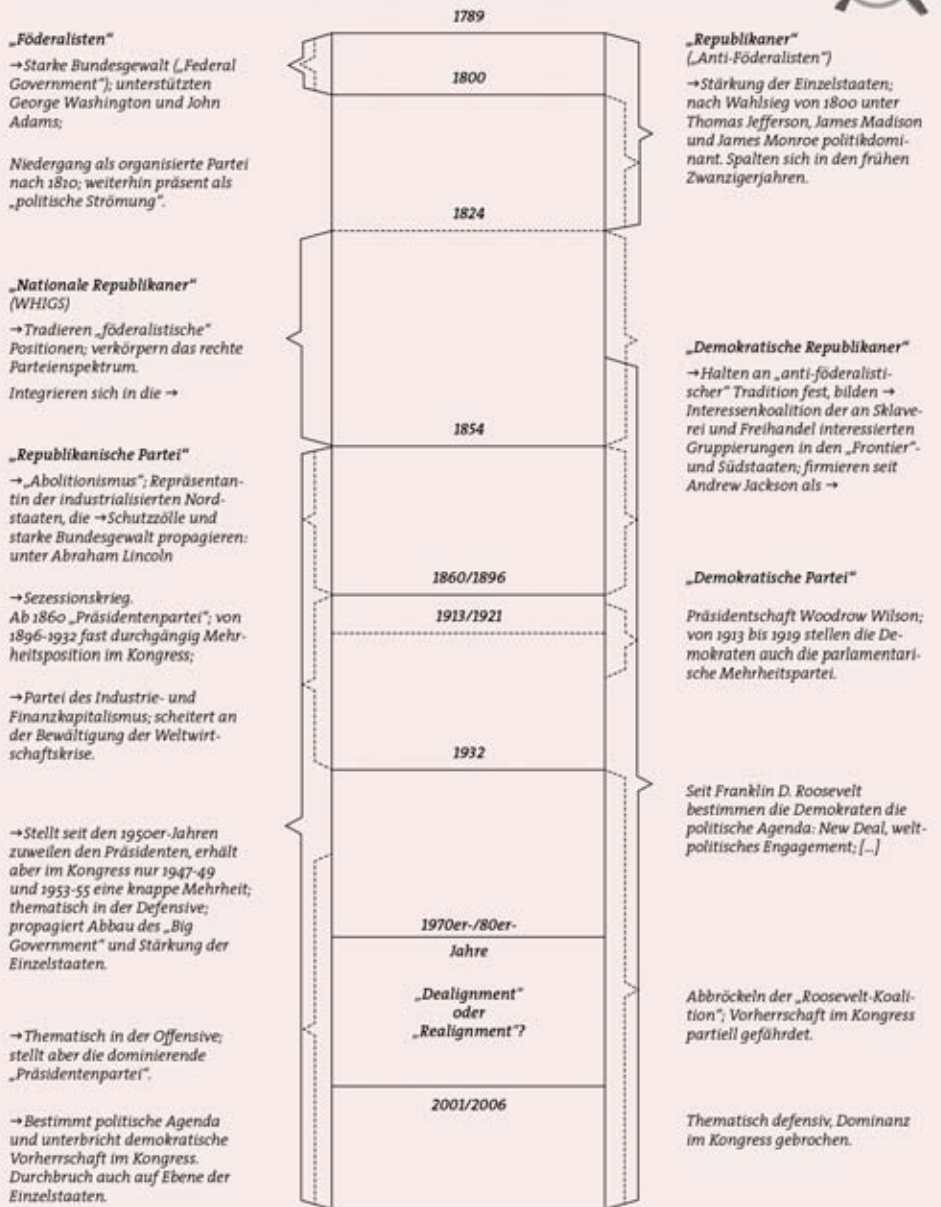
Zwar beginnen sich Jeffersons Anti-Föderalisten bald „Republikaner“ zu nennen, doch mit der heutigen Republikanischen Partei haben sie nichts gemeinsam. Diese entsteht erst um 1850 als Anti-Sklaverei-Partei; für sie bürgert sich das Symbol des Elefanten ein. Die Demokratische Partei, die heute noch existiert, entsteht circa 1830 aus den Anhängern des umstrittenen Präsidenten Andrew Jackson, der sich für das einfache Volk und mehr Demokratie einsetzt. Auf ihn bezieht sich auch das etwas boshafte Symbol des Esels, das die Demokratische Partei trägt. Die Demokraten [...] [sind] bis ins späte 19. Jahrhundert in den Südstaaten am stärksten.

Danach bilden sich langsam die heutigen Fronten, zwei fast gleich starke Parteien: die Demokraten als Sprecher von arbeitenden Menschen, (oft katholischen) Immigranten und Liberalen, die Republikaner als Partei der alteingesessenen protestantischen Wohlhabenden. Allerdings verwischen sich diese Unterschiede immer mehr, die Parteien und ihr Programm waren sich zeitweise zum Verwechseln ähnlich.

Andere Parteien (zum Beispiel die Sozialisten) kommen in den USA gelegentlich während Zeiten großer Unzufriedenheit auf, aber sie konnten sich bisher nie durchsetzen und verschwanden stets nach einigen Jahren wieder.

Sylvia Englert, *Cowboys, Gott und Coca-Cola*, Campus Verlag, Frankfurt / M. 2005, S. 47

### Entwicklung des Parteiensystems



\* Die ausgezogenen Klammern verweisen auf die Existenz der jeweiligen Parteien, die gestrichelten Klammern auf ihre Dominanz, die punktierten auf ihre partielle Dominanz

Michael Elifort / Hartmut Wasser, „Politische Parteien und Wahlen“, in: Peter Lösche (Hg.), *Länderbericht USA*, Bonn 2008, S. 240



## Zeit der Expansion

Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts war für die Vereinigten Staaten eine Phase immensen Wachstums von Territorium, Bevölkerung und Wirtschaft. Um das föderale Element zu betonen, sollten die territoriale Expansion und die Erschließung neuen Bodens nicht mit einer westlichen Ausdehnung der schon bestehenden Einzelstaaten, sondern vielmehr mit der Gründung neuer Staaten einhergehen. Bereits 1787 hatte der Kongress die „Nordwest-Ordinanz“ für das Gebiet nordwestlich des Ohio-Flusses verabschiedet: Sie bestimmte, dass eine Zweikammer-Legislative eingerichtet werden sollte, sobald sich 5000 freie Männer in einem bestimmten Gebiet angesiedelt hätten. Wenn dieses Territorium 60 000 Einwohner zählte und eine republikanische Verfassung verabschiedet worden war, konnte es sodann als gleichberechtigtes Mitglied in den Staatenbund aufgenommen werden. Die Ordinanz verfügte, dass das große Territorium nördlich und südlich des Ohio-Flusses frei von Sklaverei bleiben sollte.

Die Besiedlung westlich der Appalachen schritt nun schnell voran: Um die Jahrhundertwende wurden Vermont (1791), Kentucky (1792), Tennessee (1796) und Ohio (1803) in die Union aufgenommen.

### Territoriale Zugewinne

Bevor die weitere Besiedlung des Landes vonstatten gehen konnte, schien es erforderlich, die noch verbliebenen europäischen Mächte in Nordamerika möglichst friedlich zu verdrängen: 1803 konnte Thomas Jefferson als dritter Präsident der USA (1801-1809) von Frankreich gegen die Summe von 15 Millionen US-Dollar das große „Louisiana“-Gebiet – die riesige Landmasse zwischen Mississippi und Rocky Mountains – erwerben und

so eine Verdopplung des Territoriums der Vereinigten Staaten erzielen. Das nun zwischen Spanien und den USA umstrittene West-Florida (die heutigen Staaten Alabama und Louisiana sowie der südliche Teil Mississippis) wurde 1810 annektiert. Im „Zweiten Unabhängigkeitskrieg“ gegen England (1812-1815) wurde zwar die Hauptstadt Washington besetzt und niedergebrannt, es gelang jedoch wiederum, die Briten zu vertreiben und im Frieden von Gent den Vorkriegszustand wiederherzustellen. Dieser Sieg führte zu einer dauerhaften internationalen Verankerung der Souveränität der Vereinigten Staaten.

Ost-Florida kam 1819 gegen eine Kaufsumme von fünf Millionen US-Dollar an Spanien in den Besitz der USA. Im dabei geschlossenen Vertrag wurde nun auch erstmals der gesamte spanisch-amerikanische Grenzverlauf vom Golf von Mexiko bis zum Pazifik bestimmt. Nach dem Verzicht der USA auf Texas ließ Spanien Ansprüche auf Gebiete nördlich des 42. Breitengrades zwischen den Rocky Mountains und dem Pazifik fallen. Damit geriet das ganze Territorium nördlich von Kalifornien in die US-amerikanische Einflussosphäre. Mit dieser spanisch-amerikanischen Übereinkunft war nach Süden hin eine neue transkontinentale Grenze der Vereinigten Staaten entstanden; das 1803 erworbene „Louisiana“-Gebiet hatte erstmalig eine südwestliche Begrenzung erhalten.

Die Chronologie der weiteren Aufnahme neuer Staaten in die Union belegt die schnelle Expansion: Zwischen 1816 und 1821 kamen Indiana (1816), Mississippi (1817), Illinois (1818), Alabama (1819), Maine (1820) und Missouri (1821) hinzu. Durchschnittlich wuchs die Union nach dem Frieden von 1815 bis zum Beginn des Bürgerkrieges 1861 alle drei Jahre um einen neuen Einzelstaat.

Das nationale Selbstbewusstsein dieser Zeit fand in der Außenpolitik ihren Niederschlag. In seiner Jahresbotschaft an den Kongress von 1823 wandte sich Präsident James Monroe (1817-1825) gegen jeden weiteren kolonialen Anspruch europäischer Mächte in der westlichen Hemisphäre; solche Unternehmungen würden fortan als eine Gefährdung der Sicherheit der Vereinigten Staaten interpretiert werden. Die USA würden sich im Gegenzug nicht in die Angelegenheiten der europäischen Mächte einmischen. Diese Botschaft, später als „Monroe-Doktrin“ bezeichnet, entfaltete erst seit Ende des 19. Jahrhunderts ihre eigentliche außenpolitische Bedeutung und wurde im 20. Jahrhundert als Leitsatz US-amerikanischer Außenpolitik international bekannt.

### Monroe-Doktrin vom 2. Dezember 1823

[...] Abs. 48. [...] An den Kriegen der europäischen Mächte um ihre eigenen Angelegenheiten haben wir nie teilgenommen, noch verträgt sich eine solche Handlungsweise mit unserer Politik. Nur wenn in unsere Rechte eingegriffen wird, oder sie ernstlich bedroht sind, nehmen wir Kränkungen übel oder treffen Vorbereitungen zu unserer Verteidigung. Mit den Wandlungen, die auf dieser Hemisphäre vor sich gehen, sind wir notwendiger Weise [...] verbunden. Das politische System der verbündeten Mächte ist in dieser Hinsicht grundverschieden

von dem Amerikas. Dieser Unterschied rührt von demjenigen her, der zwischen ihren bezüglichen Regierungen besteht. [...]

Wir schulden es [...] der Aufrichtigkeit und den freundschaftlichen zwischen den Vereinigten Staaten und jenen Mächten bestehenden Beziehungen, zu erklären, dass wir jedweden Versuch ihrerseits, ihr System auf irgend welchen Teil dieser Hemisphäre auszudehnen, als gefährlich für unseren Frieden und unsere Sicherheit ansehen würden. In die bestehenden Kolonien oder Abhängigkeiten irgend einer europäischen Macht haben wir uns nicht eingemischt und werden wir uns nicht einmischen.

Aber wir könnten einen Eingriff seitens einer europäischen Macht in die Regierungen, die ihre Selbstständigkeit erklärt und sie aufrecht erhalten haben, und deren Unabhängigkeit wir nach großer Überlegung und auf Grund gerechter Prinzipien anerkannt haben, zu dem Zwecke sie zu unterdrücken oder in irgend einer Weise ihr Schicksal zu bestimmen, in keinem anderen Lichte denn als Kundgebung eines unfreundlichen Verhaltens gegenüber den Vereinigten Staaten ansehen. [...]

Herbert Schambeck u. a. (Hg.), *Dokumente zur Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika*, Duncker & Humblot, Berlin 2007, S. 302ff.



Im 19. Jahrhundert herrscht die Auffassung, die USA seien bestimmt, ihr Territorium bis zum Pazifik auszudehnen. Allegorische Darstellung des „Manifest Destiny“ von John Gast, 1872

Die Nordwestgrenze der Vereinigten Staaten wurde festgelegt, als Großbritannien 1846 das Oregon-Gebiet südlich des 49. Breitengrades, im Übrigen den weitaus fruchtbareren und größeren Teil, den USA zuerkannte. Im Süden lud Mexiko, nachdem es 1821 die Unabhängigkeit erlangt hatte, amerikanische Siedler ein, das nur spärlich besiedelte Texas zu kultivieren. 1835 lebten bereits 35 000 US-Amerikaner in Texas. Ein Jahr später erklärten sie nach einem erfolgreichen Aufstand ihre Unabhängigkeit, die umgehend von den Vereinigten Staaten anerkannt wurde, aber aufgrund des Widerstandes nordstaatlicher Politiker vorerst noch nicht zur Aufnahme in die Union führte.

In den 1840er-Jahren wurde die Landerschließung durch das Schlagwort „Manifest Destiny“ ideologisch untermauert. Demzufolge war es das „offenkundige Schicksal“ oder die „Bestimmung“ der Vereinigten Staaten, als „Reich der Freiheit“ mit einer vorbildhaften Demokratie den ganzen nordamerikanischen Kontinent vom Atlantik bis zum Pazifik missionarisch in Besitz zu nehmen. In dieser Stimmungslage erfolgte Ende 1845 die Aufnahme von Texas als 28. Einzelstaat in die Union. Dies führte zum Krieg mit Mexiko, das erst im Vertrag von Guadalupe Hidalgo vom Februar 1848 auf Kalifornien und New Mexico verzichtete und den Rio Grande als Grenzfluss zu Texas anerkannte.

Die territoriale Expansion der Vereinigten Staaten hatte damit im Zeitraum von 1845 bis 1849 ihren Höhepunkt erreicht. Mit mehr als drei Millionen Quadratkilometern Gebietszuwachs hatten sich die USA innerhalb kurzer Zeit um zwei Drittel vergrößert und das riesige Gebiet der heutigen Staaten Arizona, Kalifornien, Nevada, Texas und Utah sowie Teile von New Mexico, Colorado und Wyoming als Siedlungsland hinzugewonnen. Durch den Kaufvertrag von 1853, in dem die USA von Mexiko südliche Teile Arizonas und New Mexicos für den Bau der Eisenbahnlinie zum Pazifik erstanden, und den Kauf Alaskas von Russland 1867 waren dann die kontinentalen Grenzen der Vereinigten Staaten endgültig geschaffen.

## Besiedlung und Immigration

Die Erschließung und Besiedlung des nordamerikanischen Kontinents vom Atlantik bis zum Pazifik vollzog sich in drei Etappen, wenn auch mit fließenden Übergängen: Zunächst wagten sich Trapper, Pelzjäger und Fallensteller in noch unerschlossene

ne Gebiete vor. Der mit wahrem Pioniergeist vorangetriebene Siedlungsbereich zwischen Wildnis und euro-amerikanischer Zivilisation, die *frontier*, hat für die amerikanische Gesellschaft bis heute einen hohen symbolischen Stellenwert behalten.

Ihnen folgten Ansiedler, die ohne formale staatliche Zustimmung Land urbar machten (*squatters*), aber oft nur vorübergehend blieben, um schließlich in der dritten Etappe von Farmern abgelöst zu werden. Es entstanden nun dauerhafte Niederlassungen mit Kirchen, Schulen, Banken und Behörden sowie einer lokalen Ordnungsgewalt, dem Sheriff. Parallel zu dieser Ackerbau-*frontier* gab es riesige Grasflure, auf denen Rancher ihr Vieh weideten, wobei es vereinzelt zu Kleinkriegen zwischen Viehzüchtern und Farmern kam.

Schon die ersten Trapper hatten bei ihren Erkundungen nach Edelmetallvorkommen Ausschau gehalten und ihr Wissen weitergegeben. So gab es sehr bald auch eine Bergbau-*frontier* mit chaotisch-kurzlebigen Minenstädten, die eruptionsartig mit Einwohnerzahlen von mehreren Tausend boomten, dann aber nach Ausbeutung der Minen zu teilweise heute noch existierenden *ghost towns* wurden.

Die Besiedlung verlief wellenartig. Eine der größten Binnenwanderungswellen setzte nach dem Frieden von 1815 ein, als die Nationalbevölkerung etwa 8,5 Millionen Menschen zählte. Die Aussicht, im Westen „sein Glück zu machen“, führte zur schnellen Landerschließung. Während noch 1810 nur jeder siebte Amerikaner westlich der Appalachen lebte, war es ein Jahrzehnt später bereits jeder vierte. 1815 hatten diese Pioniere 4000 Quadratkilometer bundeseigenen Landes erworben; nur vier Jahre später hatte sich diese Zahl verfünffacht. Der *Public Land Act* von 1820, der das Mindestareal für eine Farm von 160 *acres* (ca. 64 Hektar) auf 80 halbierte und den Bodenmindestpreis erheblich reduzierte, erleichterte den Erwerb von Farmland. Das Familienfarm-Gesetz (*Homestead Act*) von 1862 hatte später die weitestreichenden Konsequenzen für die Westwärtsbewegung: Jedem Siedler wurden gegen eine geringe Gebühr 160 *acres* auf Dauer zugesprochen, sobald er dieses Areal fünf Jahre bewirtschaftet hatte.

1830 lebte bereits ein Drittel der nun fast 14 Millionen Einwohner zählenden amerikanischen Bevölkerung westlich der Appalachen, und in den 1840er-Jahren verloren die Staaten zwischen den Appalachen und dem Mississippi bereits ihren *frontier*-Charakter. Eine natürliche Grenze der Wanderungsbewegung mit landwirtschaftlicher Erschließung hatten lange Zeit die westlich von Arkansas beginnenden trockenen Präriegebiete, die *Great Plains*, gebildet. Doch die Westwärtsbewegung machte nun einen großen Sprung und verschaffte sich durch die von Trappern und Forschungsreisenden erschlossenen Routen (*trails*) – die berühmteste unter ihnen war der „Oregon Trail“ – Zugang zum Fernen Westen.

Durch Goldfunde in Kalifornien wurde der legendäre Goldrausch von 1849 ausgelöst und ließ allein im ersten Jahr 80 000 Menschen dorthin strömen. Die Westwärtsbewegung wurde nun auch verstärkt in diese Region ausgedehnt; nur drei Jahre später war die dortige Bevölkerungszahl bereits um das Dreifache gestiegen.

## Auswirkungen auf die Urbevölkerung

Die Erschließung des Westens war untrennbar mit der Vertreibung und teilweisen Vernichtung der amerikanischen Ureinwohner (*Native Americans*) verbunden. Kriege und Kontakt mit bislang unbekanntem Krankheitserregern dezimierten ihre Po-



pulation im heutigen Gebiet der USA von ursprünglich mehreren Millionen auf etwa 500 000. Der Versuch der Bundesregierung, westlich von Arkansas und Missouri territoriale Grenzen zwischen ihnen und den Siedlern festzulegen, wurde aufgegeben, als der Siedlerstrom dorthin zu stark answoll; danach erwarb die Regierung in Verträgen, die die Ureinwohner benachteiligten, gegen ein geringes Entgelt weiträumige Landflächen.

Nach damals vorherrschender Meinung erschien es zwecklos, die amerikanische Urbevölkerung „zivilisieren“ zu wollen. Demzufolge verfügte ein Bundesgesetz 1830 die Vertreibung aller noch im Osten befindlichen Ureinwohner in Gebiete westlich des Mississippi. Hauptsächlich davon betroffen waren die Cherokee, Chickasaw, Choctaw, Creek und Seminolen, die bislang in South Carolina, Georgia und Florida unter dem Schutz der Bundesregierung gelebt hatten. Ihre Versuche, sich juristisch gegen die Umsiedlung zu wehren, blieben erfolglos. 1837 richtete die Bundesregierung für sie ein Territorium zwischen dem Missouri und dem Red River im heutigen Oklahoma ein. Insgesamt wurde ihnen nur ein Drittel ihres ursprünglichen Landes westlich des Mississippi zugestanden, dessen Bodenqualität zudem wesentlich schlechter war. 1838 wurden die restlichen 17 000 Cherokee, von Bundessoldaten bewacht, in das „Indianerterritorium“ zwangsumgesiedelt. Etwa 4000 von ihnen verstarben auf der entbehrungsreichen 2000 Kilometer langen Strecke, die als „Weg der Tränen“ (*Trail of Tears*)



ullstein bild

Zu den Opfern der territorialen Ausdehnung gehören die indianischen Ureinwohner. Massengrab für die Opfer des Massakers am Wounded Knee, Süd-Dakota 1890

in die Geschichte eingegangen ist. Um 1840 galt das Gebiet östlich des Mississippi für die Siedler als nahezu „befriedet“. Aber auch westlich des Flusses sollten *Native Americans* nicht lange vor dem unermüdlichen Ansturm der Siedler sicher sein; sie wurden in zunehmend kleinere Reservate verbannt.

## Der letzte Kampf der Sioux

[...] Vor dem Bürgerkrieg ist das Land westlich des Mississippi noch Indianerland. Über die Great Plains, den schier endlosen grasbewachsenen Ebenen im Herzen des Kontinents, ziehen Büffelherden, die oft Hunderttausende von Tieren umfassen. Von ihnen leben die Sioux und die vielen anderen Stämme im Westen. Beunruhigt erleben sie, wie immer mehr Siedler den Mississippi überqueren, von Kalifornien aus Männer auf der Suche nach Bodenschätzen ins Herz des Kontinents gelangen und Cowboys von Texas aus nach Norden reiten.

Zwar sind den Einheimischen in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts die Rechte an den Great Plains, dem Prärieland vor den Rocky Mountains, zugesichert worden. Aber wie üblich halten sich weder die landhungrigen Siedler noch die Regierung in Washington lange an die Vereinbarungen. Die kriegerischen Stämme des Westens denken nicht daran, ihr Land kampfflos aufzugeben. Von 1860 bis 1880 tobten im Westen fast ununterbrochene Indianerkriege. Um den Ureinwohnern die Lebensgrundlage zu entziehen, schlachten die US-Armee und Westmänner wie Buffalo Bill systematisch die Büffelherden ab.

1867 stimmen die Comanchen, Kiowa, Arapaho und Cheyenne entmutigt zu, sich ins Ödland von Oklahoma umsiedeln zu lassen. Doch die Sioux, die die Great Plains

dominieren, geben nicht auf. Besonders heftig tobt der Kampf um die Blacks Hills in North Dakota. Sie sind den Sioux heilig, doch als in dieser Gegend Gold gefunden wird, fallen Schwärme von Glücksrittern dort ein. Eine der ersten Gruppen von Goldsuchern wird von Lieutenant-Colonel George A. Custer (1839-1876) geführt, einem draufgängerischen, eitlen Offizier, der nicht gerade für seine militärischen Fähigkeiten bekannt ist. Die Sioux antworten mit Gewalt, und die Gefechte wachsen sich zum Großen Sioux-Krieg aus, der fünfzehn Monate dauert und fast den ganzen Westen erfasst. Im berühmten Kampf am Little Big Horn River 1876 bekommt Custer und mit ihm die U.S. Army die Quittung: Als er mit nur 210 Männern auf ein Hauptlager der Sioux stößt, macht der legendäre Häuptling Tatanka Yotanka, besser bekannt unter dem Namen Sitting Bull (1831-1890), mit 2500 Kriegern die kleine Gruppe restlos nieder.

Es bleibt einer der wenigen Siege der eingeborenen Stämme gegen die vordringenden Siedler. Auch die Sioux müssen ihr Land schließlich aufgeben und in ein unwirtliches Reservat ziehen. [...] Noch wesentlich länger, fast fünfzehn Jahre, hält der Apachenhäuptling Goyathlay (oder Geronimo) seinen Widerstand im Südwesten der USA durch. Als er sich 1886 ergibt und gefangengenommen wird, ist die Ära der Indianerkriege zu Ende.

In der verzweifelten Hoffnung, doch noch ihr Land zurückzugewinnen und ihre vielen toten Familienmitglieder und Freunde wiederzuerwecken, folgen viele Indianer in dieser Zeit der Ghost-Dance-Religion. Wie ein Fieber breitet sich der neue Glaube, der angeblich unverwundbar machen soll, von einem Reservat zum anderen aus. Die Indianer kämpfen nicht mehr, sie tanzen nur noch bis zur Erschöpfung. Doch die Regierung ist misstrauisch, vermutet Widerstand hinter diesen eigenartigen Geistertänzen. In dieser Stimmung kommt es 1890 bei Wounded Knee in South Dakota zu einem letzten Massaker: US-Soldaten ermorden rund 350 friedliche indianische Männer, Frauen und Kinder. Nun hat sich gezeigt, dass der Geistertanz nicht unverwundbar macht, und auch die letzte Hoffnung ist dahin. Von den ursprünglich einmal vier Millionen Ureinwohnern sind gerade einmal 250 000 übrig geblieben, die sich immer apathischer in ihr Schicksal fügen. Die Regierung versucht eifrig und mit wechselndem Erfolg, sie zu „amerikanisieren“ oder zu „zivilisieren“. Was darauf hinausläuft, ihre Kultur auszulöschen. Erst 1924 gestehen die Vereinigten Staaten von Amerika den ursprünglichen Bewohnern des Kontinents die Bürgerrechte zu.

Sylvia Englert, Cowboys, Gott und Coca-Cola, Campus Verlag, Frankfurt/M. 2005, S. 96ff.

Die geschätzte Zahl der indianischen Urbevölkerung nahm von 1845 bis 1860 von 150 000 auf 35 000 ab.

Durch den Bau der transkontinentalen Eisenbahn, der 1869 abgeschlossen war, strömten nun noch mehr Siedler in das Gebiet westlich des Mississippi. Die zahlreichen Farmen und die Ausrottung der Büffelherden zerstörten die Existenzgrundlagen der „Prärieindianer“, die zum Teil erbitterten Widerstand gegen die Vernichtung ihrer Lebenswelt leisteten. Mehr als 30 Jahre währte dieser Kampf, darunter der Cheyenne-Arapaho-Krieg von 1861 bis 1864, die Sioux-Kriege von 1862 bis 1876 und der Apachen-Krieg von 1871 bis 1886. Die Bundesregierung insistierte auf der Einrichtung von Reservaten. So sollten die nördlichen Sioux in das Dakota-Territorium, die südlichen „Prärieindianer“ nach Oklahoma und die Apachen, Navaho und Ute in Reservate des Südwestens umgesiedelt werden. Als 1876 in den von den Sioux als heilig empfundenen Black Hills in Süd-Dakota Gold gefunden wurde und die Bundesregierung die Goldsucher und Siedler schützte, kam es zu einer Koalition von Sioux und Cheyenne, die in der Schlacht am Little Bighorn River 1876 gemeinsam die gesamte Truppe von Colonel George A. Custer töteten. Dies sollte jedoch die letzte erfolgreiche Gegenwehr der *Native Americans* sein. Im Massaker bei Wounded Knee in Süd-Dakota, bei dem Bundesstruppen 1890 über 300 wehrlose Ureinwohner, unter ihnen Frauen und Kinder, umbrachten, wurde der indigene Widerstandswille gänzlich gebrochen.

## Einwanderung

Ohne die immensen Einwanderungswellen, die nach 1840 die für die Landerschließung notwendigen Arbeitskräfte in die Vereinigten Staaten brachten, wären die Besiedlung und der rapide Wirtschaftsaufschwung des Landes undenkbar gewesen. Während zwischen 1820 und 1830 lediglich 152 000 Menschen ihr Glück in der Neuen Welt suchten, wurden in den 1840er-Jahren 1,7 Millionen Neueinwanderer verbucht; um die Jahrhundertmitte war fast jeder zehnte der über 23 Millionen US-Amerikaner nicht in den Vereinigten Staaten geboren.

Bis Ende des Jahrhunderts kam der Zustrom überwiegend von den britischen Inseln und aus Nord- und Mitteleuropa. Das bei Weitem größte Kontingent zwischen 1820 – dem ersten Jahr der zahlenmäßigen Erfassung der Einwanderung durch die US-Regierung – und 1880 stellten dabei die Deutschen mit 3,1 Millionen, dann folgten die Iren mit 2,8 sowie die Engländer mit 1,9 Millionen.

Der Assimilationsprozess verlief durchaus nicht reibungslos. Etwa zwei Drittel der irischen und ein Drittel der deutschen Immigranten nach 1840 waren Katholiken, die auf eine vorwiegend vom englischen Protestantismus geprägte Aufnahmegesellschaft trafen. Daraus erwuchsen ethno-religiöse Konflikte, die zunächst in den Städten des Nordostens, wie zum Beispiel in Philadelphia (1844), und später auch im Mittelwesten zu Aufruhr führten. Spannungen entstanden aber nicht nur durch unterschiedliche Konfessionszugehörigkeiten, sondern auch durch die Bereitschaft vieler Immigranten, niedrigere Löhne als alteingesessene Arbeitskräfte zu akzeptieren und damit deren Arbeitsplätze zu gefährden.

Die deutschen Immigranten bevorzugten nach den Hafenstädten New York und Baltimore den Mittelwesten; Iren zogen vor allem in die urbanen Gebiete des Nordostens und Engländer hauptsächlich in die Staaten New York, New Jersey und Pennsylvania. Die Südstaaten wurden von den meisten Einwanderern wegen ihrer kaum entwickelten Industrie,



Voraussetzung für die Besiedlung und Wirtschaftsentwicklung der USA ist die Masseneinwanderung. Die zentrale Sammelstelle Ellis Island vor New York, hier 1902, ist für Millionen das Nadelöhr in die Neue Welt.

ullstein bild

der Sklaverei und des heißen Klimas eher gemieden. Insofern vertiefte die geografische Verteilung der Neuankömmlinge noch die kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Nord und Süd. Der Westwärtswanderung in die fernerer Gebiete und zur *frontier* gehörten hauptsächlich gebürtige Amerikanerinnen und Amerikaner an.

## Nord-Süd-Konflikt

Zwischen 1840 und 1860 erlebte die US-amerikanische Industrie ein stetiges und in einigen Bereichen außerordentliches Wachstum. 1860 erreichten ihre Erzeugnisse erstmalig den Wert der landwirtschaftlichen Produktion. Vor allem im Nordosten schritt die Industrialisierung schneller voran als in den anderen Landesteilen. Dort entstand eine Industrieregion mit guter Infrastruktur, in der die verschiedenen Produktionszweige effektiv miteinander verbunden waren, gesteuert von einer einflussreichen Klasse von Industriekapitalisten, die zunehmend erhebliches politisches Gewicht erhielt. Der Urbanisierungsprozess, der gravierende politisch-soziale Veränderungen mit sich brachte, wurde dadurch enorm beschleunigt. Bis 1860 lebten bereits 20 Prozent der Gesamtbevölkerung in Städten mit mehr als 2500 Einwohnern, während es 1810 noch sechs Prozent gewesen waren. Im gleichen Zeitraum war auch ein Wandel in der Verteilung der Arbeitskräfte eingetreten: Es gingen inzwischen mehr als doppelt so viele Menschen nicht-landwirtschaftlicher Tätigkeit nach (45 statt 21 Prozent).

Eine wahre Revolution hatte im Transportwesen stattgefunden. Speziell der Ausbau der Eisenbahnwege trieb die Industrialisierung und die Erschließung von Binnenmärkten voran. Bereits 1860 hatten die USA ein größeres Schienennetz als alle anderen Länder der Welt zusammen.

## Wirtschaftliche Ursachen

Eine dominierende Rolle in der US-Wirtschaft zwischen 1815 und 1860 spielte die Baumwolle. Die Südstaaten bauten sie an, der Nordosten (teilweise auch England) verarbeitete sie in



seinen Manufakturen und Fabriken zu Kleidung und versorgte seinerseits den Süden mit den hergestellten Waren. Reeder der Ostküste dominierten den Baumwolltransport nach England. Durch die immense Nachfrage nach Rohbaumwolle seitens Englands, Frankreichs und des eigenen amerikanischen Nordostens erlebte auch der Süden einen gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung. Vor allem die technische Vervollkommnung der Baumwollentkörnungsmaschine setzte die Arbeitskraft der Sklaven frei zur Kultivierung immer größerer Nutzflächen für den Anbau. Rasch breitete sich *king cotton* von den Küstenstaaten bis nach Texas aus. Um die Jahrhundertmitte, als die Südstaaten über 300 000 Tonnen Rohbaumwolle produzierten, betrug der entsprechende Anteil der USA am Weltmarkt sieben Achtel. Da der Anbau in Monokultur den Boden nach einiger Zeit unfruchtbar werden ließ, mussten neue Bodenflächen erschlossen werden. Das dadurch geschürte Verlangen nach Expansion hatte Folgen für die nationale Politik der Südstaaten.

Im Zentrum des Ringens zwischen Norden und Süden stand zweifellos die Sklaverei, aber sie war nicht die einzige Ursache des Nord-Süd-Gegensatzes. Vielmehr verbanden sich ökonomische, politisch-ideologische und kulturelle Faktoren zu einem Problemknäuel, das durch Ausgleichsbemühungen und Kompromisse letztlich nicht mehr entwirrt werden konnte. Während sich im Norden seit den 1820er-Jahren eine zunehmend komplexe und diversifizierte Wirtschaft entwickelt hatte, in der die Bedeutung des agrarischen Sektors allmählich zugunsten von Industrialisierung und Handel abnahm, bewahrte der Baumwollanbau im Süden den agrarischen Charakter der gesamten Region. Die Pflanzler dachten und handelten durchaus als Unternehmer, wobei Sklaven für sie zugleich Arbeitskräfte und Kapital waren, eine „Ressource“, die im Zuge

des Baumwollbooms knapp und teuer wurde. Auch kulturell blieb der Süden stärker der Vergangenheit verhaftet. Weiße Südstaatler schlossen sich zunehmend enger zusammen, um ihre überlieferten Werte und Ideale zu verteidigen.

Der wirtschaftliche Interessengegensatz zwischen Nord und Süd zeigte sich auch in der Zollgesetzgebung. Der Norden, bemüht, seine Industrien vor der Flut der englischen Produkte zu schützen, trat für eine Schutzzollpolitik ein und verstand es, diese Art der Gesetzgebung auch im Kongress durchzusetzen. Die hohen Zölle benachteiligten jedoch eindeutig den exportorientierten Süden, der jetzt auf seine importierten Fertigwaren einen hohen Zoll zahlen oder sie im Nordosten relativ teuer erstehen musste.

## Kontroverse um die Sklaverei

Die Sklaverei bewirkte letztlich, dass diese Unterschiede zu einem unüberbrückbaren Gegensatz wurden, der sich in einem unerbittlichen Verschleißkrieg zwischen beiden Regionen entladen sollte.

1850 gab es 2,5 Millionen Sklaven im US-amerikanischen Süden, die zum überwiegenden Teil im Baumwollanbau, aber auch im Tabak-, Zucker- und Reisanbau beschäftigt waren.

Gegen das brutale Ausbeutungssystem der Sklaverei wandten sich immer mehr Menschen in den Nordstaaten, die sogenannten Abolitionisten. Aus ihren Reihen wurde auch die organisierte Fluchthilfe unterstützt, die bis zum Bürgerkrieg mehr als 60 000 Sklaven den Weg in die Freiheit ermöglichte.

Im Kontext des Abolitionismus entwickelte sich die erste amerikanische Frauenbewegung. Frauen besaßen einen starken Anteil an der Gründung abolitionistischer Zweigorganisa-

## Die Sklavenfrage in den USA

*Schwarze haben ein hartes Leben auf den Plantagen der Südstaaten: Feldsklaven müssen zehn oder mehr Stunden täglich in der sengenden Sonne härteste Arbeit verrichten. Nach der Mechanisierung des Baumwollanbaus in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts werden ihre Lebensbedingungen immer schlimmer: Die Farmen werden größer, und die Arbeiter werden nicht mehr von ihren Besitzern beaufsichtigt, sondern häufig von Aufsehern, die am Gewinn beteiligt sind. Sie zwingen die Feldsklaven, möglichst schnell zu schuften, und sparen dabei nicht mit Peitschenhieben; da die Schwarzen nicht ihr Eigentum sind, sehen sie keinen Grund, sie schonend zu behandeln. Wer es wagt aufzubegehren, darf getötet werden, ohne dass der Täter dafür verurteilt wird.*

*Wer als Haussklave – zum Beispiel Diener, Köchin oder Kindermädchen – eingesetzt wird, hat es etwas leichter. Aber auch diese Schwarzen sind völlig der Willkür ihrer Herren preisgegeben und*

*haben keine Kontrolle über ihr Leben [...]. Sie zählen genauso zum Besitz ihres Herren wie der Hausrat, und ihr Besitzer kann sie verkaufen, wie und wohin er möchte; [...] 300 Dollar kostet ein Feldarbeiter zunächst, doch als 1808 der weitere Import von Sklaven verboten wird, steigen die Preise für ein Menschenleben bis auf 1000 Dollar. Deshalb können sich wenige Menschen im Süden mehrere Sklaven leisten und nur eine kleine Elite von Pflanzern hat mehrere Hundert schwarze Arbeitskräfte.*

*Dem Gesetz nach ist Sklaverei sozusagen erblich: Die Kinder einer Sklavin sind automatisch ebenfalls Sklaven. Auch wenn der Vater ihr weißer Besitzer ist, was oft genug vorkommt. Doch es gibt Auswege aus der Sklaverei. Manche schaffen die Flucht nach Norden, in die Freiheit. Andere werden nach dem Tod des Besitzers freigelassen, wenn dieser das so im Testament festgelegt hat. Oder sie bekommen die Erlaubnis, sich freizukaufen. Doch das glückt nur wenigen. [...]*

*Während schwarze Sklaven in manchen Gegenden des Südens mehr als die*

*Hälfte der Bevölkerung stellen, gibt es im Norden nur wenige Afroamerikaner – keine Sklaven, sondern Freie. [...]*

*Im Norden ist die Sklaverei von Beginn an unwichtig, denn hier brauchte man nicht die Muskelkraft von ungelernten Feldarbeitern, sondern vor allem Handwerker, Baumeister, Ingenieure, Drucker, Juristen. [...]*

*Die Wirtschaft der Südstaaten ist abhängig von den Ernten, die zum großen Teil nach Europa verkauft werden. Und von den Sklaven, denn man braucht viele billige Arbeitskräfte, um auf den riesigen Feldern Tabak und Baumwolle anzubauen. Ohne die vielen Schwarzen könnten die weißen Pflanzler ihren herrschaftlichen Lebensstil nicht beibehalten. Sie [...] können sich nicht vorstellen, sie abzuschaffen und auf ihre vielen Diener zu verzichten. [...]*

*Ab 1840 ist die Sklaverei das wichtigste Thema in der Politik. [...]*

Sylvia Englert, *Cowboys, Gott und Coca-Cola*, Campus Verlag, Frankfurt/M. 2005, S. 69ff.

tionen, Führungspositionen wurden ihnen aber vorerst noch verwehrt. Als 1840 einer Gruppe von weiblichen Delegierten auf dem internationalen Anti-Sklaverei-Kongress in London der Zutritt verweigert wurde, mobilisierte dies viele Frauen in den Vereinigten Staaten. 1848 verabschiedete der erste Frauenrechts-Konvent in Seneca Falls, New York, eine Deklaration (*Declaration of Sentiments*), in der unter Bezugnahme auf die Unabhängigkeitserklärung festgestellt wurde, dass „alle Männer und Frauen gleich geboren sind“. Auf der Konferenz wurde auch die Einführung des Wahlrechts für Frauen verlangt. Erfüllt wurde diese Forderung allerdings erst mit dem 19. Verfassungszusatz von 1920.

Die Südstaaten sahen in den Abolitionisten die Stimme des Nordens schlechthin und reagierten, indem sie das System der Sklaverei verteidigten und als einen integralen Bestandteil ihrer Kultur definierten: Anders als in der „Lohnsklaverei“ des industrialisierten Nordens, wo Arbeiter in ihren Augen unter ebenfalls unwürdigen Bedingungen arbeiteten und in Elendsquartieren der Großstädte hausten, würden Sklaven im Süden – so die Argumentation – humaner behandelt, da ihnen Nahrung garantiert werde sowie Unterkunft und medizinische Versorgung zustehe; außerdem seien Hochkulturen wie die der Griechen und Römer ohne Sklaverei undenkbar gewesen.

Seit der Amerikanischen Revolution gab es immer wieder Stimmen, die ein harmonisches Zusammenleben zwischen Weiß und Schwarz in den Vereinigten Staaten grundsätzlich für unmöglich hielten und daher für eine generelle „Rückführung“ aller Schwarzen oder zumindest der freien Afroamerikaner nach Afrika plädierten. Die 1816 gegründete *American Colonization Society* kaufte zu diesem Zweck Land an der Westküste Afrikas und nannte es „Liberia“. Zu Beginn des Bürgerkrieges 1861 lebten dort rund 12 000 freiwillig zurückgekehrte Afroamerikaner.

## Zunehmende Polarisierung

Die Kontroverse über die moralisch-ethische Dimension der Sklaverei gewann fortlaufend an Schärfe. Politische Kompromisse, wie der *Fugitive Slave Act* von 1850, der die Rückführung von in den Norden geflohenen Sklaven in den Süden erleichtern und Strafen für Fluchthelfer verschärfen sollte, wurden im Norden leidenschaftlich diskutiert.

Weiteren Zündstoff lieferte die neue Kompromissformel des sogenannten *Kansas-Nebraska Act* von 1854. Er gestattete den Einzelstaaten, über ihren Status in puncto Sklaverei künftig selbst zu entscheiden, und dehnte diese Entscheidungsfreiheit auch auf die neu hinzugewonnenen Gebiete aus. Das Gesetz annullierte damit den Missouri-Kompromiss von 1820, der den Territorien nördlich des 36. Breitengrades mit Ausnahme von Missouri Sklaverei untersagt hatte.

Es löste eine enorme politische Polarisierung und neue Konstellationen aus. Im Norden führte der Widerstand dagegen im selben Jahr zur Bildung der Republikanischen Partei, deren äußerst heterogene Mitgliederschaft primär das Ziel einte, die weitere Ausbreitung der Sklaverei zu verhindern. Bereits zwei Jahre darauf beteiligten sich die Republikaner wohlorganisiert am Präsidentschaftswahlkampf. Ihr Kandidat John Charles Frémont, der zuvor zur Symbolfigur für die Erschließung des Westens geworden war, unterlag allerdings dem demokratischen Kandidaten James Buchanan (1857-1861). Während die nationalen Parteien vor dem Kansas-Nebraska-Gesetz bemüht gewesen waren, innerparteiliche Kämpfe von nördlichen und südlichen Fraktionen zu schlichten, demonstrierte diese Wahl, dass ein Zweiparteiensystem mit einer politischen Polarisierung um die Sklavenfrage entstanden war: Die Demokraten gewannen ihre politische Stärke durch den Süden, die Republikaner die ihre durch den Norden.

Stärker als alle Parteipolitik trug ein Buch zur Standortbestimmung und Verhärtung der Fronten zwischen Nord und Süd bei: „Onkel Toms Hütte“ von Harriet Beecher Stowe schilderte eindringlich die Verwerflichkeit der Sklaverei und ihren negativen moralischen Einfluss auf die Gesellschaft. Der Roman wurde gleich nach Erscheinen Anfang der 1850er-Jahre zum Bestseller.

Die nachfolgenden Ereignisse sorgten für eine zunehmend spannungsgeladene und emotionalisierte Krisenstimmung: Im „blutenden Kansas“, wo Anhänger und Gegner der Sklaverei um die Frage rangen, ob ihr Staat sklavenfrei bleiben sollte oder nicht, herrschten bereits bürgerkriegsähnliche Zustände. Der Oberste Gerichtshof (*Supreme Court*) bestimmte in der sogenannten Dred Scott-Entscheidung 1857, dass Sklaven und freie Afroamerikaner keine US-amerikanischen Staatsbürger seien und daher nicht das Recht besäßen, vor einem Bundesgericht zu klagen. Darüber hinaus sprach er dem Kongress die Kompetenz ab, über die Sklaverei in den Territorien zu entscheiden, und erklärte damit alle vorher getroffenen Kompromisse über die Sklaverei für verfassungswidrig. Im Norden verweigerten Sklavereieigenen daraufhin die Anerkennung des Obersten Gerichts als letzte Instanz der Verfassungsinterpretation. Die Unruhe steigerte sich zu Aufruhr, als der Abolitionist John Brown 1859 in Harpers Ferry im heutigen West Virginia eine Sklavenrebellion zu entfachen suchte. Er wurde später zur Legende und im Lied „John Brown’s Body ...“ verewigt. Zusätzlich destabilisiert wurde das politische Klima durch die Wirtschaftskrise von 1857, deren Auswirkungen den Norden stärker betrafen als den Süden.



picture-alliance / akg-images

Die Agrarwirtschaft der Südstaaten beruht auf der Ausbeutung der Sklaven, die rechtlos der Willkür ihrer Besitzer ausgeliefert sind. Ein entfloherener Sklave aus Louisiana zeigt seinen durch Peitschenhiebe vernarbten Rücken.





Für die Einheit der Nation und die Abschaffung der Sklaverei schickt der Norden Massenheere in den Bürgerkrieg: Unionstruppen im Grabenkrieg vor Petersburg, Virginia 1865

Als schließlich 1860 der Republikaner und Sklavereigeegner Abraham Lincoln zum 16. Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wurde, nahm der Süden dies nicht mehr hin – schon zuvor hatten einige Südstaaten für den Fall seines Sieges mit dem Austritt aus der Union gedroht.

### Bürgerkrieg (1861-1865)

Anfang 1861 bildeten die sieben Staaten des „Deep South“ die „Confederate States of America“ und bewiesen dem Norden am 12. April mit dem Beschuss der bundeseigenen Befestigungsanlage „Fort Sumter“ im Hafen von Charleston (South Carolina) ihre Entschlossenheit, für ihre Unabhängigkeit zu kämpfen. Präsident Lincoln reagierte mit dem Aufruf an die anderen Unionsstaaten, 75 000 Freiwillige zur Unterdrückung dieser „Rebellion“ bereitzustellen. Die Südstaaten Arkansas, North Carolina, Virginia und Tennessee (das 1863 jedoch zur Union zurückkehrte) kamen dieser Aufforderung nicht nach und schlossen sich den Konföderierten an, die nun Senator Jefferson Davis aus Mississippi zu ihrem eigenen Präsidenten und Richmond in Virginia zur Hauptstadt ausriefen. Die „Grenzstaaten“ Missouri, Kentucky, Maryland und Delaware – die selbst Sklaverei gestatteten – verbündeten sich dagegen nach anfänglichem Zögern und inneren Auseinandersetzungen mit der Union. Somit standen den elf abtrünnigen Südstaaten 23 nördliche Einzelstaaten gegenüber.

Im Rückblick erscheint das Vorgehen der Südstaaten, gemessen an ihrer klaren Unterlegenheit und den gewaltigen Menschen- und Energiereserven des industriellen Nordens, erstaunlich. Allein der Vergleich der beiden Bevölkerungen – etwa 22 Millionen im Norden gegenüber neun Millionen im Süden, einschließlich der dortigen rund vier Millionen Sklaven – verdeutlicht die Diskrepanz. Noch wichtiger war das bei Weitem überlegene nördliche Industriepotenzial mit fünfmal so vielen Fabriken sowie einer sehr gut ausgebauten Infrastruktur und fast dreimal so vielen Kilometern Eisenbahnnetz.

Kurzsichtige Südstaatenpolitiker vertrauten auf eine größere Kampfmoral ihrer Soldaten; andere erkannten zwar die

ökonomische Überlegenheit des Nordens, waren aber der Ansicht, dass die auf Baumwollimporte angewiesenen europäischen Mächte den Süden unterstützen würden. Die Strategie der Südstaaten ging jedoch nicht auf. England und Frankreich importierten Rohbaumwolle zunehmend aus Ägypten und Indien und blieben aus Furcht vor möglichen Verwicklungen in den Krieg neutral.

Langfristig bedeutsamer als die quantitativ-militärische Dimension des Krieges war für beide Seiten indessen ein schlüssiges und überzeugendes politisches Konzept, das ihrem Kampf die eigentliche Stärke verleihen konnte. Für die Südstaaten war dies einfach: Sie kämpften für ihre Unabhängigkeit, den Erhalt der Sklaverei und die Verteidigung ihres Territoriums. Der Norden dagegen stritt zunächst für nur ein Prinzip: die Einheit der Nation. Doch Lincoln erkannte bald, dass sowohl an der nördlichen Heimatfront als auch im Ausland ein Krieg, der sich primär gegen die Sklaverei richtete, breitere Unterstützung finden würde.

Im September 1862 bezeichnete er neben dem Erhalt der Union demzufolge die Befreiung der Sklaven als Kriegsziel und erklärte alle Sklaven, deren Besitzer sich nach dem 1. Januar 1863 noch in Rebellion befinden sollten, für frei. Diese Proklamation wandelte den Krieg der Union gegen die Konföderation in einen Kampf für die Abschaffung der Sklaverei. Von diplomatischer Warte aus betrachtet, zog sie auch einen endgültigen Schlussstrich unter noch mögliche Überlegungen Englands und Frankreichs, auf Seiten des Südens zu intervenieren, da die Öffentlichkeit beider Länder einen solchen Schritt nicht mitgetragen hätte. Kampfbereitschaft und Moral der Unionsarmee dagegen stiegen nun merklich an, zumal für sie jetzt auch die Rekrutierung von Schwarzen eingeführt wurde.

Im Sommer 1863 endete bei Gettysburg in Pennsylvania nach drei Tagen die größte Schlacht des Amerikanischen Bürgerkrieges mit einer Niederlage der Südstaatenarmee unter General Robert E. Lee, ein Ereignis, das Abraham Lincoln im November bei der Einweihung des dortigen Soldatenfriedhofs zum Anlass für eine berühmt gewordene Ansprache (*Gettysburg Address*) nahm. Im Jahr darauf wurde er für eine zweite Amtszeit wiedergewählt.

### Lincolns Gettysburg-Rede vom 19. November 1863

Vor viermal zwanzig und sieben Jahren haben unsere Väter auf diesem Kontinent eine neue Nation ins Leben gerufen, in Freiheit geschaffen und dem Grundsatz gewidmet, daß alle Menschen gleich geschaffen sind. Nun sind wir in einen gewaltigen Bürgerkrieg verstrickt, der erweisen wird, ob diese Nation – oder jede andere solcherart gebildete und ausgerichtete Nation – dauerhaft bestehen kann. Wir sind auf einem großen Schlachtfeld dieses Krieges zusammengekommen. Wir sind gekommen, um einen Teil davon jenen als letzte Ruhestätte zu widmen, die hier ihr Leben ließen, auf daß diese Nation leben möge. Es ist nur recht und billig, daß wir das tun. Aber in einem tieferen Sinne können wir diesen Boden nicht widmen – können wir ihn nicht weihen – können wir ihn nicht heiligen. Die tapferen Männer, ob lebend oder tot, die hier stritten, haben ihn geweiht, weit über unser Vermögen hinaus, dem irgend etwas hinzuzufügen oder etwas davon abzuziehen. Die Welt wird wenig von dem zur Kenntnis nehmen noch lange erinnern, was wir hier sagen, aber sie kann niemals vergessen, was jene hier vollbrachten. Uns, den Lebenden, gebührt es vielmehr, hier dem unvollendeten Werk geweiht zu werden, das jene bis hier so edel vorangebracht haben. Uns ziemt es vielmehr, uns hier der großen Aufgabe zu verschreiben, die uns noch verblieben ist; auf daß wir von diesen ehrenvollen Toten für uns eine vertiefte Hingabe an die Sache ableiten, der sie das höchste Maß an Hingabe schenkten – so daß wir hier feierlich erklären, daß diese Toten nicht umsonst gestorben sein sollen; daß diese Nation, unter Gott, eine Neugeburt der Freiheit erfahre – und daß die Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk nicht aus der Welt verschwinde.

Jörg Nagler, Abraham Lincoln. Amerikas großer Präsident, 2. Aufl., C.H. Beck Verlag, München 2013, S. 363 f.

Die endgültige Niederlage der Konföderation leitete der berühmte Zerstörungszug ein, den die Truppen des Nordstaaten-Generals William T. Sherman im Süden unternahm. 62 000 Soldaten sorgten für Plünderungen und Verwüstungen für eine ungeheure Demoralisierung und zunehmende Versorgungsschwierigkeiten von Militär und Bevölkerung. Am 9. April 1865 ergab sich Lee seinem nördlichen Gegenspieler General Ulysses S. Grant, und die Südstaatenarmee kapituliert. So endete der Sezessionskrieg, der mit 750 000 Toten (400 000 auf Seiten der Union, 350 000 im Süden) bis heute den verlustreichsten Krieg in der Geschichte der Vereinigten Staaten darstellt.

Am 14. April 1865, fast auf den Tag genau vier Jahre nach Beginn des Krieges, fiel Lincoln bei einem Theaterbesuch in Washington, D.C., dem ersten Präsidentenmord der US-Geschichte zum Opfer. Der Attentäter John Wilkes Booth gehörte einer südstaatlichen Verschwörergruppe an, die führende Politiker

des Nordens töten wollte, um die Verleihung der Bürgerrechte an die befreiten Sklaven zu verhindern.

### Wiedereingliederung der Südstaaten

Der Sieg des Nordens hatte die Einheit der Nation bewahrt und vier Millionen Menschen aus der Sklaverei befreit. Die sogenannte *Reconstruction*, Wiederaufbau und Wiedereingliederung des Südens von 1865 bis 1877, war der Beginn eines längerfristigen Prozesses, dessen Auswirkungen bis in die Gegenwart hineinreichen: der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Stellung, Emanzipation und Integration der befreiten Schwarzen.

Die abtrünnigen Südstaaten wurden zunächst wieder in die Union aufgenommen. Voraussetzung war, dass sie sich verpflichteten, den 13. Verfassungszusatz anzuerkennen. Dieser war im Dezember 1865 vom erstmals wieder zusammengetretenen Kongress ratifiziert worden und verbot nun offiziell die Sklaverei in den Vereinigten Staaten. An den Verfassungen der Einzelstaaten war jedoch abzulesen, wie ernst diese es mit der Sklavene-manzipation wirklich nahmen. Sie unterlag besonders in Staaten mit schwarzer Bevölkerungsmehrheit wie South Carolina, Mississippi und Louisiana strengen Rechtsbeschränkungen, den sogenannten *Black Codes*, welche zum Teil an den gerade abgeschafften Status der Sklaverei erinnerten; so wurde zum Beispiel die freie Berufs- und Ortswahl der Schwarzen eingeschränkt.

1868 setzte die Republikanische Partei schließlich den 14. Verfassungszusatz durch, der Afroamerikanern die Staatsbürgerschaft und Bürgerrechte zusicherte. Erst im 15. *Amendment* von 1870 wurde den Südstaaten grundsätzlich das Recht abgesprochen, das Wahlrecht aufgrund von „Rasse, Hautfarbe oder früherer Knechtschaft“ zu beschränken, wobei Frauen und Ureinwohner von diesen Regelungen allerdings immer noch ausgeschlossen blieben. Mit der Ratifikation des 14. und 15. *Amendments*, die Anfang des Jahres 1871 abgeschlossen war, wurden alle Südstaaten offiziell wieder in die Union eingegliedert. Parallel zu diesen politischen Maßnahmen gab es Versuche, das Los der befreiten Sklaven zu verbessern, indem ihnen etwa ein Stück Land und ein Maulesel zu dessen Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt wurden. Doch die afroamerikanischen Kleinpächter blieben meist wirtschaftlich abhängig von den ehemaligen Sklavenbesitzern. Letztlich gelang es den Südstaaten bis zum Abschluss der *Reconstruction* 1877, durch eine Vielzahl von Gesetzen und den Terror des weißen Geheimbundes Ku-Klux-Klan die Rechte und die Stellung von Afroamerikanern so zu beschneiden, dass sie Bürger zweiter Klasse waren.

## Sozialkonflikte der Gründerzeit

Durch Gesetze auf lokaler Ebene wurden die Schwarzen daran gehindert, ihre nun verbrieften Rechte wahrzunehmen, und Rassentrennung bestimmte ihren Alltag; so wurde ihnen zum Beispiel der Zugang zu Parks, Hotels und anderen öffentlichen Einrichtungen untersagt. Der *Supreme Court* relativierte wiederholt die Bestimmungen des 13., 14. und 15. Verfassungszusatzes, indem er die Umsetzung der Grundrechte von Afroamerikanern den Einzelstaaten überließ. 1896 entschied der Oberste Gerichtshof im Fall „Plessy gegen Ferguson“, dass eine Rassentrennung rechtmäßig sei, wenn Schwarzen gleichwertige

Einrichtungen als Alternativen zu denjenigen für Weiße angeboten würden. Diese als „Getrennt aber gleich“ bezeichnete Doktrin (*separate but equal*) führte zu einer generellen Rechtfertigung der Rassentrennung (*segregation*) in den USA.

Die Gewalt gegen Schwarze in Form von Lynchmorden nahm in den Südstaaten derweil ein erschreckendes Ausmaß an. Die 1909 gegründete *National Association for the Advancement of Colored People* (NAACP, bis heute die älteste Bürgerrechtsbewegung mit noch rd. 500 000 Mitgliedern) versuchte, die Rechte der Schwarzen durch Musterprozesse einzuklagen



und konnte erhebliche Erfolge für sich verbuchen. Eine große Binnenmigration von Afroamerikanern in die Städte des Nordens setzte ein – zwischen 1890 und 1910 waren es etwa 200 000 –, führte zu Ghettobildungen und auch dort zu ersten Rassenunruhen.

Zeitgleich erlebte die Nation eine rapide Industrialisierung, verbunden mit einer verbesserten Infrastruktur und Kommunikation, die wiederum die kontinentale Expansion begleitete. *Laissez-faire*-Pragmatismus und harscher Materialismus kennzeichneten nunmehr das sogenannte Vergoldete Zeitalter (*Gilded Age*) der amerikanischen Gründerzeit, dessen Namen auf einen Roman von Mark Twain und Charles Dudley Warner zurückging. Massive Einwanderungswellen seit den 1890er-Jahren, Probleme der Urbanisierung und Arbeitskämpfe sowie weit verbreitete Korruption führten zu einem angespannten sozialen Klima.

Als die amerikanische Zensusbehörde 1890 mit der Besiedlung der Pazifikregion die Zeit der *frontier* für abgeschlossen erklärte, bedeutete dies für viele Amerikaner das Ende einer Ära. Einerseits schien nun das „Sicherheitsventil“ weggefallen zu sein, durch eine Abwanderung in den Westen Sozialkonflikte in den Ballungsgebieten zu entschärfen. Andererseits war fraglich, welche Entwicklung der Kontinent nach dem Abschluss dieser territorialen Expansion nehmen würde. Als 1893 eine schwere Wirtschaftskrise das Land heimsuchte, wurde der Ruf nach neuen Absatzmärkten für die heimische Überproduktion industrieller und agrarischer Produkte laut. Dafür boten sich nahe liegende Regionen in Mittel- und Südamerika sowie Ostasien an, wo US-Firmen schon seit längerer Zeit präsent waren. Immer mehr Stimmen plädierten für den Aufbau einer großen Handelsmarine und einer sie schützenden starken Flotte – und damit für einen Imperialismus, der dem europäischen ähnelte, aber durch den spezifisch amerikanischen Sendungsgedanken ergänzt wurde.

## Auseinandersetzung mit Spanien

Der 1898 ausbrechende Spanisch-Amerikanische Krieg kam vielen Befürwortern dieses Imperialismus entgegen. Schon länger waren die spanischen Herrschaftsmethoden auf Kuba Gegenstand der Kritik gewesen, und die nationalistische Presse hatte ein Eingreifen gefordert. Nach der Explosion des US-Kriegsschiffs „Maine“ im Februar 1898 im Hafen von Havanna, bei der 260 Menschen umkamen, wurde der spanischen Seite umgehend die Schuld an diesem Unglück gegeben. Der republikanische Präsident William McKinley (1897-1901) bat daraufhin den Kongress, einer Intervention auf Kuba zuzustimmen. Dieser forderte die spanische Regierung auf, ihre Streitkräfte zurückzuziehen, und betonte dabei, dass die USA nicht vorhätten, Kuba zu annektieren. Nachdem die USA eine Seeblockade um Kuba errichtet hatten, erklärte Spanien den Vereinigten Staaten jedoch den Krieg, und Ende Juni begann die US-amerikanische Invasion in Kuba. Sie wurde in kurzer Zeit erfolgreich abgeschlossen, nachdem die dortige spanische Flotte zerstört worden war. Im Dezember 1898 musste Spanien im Frieden von Paris die Philippinen, Puerto Rico und die Insel Guam gegen eine Zahlung von 20 Millionen US-Dollar den USA überlassen und alle Ansprüche auf Kuba aufgeben, wo bis 1902 US-Streitkräfte und danach Flottenstützpunkte verblieben. Ferner behielten sich die USA das Recht einer Intervention im Falle der Gefährdung amerikanischen Lebens und Eigentums vor. Trotz vorheriger Beteuerungen des Kongres-

ses, es nicht annektieren zu wollen, wurde Kuba nun zu einem Protektorat der Vereinigten Staaten, wenngleich mit eigener Verfassung und Regierung.

Der Spanisch-Amerikanische Krieg hatte die globale außenpolitische Bedeutung der Vereinigten Staaten schlagartig verändert: Im Pazifik waren Stützpunkte und mit den Philippinen nach erbitterten Kämpfen sogar ein größerer territorialer Gewinn hinzugekommen. Gegenüber Mittel- und Südamerika hatten die USA deutlich dokumentiert, dass sie militärisch in der Lage und gewillt waren, in bestimmten Fällen zu intervenieren. Gegenüber Asien wurde der Weg eines „informellen Imperialismus“ eingeschlagen, der im Gegensatz zu den europäischen Rivalen nicht das Land mit Truppen, sondern den enormen Markt des asiatischen Festlandes, allen voran Chinas, mit US-Dollars erobern wollte. Gleichwohl blieb es teilweise bei Visionen; so überstieg zum Beispiel der Anteil der Exporte nach China am US-amerikanischen Gesamtexportvolumen im ganzen 20. Jahrhundert keine drei Prozent. Innenpolitisch trug der Spanisch-Amerikanische Krieg nicht nur zu einer nationalistischen Aufbruchstimmung bei, sondern auch zu einer anti-imperialistischen Bewegung, die innerhalb der Bevölkerung Befürworter eines allgemeinen Isolationismus aktivierte. Die parallelen Strömungen von Globalisierungsdrang und Isolationismus sollten noch über Jahrzehnte bis zum Eintritt der Vereinigten Staaten in den Zweiten Weltkrieg die Auseinandersetzungen um die Ausrichtung der US-Außenpolitik bestimmen.

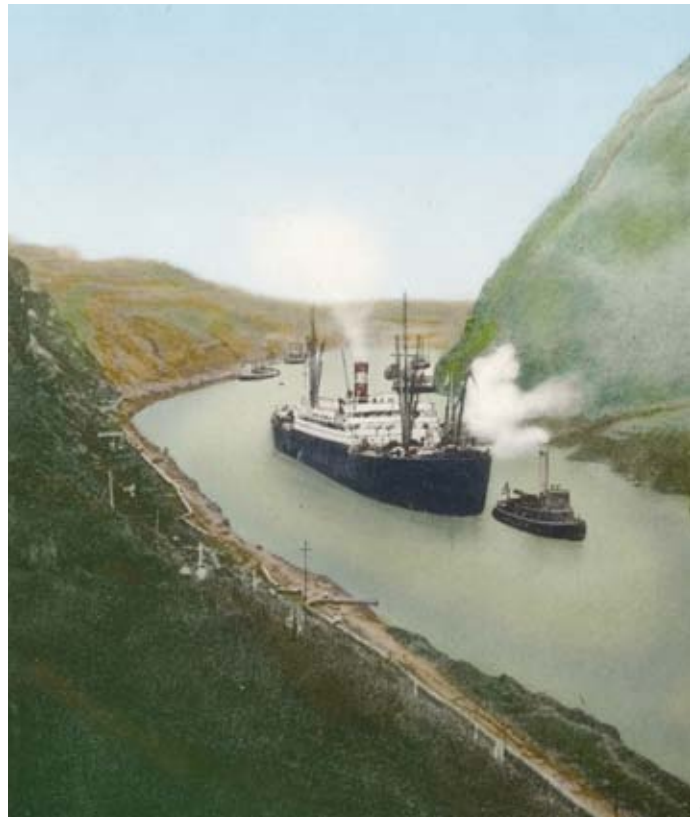


Zwischen 1890 und 1910 führt der massenhafte Zuzug von Einwanderern in die Städte zur Bildung von Elendsquartieren, in denen Armut, Hunger und Kriminalität herrschen. Mietskaserne in New York um 1900

Jörg Nagler

## Weg zur Weltmacht 1898 bis 1945

*Das Eingreifen der USA ist mitentscheidend für den Ausgang des Ersten Weltkrieges. Danach sind sie die größte Handelsmacht, leiden aber auch besonders unter der globalen Wirtschaftskrise. Aus dem Zweiten Weltkrieg gehen sie als Supermacht hervor.*



1904 sichern sich die USA die Oberhoheit über den Panama-Kanal, eine militärstrategisch und wirtschaftlich wichtige Verbindung zwischen Atlantik und Pazifik. Eröffnungsfahrt der „Ancona“ am 15. August 1914

Der erfolgreiche Ausgang des Spanisch-Amerikanischen Krieges führte zu einer machtbetonten Außenpolitik der USA. Dabei waren sie unter Präsident Theodore Roosevelt (1901-1909) im ostasiatischen Raum auf eine Gleichgewichtspolitik bedacht, um dort nach dem Russisch-Japanischen Krieg von 1904/05 weder Russland noch Japan zur beherrschenden Großmacht werden zu lassen. Allerdings verkannte Roosevelt das entschlossene japanische Vordringen und unterschätzte auch die negative außenpolitische Wirkung der restriktiven und diskriminierenden US-Einwanderungsgesetze gegen Japaner von 1907, sodass der US-amerikanische Einfluss in Ostasien zunächst begrenzt blieb.

In Mittelamerika und der Karibik wurde indessen eine konsequente Durchsetzung der eigenen wirtschaftlichen und geostrategischen Vorteile verfolgt. Dem damaligen strategischen Denken gemäß bildete die Flotte das Kernstück imperialer Macht, und es galt als wünschenswert, die beiden ihr als Operationsfelder dienenden Ozeane, Atlantik und Pazifik, durch einen mittelamerikanischen Kanal unter eigener Kontrolle zu verbinden. Nachdem Großbritannien sich aus der Karibik zurückgezogen hatte, unterstützten die Vereinigten Staaten daher die panamesische Unabhängigkeitsbewegung gegen Kolumbien und erhielten im Gegenzug die Zusicherung entsprechender Privilegien in der Kanalzone. Als der Panama-Kanal 1914 eingeweiht wurde, hatte sich die US-amerikanische Einflussphäre

in der Karibik bereits erheblich ausgedehnt. Die Jungferninseln und Puerto Rico waren in den Besitz der USA gekommen; Haiti, die Dominikanische Republik, Nicaragua, Panama und Kuba hatten den Status von Protektoraten.

Die amerikanische Gesellschaft hatte dagegen bis zum Eintritt in den Ersten Weltkrieg eine Krise der eigenen nationalen Identität durchlebt. Geschuldet war dies einerseits der noch unsicheren Rolle in der Weltpolitik, andererseits den Folgen der raschen Industrialisierung. Hatte sie das soziale Gefüge bereits verändert, so wurde es durch die Masseneinwanderung seit den 1880er-Jahren noch zusätzlich erschüttert.

Ab den 1890er-Jahren stammte diese sogenannte Neue Einwanderung erstmals nicht mehr überwiegend aus Westeuropa, sondern aus Süd- und Osteuropa. Sie löste eine Welle von Fremdenfeindlichkeit aus, da diese Immigranten im Ruf standen, nicht assimilierungswillig zu sein und unfähig, die amerikanische Demokratie und ihre Werte zu verstehen und zu akzeptieren. Vielfach rief man nach Einwanderungsbeschränkungen und der Einführung eines Kriterienkatalogs, den Immigranten bei Einwanderung erfüllen sollten, wie zum Beispiel Schreib- und Lesetests. In jene Zeit fiel die Uraufführung von Israel Zangwills Theaterstück „*The Melting Pot*“. Seither gilt der „Schmelztiegel“-Begriff als Bild für eine Einwanderungsgesellschaft, in der die verschiedensten Gruppen sich zu einem Ganzen vereinen. Die schnelle Ver-





Illustration bild – The Granger Collection

Die US-Gesellschaft reagiert auf die Masseneinwanderung vor allem aus Süd- und Osteuropa mit Anflügen von Fremdenfeindlichkeit. Karikatur von 1921

städterung sowie die zunehmende Anzahl und Größe von Immigrantenghettos in den Zentren der Ostküste und des Mittelwestens führten zu sozialen Problemen und der Furcht vor Keimzellen sozialen Unfriedens und Aufruhrs in Großstädten. Hatte 1870 jeder vierte Amerikaner in einem urbanen Umfeld gewohnt, so war es 1890 etwa jeder dritte, und bis Ende des Ersten Weltkrieges 1918 wohnten mehr Menschen in Städten als auf dem Land.

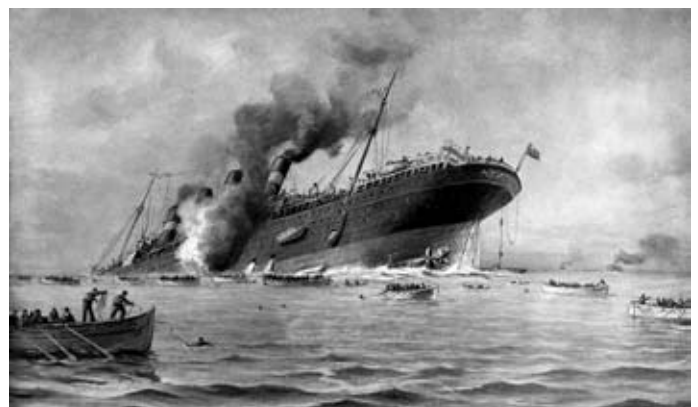
## Erster Weltkrieg

Als unter den europäischen Nationen 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, rief US-Präsident Woodrow Wilson (1913–1921) seine Landsleute zu strikter Neutralität auf. Die vielen europäischen Immigranten – 1910 hatte der Anteil der im Ausland Geborenen mit nahezu 15 Prozent seinen Höchststand erreicht – ermahnte er, amerikanisch zu denken und alte Loyalitäten aufzukündigen. 1910 lebten immerhin über acht Millionen Erst- und Zweitgenerationsangehörige deutscher Herkunft in den USA, gemessen an der Gesamtbevölkerung von etwa 92 Millionen also ein erheblicher Anteil.

Die kulturelle Nähe der Vereinigten Staaten – insbesondere der Ostküsten-Elite – zu Großbritannien führte indessen bald zu einem Kurs der „parteiischen Neutralität“. Gegen die britische Seeblockade, die Deutschland faktisch von der Außenwelt abschnitt und ihm große Versorgungsschwierigkeiten bereitete, gab es nur halbherzige offizielle Proteste von Seiten der USA. Dem Deutschen Reich wurden dagegen aufgrund des U-Boot-Krieges Sanktionen angedroht. Die durch die britische Blockade hervorgerufenen Außenhandelseinbußen wurden durch die Kapitalnachfrage der westlichen Alliierten und ihren Bedarf an Waffen aus den USA ausgeglichen, sodass sich die US-Wirtschaft schnell von einer zwischenzeitlichen Depression erholen konnte.

Entscheidend für die zunehmend kritische Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland wurden zum einen der Einmarsch deutscher Truppen in das neutrale Belgien und zum anderen die Versenkung des britischen Passagierschiffes „Lusitania“ im Mai 1915, bei der auch 128 Männer, Frauen und Kinder aus den USA den Tod fanden. Den endgültigen Kriegseintritt am 6. April 1917 bewirkten vor allem zwei Ereignisse: der deutsche uneingeschränkte U-Boot-Krieg, der weiterhin amerikanisches Leben und Eigentum bedrohte, und eine deutsche Note an Mexiko, die im Falle eines Kriegseintrittes der USA ein deutsches Bündnis mit Mexiko vorschlug. Das verschlüsselte Telegramm war vom britischen Geheimdienst dekodiert und der US-Regierung übermittelt worden.

Das Eingreifen in den Ersten Weltkrieg traf in den Vereinigten Staaten durchaus nicht auf ungeteilte Zustimmung. Immerhin entschieden sich im Repräsentantenhaus von 423 Stimmberechtigten 50 dagegen, im Senat sechs von 88; die nationale Öffentlichkeit war zunächst eher gespalten. Doch die geistige Mobilisierung gelang der Regierung ebenso schnell wie die militärische und wirtschaftliche. Durch die Entsendung von über zwei Millionen Soldaten zum europäischen Kriegsschauplatz erwies sich das amerikanische Engagement als entscheidend für den Ausgang des Krieges. Mit den „Vierzehn Punkten“ vom Januar 1918 definierte Präsident Wilson seine Kriegsziele und Vorstellungen einer friedlichen Nachkriegsordnung, über die ein Völkerbund wachen sollte. Im November 1918 erklärte das Deutsche Reich seine Kapitulation.



Am 7. Mai 1915 versenkt ein deutsches U-Boot im Atlantik das britische Passagierschiff „Lusitania“. Unter den 1198 toten Passagieren sind auch 128 US-Bürger.

picture-alliance / Everett Collection

## Kriegsfolgen

Die USA hatten 116 000 Todesopfer und 200 000 Verwundete zu beklagen, und auch die politischen und wirtschaftlichen Folgen der Intervention waren erheblich. Dagegen blieben die Ergebnisse der Versailler Friedenskonferenz (Januar bis Juni 1919) hinter den hochgesteckten amerikanischen Erwartungen zurück. Wilson wurde zu Hause direkt für den Misserfolg verantwortlich gemacht. Weitreichende Konsequenzen für die globale Nachkriegsordnung sollte die Senatsentscheidung vom November 1919 haben, die Unterzeichnung des Versailler Vertrages und den Beitritt der USA in den Völkerbund abzulehnen. Die Nation wollte sich offenbar vom Schicksal Europas abwenden und zum Isolationismus zurückkehren, einer Haltung, die der mit großer Mehrheit neugewählte republikanische Präsident Warren G. Harding (1921-1923) durch seinen berühmten Wahlkampfslogan „Zurück zur Normalität“ ausdrückte. Hiermit brachte er die Stimmung einer Gesellschaft zum Ausdruck, die nach der Reform- und Kriegszeit dem Idealismus à la Wilson nun überwiegend kritisch gegenüberstand. Mit Harding wurde die Dominanz der Republikanischen Partei eingeleitet, die in ungebrochener Folge bis 1933 auch die Präsidenten stellte. Wirtschaftlich wurde das Land unter Hardings Regierung zur bedeutendsten Handelsmacht und von einer Schuldnation zum größten Gläubiger der Welt; neben London etablierte sich New York als Zentrum der Weltfinanz. Trotz isolationistischer Außenpolitik blieben die USA in der Außenhandelspolitik aktiv. Sie erwarteten die Rückzahlung der alliierten Schulden und hatten ebenso ein Interesse, die Reparationszahlungen der Besiegten mitzugestalten. Im „Dawes-Plan“ von 1924 wurde ersichtlich, dass sie für die deutschen Rückzahlungsschwierigkeiten größeres Verständnis aufbrachten als England und Frankreich: Sie setzten eine Angleichung der Zahlungen an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Deutschen Reiches durch und stellten ihm eine

erhebliche Anleihe zur Verfügung. Als sich die Forderungen erneut als zu hoch erwiesen, wurden die jährlichen deutschen Zahlungsraten 1929 auf amerikanischen Druck hin nochmals reduziert, was dokumentierte, dass den Vereinigten Staaten an einer europäischen Stabilität gelegen war, nicht zuletzt um eigene Investitionen dort zu sichern.

## Zwischenkriegszeit

Während im Europa der Nachkriegsjahre fundamentale gesellschaftliche Umwälzungen stattfanden, war diese Phase in den USA durch Kontinuität gekennzeichnet – die „Goldenen Zwanziger“ standen im Zeichen von Genuss und Konsum. Unterstützt wurde diese Haltung durch eine florierende und dynamische Wirtschaft, die die Verbraucherbedürfnisse im Zeichen eines ungezügelt Kapitalismus durch Werbung weiter hochschraubte und bei Vollbeschäftigung jährliche Wachstumsraten von fünf Prozent verzeichnete.

Die seit 1920 bestehende Prohibition, das Verbot von Herstellung und Konsum alkoholischer Getränke (1933 wieder aufgehoben), führte derweil durch illegale Alkoholproduktion und Schmuggel zum Aufblühen des organisierten Verbrechens. Gleichzeitig galten die Vereinigten Staaten als Symbol von Modernität schlechthin: unverwechselbar und eindrucksvoll schon rein äußerlich durch die schwindelerregenden neuen „Wolkenkratzer“ New Yorks und Chicagos, klanglich durch die weltweite Verbreitung des Jazz, individuell durch das Automobil als Ausdruck persönlicher Mobilität im *American way of life*. Jeder fünfte der nunmehr 120 Millionen US-Amerikaner besaß 1929 ein Kraftfahrzeug, ein Verhältnis, das in der Bundesrepublik Deutschland erst 1965 erreicht wurde.



picture-alliance/akg-images

In den 1920er-Jahren gelten die USA als Symbol der Modernität schlechthin. „Wolkenkratzer“ in der Nähe der 42. Straße in New York um 1935



## Große Depression

Umso dramatischer wurde dann der Wirtschaftszusammenbruch während der Großen Depression erlebt, die mit dem New Yorker Börsenkrach im Oktober 1929 ihren Anfang nahm. Die Folge waren Konkurse und eine hohe Arbeitslosigkeit, die 1933 mit 25 Prozent ihren Höhepunkt erreichte. Bis 1932 war das Bruttosozialprodukt um 43,5 Prozent gefallen, und die Industrieproduktion hatte sich halbiert.

Anderer Wirtschaftszweige, wie die Landwirtschaft, wurden noch mehr geschädigt: Der Preisverfall für Agrarprodukte verringerte die Bruttoeinkommen der Farmer um mehr als 50 Prozent. Dadurch konnten sie ihre Hypothekenzinsen nicht mehr bezahlen, mussten vielfach ihre Farmen zwangsversteigern und sich als Landarbeiter durchschlagen. Viele von ihnen machten sich auf den Weg nach Kalifornien, in der (oft vergeblichen) Hoffnung, ihre Familien dort besser versorgen zu können – Schicksale, die John Steinbeck in seinem Roman „Früchte des Zorns“ (1939) eindringlich beschrieb.

Ebenso schwerwiegend wie die wirtschaftliche Not erwies sich die Demoralisierung der Bevölkerung. Das jahrzehntelange Vertrauen in den *Laissez-faire*-Kapitalismus wich über Nacht – wie auch vielerorts im Ausland – einer tiefen gesellschaftlichen Verunsicherung, die die Grundfesten bisheriger



IAM / alg-images

Der Wirtschaftszusammenbruch der frühen 1930er-Jahre stürzt das Land in die Große Depression: Arbeitslose vor einer New Yorker Suppenküche 1930

## Wolkenkratzer

Kein anderer Gebäudetypus ist so eng mit der Stadt- und Architekturgeschichte der USA verbunden wie der Wolkenkratzer (skyscraper), der in den 1890er-Jahren seinen Namen erhielt. Die typisch amerikanische Konstruktion entstand in Chicago und New York in der Phase des Hochkapitalismus, in der der teure Grund und Boden der Innenstädte zahlreiche Spekulanten auf den Plan rief. Die Erkenntnis, dass das jeweils höhere Haus mehr Nutzfläche und damit, angesichts der ständig steigenden Grundstückspreise, einen höheren ökonomischen Wert besaß, löste zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen Bauboom aus. Dieser Bauboom sollte die Silhouette der amerikanischen Innenstädte verändern und erzeugte mit der Skyline ein völlig neues Stadtbild, das zum Symbol urbaner und wirtschaftlicher Macht avancierte. Voraussetzung für die Erfindung und die steile Karriere der amerikanischen Wolkenkratzer waren technische Neuentwicklungen. Zu diesen technischen Innovationen zählten zum Beispiel der hydraulische „Sicherheitsaufzug“, der erstmals 1857 in einem New Yorker Haus installiert wurde, die Entwicklung feuerfester Baustoffe sowie der Stahl- und Gusseisen-Skelettbau, der ab 1879 im First Leiter Building in Chicago realisiert wurde. Das pragmatische Kalkül der potenten Bauherren förderte die Ausprägung einer zweckorientierten und

wirtschaftlichen Architektur. Spätestens in den 1920er-Jahren waren die Skyscrapers der USA weltweit zum Symbol des prosperierenden Kapitalismus geworden, dessen kulturelle Symbolik beispielsweise in Deutschland weitgehend abgelehnt wurde. Ein Essay Siegfried Kracauers in der Frankfurter Zeitung von 1921 spiegelte eine weit verbreitete Meinung wider, wenn es heißt: „Die Hässlichkeit der New Yorker City ist jedermann bekannt. Turmartige Ungetüme, die ihr Dasein dem ungezügelter Machtwillen raubtierhaften Unternehmertums verdanken, stehen dort wild und regellos nebeneinander, außen und innen häufig mit einer prunkvollen Scheinarchitektur verkleidet.“

In der Anfangseuphorie wurden Amerikas Hochhäuser in beliebiger Form und Höhe gebaut. Erst ab 1916 setzten sich, zunächst in New York City, Richtlinien durch, die mit zunehmender Höhe eine Verjüngung des Baukörpers verlangten, damit die Wolkenkratzer den Städtern nicht „den Himmel stehlen“ würden. Die pyramidenartige Zuspitzung der amerikanischen Hochhäuser ist demnach keine künstlerische Erfindung, sondern ein Gestaltungsprinzip, das zwischen dem Profitstreben der Auftraggeber und den Bebauungsrichtlinien der Städte vermittelte.

Seit 1892, als die Trophäe für den höchsten Wolkenkratzer innerhalb von wenigen

Monaten von Chicago nach New York (Pulitzer Building) und wieder zurück nach Chicago (Masonic and Women's Temple) wanderte, bestimmte der Wettlauf um die Vertikale die Physiognomie der beiden Metropolen. Besondere Dramatik erfuhr der Kampf zwischen den Giganten Ende der 1920er Jahre, als gleich zwei Konkurrenten offen um den Titel des höchsten Hauses der Welt wetteiferten: die Bank of the Manhattan Company und das Chrysler Building. Den Sieg trug damals das Chrysler Building davon, da der Architekt die siebenstöckige Art-Deco-Spitze heimlich im Innern des Hochhauses hatte zusammensetzen lassen, um nur wenige Stunden nach Fertigstellung des Nachbargebäudes mit einem neuen Gebäudehelm aufzutreffen zu können. Nach dem 1972 erbauten New Yorker World Trade Center erlangte 1973 der Sears Tower in Chicago den Titel „höchstes Gebäude der Welt“. Auch wenn Hongkong seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert für sich beanspruchen kann, über mehr Wolkenkratzer als New York City zu verfügen, und die höchsten Häuser der Welt heute in Asien stehen, geht der Wettlauf in die Höhe, als Demonstration von Technologiebeherrschung und wirtschaftlicher Potenz, auch in den USA weiter. [...]

Christof Mauch, Die 101 wichtigsten Fragen. Amerikanische Geschichte, C.H. Beck Verlag, München 2008, S. 58f.

Lebensanschauungen und Werte erschütterte. Damit erhob sich die Kernfrage, ob eine liberale Demokratie noch in der Lage sein würde, dieser Krise etwas entgegenzuhalten.

## New Deal

Der 1932 gewählte demokratische Präsident Franklin D. Roosevelt (1933-1945) vermochte es, der Bevölkerung erneutes Vertrauen in die Zukunft zu vermitteln. Sein von 1933 bis 1939

durchgeführtes ehrgeiziges Wirtschafts- und Sozialprogramm *New Deal* versuchte die Krise durch groß angelegte Maßnahmen zu bewältigen. In den „ersten hundert Tagen“ seiner Regierung gelang es Roosevelt, ein ganzes Bündel von Reformen auf den Weg zu bringen, die jeden Wirtschaftsbereich erfassen: den industriellen Sektor, die Landwirtschaft, das Bankensystem, das Sozialwesen und den Arbeitsmarkt. Für die Umsetzung der Reformen wurden zahlreiche Exekutivbehörden gegründet, die die bundesstaatliche Bürokratie stark anwachsen ließen und die Kompetenz des Präsidenten verstärkten. Im Zuge von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bauten 8,5 Millionen Beschäftigte ca. 122 000 öffentliche Gebäude, über eine Million Kilometer neuer Straßen, rund 80 000 Brücken und Großprojekte wie Staudämme und Kraftwerke.

In Teilbereichen erwies sich der *New Deal* als durchaus erfolgreich. Neu und hilfreich war beispielsweise die Orientierung auf die soziale Verantwortung des Staates, erstmals wurde ein Sozialversicherungssystem geschaffen. Es gelang jedoch nicht, die strukturell bedingte Wirtschaftskrise völlig zu beheben. Erst nach Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg im Dezember 1941, als die Produktion von Kriegsgütern für weitere Beschäftigung sorgte, wurde die Krise überwunden.

## Zweiter Weltkrieg

Als in Europa und Asien zunehmend Anzeichen eines erneuten Krieges sichtbar wurden, nahm die isolationistische Stimmung in der Bevölkerung weiter zu, und der überwiegend ähnlich gesinnte Kongress verabschiedete mehrere Neutralitätsgesetze, die den außenpolitischen Handlungsspielraum des Präsidenten erheblich einschränkten. Nach einer Gallup-Umfrage vom September 1939, kurz nach Hitlers Angriff auf Polen, waren 84 Prozent der Befragten gegen ein amerikani-



akg-images

*New Deal* heißt das staatliche Reformprogramm zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Dazu gehören Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wie hier die Maurerarbeiten im Cove Lake State Park, Tennessee.

## Dust Bowl

Ein Reporter des *Washington Evening Star* prägte den Begriff „Dust Bowl“ (Staubschüssel), als im April 1935 ein schwerer Staubsturm über die südlichen Great Plains von Kansas, Colorado, Oklahoma, Texas und New Mexico hinwegfegte und eine Fläche (fast doppelt so groß wie die Bundesrepublik) in eine trostlose Wüste verwandelte. Selbst im 2500 Kilometer entfernten New York City verdunkelte der Staub fünf Stunden lang die Stadt. „Die schwerste Umweltkatastrophe in der Geschichte der weißen Bevölkerung in Nordamerika“, wie sie der Historiker Donald Worster nannte, war zum einen die Konsequenz einer Trockenperiode, die bereits in den 1930er-Jahren eingesetzt hatte. Zum anderen resultierte sie aus dem profitorientierten und rücksichtslosen Umgang der Farmer mit ihrem Land. Die Parole „Der Weizen

wird den Krieg gewinnen“ und die ständig steigenden Preise, die um die Jahrhundertwende – vor allem aber seit dem Ersten Weltkrieg – für Weizen bezahlt wurden, hatten die Great Plains in ein riesiges Getreideparadies verwandelt. Im Zentrum der Dust Bowl waren 1888 nur 3 Prozent Weizen angebaut worden, 1930 machte „King Wheat“ über 90 Prozent der Ernte aus. Dass die riesigen Mährescher, deren Arbeitsbreite rasch von drei auf über sieben Meter anstieg, die dünne Ackerkrume der Prärie rasch zerstoßen oder abtrugen, störte nur wenige der Bauern, von denen in den 1930er-Jahren fast ein Fünftel – als Spekulanten und „suitcase farmers“ – ihren Hauptwohnsitz in den Städten hatten.

Hunderttausende Menschen verloren als Folge der Dust Bowl-Katastrophe ihre Lebensgrundlage. So wanderten allein aus Oklahoma 15 Prozent der Bevölkerung

nach Kalifornien aus. (Bald wurden alle Dust Bowl-Migranten, unabhängig von ihrer Herkunft, „Okies“ genannt). Hilfsprogramme der Bundesregierung, Bewässerungsprojekte und die Einübung von nachhaltigen Formen der Bodenbewirtschaftung konnten die Sandstürme der Prärie nicht völlig eindämmen. Sie verhinderten jedoch eine große Katastrophe vom Ausmaß der Dust Bowl der 1930er-Jahre. In den Gedichten von Archibald McLeish, den Fotografien von Dorothea Lange, den Balladen eines Woody Guthrie (der selbst „Okie“ war), in John Steinbecks grandiosem Roman „Früchte des Zorns“, im gleichnamigen Film von John Ford und in Theaterstücken von Frank Galati lebt die Dust Bowl wie keine andere Naturkatastrophe als kollektive Erinnerung der Amerikaner fort.

Christof Mauch, Die 101 wichtigsten Fragen. Amerikanische Geschichte, C.H. Beck Verlag, München 2008, S. 86



ches Eingreifen. Auch Roosevelt bekannte sich öffentlich zu Neutralität.

Doch gleichzeitig wurde die nationale Verteidigung durch ein gewaltiges Rüstungsprogramm, die Einführung der Wehrpflicht und die Errichtung einer 300 bis 1000 Meilen breiten Sicherheitszone um den amerikanischen Kontinent vorbereitet. Ab November 1939 wurde ausländischen Mächten der Kauf amerikanischer Waffen gestattet, und im Herbst 1940 erwarben die USA neue Militärstützpunkte im Atlantik und in der Karibik.

Im August 1941 kam es vor Neufundland zu einem geheimen Treffen Roosevelts mit dem britischen Premierminister Winston Churchill. Das Ergebnis war eine Erklärung über gemeinsame amerikanisch-britische Prinzipien – die „Atlantik-Charta“. Sie vertrat das Selbstbestimmungsrecht der Völker, den Zugang zum freien Welthandel zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Völker, die Freiheit der Meere und die Entwaffnung von Aggressorstaaten. Im September 1941 befahl Roosevelt den Schutz britischer Schiffe durch die US-Flotte, was eine militärische Konfrontation mit Deutschland heraufbeschwor.

### Angriff auf Pearl Harbor

Dennoch traf der japanische Flugzeugangriff auf den Stützpunkt der US-Pazifikflotte in Pearl Harbor/Hawaii am 7. Dezember 1941 die USA völlig überraschend. Über 2400 US-Soldaten kamen ums Leben, und große Teile der Flotte wurden zerstört.

Aufgrund dieses „Tages der Schande“ schlug die bis dahin immer noch isolationistische Stimmung in den USA über Nacht um. Anders als im Ersten Weltkrieg befürwortete nun eine überwältigende Mehrheit den Krieg gegen die Achsenmächte. Der Konflikt schmiedete die Nation zusammen, die umgehend zur Mobilisierung ihrer Ressourcen überging. Etwa elf Prozent der Gesamtbevölkerung leisteten Kriegsdienst.

Binnen Kurzem bauten die Vereinigten Staaten die größte Kriegsmaschinerie der Geschichte auf. Im Zeitraum von 1939 bis 1945 wurde die Industrieproduktion mehr als verdoppelt. Nach der gewonnenen Seeschlacht bei den Midway-Inseln Anfang Juni 1942 gelang es der US-Pazifik-Flotte, zum Gegenangriff auf die Japaner überzugehen. Das verbündete China

erhielt Militär- und Materialhilfe im Kampf gegen die japanische Besetzung.

Die Kooperation mit Großbritannien und ein stabiles Bündnis mit der Sowjetunion waren für die weitere Kriegführung zentral. Um die enormen Verluste der Sowjets zu mindern, sollte möglichst früh eine „zweite Front“ etabliert werden. Da ein Angriff auf die französische Atlantikküste 1942 militärisch noch nicht umsetzbar war, entschied Roosevelt und Churchill, den deutschen Kontrollbereich vom Mittelmeerraum aus anzugreifen. Nach der erfolgreichen Invasion in Nordafrika kamen sie darüber hinaus im Januar 1943 auf der Konferenz in Casablanca überein, von Deutschland und Japan ausschließlich eine bedingungslose Kapitulation (*unconditional surrender*) zu akzeptieren.

### Invasion in der Normandie

Gleichzeitig wurde der Zeitpunkt einer alliierten Invasion in Frankreich auf das Jahr 1944 festgelegt. Nach Abschluss der Mobilisierung und Ausschaltung der deutschen U-Boote im Atlantik gelang am 6. Juni 1944 unter dem Oberbefehl General Dwight D. Eisenhowers die alliierte Landung in der Normandie und die Eroberung der schwer befestigten Küste. Durch sowjetische Erfolge im Osten und das gleichzeitige Vorrücken alliierter Truppen in Italien und Frankreich wurde Deutschland zunehmend eingekreist. Die deutsche Kapitulation am 8. Mai 1945 erlebte Roosevelt nicht mehr, er starb am 12. April 1945. Sein Nachfolger, Vizepräsident Harry S. Truman (1945-1953), einigte sich auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945), dem letzten Gipfeltreffen der Alliierten, mit Stalin und Churchill über die Modalitäten der Besetzung Deutschlands, das in vier Zonen aufgeteilt und als Wirtschaftseinheit behandelt werden sollte; die sowjetische Seite sagte eine Kriegserklärung an Japan zu. Im Pazifik tobte der Kampf noch immer unerbittlich weiter. Als für die USA ersichtlich wurde, dass Japan nicht ohne erbitterten Widerstand kapitulieren würde, verstärkten sie die Bombardements auf das japanische Festland; schließlich entschied sich Truman für den Abwurf zweier Atombomben auf Hiroshima (6. August 1945) und Nagasaki (9. August 1945), dem Hunderttausende von Menschen zum Opfer fielen. Am 14. August kapitulierte Japan und wurde von amerikanischen Truppen besetzt.



Der Angriff Japans auf den US-amerikanischen Militärstützpunkt Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 veranlasst die USA zum Eintritt in den Zweiten Weltkrieg, der sich als kriegsentscheidend erweisen wird.



Der D-Day – die Landung von US-Truppen in der Normandie am 6. Juni 1944 – ist einer der Wendepunkte, die 1945 zum Sieg der Alliierten über Hitler-Deutschland führen.

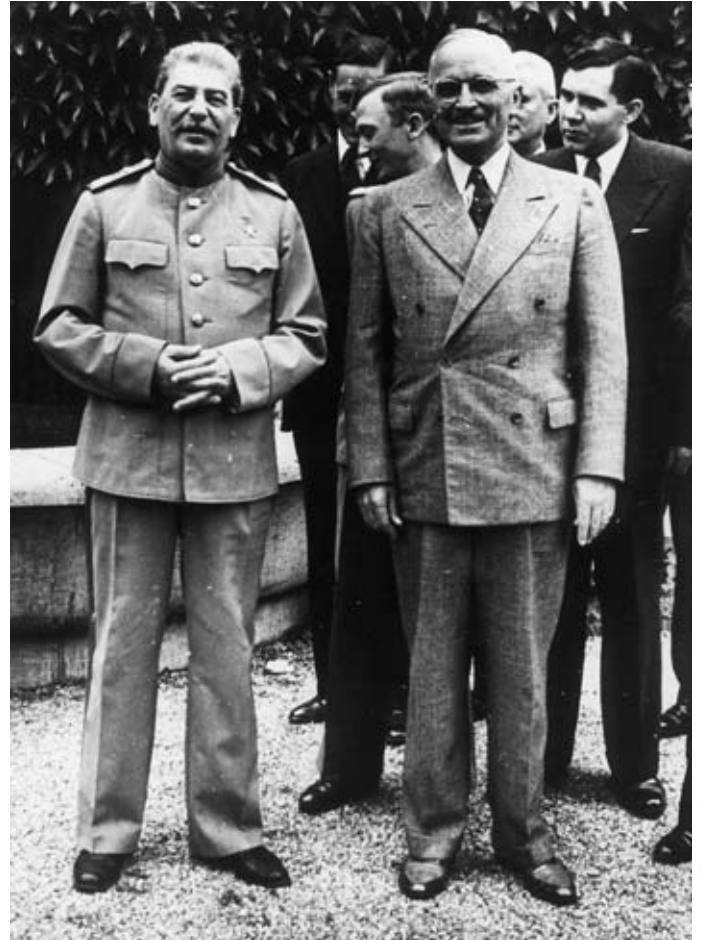
Jörg Nagler

## Kalter Krieg von 1945 bis 1989

*Im Kalten Krieg soll der Sowjet-Kommunismus aktiv eingedämmt werden, während Bürgerrechts- und Friedensbewegungen auf innergesellschaftliche Konflikte hinweisen. Die Wirtschaftskraft der USA entscheidet den Rüstungswettlauf und befördert den Zusammenbruch der Sowjetunion.*

Wie bereits im Ersten Weltkrieg waren die Vereinigten Staaten die eigentlichen Sieger dieses zweiten globalen Konfliktes. Zwar hatten etwa 400 000 Amerikaner ihr Leben lassen müssen, gemessen an den Verlusten der anderen beteiligten Nationen stellte dies jedoch eine eher geringe Zahl dar. Wirtschaftlich und militärisch war das Land zur Supermacht avanciert. Es produzierte jetzt mehr als 60 Prozent der weltweiten Industriegüter und besaß zwei Drittel der globalen Goldreserven. Der Weltmarkt stand ihm fast konkurrenzlos offen, seit die Konferenz von Bretton Woods im Juli 1944 den US-Dollar als internationale Leit- und Reservewährung festgelegt hatte. Noch hatten die USA das Atomwaffenmonopol inne und verfügten über eine der restlichen Welt überlegene Waffentechnologie.

Außer der Sowjetunion, die gleichfalls zur Weltmacht aufgestiegen war, existierte kein ernsthafter Konkurrent mehr. Allerdings hatten sich schon während des Krieges sowjetisch-amerikanische Differenzen gezeigt. Sie betrafen zum Beispiel die Zukunft Deutschlands, die Höhe der Reparationszahlungen und das weitere Schicksal Osteuropas und traten nun immer offener zutage. Präsident Roosevelt hatte noch gehofft, dass sich diese Spannungen nach dem Friedensschluss durch eine Weltorganisation ausgleichen lassen würden. Die Vereinten Nationen, im Juni 1945 in San Francisco ins Leben gerufen (mit späterem Sitz in New York), fanden denn auch – anders als der Völkerbundgedanke nach dem Ersten Weltkrieg – die



*US-Präsident Harry S. Truman mit dem Sowjetdiktator Josef Stalin auf der Konferenz von Potsdam im August 1945. Sie ist das letzte Gipfeltreffen der alliierten Siegermächte, die sich bald darauf im Kalten Krieg jahrzehntelang feindlich gegenüberstehen.*

Zustimmung der US-Bevölkerung. Ein effektives Organ zur Wahrung des Weltfriedens konnte diese Organisation angesichts des sich anbahnenden Konfliktes zwischen den ideologischen Machtblöcken im Kalten Krieg jedoch nicht werden.

Die Ursachen des Ost-West-Konfliktes, der sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nachhaltig auf die Innen- und Außenpolitik, die wirtschaftliche und auch kulturelle Entwicklung aller Nationen auswirkte, sind komplex und zwischen zwei Polen angesiedelt: dem sowjet-kommunistischen auf der einen und dem amerikanisch-kapitalistischen auf der anderen Seite. Die Vereinigten Staaten reagierten auf das sowjetische Verlangen nach einer Sicherheitszone, die über Osteuropa hinausreichen sollte, mit einer „Eindämmungsstrategie“ (*containment*), durch die ein weiteres Vordringen des Sowjet-Kommunismus weltweit verhindert werden sollte. Die Umsetzung dieser Strategie erforderte enorme Kosten, die im Inneren nur mittels eines kommunistischen Bedrohungsszenarios begründet werden konnten.

Innenpolitisch war Truman ein überzeugter Befürworter eines amerikanischen Sozialsystems. Die Tradition des *New Deal* wollte er 1948 mit dem Reformprogramm des *Fair Deal* fortsetzen, wozu die Einführung eines Mindestlohns, einer obligatorischen Krankenversicherung sowie eine deutliche Verbesserung des Bildungswesens gehören sollten. Das Programm scheiterte jedoch an einem gesellschaftlichen Klima, das durch den schon seit 1946 andauernden Wirtschaftsboom



sowie die permanente Rhetorik des Anti-Kommunismus reformkritisch orientiert war.

Zwischen 1950 und 1960 nahm das Bruttosozialprodukt zwar um 77 Prozent zu, doch nicht alle Bevölkerungsschichten profitierten entsprechend davon. Insbesondere Afroamerikaner waren nach wie vor benachteiligt. Generell hatte die Beteiligung schwarzer Soldaten am Zweiten Weltkrieg dazu beigetragen, ihre Diskriminierung abzubauen und ihr Selbstwertgefühl zu stärken; angesichts fortdauernder rassistischer Anfeindungen und Gewaltausschreitungen insbesondere in den Südstaaten forderten die afroamerikanischen Kriegsheimkehrer, nun auch unterstützt von weißen Mitstreitern, die Umsetzung der Ideale einer Demokratie ohne Rassentrennung und Diskriminierung im eigenen Land. Schließlich war dieser Krieg gegen Rassismus und für Demokratie geführt worden. Truman unterstützte diese Vorstellungen durch eine Kommission zum Schutz der afroamerikanischen Bürgerrechte und durch Berufung von Afroamerikanern in wichtige Ämter seiner Administration.

## Anti-Kommunismus und Wohlstand

Nach Kriegsende erwirtschafteten die USA 50 Prozent des Welt-Bruttosozialproduktes. Millionen von Kriegsveteranen erhielten per Gesetz die Möglichkeit eines Collegestudiums. Steuersenkungen, hohe Unternehmensprofite und Investitionen schufen eine Wohlstandsgesellschaft (*affluent society*), deren Zustandekommen auf das dem Sowjet-Kommunismus offensichtlich überlegene Modell eines Kapitalismus zurückgeführt wurde, in dem freie Menschen selbst über ihr Schicksal entscheiden konnten.

Zusätzlich zur Vorstellung der externen Bedrohung durch die Sowjetunion und seit 1949 auch durch das kommunistisch gewordene China wurde das antikommunistische Klima in den USA durch den Korea-Krieg (1950-53) angeheizt. Auf diesem Nährboden gedieh die Angst vor innerer ideologischer Zersetzung. Der republikanische Senator Joseph McCarthy stellte in einer Art „Hexenjagd“ (so der deutsche Titel eines Theaterstücks des zeitgenössischen Schriftstellers Arthur Miller) zahlreiche US-Bürger aus Politik, Verwaltung und Kultur unter Kommunismusverdacht. Dann zerrte er sie vor das Tribunal des von 1950 bis 1954 von ihm geleiteten Senatsausschusses für „unamerikanische Umtriebe“, dessen Verhöre sogar im

Fernsehen übertragen wurden. Die Folge war eine Vergiftung des innenpolitischen Klimas, die selbst dem neuen republikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower (1953-1961), zuvor Oberbefehlshaber der Alliierten in Europa sowie erster Oberkommandierender der NATO und bekannt für seine anti-kommunistische Haltung, zu weit ging. Als ein Untersuchungsausschuss Unregelmäßigkeiten im Stab McCarthys zutage förderte, war dessen Karriere beendet (siehe auch S. 30).

Wie eng die Ereignisse des Kalten Krieges mit der amerikanischen Innenpolitik verbunden waren, demonstrierte der „Sputnik-Schock“. Nachdem die Sowjets am 4. September 1957 erfolgreich den ersten Satelliten in eine Erdumlaufbahn geschossen hatten, riefen die USA im Gegenzug ein milliardenschweres Raumfahrtprogramm sowie eine nationale Bildungsinitiative ins Leben.

Ansonsten gelang Eisenhower in der Innenpolitik über Parteigrenzen hinweg ein Kurs der politischen Mitte. Obwohl seine Ära häufig mit dem Phänomen der „Überflusgesellschaft“ in Verbindung gebracht wird, blieben die Einkommen weiterhin ungleich verteilt; auch das Ausmaß der Armut nahm nicht wesentlich ab.

## Abbau der Rassenschranken

Von ökonomischer Benachteiligung waren insbesondere Afroamerikaner betroffen, dies vor allem während der kurzen Rezessionen von 1953/54, 1957/58 und 1960/61. Eng damit verbunden war ihre weiterhin existierende Diskriminierung im Kontext eines anhaltenden Rassismus, besonders in den Südstaaten. Eisenhower setzte sich für den Abbau der Rassenschranken ein, indem er zum Beispiel 1954 den liberalen Juristen Earl Warren zum Mitglied des Obersten Bundesgerichts ernannte. Im Mai 1954 erklärten er und seine Richterkollegen in einer richtungweisenden Entscheidung die Rassentrennung an Schulen für verfassungswidrig (Verstoß gegen den 14. Verfassungszusatz von 1868). Mit diesem Urteil wurde die bislang geltende Doktrin des „Getrennt, aber gleichwertig“ aufgehoben.

Parallel dazu entwickelte sich eine Bürgerrechtsbewegung unter Führung des schwarzen Pfarrers Martin Luther King (1929-1968). Mit dem Prinzip des gewaltlosen Widerstands konnte er eine wachsende Anhängerschaft gewinnen, unter der sich zunehmend auch Weiße befanden. Der Kongress nahm Kritikpunkte der Bewegung auf, indem er mit den *Civil Rights Acts* von 1957 (dem ersten Bürgerrechtsgesetz seit 1875) und 1960 die Wahlrechtsbestimmungen für Schwarze verbesserte.



Während weite Teile der – weißen – Gesellschaft in den 1950er-Jahren wachsenden Wohlstand genießen ...



... bestehen Rassenkonflikte fort: In Little Rock, Arkansas müssen Bundes-truppen im September 1957 farbige Jugendliche zur High School eskortieren.

## Kommunistenfurcht

[...] „Der einzelne Amerikaner kann nur sehr wenig tun, um kommunistische Spione in unserer Regierung zu entlarven. Sie müssen ganz auf die unter uns setzen, die als Wachtürme für die Nation dienen. Was die Amerikaner jedoch tun können, ist Tag und Nacht wachsam zu sein und sicherzustellen, dass keine Kommunisten Lehrer für die Söhne und Töchter Amerikas sind.“ So formulierte Senator Joseph McCarthy sein antikommunistisches Credo.

Eine antikommunistische Hysterie hatte das Land allerdings schon vor McCarthy ergriffen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war über die Frage der Machtverteilung in der Welt zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR der ideologisch begründete Ost-West-Konflikt ausgebrochen. Im Zuge der staatlich forcierten Schaffung der neuen Feindbilder „Sowjetunion“ und „Kommunismus“ wurde vor allem vom rechten Flügel der Republikanischen Partei in den USA der Ruf nach Überprüfung der Gesinnung von Staatsbediensteten und Militärs laut. Man befürchtete die Unterwanderung der amerikanischen Gesellschaft. Kommunismus wurde zum Inbegriff aller tatsächlichen oder eingebildeten Bedrohungen des American Way of Life – sei es durch äußere Aggression oder innere Subversion.

Schon 1938 hatte das Repräsentantenhaus einen Ausschuss zur Untersuchung unamerikanischer Umtriebe ins Leben gerufen [...]. Im März 1947 stellte der Kongress 400 Millionen Dollar im Rahmen der Truman-Doktrin zur Verfügung, um in Griechenland und in der Türkei gegen die Ausbreitung des Kommunismus vorzugehen. Im selben Monat erließ der Präsident die so genannte „Loyalty Order“, wonach über drei Millionen Bundesangestellte überprüft und rund 3000 entlassen wurden, weil sie einer von 78 als kommunistisch eingestuften Organisationen angehört hatten – das Abonnement von Publikationen eingeschlossen. [...]

1952 verpflichtete der McCarren-Walter Act alle kommunistischen Organisationen zur Registrierung beim Justizminister sowie zur Offenlegung ihrer Finanzen und Mitgliederlisten. Nach diesem Gesetz über die innere Sicherheit konnte US-Bürgern der Reisepass und Ausländern die Einreise verweigert werden. Im Fall eines vom Präsidenten verkündeten Notstands durfte der Justizminister Verdächtige prä-

ventiv festnehmen. Der Taft-Hartley-Act verlangte von Gewerkschaftsfunktionären eine antikommunistische Einstellung.

„Sind Sie oder waren Sie jemals Mitglied der Kommunistischen Partei?“ Das war die zentrale Frage vor dem Ausschuss zur Untersuchung unamerikanischer Umtriebe. 1947 fanden die ersten öffentlichen Verhöre statt, deren Ziel es war, sämtliche links oder auch nur liberal angehauchten Filmschaffenden aus Hollywood zu vertreiben. Wer sich auf sein Aussageverweigerungsrecht oder das konstitutionell verbrieftete Recht auf Meinungsfreiheit berief, wurde sofort für schuldig befunden und nicht selten ins Gefängnis gesteckt. Der bloße Verdacht oder eine Denunziation, die nicht weiter überprüft wurde, genügte. [...]

Nach dem Republikanischen Wahlsieg 1952 konnte McCarthy seine Rolle als Großinquisitor mit noch größerer Autorität fortsetzen: als Vorsitzender eines eigens eingerichteten Unterausschusses des Senats. Der neue Präsident Eisenhower ließ ihn gewähren. Selbst liberale Politiker wie John F. Kennedy unternahmen nichts gegen die Hexenjagd. Sein Bruder Robert Kennedy gehörte gar zum Stab des McCarthy-Ausschusses.

Als McCarthy sein Amt antrat, waren bereits mehrere Säuberungswellen übers Land gezogen. [...]

Schwarze Listen und Verhöre setzten neben Schriftstellern und Filmemachern

auch Musiker unter einen steigenden Druck. [...] [D]er heute 84 Jahre alte Broadway-Produzent Harold Leventhal erinnert sich, was das für sie bedeutete. „[...] Für die Menschen, die davon betroffen waren, die Opfer der McCarthy-Ära wurden, bedeutete es in vielen Fällen den Verlust des Arbeitsplatzes und damit der Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Es hat die Menschen zerstört; sie daran gehindert, von ihrer Kunst zu leben. Natürlich waren nicht alle davon betroffen. Es hat vor allem in intellektuellen Kreisen Spuren hinterlassen. Es war eine Bedrohung für die Freiheit der Menschen.“

Harold Leventhal selber wurde zum Objekt der politischen Verfolgung unter McCarthy. „Das FBI wollte mit mir reden. [...] Sie haben mich im Büro angerufen. Sie haben mich zu Hause angerufen. Sie haben vor der Haustür auf mich gewartet. Es waren zwei Typen, die mir selbst zur U-Bahn gefolgt sind. Ich habe dennoch kein Wort gesagt. Der Rat meines Anwalts lautete: ignorier' sie. Nach etwa einem Jahr sind sie dann auch verschwunden. Aber – als ich vor einigen Jahren meine FBI-Akte einsehen konnte, stellte ich fest, sie wussten jedes kleinste Detail aus meinem Leben.“ [...]

Michael Kleff, „Geschichte aktuell: Das Ende der Hexenjagd“, Beitrag des Deutschlandfunks vom 18. Februar 2004, [www.deutschlandfunk.de/geschichte-aktuell-das-ende-der-hexenjagd.724.de.html?dram:article\\_id=97809](http://www.deutschlandfunk.de/geschichte-aktuell-das-ende-der-hexenjagd.724.de.html?dram:article_id=97809)



Senator Joseph McCarthy erläutert 1954 die landesweite Verbreitung der kommunistischen Partei.



Um die Autorität des *Supreme Court* zu wahren, befahl Eisenhower am 24. September 1957 in Little Rock, Arkansas, den Einsatz von Bundestruppen, die schwarzen Schülern den Zugang zu einer bislang den Weißen vorbehaltenen öffentlichen Schule ermöglichen sollten. Seine Unterstützung schuf ein Klima, das Protestaktio-

nen wie dem mehrmonatigen Busboykott 1956 in Montgomery, Alabama, zum Erfolg verhalf. Unter Führung von Martin Luther King konnte so die Aufhebung der Rassentrennung in diesem Verkehrsmittel erreicht werden. Hier wurden die Weichen für die spätere Bürgerrechtsbewegung der 1960er-Jahre gestellt.

## Zwischen Reform und Protest

Mit John F. Kennedy (1961-1963) zog ein demokratischer Präsident ins Weiße Haus ein, dessen jugendlich anmutender Elan den Zeitgeist und die Erwartungen der amerikanischen Bevölkerung traf. Angesichts einer stagnierenden Wirtschaft, hoher Rüstungsausgaben und eines offenkundigen außenpolitischen Prestigeverlustes der USA in der ausgehenden Eisenhower-Ära zeigte sich bei der Wahl ein Verlangen nach nationaler Erneuerung.

Indem er neue nationale Werte forderte, hatte Kennedy in seinen Wahlreden eine Aufbruchstimmung geschaffen, die durch Idealismus gekennzeichnet war und den Appell an den Einzelnen, seinen persönlichen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten. Zur Umsetzung seines ehrgeizigen Programms versammelte Kennedy hochkarätige Berater von den besten Universitäten des Landes; zum ersten Mal wurde das Fernsehen im Wahlkampf wirkungsvoll als Massenmedium eingesetzt. Kennedys Wahlsieg fiel mit nur 120 000 Stimmen Mehrheit äußerst knapp aus und dokumentierte eine innenpolitische Spaltung. Der 43-jährige, der als erster Katholik ins Präsidentenamt kam, war hauptsächlich von katholischen und afro-amerikanischen Bürgerinnen und Bürgern in Großstädten sowie im Allgemeinen von der jüngeren Generation gewählt worden.



ullstein bild – TopFoto / UPI

Sehnsucht nach nationaler Erneuerung: Auf seiner Wahlkampftournee wird der Präsidentschaftskandidat John F. Kennedy im Oktober 1960 in New York von Anhängern umjubelt.

### John F. Kennedys Antrittsrede am 20. Januar 1961

(Auszüge)

[...] So lasst uns neu beginnen [...] Lasst uns auf beiden Seiten herausfinden, welche Probleme uns vereinen, anstatt auf den Problemen herumzureiten, die uns trennen. [...]

Lasst uns von beiden Seiten zusammenkommen, um die Wunder der Wissenschaft anstatt ihre Schrecken zu erwecken. Lasst uns gemeinsam die Sterne erforschen, die Wüste erobern, die Krankheiten ausrotten, die Tiefen des Ozeans ausmessen und die Künste und den Handel fördern.

[...] Und wenn in dem Dschungel des Argwohns ein Brückenkopf der Zusammenarbeit errichtet werden kann, dann lasst uns von beiden Seiten zu der nächsten Aufgabe zusammenkommen: der Schaffung nicht eines neuen Gleichge-

wichts der Kräfte, sondern einer neuen Welt des Rechtes und des Gesetzes, in der die Starken gerecht und die Schwachen sicher sind und der Friede für immer erhalten bleibt. [...]

In der langen Geschichte dieser Welt ist es nur wenigen Generationen vergönnt gewesen, die Rolle der Verteidigung der Freiheit in der Stunde ihrer höchsten Gefahr zu spielen. Ich schrecke vor dieser Aufgabe nicht zurück – ich begrüße sie. Ich glaube nicht, dass irgendeiner von uns mit irgendeinem Volk oder irgendeiner anderen Generation tauschen möchte. Die Energie, der Glaube und die Hingabe, die wir diesem Unterfangen entgegenbringen, wird unser Land und alle, die ihm dienen, entzünden und erstrahlen lassen – und der Glanz dieses Feuers kann wahrhaft die Welt erleuchten.

Und so, meine amerikanischen Mitbürger: Fragt nicht, was euer Land für euch

tun wird – fragt, was ihr für euer Land tun könnt. Meine Mitbürger in der Welt: Fragt nicht, was Amerika für euch tun wird, sondern fragt, was wir zusammen für die Freiheit des Menschen tun können.

Und schließlich, ob ihr Bürger Amerikas oder der Welt seid, verlangt von uns das gleiche hohe Maß an Stärke und Opferbereitschaft, das wir von euch verlangen werden. Mit einem guten Gewissen als einzigem sicheren Lohn, mit der Geschichte als dem letzten Richter unserer Taten lasst uns die Aufgabe in Angriff nehmen, das Land zu führen, das wir lieben, um seinen Segen und um seine Hilfe bitten – in dem Wissen aber, dass hier auf Erden unser Werk wahrhaft Gottes Werk sein muss.

Herbert Schambeck u. a. (Hg.), *Dokumente zur Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika*, Duncker & Humblot, 2. erw. Aufl., Berlin 2007, S. 547ff.



picture-alliance/dpa

Hundert Jahre nach dem Inkrafttreten der Emanzipationserklärung Abraham Lincolns fordert die Bürgerrechtsbewegung vor seiner Gedenkstätte in Washington, D.C. am 28. August 1963 die volle Gleichberechtigung der afroamerikanischen Bevölkerung. Die Abschlussrede hält Martin Luther King.

Symptomatisch für Kennedys Willen zum Neubeginn und nationalen Aufbruch war das von ihm entworfene Reformprogramm der *New Frontier*. Es sollte im Inneren soziale Ungerechtigkeiten korrigieren und nach außen hin durch eine Position der Stärke eine konstruktive Weltpolitik aufbauen. Auch vor dem Weltraum sollte die „Neue Siedlungsgrenze“ nicht Halt machen – dank eines ambitionierten Forschungsprogramms, dessen Anfänge Kennedy noch erlebte.

Trotz erheblicher weltweiter Krisen und innerer Probleme kam es während der nur kurzen Amtszeit Kennedys zu einem gesamtgesellschaftlichen liberalen Konsens und einem wieder erstarkten amerikanischen Sendungsgedanken.

## Bürgerrechtsbewegung

Die täglich an Brisanz gewinnende Rassenproblematik passte nicht in dieses Bild einer freien und gerechten Welt und stellte für kommunistische Propaganda eine Steilvorlage dar. Kennedy reagierte darauf zunächst verhalten. Erst als die Diskriminierung zu gravierenden sozialen Unruhen führte und die Bürgerrechtsbewegung unter der Führung von Martin Luther King zunehmend auch von Weißen unterstützt wurde, schickte er Bundestruppen in Unruheherde der Südstaaten und schlug dem Kongress ein weiteres Bürgerrechtsgesetz vor, das die Rassentrennung nunmehr in allen öffentlichen Einrich-

### „Ich habe einen Traum“ (Auszüge)

[...] In gewissem Sinne sind wir in die Hauptstadt unserer Nation gekommen, um einen Scheck einzulösen. Als die Erbauer unserer Republik die herrlichen Worte der Verfassung und der Unabhängigkeitserklärung schrieben, unterzeichneten sie einen Schuldschein, an dem jeder Amerikaner seinen Anteil erben sollte. Dieser Schuldschein war ein Versprechen, dass allen Menschen, ja, schwarzen Menschen ebenso wie weißen, die unveräußerlichen Rechte des Lebens, der Freiheit und des Strebens nach Glück zugesichert werden sollten. [...]

Ich sage euch heute, meine Freunde: obwohl wir den Schwierigkeiten von heute und von morgen gegenüberstehen, habe ich immer noch einen Traum, [...] dass eines Tages diese Nation aufstehen und nach dem echten Sinn ihres Glaubensbekennt-

nisses leben wird: „Wir halten es für selbstverständliche Wahrheit, dass alle Menschen gleich geschaffen sind.“ [...]

Ich habe einen Traum, dass eines Tages sogar der Staat Mississippi, ein Staat, der unter der Glut der Ungerechtigkeit schmachtet, [...] in eine Oase der Freiheit und der Gerechtigkeit verwandelt wird.

Ich habe einen Traum, dass meine vier kleinen Kinder eines Tages inmitten einer Nation leben werden, in der man sie nicht nach ihrer Hautfarbe, sondern nach ihrem Charakter beurteilt. [...]

Ich habe einen Traum, dass eines Tages unten in Alabama mit seinen bössartigen Rassisten, mit seinem Gouverneur, von dessen Lippen die Worte Einschreiten und Ungültigmachen triefen – dass eines Tages dort in Alabama kleine schwarze Jungen und Mädchen kleinen weißen Jungen und Mädchen als Brüder und Schwestern die Hände reichen können. [...]

Das ist unsere Hoffnung. Das ist der Glaube, mit dem ich in den Süden zurückkehre.

Mit diesem Glauben werden wir imstande sein, einen Stein der Hoffnung aus dem Berg der Verzweigung herauszuhauen. Mit diesem Glauben werden wir imstande sein, die misstönenden Dissonanzen unserer Nation in eine schöne Symphonie der Brüderlichkeit zu verwandeln. Mit diesem Glauben werden wir imstande sein, zusammen zu arbeiten, zusammen zu beten, zusammen zu kämpfen, zusammen ins Gefängnis zu gehen, zusammen für die Freiheit aufzustehen, wissend, dass wir eines Tages frei sein werden. [...]

„Ich habe einen Traum“. Rede von Martin Luther King (in der Übersetzung von Elga Abramowitz), in: *Anspruch und Wirklichkeit: 200 Jahre Kampf um Demokratie in den USA. Dokumente und Aussagen*. Hg. von Eberhard Brüning © Aufbau Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 1976, für die Übersetzung von Elga Abramowitz (diese Übersetzung erschien 1976 bei Rütten & Loening, Berlin; Rütten & Loening ist eine Marke der Aufbau Verlag GmbH & Co. KG)



tungen verbot. Das Gesetz wurde 1964, nach seinem Tod, verabschiedet.

Auf dem Höhepunkt der Bürgerrechtsbewegung im August 1963 – also hundert Jahre nach dem Inkrafttreten der Emanzipationserklärung Abraham Lincolns – nahmen 250 000 Menschen aller Hautfarben an einem Protestmarsch auf die Bundeshauptstadt Washington, D.C. teil und forderten vor der Gedenkstätte Lincolns „Gerechtigkeit für alle“ ein. Hier hielt Martin Luther King seine berühmteste Rede, „*I have a dream*“.

## Kennedys Außenpolitik

Trotz seiner hochgesteckten Pläne zur Verbesserung der sozialen Bedingungen hatte die Außenpolitik für Kennedy Vorrang. Kaum ein anderer Zeitabschnitt der amerikanischen Geschichte war durch eine solche Häufung und Intensität außenpolitischer Krisen gekennzeichnet. So brachte die Kuba-Krise vom Oktober 1962 die Welt an den Rand eines dritten (und atomaren) Weltkrieges. Um das in der letzten Phase der Eisenhower-Ära beschädigte Prestige der USA wiederherzustellen, setzte Kennedy eine entschlossene Rhetorik ein und versprach allen „vom Kommunismus bedrohten Völkern“ amerikanische Unterstützung. Diesem Ton entsprach jedoch nicht sein vorsichtiges Taktieren in der Außenpolitik, da er sich des Gefahrenpotenzials der Atomwaffen bewusst war. Mit der Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba im Herbst 1962 ging indes eine unmittelbare Bedrohung der USA einher. Entgegen der Empfehlung etlicher Berater, die Krise umgehend militärisch zu lösen, stellte der Präsident ein Ultimatum für den Abzug der Raketen und verhängte eine Seeblockade um Kuba. Nach Tagen der Spannung erklärte sich der sowjetische Staats- und Parteichef Nikita Chruschtschow am 28. Oktober 1962 unter der Bedingung zum Abzug bereit, dass die Vereinigten Staaten nicht gewaltsam versuchen würden, das kommunistische System auf Kuba abzuschaffen. In einem Geheimabkommen wurde außerdem vereinbart, die US-Raketenbasen in der Türkei zu entfernen.

Das Zustandekommen einer friedlichen Lösung der Kuba-Krise bescherte Kennedy und den USA einen wichtigen Prestigegewinn. Für Kennedy, der nach eigenen Aussagen während der Krise in den „nuklearen Abgrund“ geblickt hatte, ergab sich daraus eine außenpolitische Neuorientierung, die in eine Entspannungspolitik mündete. Der erste Schritt war die direkte Kommunikation zwischen Washington und Moskau: Mit Hilfe des „Roten Telefons“ sollten die Regierungschefs in Krisenzeiten umgehend persönlich miteinander verhandeln können. Die gefährliche Spirale des atomaren Wettrüstens sollte beendet werden. Ein erster Erfolg zeigte sich im amerikanisch-sowjetisch-britischen Atomteststopp-Abkommen vom 5. August 1963.

Trotz seiner Bemühungen um Entspannung war Kennedy ein entschlossener Befürworter der Eindämmungsstrategie seiner Vorgänger. Um auch unterhalb der Schwelle eines atomaren Krieges militärisch vorbereitet zu sein, unterstützte er den massiven Ausbau des konventionellen Rüstungsapparates. Mit der Strategie der *Counterinsurgency*, das heißt einer Art geheimer Anti-Guerilla-Taktik in Verbindung mit psychologischer Kriegsführung, wollte er dem Vordringen kommunistischer Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt begegnen.

Dabei sah Kennedy in Südvietnam den „Dominostein“ für ganz Südostasien: Falls es kommunistisch würde, fielen seines Erachtens auch weitere Länder der Region in den sowjetischen Machtbereich. Neben den Mitteln seiner *Counterinsurgency*-

Strategie und einer massiven Wirtschafts- und Militärhilfe ging Kennedy in Vietnam noch einen Schritt weiter, indem er dort bis 1963 11 000 US-Soldaten zur Ausbildung von Südvietnamesen stationierte und sogar die Ermordung des südvietnamesischen Präsidenten hinnahm. Die Beziehungen zu Europa wurden durch die dortige Befürchtung getrübt, die USA könnten aufgrund der Betonung der konventionellen Rüstung ihren atomaren Schutzschild von Europa zurückziehen. Kennedys triumphaler Deutschlandbesuch im Juni 1963, der an der Berliner Mauer in seinem legendären Satz „Ich bin ein Berliner“ gipfelte, stärkte jedoch erneut das Vertrauen in die Schutzmacht. Nur wenige Monate später, am 22. November 1963, wurde Kennedy auf der Fahrt zu einer Wahlveranstaltung in Dallas, Texas, von dem Attentäter Lee Harvey Oswald erschossen. Für viele Menschen in den USA bedeutete der plötzliche Tod des populären nationalen Hoffnungsträgers den „Verlust der Unschuld“.

Gleich nach dem Attentat kamen Verschwörungstheorien auf, die dem Untersuchungsergebnis, Oswald sei ein Einzeltäter gewesen, widersprachen und stattdessen Exilkubaner, die Mafia, die CIA oder auch südstaatliche Gegner Kennedys für



13 Tage lang zittert die Welt vor einem Atomkrieg. Ein US-Militärflugzeug (Schatten im Bild) fotografiert am 6. November 1962 ein mit Mittelstreckenraketen beladenes russisches Schiff im Hafen von Casilda, Kuba.



Amateuraufnahmen von der Ermordung Präsident Kennedys in Dallas, Texas am 22. November 1963. Sein Tod erschüttert die Vereinigten Staaten.

seinen Tod verantwortlich machten. Ein 1977 gebildeter Ausschuss konnte keine endgültige Klärung erbringen; die seitdem freigegebenen Akten geben aber keine Hinweise auf eine Verschwörung.

## Innenpolitische Reformen

Als Kennedys Nachfolger griff Vizepräsident Lyndon B. Johnson, ein erfahrener Innenpolitiker und langjähriges Mitglied des Senats, die von Kennedy eingeleiteten Sozialreformen auf. Soziale Gerechtigkeit sah er als Grundvoraussetzung für die Realisierung des *American Dream* an; eine Reduzierung der Armut, Verbesserung der Aufstiegschancen und Abschaffung der Rassendiskriminierung waren die Grundpfeiler seines ehrgeizigen Programms *War on Poverty*. Durch eine Vielzahl koordinierter Einzelmaßnahmen wie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des Analphabetentums suchte es die schlechten sozialen Rahmenbedingungen gerade in Großstädten zu verbessern. Daneben nahm er mit seinem *Great Society*-Projekt auch Kennedys Pläne zum Ausbau des nationalen Gesundheitswesens in Angriff, insbesondere mit Blick auf Minderbemittelte, Menschen mit Behinderung und Ältere.

## Gegen Rassendiskriminierung

Konsequenter und erfolgreicher als sein Vorgänger verfolgte Johnson den Kampf gegen die Rassendiskriminierung: So schaffte der 24. Verfassungszusatz die Wahlsteuer als Voraussetzung zur Teilnahme an den Bundeswahlen ab, die zuvor ein probates Mittel war, um Schwarze von Wahlen auszuschließen; der noch von Kennedy angeschobene *Civil Rights Act* von 1964 untersagte die Diskriminierung aufgrund von Rasse, Geschlecht oder Zugehörigkeit zu ethnischen oder religiösen Gruppen; entsprechend wurde schließlich die Rassentren-

nung in allen öffentlichen Einrichtungen verboten. Außerdem gewährte das Wahlrechtsgesetz (*Voting Rights Act*) vom August 1965 einen zusätzlichen Schutz beim Wählen, was die afroamerikanische Wahlbeteiligung in den Südstaaten schlagartig von 28,6 auf 47,5 Prozent hochschnellen ließ.

Währenddessen fand die Bürgerrechtsbewegung unter der Führung von Martin Luther King, dem im Oktober 1964 der Friedensnobelpreis verliehen worden war, wegen ihres gewaltlosen Widerstandes die Unterstützung breiter Bevölkerungsschichten. Es gelang ihr sogar, die erbitterte Gegnerschaft konservativer Südstaatler aufzuweichen, gestützt von den Medien, die aggressives Vorgehen gegen Bürgerrechtler dokumentierten und national verbreiteten.

Dennoch wuchs die Spannung in den schwarzen Ghettos der Großstädte. Im Juli 1965 kam es in Watts, einem Stadtteil von Los Angeles, zu blutigen Rassenkrawallen, in deren Verlauf 34 Menschen getötet wurden. Auch in den folgenden Jahren brachen immer wieder Aufstände aus, mit Höhepunkten 1967 in Newark, New Jersey und Detroit. Gleichzeitig radikalisierte sich die Bürgerrechtsbewegung, wie das Beispiel der *Black Panther Party for Self-Defense* zeigt, die von dem 1965 ermordeten schwarzen Bürgerrechtler Malcolm X beeinflusst war, Gewaltlosigkeit ablehnte und einen schwarzen Nationalismus in Verbindung mit der Rückkehr zu den afrikanischen Wurzeln propagierte.

Am 4. April 1968 fiel Martin Luther King in Memphis, Tennessee einem Attentat durch einen Weißen zum Opfer. Seine Ermordung hatte in über hundert Städten erhebliche Ausschreitungen zur Folge. Die Bürgerrechtler konnten dennoch weitere Erfolge verbuchen; so zum Beispiel die Programme der *Affirmative Action*, die unterprivilegierte Gruppen bei Stellenbesetzungen bevorzugten, um die Diskriminierung auszugleichen, sowie das *busing* der frühen 1970er-Jahre, das afroamerikanische Schulkinder aus überwiegend schwarzen Wohngebieten mit Schulbussen zu vorwiegend von Weißen besuchten Schulen transportieren ließ, um eine gemeinsame Bildung zu erreichen.



picture-alliance / dpa

Angesichts fortgesetzter Rassendiskriminierung radikalisiert sich die Bürgerrechtsbewegung. Mitglieder der *Black Panther* protestieren am 22. Juli 1968 in New York für ihren Anführer Huey Newton, der zeitweilig unter Mordanklage stand.





akg-images

US-Truppen im Dschungel von Vietnam. Der Militäreinsatz dort spaltet die amerikanische Gesellschaft und hat für die USA auf internationaler Ebene einen Prestigeverlust zur Folge.

## Vietnam-Krieg

Die Weiterführung von Johnsons Sozialprogrammen und des Abbaus von Rassendiskriminierung scheiterte letztlich an einem außenpolitischen Ereignis, dem Vietnam-Konflikt, der den gesellschaftlichen Konsens auseinanderbrechen ließ. Wie seine Vorgänger glaubte Johnson fest an die Richtigkeit der Eindämmungsstrategie, der Dominotheorie und an die Demonstration militärischer Stärke. Als Anfang August 1967 zwei US-amerikanische Kriegsschiffe aus nach wie vor ungeklärter Ursache von nordvietnamesischen Torpedobooten angegriffen wurden, ließ Johnson deren Stützpunkte bombardieren. Kurz danach gab der Kongress dem Präsidenten mit der *Gulf of Tonkin-Resolution* quasi eine Blankovollmacht für militärische Operationen in Vietnam. Dies markierte den Höhepunkt der sogenannten imperialen Präsidentschaft mit weitreichenden Machtbefugnissen und hatte fatale Folgen. Von nun an entschied Johnson allein über die weiteren Kriegshandlungen und informierte dabei die Öffentlichkeit nur unzureichend. Die Truppenpräsenz wurde innerhalb von drei Jahren verzwanzigfacht: von 23 000 im Jahre 1964 auf 475 000 Ende 1967. Doch weder die Bodentruppen noch der Einsatz aufwändiger Technologie und neuer chemischer Kampfstoffe ermöglichten es den beharrlich optimistischen Militärs, den Widerstandswillen der Nordvietnamesen zu brechen.

In den USA selbst formierte sich dagegen eine wachsende Protestbewegung, die sich mit Teilen der Bürgerrechtsbewegung zusammenschloss und hauptsächlich aus Jugendlichen und Studenten bestand. Deren größte Organisation, die *Students for a Democratic Society* (SDS), zählte Ende der 1960er-Jahre über 100 000 Mitglieder. Ihre Aktionen wie das öffentliche Verbrennen von Einberufungsbefehlen und die Organisation von Demonstrationen zugunsten der Ziele Nordvietnams und der Dritten Welt allgemein gelangten über das

Fernsehen in alle amerikanischen Haushalte. Tägliche Bilder von heimkehrenden Särgen gefallener US-Soldaten – circa 23 000 bis 1969 – unterminierten das Vertrauen in Johnsons Beteuerung, dass der Sieg bald zu erringen sei. Als die kommunistischen Angreifer in der Tet-Offensive vom 30. Januar 1968 bis nach Saigon und dort sogar bis an die US-Botschaft vordringen konnten, schwand die Siegeszuversicht, und es kam zu Verhandlungen beider Seiten in Paris. Ende März 1968 kündigte Johnson die Beendigung der Bombardierung Nordvietnams an und erklärte seinen Verzicht auf eine weitere Präsidentschaftskandidatur.

Johnsons Amtszeit endete mit einem starken Prestigeverlust der USA, ausgelöst durch den Vietnam-Krieg. Dieser hatte enorme Ressourcen verschlungen und die Armutsbekämpfung sowie die Sozialprogramme ausgebremst. Allerdings gab es Teilerfolge: So konnte die Quote der am Existenzminimum lebenden Personen von 1960 bis 1970 auf 12,6 Prozent gesenkt und damit nahezu halbiert werden; bei Afroamerikanern sank sie von 55 auf circa 31 Prozent.

Dennoch war das Land tief gespalten und verunsichert; große Bevölkerungsteile sehnten sich nach Ruhe, Ordnung und Beendigung des Krieges. Genau diese Themen griff der Republikaner Richard M. Nixon (1969-1974) während des Präsidentschaftswahlkampfes 1968 auf, womit er sich gegen seinen demokratischen Gegner Hubert Humphrey durchsetzen konnte. Der zunächst chancenreichste Anwärter auf die Präsidentschaft, Robert F. Kennedy, ein jüngerer Bruder des früheren Präsidenten, war wenige Monate vor der Wahl einem Attentat zum Opfer gefallen.

Mit Nixon zog ein vorrangig an der Außenpolitik interessierter Präsident ins Weiße Haus. Zusammen mit seinem Sicherheitsberater und späteren Außenminister Henry A. Kissinger galt er als Begründer einer außenpolitischen Neuorientierung,

die mit den Mitteln der Realpolitik ein weltweites Mächtegleichgewicht anstrebte.

Innenpolitisch distanzierte sich Nixon von Johnsons Reformplänen, zeigte Skepsis hinsichtlich der Rassenintegration und sprach in seinen Reden insbesondere die Mittelschicht – die „schweigende Mehrheit“ – an, die seines Erachtens schon immer für „Recht und Ordnung“ eingetreten sei und Protestdemonstrationen ablehne. Parallel zu diesen Entwicklungen erreichte die jugendliche Hippie-Protestbewegung („*make love, not war*“), die im Gegensatz zu den Studentenorganisationen weniger an ideologischen Fixierungen interessiert war, ihren Höhepunkt mit dem Woodstock-Festival im August 1969, an dem über 400 000 Zuschauer teilnahmen. Die Dynamik der Anti-Kriegsbewegung hielt derweil an: Im November 1969 demonstrierten 250 000 Menschen in Washington, D.C.

Das Bekanntwerden des My-Lai-Massakers vom März 1968, bei dem US-Soldaten etwa 300 vietnamesische Zivilisten brutal ermordet hatten, löste kurz erneute Unruhen aus und sorgte für internationale Entrüstung. Als Nixon im April 1970 US-Truppen in Kambodscha einmarschieren ließ, wurde deutlich, dass der Krieg in Indochina noch andauern würde. An vielen Universitäten kam es daraufhin zu Ausschreitungen, die bei einem Einsatz der Nationalgarde an der Kent State University in Ohio sogar vier Todesopfer forderten.

Obwohl die erste Mondlandung der Apollo-Astronauten Neil Armstrong und Edwin (Buzz) Aldrin am 21. Juli 1969 internationalen Prestigegewinn beschert hatte, überschattete der Vietnam-Krieg alle Bereiche der amerikanischen Innen- und Außenpolitik und stellte den moralischen Führungsanspruch der USA grundsätzlich infrage.

## Gesellschaftskrise in den 1970er-Jahren

Die Veröffentlichung geheimer Pentagon-Papiere im Juli 1971 durch einen früheren ranghohen Mitarbeiter, Daniel Ellsberg, deckte interne Entscheidungsprozesse zum Engagement in Vietnam und damit eine Kluft zwischen offiziellen Darstellungen und tatsächlicher Kriegsführung auf, was erneute Protestwellen verursachte. Am 27. Januar 1973 erfolgte in Paris die Unterzeichnung des „Abkommens über die Kriegsbeendigung und Friedenswiederherstellung in Vietnam“. Es handelte sich dabei nicht um den von den USA erhofften „ehrvollen“ Abschluss dieses Krieges, da über 100 000 nordvietnamesische Soldaten in Südvietnam verblieben. Die Niederlage Südvietnams im Frühjahr 1975 war somit bereits vorprogrammiert. Der Krieg hatte fast 60 000 amerikanische Soldaten das Leben gekostet, 300 000 waren verwundet heimgekehrt; die Vietnamesen selbst hatten mehr als zwei Millionen Opfer zu beklagen, und weitere 300 000 ihrer Soldaten galten als vermisst. Die Kriegskosten beliefen sich ins-

gesamt auf etwa 170 Milliarden US-Dollar. In den USA löste dieser Krieg ein nationales Trauma aus, das sich bis heute auf ihre Weltpolitik auswirkt.

Als Konsequenz aus der fatalen Tonkin-Resolution verabschiedete der Kongress noch 1973 den *War Powers Act*. Danach wurde dem Präsidenten künftig eine 60-Tage-Frist vorgeschrieben, nach der das Parlament eine vom Weißen Haus angeordnete militärische Aktion entweder bestätigen oder ablehnen kann. Bei einer Ablehnung müssen die Truppen innerhalb von 30 Tagen abgezogen werden.

### Watergate

Wirkte in der Außenpolitik langfristig das Trauma des Vietnam-Krieges, so verursachte ein innenpolitisches Ereignis eine tief greifende Vertrauenskrise gegenüber der politischen Füh-



Getty Images/Hulton Archive

In der Watergate-Affäre von 1972 verliert das Weiße Haus an Vertrauen und Renommee. Am 9. August 1974 verkündet Richard Nixon im Beisein seiner Familie vor der Presse seinen Rücktritt vom Präsidentenamt.





ullstein bild - Kucharz

Mit der Geiselnahme in Teheran 1979/80 erleiden die USA eine öffentliche Demütigung: Im Innenhof der besetzten US-Botschaft präsentieren die Geiselnahmer Plakate mit anti-amerikanischen Parolen und dem Konterfei Präsident Jimmy Carters.

ung: die *Watergate*-Affäre. Während des Präsidentschaftswahlkampfes 1972 wurde im gleichnamigen Washingtoner Gebäudekomplex in die Büro-Suite der Demokratischen Partei eingebrochen und versucht, dort Abhörgeräte zu installieren. Die Täter wurden gefasst und bei den Gerichtsverhandlungen gab es Indizien, dass möglicherweise der Präsident selbst in diese Aktion verwickelt war. Anhörungen eines Senatsausschusses, die ab Mai 1973 vom Fernsehen übertragen wurden, ergaben, dass Tonbandmitschnitte des Weißen Hauses Aufschluss darüber liefern konnten. Bis zum Juli 1974 weigerte sich Nixon, diese Bänder der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Erst als der Oberste Gerichtshof deren Herausgabe anordnete, konnte Klarheit über die tatsächliche Verwicklung des Präsidenten in die Abhöraffaire erbracht werden. Da nunmehr sogar die Mehrheit der republikanischen Kongressabgeordneten für seine Amtsenthebung gestimmt hätte, kam Nixon dieser Demütigung zuvor, indem er am 8. August 1974 in einer Fernsehansprache seinen Rücktritt ankündigte. Der Demokratischen Partei bescherte die *Watergate*-Affäre bei den Kongresswahlen im Herbst 1974 große Erfolge; sie errang die Mehrheit im Senat und eine Zweidrittelmehrheit im Repräsentantenhaus, was den Handlungsspielraum von Nixons Vizepräsidenten und Nachfolger Gerald Ford erheblich einschränkte. Durch eine aggressive Veto-Politik versuchte Ford daraufhin, die verstärkte Einflussnahme des Kongresses auf seine präsidentiellen Kompetenzen zu behindern – letztlich jedoch vergeblich: die negativen Erfahrungen mit der „imperialen Präsidentschaft“ und das Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen saßen zu tief. Bevölkerung und Kongress drangen auf eine größere Transparenz bei Regierungsentscheidungen. 1975 setzte das Parlament den *Freedom of Information Act* durch, der jeder Person mit berechtigtem Interesse an bestimmten Dokumenten Einsicht in diese gewährt. Ford scheiterte endgültig an einer 1975 einsetzenden Wirtschaftszession mit hoher Inflationsrate und Arbeitslosigkeit. In seiner dreijährigen Amtszeit hatte er kaum mehr als die Funktion eines Übergangspräsidenten inne.

### Moralischer Neubeginn

Im Wahlkampf von 1976 unterlag Ford seinem demokratischen Gegner James (Jimmy) Earl Carter (1977-1981), der seinerseits die Arroganz auf dem Capitol Hill und den allgemeinen Werteverlust seit *Watergate* angeprangert hatte. Carters Postulat eines moralischen Neubeginns wirkte allein schon durch seine Persönlichkeit glaubwürdig. Als rechtschaffener, wohlhabender Erdnussfarmer aus Georgia ohne jegliche belastende politische Vergangenheit und überzeugter „wiedergeborener Christ“, der aktiv für die Werte von Gemeinschaft und Familie eintrat, spiegelte er – obwohl Demokrat – auch den konservativen Zeitgeist wider. Das ihm anhaftende Image des Amateurpolitikers wirkte nach den Skandalen professioneller Politiker wie Nixon zunächst als Bonus.

Bald jedoch wurde für Öffentlichkeit und Kongress deutlich, dass sein Führungsstil keine entschiedene Innenpolitik und keinen außenpolitischen Prestigegewinn ermöglichte. Wichtige Reformmaßnahmen wie die Etablierung einer nationalen Krankenversicherung, die Einführung eines gerechteren Steuersystems und die Verbesserung der Sozialfürsorge waren nicht zuletzt aufgrund des Widerstands konservativer Demokraten aus eigenen Reihen nicht realisierbar.

Ende 1979 ereignete sich ein weiteres außenpolitisches Fiasko: Iranische Revolutionäre stürmten die US-Botschaft in Teheran und nahmen deren Diplomaten langfristig in Geiselschaft. Dieses Ereignis sollte die restliche Amtszeit Carters überschatten und lähmte die gesamte Regierung in ihrem Handlungsspielraum. Nachdem eine militärische Befreiungsaktion im April 1980 gescheitert war, wurde das Geiseldrama zum beherrschenden Thema vor den Präsidentschaftswahlen im Herbst, bei denen Carters Gegner Ronald Reagan schließlich mit 51 Prozent der Wählerstimmen zum nächsten US-Präsidenten gewählt wurde.

## Konservative Wende 1980

Der Erfolg der Republikaner dokumentierte eine Verschiebung des politischen Klimas. Nicht nur bei der Präsidentschaftswahl konnten sie einen Sieg erringen, sondern auch im Kongress, wo sie erstmals seit 25 Jahren den Senat dominierten. Der neue Präsident, bei dessen Amtsantritt die 444 US-Geiseln aus dem Iran zurückkehrten, war zuvor Hollywood-Schauspieler sowie von 1967 bis 1975 Gouverneur von Kalifornien gewesen. Reagan, der aus dem Mittleren Westen stammte, leitete eine konservative Kehrtwende ein, eine noch stärkere Reorientierung an den „guten alten amerikanischen Werten“ wie der Familie als sozialem Orientierungspunkt und erklärte öffentlich das Ende des Sozialstaates, den alle demokratischen Amtsvorgänger gefördert hatten.

### Abkehr vom Sozialstaat

Reagans wirtschaftspolitische Ziele bestanden in der Rückkehr zum *Laissez-faire*, verbunden mit einer Deregulierung der Wirtschaft, Steuerkürzungen, einem ausgeglichenen Finanzhaushalt sowie einer generellen Entbürokratisierung und Förderung privaten Engagements für Wohlfahrtsaufgaben und Selbsthilfe. Einzelstaaten und Kommunen sollten wieder mehr Selbstständigkeit beweisen und erhöhte Eigenverantwortung übernehmen.

Diese bald auch als *Reaganomics* bezeichnete Wirtschafts- und Sozialpolitik zeigte ab Anfang 1983 erste Resultate, als die seit 1979 andauernde Rezession langsam abflaute. Die starken wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Veränderungen seit den 1970er-Jahren hatten in der Bevölkerung eine Verunsicherung bewirkt, die Reagan mit seiner fortschrittsgläubigen Rhetorik und seiner Ausstrahlung als „Großer Kommunikator“ neutralisieren konnte. Medienbewusst und kameraerfahren gelang es ihm, die Ideale des „Amerikanischen Traumes“ neu zu vermitteln. Dabei sprach er auch Teile der demokratischen Wählerschaft wie konservativ-protestantische Christen an, insbesondere die einflussreiche *Moral Majority* unter Führung des TV-Predigers Jerry Falwell. Ungeachtet dieser Anfangserfolge wurden zentrale Ziele seines Wirtschaftsprogramms jedoch nicht erreicht: Die durch Einkommensteuersenkungen entstandene Haushaltslücke konnte trotz erheblicher Kürzungen im Sozialsektor nicht ausgeglichen werden. Das Defizit stieg auch wegen der drastischen Erhöhung des Militärbudgets 1986 schließlich auf über 221 Milliarden US-Dollar, ein Niveau, das erst 2003 mit 374 Milliarden US-Dollar übertroffen werden sollte.



US-Präsident Ronald Reagan propagiert erfolgreich konservative Wertevorstellungen. Sein Weltraum-Raketenabwehrsystem SDI ist jedoch umstritten. Reagan (Mi.) mit dem Physiker Edward Teller (li.) und General James A. Abrahamson (re.) auf einer SDI-Konferenz im März 1988

ullstein bild – AP

### Verstärkter Antikommunismus

Neben der konventionellen Aufrüstung sorgte das von Reagan initiierte Weltraum-Raketenabwehrsystem SDI (*Strategic Defense Initiative*), populär als „Star Wars“ bezeichnet, weltweit für Besorgnis. Befürchtet wurde, dass es zusammen mit der seit 1983 durch die NATO vorgenommenen Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa eine militärische Konfrontation der Blöcke wahrscheinlicher werden ließ. In der westlichen Welt wurde der Kurs der USA nicht ohne Proteste hingenommen; schon 1982 kam es in New York zu einer Demonstration, auf der über 800 000 Menschen die Abkehr vom atomaren Wettrüsten forderten.

Der Abschuss eines koreanischen Passagierflugzeugs über dem sowjetischen Luftraum im Herbst 1982 veränderte jedoch die Stimmungslage und schien Reagan mit seiner Etikettierung der Sowjetunion als „Reich des Bösen“ Recht zu geben. Der Zwischenfall verschärfte die bereits aufgeladenen Ost-West-Beziehungen weiter. Im Präsidentschaftswahlkampf von 1984 konnte Reagan zusätzlich davon profitieren, dass sich der wirtschaftliche Aufschwung bemerkbar machte, und so eine zweite Amtszeit antreten.

Das Image des Präsidenten blieb auch nach der „Iran-Contra-Affäre“ unbeschadet. 1987 deckte ein Untersuchungsaus-



schuss illegale US-Waffenlieferungen an antikommunistische Rebellen („Contras“) in Nicaragua auf. Diese waren ohne Wissen des Kongresses aus Waffengeschäften mit dem Iran finanziert worden. Im Ergebnis wurden lediglich einige involvierte hochrangige Regierungsbeamte entlassen.

Reagans Amtsperioden hinterließen gesellschaftliche Spuren. Durch das Zurückfahren der Sozialprogramme erweiterte sich die Schere zwischen Arm und Reich, weitaus mehr Bürger als zuvor mussten unterhalb der Armutsgrenze leben. Bei der Bekämpfung der Inflation und der Arbeitslosigkeit konnte die Regierung dagegen Erfolge verbuchen.

Die Wahl des bisherigen Vizepräsidenten George Bush (1989-1993) als Nachfolger Reagans war Ausdruck des Wählerwunsches nach konservativer Kontinuität. Anders als Reagan vermied Bush jedoch eine populistische Ausrichtung seiner Amtsführung, und er war überdies ein versierter Innen- und Außenpolitiker. Belastend wirkte allerdings das Reagan-Erbe in Form eines gewaltigen Haushaltsdefizits sowie der gewachsenen Armut und Drogenproblematik.

## Fall der Mauer

Der rapide Zusammenbruch der Ostblockstaaten überraschte auch die Bush-Regierung. Als am 9. November 1989 die Berliner Mauer fiel, war sie gleichwohl die erste, die trotz anfänglicher Skepsis anderer, europäischer Nationen für die deutsche Einheit plädierte. Parallel dazu verständigte sich Bush kontinuierlich mit der sowjetischen Seite, um unkontrollierte spontane Reaktionen beiderseits zu vermeiden. Am 12. September 1990 wurde in Moskau der „Zwei-Plus-Vier-Vertrag“ unterzeichnet, der Gesamtdeutschland die volle Souveränität zurückgab.

Einen kurzfristigen Rückschlag erlitt das amerikanisch-sowjetische Verhältnis Anfang 1991, als die Sowjets die baltischen Republiken mit militärischer Gewalt an ihrer Unabhängigkeit hinderten. Als sich der Ostblock im Laufe jenes Jahres dann endgültig auflöste, versagte Bush der Sowjetunion auf dem Wirtschaftsgipfel Mitte Juli in London jedoch nicht die Hilfe und plädierte für ihre Integration in die Weltwirtschaft.

## Erster Golfkrieg

Wie weit die Kooperationsbereitschaft zwischen den einstmals erbitterten Gegnern des Kalten Krieges vorangeschritten war, demonstrierte das sowjetische Verhalten während der Golf-Krise. Als irakische Truppen im August 1990 auf Befehl ihres Staats- und Parteichefs Saddam Hussein das Golf-Emirat Kuwait besetzten, traten die USA und die Sowjetunion gemeinsam dafür ein, Hussein durch UNO-Resolutionen zum Rückzug aufzufordern. Nach Ablauf eines Ultimatums des Sicherheitsrates am 15. Januar 1991 stimmte der Kongress Bushs Gesuch um militärisches Eingreifen zu. Unter US-amerikanischer Führung gelang es der Koalition von insgesamt 29 beteiligten Nationen, Kuwait mit einer technologisch überlegenen Kriegsmaschinerie in der Aktion „Wüstensturm“ (*Desert Storm*) zu befreien.

Der nur knapp sechswöchige, erfolgreich geführte Krieg löste in den USA eine Welle von Patriotismus aus, und Präsident Bush sah sich, bestärkt durch den Zusammenbruch der Sowjetunion, veranlasst, öffentlich über eine „Neue Weltordnung“ nachzudenken. Doch die nachfolgenden außen- und innenpolitischen Entwicklungen ließen diese Vision verblassen: Trotz seiner Niederlage setzte Hussein seine Politik der Unterdrückung ethnischer und religiöser Minderheiten im Irak fort und relativierte so den Kriegsausgang. Der Zerfall der Sowjetunion ließ im Kaukasus und auf dem Balkan neue Unruheherde entstehen. Infolgedessen wich der anfängliche Optimismus einer realistischeren, teilweise pessimistischen Sichtweise. Große Teile der US-Bevölkerung wandten sich wieder stärker den innenpolitischen Problemen ihres Landes zu.

Seit 1990 herrschte eine Wirtschaftsrezession, der die Bush-Regierung konzeptionslos gegenüberstand. Der Zusammenbruch zahlreicher Bausparkassen, die sich im zuvor boomenden Immobilienmarkt verspekuliert hatten, kostete den Staat mehr als 200 Milliarden US-Dollar und vergrößerte das Haushaltsdefizit. Die Rezession, gestiegene Arbeitslosenzahlen und stagnierende Real-einkommen wurden zu zentralen Themen im Präsidentschaftswahlkampf von 1992. Schließlich verlor Bush die Wahlen gegen seinen jugendlichen demokratischen Herausforderer, William Jefferson („Bill“) Clinton, der im Wahlkampf bewusst den Mythos John F. Kennedys beschwor und versuchte, den Nimbus des früheren Präsidenten als „Erneuerer“ der Nation für sich zu nutzen.



picture-alliance / dpa / Martin Athenstädt

Die Außenminister der USA, der Sowjetunion, Frankreichs und Großbritanniens beraten mit ihren Amtskollegen aus den beiden deutschen Staaten auf der 2+4-Konferenz am 5. Mai 1990 in Bonn über die außenpolitischen Aspekte der deutschen Wiedervereinigung.

Jörg Nagler

## Aufbruch in eine „Neue Weltordnung“

Zur Jahrtausendwende sind die USA die einzig verbliebene Supermacht, aber eine Vielzahl regionaler Konflikte und der globale Kampf gegen den islamistischen Terrorismus stellen sie vor neue Herausforderungen. Mit Barack Obama wird 2009 erstmals ein Afroamerikaner US-Präsident.

Mit der Wahl Bill Clintons (1993-2001) hatte das von Aufbruchstimmung durchzogene Land die „konservative Revolution“ seiner Amtsvorgänger beendet. Die gestiegene Wahlbeteiligung (61 gegenüber 50 Prozent im Jahr 1988) dokumentierte das gewachsene politische Interesse; entsprechend hoch waren die Erwartungen an den 42. Präsidenten, der mit seinem Vize Al Gore zugleich den politischen Generationswechsel zu den *baby boomers* einleitete, den geburtenstarken Jahrgängen zwischen 1948 und den frühen 1960er-Jahren. Allerdings übernahm die Clinton-Regierung mit dem Erbe der Vorgänger ein nun immens hohes Haushaltsdefizit, dessen Abbau eines ihrer vorrangigen Ziele war.

### Generationswechsel im Weißen Haus

Clinton konnte im Kongress einen Budgetplan durchsetzen, der das Defizit durch Steuererhöhungen und drastische Einsparungen in fünf Jahren um 140 Milliarden US-Dollar abbauen sollte. Die daraus resultierenden positiven Impulse bewirkten ab 1993 eine wirtschaftliche Erholung, Wachstumsraten von zwei bis drei Prozent und, verbunden mit einer niedrigen Inflationsrate, neue Arbeitsplätze.

Andere im Wahlkampf angekündigte innenpolitische Prioritäten wie die Verbesserung des Gesundheitswesens durch Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung, eine Reform der Umweltpolitik mittels einer Energiesteuer und eine verbesserte Verbrechensbekämpfung, auch durch härtere Auflagen bei Waffenbesitz, scheiterten größtenteils am Widerstand verschiedener Interessengruppen in Kongress, Wirtschaft und Bevölkerung, wurden Clinton aber als persönliche Misserfolge durch Führungsschwäche angelastet.



Ansätze zu einer multipolaren Weltordnung? Die Staatschefs der G8-Staaten und der Präsident der EU-Kommission in Köln am 19./20. Juni 1999

### Globale Neuformierung

Mehr Erfolg hatte Clinton während seiner ersten Amtszeit in Fragen der Außenwirtschaft. Die Ratifizierung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (*North American Free Trade Agreement*, NAFTA), das eine Freihandelszone zwischen Kanada, den USA und Mexiko vereinbarte, konnte auch gegen einen Flügel der Demokratischen Partei durchgesetzt werden, der in seiner traditionellen Orientierung an Gewerkschaftsbelangen eher Protektionismus und nicht etwa Freihandel unterstützte. Auch die von Clinton geförderte Uruguay-Runde des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (*General Agreement on Tariffs and Trade*, GATT), die Ende 1993 abgeschlossen wurde, trat für den Freihandel ein.

Das Ende des Ost-West-Konfliktes und die damit verbundenen Probleme einer globalen Neustrukturierung stellten die Clinton-Regierung in der Außenpolitik vor neue Aufgaben. Die Hoffnung, dass nunmehr der Rüstungshaushalt heruntergefahren werden könne und freiwerdende Gelder sozialen Bereichen zugutekämen, erwies sich als Trugschluss. In Anbetracht der jahrzehntelangen Verknüpfung von Rüstung und Industrie wären dadurch zahllose Arbeitsplätze gefährdet worden. Auch neue internationale Verpflichtungen waren mit finanziellen Anforderungen verbunden.

Daher beschloss die Regierung, die USA von der Rolle des „Weltpolizisten“ zu entlasten und andere Nationen in internationale Einsätze einzubeziehen, ohne dabei jedoch den amerikanischen Führungsanspruch aufzugeben. So hielten sich die USA zum Beispiel im Bosnien-Krieg (1992-1995) eher zurück und überließen zunächst den Europäern die Initiative. Den Nahostkonflikt konnte die Clinton-Administration durch einen auf ihre Initiative hin zustande gekommenen Friedensvertrag zwischen Israel und der PLO, der in Washington im September 1993 unterzeichnet wurde, erheblich entschärfen.

In den Beziehungen zu Russland unterstützte Clinton entschlossen die Reformpolitik des russischen Präsidenten Boris





Bill Clinton und Boris Jelzin bekräftigen im Januar 1994 in Moskau mit Händedruck die „Partnerschaft für den Frieden“.



Doch 1998 bringt eine außereheliche Affäre den bis dahin erfolgsgewohnten US-Präsidenten an den Rand eines Amtsenthebungsverfahrens.

Jelzin, trotz dessen rücksichtslosem militärischem Vorgehen gegen die nach Unabhängigkeit strebende Republik Tschetschenien. Um Jelzins Position innenpolitisch zu stärken, wurde Russland in die Verhandlungen der führenden Wirtschaftsmächte (G7) einbezogen, wenn auch unter der Bedingung, seine Truppen aus dem Baltikum zurückzuziehen.

Zum Ausgleich der NATO-Osterweiterung boten die USA Russland 1994 eine „Partnerschaft für den Frieden“ an, in deren Kontext sie wiederum die Ukraine, Weißrussland und Kasachstan veranlassen konnten, auf Kernwaffen zu verzichten. Einen weiteren Erfolg stellte die Fortführung der Gespräche über den Abbau strategischer Rüstungen (*Strategic Arms Reduction Talks*, START) Anfang 1993 dar, bei denen mit Russland eine erhebliche beiderseitige Verringerung der Interkontinentalraketen vereinbart wurde.

### Innenpolitische Widerstände

Clintons außenpolitische Erfolge konnten die wachsende innenpolitische Kritik an ihm und seiner Partei jedoch nicht mindern. Bei den Zwischenwahlen 1994 mussten die Demokraten so schwere Verluste einstecken, dass die Republikaner, die eine Reduzierung der Sozialausgaben und Staatsfunktionen sowie eine Rückbesinnung auf Individualismus und Selbsthilfe forderten, erstmals seit 1953 sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat die Mehrheit erhielten.

Durch diese Niederlage geschwächt, konzentrierte sich Clinton stärker auf die Außenpolitik, um erhoffte Erfolge innenpolitisch zu nutzen. Die erste Gelegenheit dazu bot der von den Europäern gewünschte US-Militäreinsatz in Bosnien, wo serbische Einheiten im Juli 1995 Massaker an der muslimischen Zivilbevölkerung verübt hatten. Den USA gelang es, mit der serbischen Regierung einen Waffenstillstand auszuhandeln. Ende 1995 wurden in Dayton, Ohio die Friedensbedingungen der beteiligten serbischen, kroatischen

und bosnisch-herzegowinischen Fraktionen verhandelt, die kurz darauf im Friedensvertrag von Paris besiegelt wurden und zu deren Absicherung Clinton 20 000 Mann in Bosnien stationieren konnte. Auch im israelisch-palästinensischen Konflikt konnte seine Regierung vermittelnd eingreifen und Israel dazu bewegen, die palästinensische Autonomie im Westjordanland auszuweiten, wo im Januar 1996 zum ersten Mal Wahlen abgehalten wurden.

Durch diese Erfolge hatten die USA erneut ihre weltpolitische Führungsstärke dokumentiert. Angesichts dieser Bilanz, einer Annäherung an die „politische Mitte“ und einer günstigen Wirtschaftsentwicklung mit Wachstumsraten von vier Prozent bei sinkender Arbeitslosigkeit stieg die Popularität Clintons, sodass er 1996 als Präsident wiedergewählt wurde.

Aufgrund der umsichtigen Fiskalpolitik des Bundesbankrates wurde bereits 1998/99 ein ausgeglichener Haushalt erreicht. Zwar klaffte die Schere zwischen Arm und Reich trotz dieser beeindruckenden Ergebnisse zunehmend auseinander, generell aber bewirkten die wirtschaftliche Konsolidierung und die außenpolitischen Erfolge eine allgemeine Hochstimmung, die so seit den frühen 1960er-Jahren nicht mehr zu verzeichnen gewesen war.

Doch als 1998 Clintons Affäre mit der Praktikantin Monica Lewinsky öffentlich bekannt wurde und ein Bündel weiterer Anschuldigungen nach sich zog, musste der Präsident seine Energien zunehmend für seine persönliche Verteidigung einsetzen. Es wurde ein Verfahren vor der Bundesanklagekammer (*Grand Jury*) gegen ihn eingeleitet sowie ein von den Republikanern gefordertes Amtsenthebungsverfahren (*Impeachment*), für das sich im Senat freilich nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit finden ließ.

Die Lewinsky-Affäre war weit mehr als ein Sex-Skandal. Die mit ihr einhergehenden Auseinandersetzungen verdeutlichten vielmehr die Polarisierung der politischen Positionen: Traditionell konservative Kongressmitglieder werteten die Affäre als Symptom moralischer Dekadenz und eines aus den

Fugen geratenen „68er-Liberalismus“, für den Clinton als typischer Repräsentant galt. Umfragen zeigten allerdings, dass die Bevölkerung die Angelegenheit eher gelassen beurteilte und die Vehemenz der republikanischen Kritik nicht nachvollziehen konnte.

## Außenpolitische Initiativen

Währenddessen vollzogen sich in der Außenpolitik gravierende Entwicklungen: Zwei fast gleichzeitige Bombenattentate auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania am 7. August 1998 nahmen künftige, ähnlich motivierte Terrorakte vorweg, derweil sich bei den Geheimdiensten die Informationen verdichteten, dass islamistische Terroristen im Taliban-beherrschten Afghanistan Ausbildungslager für Gleichgesinnte etablierten. Zu ihnen gehörte der saudi-arabische Millionär Osama Bin Laden, der dort einst von den USA im Kampf gegen die russische Okkupation unterstützt worden war.

Nach einem alarmierenden Bericht des UN-Abrüstungsbeauftragten im Irak und der Dokumentation eindeutiger Verstöße des dortigen Regimes gegen die Auflagen der UNO gab Clinton im Dezember 1998 den Befehl, dessen Diktator Saddam Hussein mittels gezielter Militärschläge zu verwarnen (*Operation Desert Fox*). Parallel dazu verstärkte er erneut seine Initiative, den Friedensprozess im israelisch-palästinensischen Dauerkonflikt voranzutreiben. Noch im Dezember 1998 trat er eine Reise in den Nahen Osten an und besuchte auch den Palästinenserführer Jassir Arafat, um eine unparteiische Haltung der Vereinigten Staaten zu demonstrieren. Die Hoffnung auf Fortschritte in der Beilegung des Nahostkonfliktes erfüllte sich jedoch nicht: Im Juli 2000 scheiterte auch Clintons letzter Versuch, einen Durchbruch im Friedensprozess zu erzielen, an Arafats unversöhnlicher Haltung und dem geringen Spielraum, über den die Kontrahenten durch die jeweiligen politischen Konstellationen in ihrer Heimat verfügten.

Daneben beschäftigte die amerikanische Außenpolitik die Situation im Balkan, der durch erbitterte Kämpfe zwischen Serben und Albanern im Kosovo destabilisiert wurde. Das Eingreifen der USA in den Kosovo-Krieg im Rahmen der NATO im Frühjahr 1999 führte zeitweilig zu Spannungen mit Russland, das dann jedoch einlenkte und anschließend an der gemeinsamen KFOR-Operation (*Kosovo Force*) der NATO teilnahm.

## Präsidentenwahlkampf 2000

Obwohl Umfragen Clinton gegen Ende seiner Präsidentschaft hohe Akzeptanzwerte von 65 Prozent bescheinigten, konnte er sich nicht ein weiteres Mal zur Wahl stellen, da die Verfassung seit dem 22. *Amendment* von 1951 die Beschränkung des Präsidentenamtes auf zwei Amtsperioden vorsieht. Mit Clintons Unterstützung konnte sich Vizepräsident Al Gore leicht gegen die Konkurrenz im Lager der Demokraten durchsetzen.

Die Republikaner wiederum waren nach dem Mehrheitsbesitz in beiden Häusern des Kongresses bestrebt, nun endlich auch das Weiße Haus zu erobern. Sie nominierten George Walker Bush, den ältesten Sohn des früheren Präsidenten Bush sen. und seit 1994 Gouverneur von Texas. Als Vizekandidaten berief Bush den ultra-konservativen Richard („Dick“) Cheney, der unter Präsident Ford als Stabschef im Weißen Haus und unter Bush sen. als Verteidigungsminister fungiert



In Palm Beach, Florida, zählen freiwillige Helfer am 11. November 2000 per Hand die anlässlich der Präsidentschaftswahl abgegebenen Stimmen nach. Wahlsieger wird der Republikaner George W. Bush.

hatte, um sich danach in der texanischen Ölbranche als erfolgreicher Unternehmer zu erweisen.

In ihrem Bemühen, auch Wählerstimmen aus dem demokratischen Lager zu gewinnen, betonten Bush und Cheney im Wahlkampf einen „mitfühlenden Konservatismus“, während Gore und sein Vizekandidat Joseph Lieberman sich auf die ökonomischen Erfolge der Clinton-Regierung beriefen und auch die Umweltpolitik thematisierten. Meinungsumfragen ließen erkennen, dass die Nation in zwei etwa gleichstarke Lager gespalten war. Nach Schließung der Wahllokale zeichnete sich das dramatische Bild ab, dass Bush zwar bundesweit rund eine halbe Million Stimmen weniger gewonnen hatte als sein Gegenkandidat, ihm indessen die entscheidende Majorität im Wahlmännergremium des bevölkerungsstarken Florida zufiel, wo sein Bruder Jeb als Gouverneur regierte.

Die Vorgänge bei der Stimmenauszählung in Florida beschäftigten bald nicht nur die Nation, sondern auch die internationale Öffentlichkeit: Bush lag bei knapp sechs Millionen Wählerstimmen des Staates zunächst mit einigen hundert Stimmen vor Gore, Wahlunregelmäßigkeiten verhinderten jedoch ein offizielles Ergebnis. So waren Wählende zum Beispiel daran gehindert worden, versehentlich falsch ausgefüllte Wahlzettel zurückzugeben. Gores Anwälte plädierten daher für eine manuelle Nachzählung in vier ausgewählten *Counties*. Die endgültige Entscheidung über die Zulässigkeit einer Stimmennachzählung fiel schließlich der *Supreme Court* sehr knapp (fünf zu vier Richterstimmen), nur wenige Tage, bevor der neue Präsident George W. Bush durch den Kongress bestätigt wurde. Erst ein Jahr später stellte sich heraus, dass Gore in jenen vier *counties* zwar knapp hinter Bush gelegen, in Florida insgesamt jedoch eine hauchdünne Stimmenmehrheit gehabt hatte.



## Neue globale Herausforderungen

Auf Bushs innenpolitischer Agenda standen zunächst die von ihm im Wahlkampf versprochenen drastischen Steuersenkungen (mehr als 1,6 Billionen US-Dollar), die ihm der Kongress, auch mit Hilfe einiger demokratischer Stimmen, bewilligte. Das eigentliche Primat in der Innenpolitik hatten allerdings Programme, die einerseits dem konservativen Zentrum der Republikanischen Partei und den Interessen der Großindustrie entgegenkamen, andererseits aber auch traditionell demokratische Wählerbelange wie Anliegen sozial Benachteiligter und von Einwanderern aufgriffen. Demgegenüber war die US-Außenpolitik zu Beginn der Amtszeit Bushs nur schwach ausgeprägt. Erst als der israelisch-palästinensische Konflikt erneut eskalierte (Zweite Intifada ab Oktober 2000), sah sich das Weiße Haus genötigt, diplomatische Initiativen zu ergreifen.

Vor allem in Europa wurde mit Sorge die offenkundige Ausprägung eines US-amerikanischen Unilateralismus, eines staatlichen Handelns ohne Rücksichtnahme auf andere, beobachtet, das internationale Vereinbarungen für hinterfragbar hielt. So wurde das von den meisten Industrienationen ratifizierte Kyotoer Klimaschutzabkommen von 1997 unter Berufung auf wissenschaftliche Zweifel abgelehnt, hinter denen auch wirtschaftliche Interessen der US-amerikanischen Energie- und Automobilindustrie standen. Ebenso weigerten sich die USA, den Internationalen Strafgerichtshof zu

akzeptieren, der auch US-Soldaten unter seine Jurisdiktion gestellt hätte. Die Errichtung einer Nationalen Raketenabwehr (NMD), die Teile des früheren SDI-Programms wieder aufnahm, verursachte gleichfalls Irritationen im Ausland. Insbesondere China und Russland befürchteten einen neuen Rüstungswettlauf. Im Sommer 2001 wurde deutlich, dass die USA ihre globale Stellung als Hegemon ausbauen und dabei den Unilateralismus zur Grundphilosophie ihrer Außenpolitik machen wollten.

### Zäsur 11. September 2001

In diese Situation trafen die Terroranschläge vom 11. September 2001 auf das *World Trade Center* in New York und das Pentagon in Washington, die nicht allein für die inneramerikanische Entwicklung eine Zäsur darstellten. Für die Anschläge, welche insgesamt über 3000 Todesopfer forderten, übernahm das islamistische Netzwerk Al Qaida unter Osama Bin Laden die Verantwortung. Nicht nur der Präsident verglich diese Terrorakte umgehend mit der Katastrophe von Pearl Harbor, die fast genau 60 Jahre zuvor die Nation zum Eintritt in den Zweiten Weltkrieg bewegt hatte. Neben dem hohen Verlust an Menschenleben schockierte die Erkenntnis



ulstein bild – AP

Am 11. September 2001 zerstören islamistische Terroristen mit zwei entführten amerikanischen Passagierflugzeugen die Zwillingstürme des World Trade Centers in New York und stürzen eine Nation ins Trauma.



picture-alliance / dpa / NSA / Hando

Im Kampf gegen den globalen Terrorismus gewähren die USA den Sicherheitsapparaten weitreichende Kompetenzen. So hört die National Security Agency, hier das NSA-Hauptquartier in Fort Meade, Maryland u. a. weltweit Telefone ab und überprüft den globalen E-Mail-Verkehr, wie der „Whistleblower“ Edward Snowden 2013 enthüllt.

der eigenen Verwundbarkeit. Wie tief dieses Trauma bis heute nachwirkt, entgeht vielen auswärtigen Beobachtern; jedenfalls führte es dazu, dass die US-Regierung dem internationalen Terror unter umfassender Mobilisierung den Krieg erklärte – mit weitreichenden innen- und außenpolitischen Konsequenzen.

Wenige Wochen nach den Anschlägen wurde im Weißen Haus eine Abteilung für Innere Sicherheit etabliert. 2003 entstand die Behörde für Heimatschutz (*Department of Homeland Security*). Ausgestattet mit einem Budget von über 36 Milliarden US-Dollar und 160 000 Beschäftigten erhielt sie den Auftrag, alle mit der inneren Sicherheit beauftragten Bundesämter zu koordinieren. Die Einrichtung dieses „Superministeriums“ sollte einerseits Ängste in der Bevölkerung lindern, andererseits aber auch die offenbar mangelhaften Informationsvernetzungen zwischen den einzelnen Geheimdiensten wie der CIA und dem FBI grundlegend verbessern. Die Spannungen und Ängste in der amerikanischen Gesellschaft dokumentierte der im Herbst 2002 mit großer Mehrheit verabschiedete *Patriot Act*, eine Art „Notstandsgesetz“, das in Friedenszeiten undenkbar gewesen wäre. Es gewährt Polizeiorganen und Geheimdiensten weitreichende Kompetenzen bei der Bürgerüberwachung und wird von amerikanischen Bürgerrechtsorganisationen immer wieder heftig kritisiert. Die außenpolitischen Reaktionen der USA auf den 11. September 2001 erwiesen sich als noch weitreichender und gravierender als die innenpolitischen. Mit Recht kann von einer vollkommenen Neuorientierung US-amerikanischer Vorstellungen über die Gestaltung der Weltordnung gesprochen werden. Der Begriff der nationalen Sicherheit wird seitdem globalisiert, was nicht zuletzt die Abhöraktivitäten der *National Security Agency* (NSA) zeigen, deren Ausmaß erst seit dem Frühjahr 2013 durch den „Whistleblower“ Edward Snowden ins Licht der Öffentlichkeit rückten.

## Afghanistan-Krieg

Gleich nach den Anschlägen vom 11. September wurde offensichtlich, dass das Al-Qaida-Netzwerk hauptsächlich von Afghanistan aus operierte, das fundamentalistische Taliban mit brutaler Unterdrückung beherrschten. Eine breite internationale Solidarität im Kontext der Terrorakte ermöglichte es der Bush-Regierung, eine Koalition zu bilden, der nicht nur NATO-Mitglieder, sondern auch Staaten wie China, Russland und Pakistan angehörten. Gemeinsam mit dem engsten Bündnispartner Großbritannien griffen Luftwaffenverbände schon am 7. Oktober 2001 Al-Qaida-Ausbildungslager sowie Taliban-Stellungen an und verhalfen den Bodentruppen der sogenannten afghanischen Nordallianz zum Sieg über die Taliban.

Die Befreiung Afghanistans wurde international begrüßt. Osama Bin Laden gelang es allerdings, mit vielen seiner Mitstreiter in die schwer zugänglichen Bergregionen zwischen Afghanistan und Pakistan zu fliehen. Im Dezember kam es dann zur Bildung einer neuen Regierung unter Hamid Karzai, der bis 2014 als Präsident fungierte.

Im Afghanistan-Krieg verzichteten die USA beim militärischen Einsatz bewusst auf eine breitere NATO-Unterstützung. Sie folgten damit der neuen Strategie, ihre Militäraktionen ungestört durchzuführen und erst dann den Wiederaufbau des Landes von den Vereinten Nationen und anderen NATO-Partnern mittragen und gewährleisten zu lassen.

Die nachfolgende Internierung von etwa 600 in Afghanistan als Taliban-Kämpfer aufgegriffenen Gefangenen im US-Marinestützpunkt Guantánamo Bay auf Kuba stieß im Ausland vielerorts auf Ablehnung und rief Proteste von Menschenrechts- und US-Bürgerrechtsorganisationen hervor. Die amerikanische Seite verwehrte diesen Häftlingen





CNP / Polaris / laif

*Im Camp X-Ray der US-Marinebasis Guantánamo, Kuba sind seit Jahren Gefangene interniert, die die USA verdächtigen, Anhänger der Taliban zu sein. Ihnen werden sowohl der Status von Kriegsgefangenen wie die üblichen Rechte von Anhörung und Prozess verweigert, was in den USA wie weltweit immer wieder zu Protesten führt.*

den Status von Kriegsgefangenen laut Genfer Konvention und – da sie sich nicht auf regulärem US-Territorium befinden – auch die üblichen Rechte von Anhörung und Prozess. Obwohl der *Supreme Court* mehrfach Sondergerichte in Form von Militärkommissionen für unzulässig erklärt und den Internierten das Recht auf ein ordentliches Gerichtsverfahren zugestanden hatte, scheiterte die im November 2009 angekündigte Verlegung der Gefangenen auf das amerikanische Festland aufgrund vehementer Proteste im Kongress. Seitdem Präsident Obama im Januar 2011 ein Gesetz unterzeichnete, das die Überführung der Guantánamo-Häftlinge aufs Festland oder in andere Länder untersagt, ist die Schließung des Lagers vorerst undenkbar geworden. Im August 2013 wurden dort noch immer 164 Personen in Gewahrsam gehalten.

## Irak-Krieg

Im Januar 2002 bezeichnete Bush in seiner Rede zur Lage der Nation vor dem Kongress Nordkorea, den Iran und Irak als „Achse des Bösen“ – dies zum Missfallen seines Außenministers Colin Powell, der in dieser Bezeichnung ein unnötiges Eskalationspotenzial erblickte. Bushs Äußerung erwies sich indessen als symptomatisch für seine neue Außenpolitik: vorausschauende Vermeidung möglicher Gefahren statt bloßer Reaktion auf feindliche Handlungen. Zur militärischen Umsetzung dieser Haltung kündigte er die höchste Aufstockung des Militärbudgets seit zwei Dekaden an.

Schon vor dem 11. September 2001 hatte seine Regierung einen militärischen Schlag gegen den Irak erwogen und über Möglichkeiten eines dortigen Regimewechsels nachgedacht. Durch den Schock des Terroranschlags konnten diese Pläne nun in die Tat umgesetzt werden. Dies sollte nach Absicht der

Planer einen demokratischen „Domino-Effekt“ für die ganze instabile Region des Nahen Ostens auslösen.

In einer Rede vor der UN-Vollversammlung bezichtigte Bush den Irak der Unterstützung islamistischer Terroristen und warnte vor der Bedrohung durch dort vermutete Massenvernichtungswaffen. Er forderte den Irak ultimatив zur Offenlegung seiner Waffenarsenale auf, signalisierte andernfalls die Entschlossenheit der USA zu Kampfhandlungen und verlangte eine unterstützende Resolution der UNO. Im Oktober autorisierten beide Häuser des Kongresses Bush, bei Versagen diplomatischer Mittel militärische Maßnahmen gegen den Irak ergreifen zu können.

Am 8. November 2002 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat einstimmig die Resolution 1441, die dem Irak das gewünschte Ultimatum stellte und bei Verweigerung der Auflagen mit „ernsthaften Konsequenzen“ drohte, letzteres eine vage Formulierung, die im Rat selbst heftige Kontroversen nach sich zog. Parallel zu den Forderungen der Vereinten Nationen entsandte Bush bereits erste Streitkräfte in den Persischen Golf.

Saddam Hussein reagierte auf den Druck der Weltgemeinschaft, indem er die UN-Waffeninspektoren wieder einreisen ließ und den Vereinten Nationen kurz vor dem Ablauf des Ultimatums einen Bericht vorlegte, wonach sein Land keine Massenvernichtungswaffen besaß.

Am 5. Februar 2003 versuchte der amerikanische Außenminister Colin Powell den UNO-Sicherheitsrat davon zu überzeugen, dass ein Militärschlag gegen den Irak und dessen Diktator Saddam Hussein dennoch unabdingbar sei. Die Bedrohung durch den Irak suchte er mit Bildern von angeblichen mobilen B- und C-Waffen-Fabriken zu untermauern und präsentierte eine Kaufvereinbarung zwischen Irak und Niger über waffenfähiges Plutonium, die sich im Nachhinein als Fälschung erwies.

Das Beharren der USA auf der Notwendigkeit militärischen Vorgehens belastete ihre Beziehungen zu den Vereinten Na-

tionen und spaltete diese in zwei Lager: die Unterstützer der USA, darunter vor allem Großbritannien, und die Skeptiker – vornehmlich Frankreich, Deutschland, China und Russland. Da nicht mit einer Stimmenmehrheit für eine erneute UN-Resolution zu rechnen war, die bei Nichteinhalten der Forderungen eine militärische Intervention gestattet hätte, stellte Bush Hussein in einer öffentlichen Ansprache am 18. März vor die Alternative, sein Land entweder binnen 48 Stunden zu verlassen oder eine militärische Intervention in Kauf zu nehmen. Am 20. März 2003 begannen die USA den Irak-Krieg. Ihr militärischer Alleingang ohne UN-Mandat stieß weltweit auf Kritik, besonders seitens der arabischen Nationen.

Anders als noch im Golfkrieg (1990/91) wurde unter Leitung von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld eine neue Strategie gewählt, die keinen größeren Einsatz von Bodentruppen, sondern gezielte Schläge mit massiven Bombardierungen unter Nutzung neuester Waffen- und Aufklärungstechnologien vorsah. Neben zwei US-Heeresdivisionen und einer britischen traten kleinere Truppen-

kontingente von Staaten wie Australien, Polen und Spanien, während Deutschland eine militärische Unterstützung des Irak-Krieges explizit abgelehnt hatte. Bereits am 7. April wurde Bagdad eingenommen und wenige Tage darauf symbolträchtig die dortige Großstatue Saddam Husseins niedrigerissen. Am 1. Mai verkündete Präsident Bush auf dem Flugzeugträger „Abraham Lincoln“ die siegreiche Beendigung des Irak-Krieges.

Der Irak war danach allerdings keineswegs befriedet. Vielmehr eskalierte die Gewalt, nicht zuletzt durch die bestehenden religiösen Konflikte zwischen Sunniten und Schiiten. Wie von Skeptikern zuvor prophezeit, erwies sich das von den USA intendierte *nation building*, verbunden mit dem Aufbau demokratischer Strukturen, als ungemein schwierig. Auch die Gefangennahme Saddam Husseins Ende 2003 trug nicht, wie erhofft, zur Beruhigung des Widerstandes gegen die amerikanische und britische Besatzung bei. Ende Juni 2004 konnte zwar eine irakische Übergangsregierung eingesetzt werden, der formal die Macht übertragen wurde, und 2005 fanden die ersten freien Wahlen statt. Doch das Land wurde noch jahrelang von Aufständen, Terrorakten und Unruhen heimgesucht, sowie von Skandalen wie der Folteraffäre im Militärgefängnis von Abu Ghraib (2004). Deshalb wurde der Großteil der US-Besatzungstruppen erst 2010 abgezogen, Ende 2011 folgte der Rest.

Die Bilanz des Irak-Krieges zehn Jahre nach Beginn war erschreckend: Nach den neuesten Untersuchungen (Watson Institute / Brown University) kamen insgesamt 190 000 Menschen in diesem Krieg ums Leben – etwa 70 Prozent von ihnen Zivilisten; weitere 16 000 Menschen werden noch aus der Zeit des Bürgerkrieges (2006-2008) vermisst. Insgesamt wurden 4488 amerikanische Soldaten getötet und mindestens 3400 Angehörige ziviler Sicherheits- und Militärunternehmen (*Contractors*). Der 2013 veröffentlichte offizielle Abschlussbericht spricht von 60 Milliarden US-Dollar, die im Irak investiert worden seien. Primär floss dieses Geld in den Ausbau der irakischen Militär- und Polizeikräfte, ohne dabei nennenswerte Fortschritte im Wiederaufbau der Infrastruktur erreicht zu haben.

## Fortschreitender Prestigeverlust

Der Irakkrieg wurde bei den Präsidentschaftswahlen von 2004 von der Bush-Administration gezielt zum Wahlkampfthema erhoben, gemäß der Erfahrung, dass die amerikanische Bevölkerung bislang in Kriegszeiten fast nie einen Präsidenten ausgewechselt hatte (Ausnahme: Harry Truman 1952 gegen Eisenhower). So ließ sich von den offensichtlichen ökonomischen Problemen wie der hohen Arbeitslosenquote und der Staatsverschuldung ablenken, die in Wahlzeiten gewöhnlich eine wichtigere Rolle spielen als die Außenpolitik. Obwohl die meisten Demoskopen dem sachkundigen und rhetorisch versierter wirkenden Gegenkandidaten der Demokraten, Senator John Kerry aus Massachusetts, einen Wahlsieg prophezeiten, siegte Bush mit einer Mehrheit von etwa drei Millionen Stimmen (62 gegenüber 59 Millionen bzw. 286 zu 251 Wahlmännerstimmen). Gleichzeitig konnten die Republikaner ihre Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses ausbauen und Bush damit das Regieren erleichtern. Bei Umfragen nach Wahlprioritäten wurden „moralische Werte“ am häufigsten genannt, noch vor Terrorismus, Irak-Krieg oder der wirtschaftlichen Situation. Bushs zweite Amtszeit war durch einen steten Popularitätsverlust gekenn-



AP / J. Scott Applewhite

Mitte März 2003 beginnt die Bush-Regierung wegen vermeintlicher Massenvernichtungswaffen den Irak-Krieg, der die internationale Gemeinschaft spaltet. Am 1. Mai 2003 verkündet Präsident George W. Bush medienwirksam auf dem US-Flugzeugträger „Abraham Lincoln“ den Sieg.



AP / Brennan Linsley

Der verkündete Sieg bedeutet nicht das Ende der Kämpfe. Insgesamt sterben etwa 190 000 Menschen, darunter rund 4500 US-Soldaten. Im September 2006 wird der Sarg eines im Irak gefallenen US-Soldaten in die Heimat überführt.



zeichnet. Seine ehrgeizigen Pläne, sozialstaatliche Aufgaben weitestgehend durch Privatisierung herunterzufahren, konnte er nicht durchsetzen; ebenso erging es ihm mit seiner Einwanderungsreform. Sein unprofessionelles Krisenmanagement beim Hurrikan „Katrina“ vom Sommer 2005, der besonders in New Orleans erhebliche Verwüstungen hinterließ und viele Todesopfer forderte, kostete ihn genauso Sympathien wie die zunehmend desaströse Situation im Irak mit steigenden amerikanischen Opferzahlen. Der erhebliche Machtzuwachs der Exekutive, den die Bevölkerung nach dem 11. September 2001 noch hingenommen hatte, traf nun auf zunehmende Skepsis.

All diese Faktoren führten zu einem innen- und außenpolitischen Prestigeverlust nicht nur des Präsidenten, sondern der Vereinigten Staaten allgemein. Zu diesen bereits gravierenden Problemen gesellte sich noch die Finanzkrise von 2007/08, ausgelöst durch die hohen Spekulationen auf dem US-Immobilienmarkt, die das Land in eine Rezession stürzte. Dies bescherte dem Präsidenten mit 25 Prozent die niedrigste Popularitätsrate, die jemals für einen Amtsinhaber gemessen wurde und auch Rückwirkungen auf das Abschneiden der Republikanischen Partei bei den nächsten Wahlen haben sollte.

## Die Ära Obama

Der Präsidentschaftswahlkampf von 2008 stellte eine Zäsur in der Landesgeschichte dar. Mit Barack Hussein Obama, der sich in den Vorwahlen (*primaries*) gegen seine demokratische Hauptkonkurrentin, Senatorin Hillary Clinton, durchgesetzt hatte, bewarb sich erstmals ein afroamerikanischer Kandidat um das Präsidentenamt. Seine Kandidatur verkündete er in Illinois' Hauptstadt Springfield vor dem dortigen Kapitol, wo sein großes Vorbild, Abraham Lincoln, einst die berühmte *House Divided*-Rede gehalten hatte. Die Lincolnsche Metapher des gespaltenen Hauses setzte Obama im Wahlkampf ein; so betonte er in einer seiner zentralen Ansprachen im März 2008 in Philadelphia, dass es an der Zeit sei, die Rassen- und Klassenschranken in den Vereinigten Staaten abzubauen und die Wunden des Rassismus zwar zu benennen, sich aber nunmehr als geeinte Nation den Hauptaufgaben der Zukunft zu widmen: der Stabilisierung der Wirtschaft, einem gerechten Gesundheitssystem und einer zeitgemäßen Umweltpolitik. Seine Rhetorik, sein Charisma und sein Charme flößten großen Bevölkerungsteilen Zuversicht ein, die er durch den einprägsamen und motivierenden Slogan „*Yes, We Can*“ auf den Punkt brachte. Gerade junge Wählerschichten wurden davon angesprochen. Erstmals in der Wahlkampfgeschichte nutzte mit ihm ein Kandidat gezielt das Internet zur

Mobilisierung von Wählern, woraus auch das bislang größte Spendenaufkommen in einem Präsidentschaftswahlkampf (über 600 000 Millionen US-Dollar) resultierte. Im Ausland vermochte Obama ebenfalls zu begeistern, insbesondere in Deutschland, wo im Juli 2008 über 200 000 Menschen seiner Rede an der Berliner Siegessäule beiwohnten.

Der unpopuläre Irakkrieg bestimmte den Wahlkampf noch stärker als die Wirtschaftskrise. Während Obama schon sehr früh gegen den Krieg eingetreten war und sich für einen möglichst baldigen Abzug der Truppen ausgesprochen hatte, plädierte sein Gegenkandidat John McCain für eine längere Fortsetzung der amerikanischen Besatzung und geriet damit automatisch in die Nähe des unbeliebten Bush. Zweifellos hatten ethnische Minoritäten wie Afroamerikaner, Latinos und Immigranten asiatischer Herkunft einen gewichtigen Anteil an Obamas Wahlsieg. Insgesamt waren fünf Millionen mehr von ihnen zu den Wahlurnen gegangen als noch 2004. Sie hatten in überwiegender Mehrheit für Obama gestimmt, der im Übrigen auch mehr religiös orientierte Wähler an sich binden konnte als es noch Kerry vermocht hatte, schwerpunktmäßig afroamerikanische Protestanten. In der Altersgruppe der 18- bis 30-Jährigen stimmten sogar 75 Prozent für Obama.



AP / MSgt. Cecilio Ricardo, US-Department of Defense

Am 20. Januar 2009 wird Barack Obama in Washington, D.C. im Beisein seiner Frau Michelle öffentlich vereidigt. Mit dem neu gewählten US-Präsidenten verknüpfen sich national wie international große Hoffnungen auf eine Veränderung der US-Politik. Nicht alle wird er erfüllen.

## Erste Amtszeit

Wohl kaum ein Präsident zuvor hatte sein Amt mit ähnlich hohen Hoffnungen und Erwartungen seitens seiner Wähler angetreten. In seiner Rede zur Amtseinführung vom 20. Januar 2010 beschwor Obama erneut die nationale Einheit, die angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen unabdingbar sei und nur ohne ideologische Grabenkämpfe gemeistert werden könne.

Im Wahlkampf hatte Obama eine Neuorientierung in der Innen- und Außenpolitik versprochen, die sich fundamental von derjenigen seines Amtsvorgängers unterscheiden sollte. Im Innern äußerte sich dies vor allem durch Änderungen im Gesundheitssystem, außenpolitisch in einer stärkeren Bereitschaft zu internationaler Kooperation. Am 4. Juni 2009 hielt Obama eine viel beachtete Grundsatzrede an der Universität von Kairo, in der er der islamischen Welt nach dem 11. September, dem Krieg in Afghanistan und Irak, nach Abu Ghraib und Guantánamo einen Neuanfang ihrer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten vorschlug, in denen der Versöhnungsgedanke im Zentrum stehen sollte.

Die Kairoer Rede und andere Ankündigungen einer außenpolitischen Neuorientierung schürten weltweit Hoffnungen. Doch als Wahlversprechen, wie Obamas Zusicherung, er werde das Gefangenenlager Guantánamo auf Kuba binnen eines Jahres nach Amtsantritt auflösen, nicht erfüllt wurden und die Vereinigten Staaten unter Obama weder dem Internationalen Strafgerichtshof beitraten noch das Kyoto-Protokoll unterzeichneten, reagierte die Weltöffentlichkeit enttäuscht.

Die Sachzwänge, denen sich Obama innenpolitisch ausgesetzt sah, waren primär durch die globale Finanzkrise bestimmt, der er seine Hauptaufmerksamkeit widmete. Bereits am 17. Februar 2009 konnte er ein Konjunkturförderungsgesetz unterzeichnen, das er schon vor seiner Amtszeit im Kongress vorbereitet hatte: 787 Milliarden US-Dollar wurden in die Verbesserung der Infrastruktur, in Bildungs- und Gesundheitsmaßnahmen sowie individuelle Förderung investiert, verbunden mit einer Steuerreform, welche die Steuersätze für

die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung auf den niedrigsten Satz seit 60 Jahren senkte.

Zur gleichen Zeit forderte Obama eine Truppenverstärkung in Afghanistan, um den Kampf gegen die Taliban schneller beenden zu können; nur wenig später verkündete er, dass die US-Kampftruppen den Irak bis August 2010 verlassen sollten und lediglich 50 000 Angehörige des Servicepersonals, Militärbereiter, Ausbilder und Sondereinheiten zur Terrorismusbekämpfung noch bis Ende 2011 im Land verbleiben würden.

Mit China begann ein Dialog über wirtschaftliche und strategische Partnerschaft, und am 8. April 2009 wurde mit Russland das letzte der START-Abkommen unterzeichnet, das eine weitere beiderseitige Reduzierung des Atomwaffenarsenals vorsah.

Gänzlich unerwartet erhielt Obama am 10. Dezember 2009 den Friedensnobelpreis, eine Auszeichnung, die vor ihm bereits zwei frühere US-Präsidenten erhalten hatten: Theodore Roosevelt und Woodrow Wilson. Das Nobelpreiskomitee begründete die weltweit kontrovers diskutierte Verleihung unter anderem mit Obamas „außergewöhnlichen Bemühungen, die internationale Diplomatie und die Zusammenarbeit zwischen den Völkern zu stärken“. Obama selbst interpretierte die Auszeichnung als zusätzliche Motivation, seine Abrüstungs- und Versöhnungsbemühungen weiter voranzutreiben, betonte aber auch, dass Krieg zur Bewahrung des Friedens manchmal erforderlich sei.

Trotz Obamas Versuch, die politischen Fronten nicht verhärten zu lassen, wuchs derweil die Polarisierung zwischen Demokraten und Republikanern. Kompromisse im Kongress waren in diesem Klima nicht mehr möglich, wobei die Ergebnisse der Kongresswahlen vom November 2010 die konfrontative Haltung der Republikaner zusätzlich verschärften. Nicht nur gewannen sie 63 neue Sitze im Repräsentantenhaus hinzu und stellten dort nun die Mehrheit (242 zu 193); viele der neuen Kongressmitglieder waren zudem als Anhänger der rechtskonservativen *Tea Party*-Bewegung gewählt worden, die Anfang 2009 im Zusammenhang mit der Finanzkrise als Reaktion auf Konjunkturpakete und Bankenrettungsversuche



picture-alliance / abaca / Olivier Douliery

Das Erstarken der Tea Party-Bewegung innerhalb der Republikanischen Partei verschärft die Polarisierung im Kongress und in der Gesellschaft. Eine prominente Vertreterin dieser rechtskonservativen Bewegung ist Michelle Bachmann, hier bei einer Kundgebung am 31. März 2011 in Washington, D.C.



entstanden war. Neben ihren (letztlich gescheiterten) Anstrengungen, mit allen politischen Mitteln eine Wiederwahl Obamas zu verhindern, will diese Bewegung die bundesstaatlichen Kompetenzen im Sinne eines *limited government* beschränken. Ihr Name verweist auf die Amerikanische Revolution (*Boston Tea Party*), wobei „tea“ auch als Abkürzung für „*taxed enough already*“ steht. Wohl keine andere hauptsächlich von weißen und christlichen Befürwortern getragene politische Bewegung hat in den letzten Jahrzehnten in den USA so schnell an Einfluss gewonnen.

Im März 2011 verfügte Obama angesichts des libyschen Aufstandes gegen den langjährigen Diktator Muammar al-Gaddafi den Einsatz amerikanischer Marschflugkörper, um den UNO-Beschluss zur Errichtung einer Flugverbotszone durchzusetzen. Etwa zur gleichen Zeit konnten die Geheimdienste den lang gesuchten Terroristenanführer Osama Bin Laden in einem hochgesicherten Anwesen unweit der pakistanischen Hauptstadt Islamabad aufspüren. Obama befahl einen „chirurgischen Eingriff“, der am 1. Mai 2011 durch Spezialeinheiten erfolgte. Im Rahmen dieser Aktion wurde Bin Laden getötet und wenige Stunden später auf See bestattet. Die Nachricht vom Tod Bin Ladens wurde in den Vereinigten Staaten mit Erleichterung und Freude aufgenommen. Obamas Popularität erhielt durch die erfolgreich durchgeführte Aktion einen Schub, im Ausland wurde der Vergeltungsschlag dagegen kontrovers diskutiert.

## Übergang in die zweite Amtszeit

Am 6. November 2012 wurde Barack Obama erneut zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt. Er hatte sich gegen den Kandidaten der Republikaner, den Politiker, Unternehmer, Multimillionär und Mormonen Mitt Romney, mit 332 Wahlmännerstimmen gegenüber 206 (51:47 Prozent der Wählerstimmen) durchsetzen können.

Wie schon im Präsidentschaftswahlkampf von 2008 konnte Obama einen überproportionalen Zuspruch seitens bestimmter

Wählergruppen verbuchen: Afroamerikaner (93 Prozent), asiatische Immigranten (73), Latinos (71) und Frauen (55); auch Wähler aus Groß- und mittleren Städten, Geringverdiener, Gewerkschaftsmitglieder, junge Leute und Singles hatten überwiegend für ihn gestimmt. Obwohl die schlechte wirtschaftliche Situation für drei Fünftel der Wähler das zentrale Wahlthema gewesen war und die Arbeitslosigkeit mit 7,9 Prozent den höchsten Stand erreicht hatte, mit dem seit 1936 ein Präsident (damals Franklin D. Roosevelt) gewählt worden war, hatten sich die Republikaner diese Argumente offensichtlich nicht zunutze machen können. Sie wurden mehrheitlich als Repräsentanten der Reichen wahrgenommen, und die wirtschaftlichen Probleme wurden noch der Bush-Administration angelastet.

Obamas Amtseinführungsrede vom 21. Januar 2013 orientierte sich am Gleichheitsanspruch der Unabhängigkeitserklärung. Um den Idealen der Gründungsväter gerecht zu werden, müsse die Nation ein verstärktes Engagement in Bürgerrechtsfragen, insbesondere für die Gleichstellung der Geschlechter, eine Verbesserung der Einwanderungsgesetze, einen verstärkten Schutz der Umwelt sowie eine Neujustierung der Waffengesetze in Angriff nehmen. Ganz vorrangig sei ein Schuldenabbau bei gleichzeitigem Erhalt des Sozialstaates.

Gerade das enorme Bundeshaushaltsdefizit, das Anfang 2013 bei etwa 1,3 Billionen US-Dollar lag (der Gesamthaushalt liegt bei 3,8 Billionen), ist ein zunehmend lähmender Faktor, der auch erhebliche Auswirkungen auf die amerikanische Rolle in der Weltpolitik und damit auf die zukünftige Ausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik haben wird. Zur Disposition stehen dabei vor allem die Verteidigungsausgaben, die bislang 24 Prozent des Gesamthaushaltes ausmachen.

Die neue Ausrichtung der Vereinigten Staaten auf den pazifischen Raum resultiert aus einer realistischen Einschätzung des zukünftigen Gewichts Indiens und besonders Chinas. Gleichwohl deuten jüngste Bemühungen um eine Freihandelszone mit Europa an, dass die Phase der transatlantischen Einbindung der Vereinigten Staaten nicht vorüber ist, wenn gleich auch die NSA-Spionageaffäre zu erheblichen Irritationen zwischen der EU und den USA geführt hat.



picture-alliance / ZUMA Press / David von Blohn

Die Enthüllungen von Edward Snowden über das Ausmaß der Bespitzelungen durch die NSA führen weltweit zu Protesten. Am 27. Juli 2013 demonstrieren, wie hier in Frankfurt am Main, deutschlandweit Menschen gegen die Aktivitäten der NSA und fordern Schutz und Asyl für Snowden.

Stormy-Annika Mildner / Julia Howald

## Die US-amerikanische Wirtschaft

Die USA verkörpern das Modell der freien Marktwirtschaft wie kein anderes Land. Doch nicht erst die Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008/09 hat gezeigt, dass es ohne staatliche Eingriffe nicht geht. Trotz aufstrebender Konkurrenten wie China sind die USA immer noch die größte Wirtschaftsmacht.

„Liegen die besten Tage Amerikas hinter uns?“, fragte im Frühjahr 2011 das US-amerikanische *Time Magazine*. In der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise mehrten sich die Stimmen, die einen Niedergang der Vereinigten Staaten von Amerika vorhersagten. Der US-amerikanische Anteil an der Weltwirtschaft geht jedoch nicht erst seit der Krise zurück. Laut Zahlen des Internationalen Währungsfonds (IWF) nahm der Beitrag des Landes zum weltweiten Bruttoinlandsprodukt (BIP) bereits von 1980 bis 2012 von 26 auf 21,9 Prozent ab. Entfielen 1980 noch 16,4 Prozent der weltweiten Güterexporte auf die USA, lag diese Zahl 2012 nur noch bei 10,9 Prozent. Der Anteil an den weltweiten Beständen ausländischer Direktinvestitionen (ADI) betrug der *United Nations Conference on Trade and Development* (UNCTAD) zufolge im Jahr 1980 noch 39,2 Prozent, 2012 kamen die USA nur auf 22 Prozent. Diese Entwicklung ist nicht nur dem wirtschaftlichen Aufstieg der Schwellenländer, allen voran Chinas, geschuldet. Die USA haben mit großen Defiziten in der Infrastruktur des Landes und im Bildungswesen zu kämpfen. Und der Schuldenberg der Regierung ist mittlerweile auf über 100 Prozent des BIP angestiegen.

Die Herausforderungen sind gewaltig. Allen Kassandra-rufen zum Trotz ist der amerikanische Niedergang aber alles andere als ausgemacht. Nachdem die Wirtschaftsleistung aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise laut dem *U.S. Bureau of Economic Analysis* (BEA) 2008 und 2009 um 0,3 bzw. 2,8 Prozent geschrumpft war, wächst sie seit 2010 wieder – und zwar stärker als die der Europäischen Union. Im Jahr 2012 betrug das BIP 16,24 Billionen US-Dollar. Damit sind die USA nach wie vor die größte Volkswirtschaft der Welt.

Im nach Russland und Kanada flächenmäßig drittgrößten Land der Erde (9 826 675 Quadratkilometer) lebten im Jahr 2012 rund 314 Millionen Einwohner. Damit verfügen die USA nicht nur über einen riesigen Binnenmarkt, sondern auch über ein gewaltiges Arbeitskräftepotenzial. Sie sind das Land mit dem größten Zufluss von Einwanderern: 2012 betrug die Nettomi-



Wenn auch angeschlagen, sind die USA die führende Wirtschaftsnation. Am Puls der US-Wirtschaft: die New Yorker Börse in der Wallstreet

Stan Honda / AFP / Getty Images

### Anteile am weltweiten BIP, am Welthandel und an ausländischen Direktinvestitionen (ADI)

in Prozent

	Anteile am weltweiten BIP		Anteile an den weltweiten Güterexporten <sup>a</sup>		Anteile an den weltweiten Güterimporten <sup>a</sup>		Anteile an den weltweiten ADI, Geberland <sup>**b</sup>		Anteile an den weltweiten ADI, Empfängerland <sup>**b</sup>	
	1980	2012	1980	2012	1980	2012	1980	2012	1980	2012
USA	26,0	21,9	16,4	10,9	17,9	15,6	39,2	22,0	11,9	17,2
EU	34,1	23,1	22,7	13,7	28,4	14,6	38,8	41,7	32,1	34,2
Deutschland	7,7	4,7	14,3	9,3	13,1	7,7	7,9	6,6	5,2	3,1
Japan	10,2	8,3	9,7	5,6	9,8	5,9	3,6	4,5	0,5	0,9
Brasilien	1,4	3,3	1,5	1,7	1,9	1,6	7,0	1,0	2,5	3,1
Indien	1,7	2,5	0,6	2,1	1,0	3,3	0,0	0,5	0,1	1,0
China	1,9	11,5	1,3	14,4	1,4	12,1	0,0	2,2	0,2	3,7

<sup>a</sup> Ohne Handel innerhalb der EU; <sup>\*\*</sup> Mit ausländischen Direktinvestitionen innerhalb der EU.

Quellen:

a IWF, *Direction of Trade Statistics*, via [elibrary-data.imf.org](http://elibrary-data.imf.org) (eingesehen am 5.8.2013)  
b UNCTAD, *UNCTADstat*, via [unctadstat.unctad.org](http://unctadstat.unctad.org) (eingesehen am 5.8.2013)

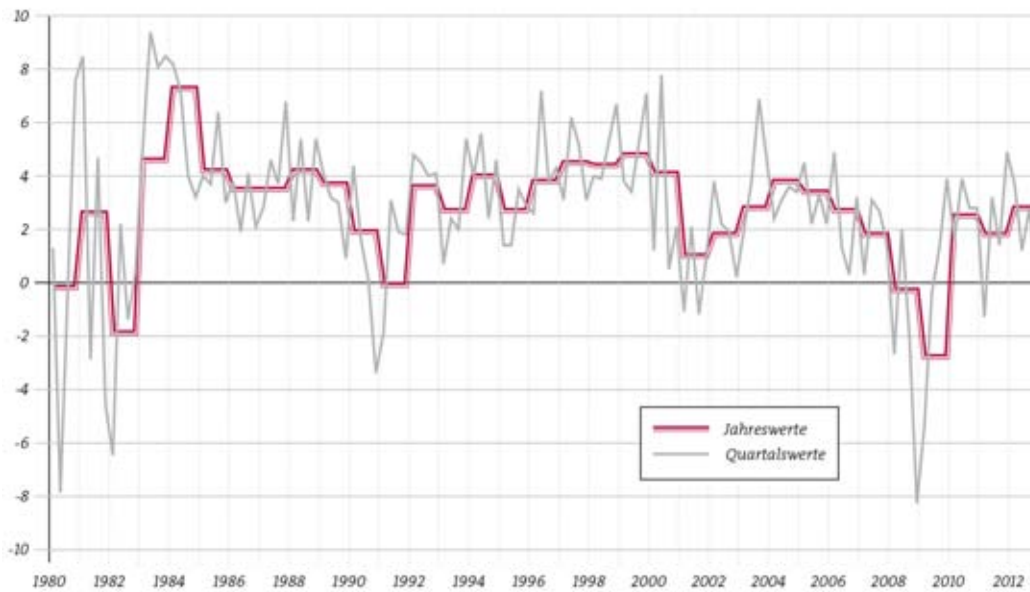
gration laut der Weltbank fünf Millionen Menschen. Die Fertilitätsrate liegt seit Jahren bei rund zwei Kindern pro Frau (2009: 2,0; 2010: 1,9; 2011: 1,9), was bedeutet, dass das Bevölkerungsniveau in den Vereinigten Staaten auch ohne Einwanderung stabil bleibt. Für die nächsten Jahre wird somit ein kräftiges Wachstum bei der Zahl der Arbeitskräfte prognostiziert: Im Jahr 2010 betrug die Erwerbsbevölkerung laut dem *U.S. Bureau of Labor Statistics* (BLS) rund 154 Millionen Personen; bis 2020 wird ein Anstieg auf 164 Millionen Personen erwartet.

Das Territorium der USA ist gut erschlossen und reich an Ressourcen. Viele der weltweit innovativsten Unternehmen



## Reales Wachstum des BIP

in Prozent in Preisen von 2009, 1980 bis 2012



U.S. Bureau of Economic Analysis (BEA), National Income and Product Accounts Tables, Table 1.1.1. Percent Change From Preceding Period in Real Gross Domestic Product, via [www.bea.gov/iTable/index\\_nipa.cfm](http://www.bea.gov/iTable/index_nipa.cfm) (eingesehen am 20.8.2013)

haben hier ihren Ursprung. Überhaupt sind die Vereinigten Staaten laut den „Schlüsselindikatoren des Arbeitsmarkts“ der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) das produktivste Land der Welt: Im Jahr 2010 kamen sie auf eine Wertschöpfung pro Beschäftigtem von 68126 US-Dollar (ausgedrückt in Prei-

sen von 1990; mit einigem Abstand gefolgt von Hongkong mit 61382 US-Dollar, Irland mit 57473 und Frankreich mit 55033 US-Dollar). Deutschland kam im selben Jahr auf eine durchschnittliche Wertschöpfung pro Beschäftigtem von 43050 US-Dollar.

## Der Staat in der Wirtschaft

Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise hat die US-Regierung eine zentrale Rolle gespielt. Sie hat die Wirtschaft mit umfangreichen Hilfspaketen und Konjunkturmaßnahmen gestützt sowie umfassende Regulierungen für den Finanzsektor erlassen. Dennoch ist das Wirtschafts- und Finanzsystem in den USA – wie in kaum einem europäischen Land – grundsätzlich am Konzept der freien Marktwirtschaft ausgerichtet.

Ein Indikator für die Zurückhaltung des Staates ist die vergleichsweise niedrige Staatsquote: Der Anteil der Staatsausgaben am BIP der USA lag 2007 – kurz vor Beginn der Krise – laut Statista bei 36,7 Prozent. Auch die Abgabenquote war im internationalen Vergleich niedrig: Der Anteil von Steuern und Sozialabgaben an der US-Wirtschaftsleistung betrug 2007 der OECD zufolge 28,3 Prozent. Im Zuge der Krise stieg die Staatsquote zwar 2009 auf 44,2 Prozent, doch mittlerweile sinkt sie Statista zufolge wieder (2012: 40,7 Prozent).

Hinter diesem ausgeprägten Wirtschaftsliberalismus stehen zwei amerikanische Grundwerte: individuelle Freiheit und Gleichheit. Nicht der Staat ist verantwortlich für Erfolg oder Misserfolg der Bürger – die Verwirklichung des *American Dream* –, sondern deren eigenes Handeln. Die Wurzeln dieser Überzeugung liegen in der Kolonialzeit: Als Nordamerika im 17. und 18. Jahrhundert besiedelt wurde, begann

in Europa – insbesondere in England – der wirtschaftliche Liberalismus den Merkantilismus und Staatsdirigismus zu verdrängen. Den neuen Kolonien wurde dementsprechend mehr wirtschaftliche Freiheit eingeräumt. Die in den USA zu beobachtende Risikofreude, die Kreativität, aber auch der Pragmatismus der Gesellschaft können zudem auf die Pioniererfahrung während der Westwanderung und -besiedlung zurückgeführt werden: Sie war risikoreich und arbeitsintensiv, versprach jedoch auch die Chance auf Erfolg und Wohlstand, während im Falle eines Misserfolgs immer die Möglichkeit eines Neubeginns bestand. Die Amerikaner glauben zudem an die Funktionstüchtigkeit der Märkte, während sie staatlichen Interventionen misstrauisch gegenüberstehen.

Die wichtigste Aufgabe des Staates ist laut der US-Verfassung von 1787 nicht, die Wirtschaft zu lenken. Vielmehr soll er die Bürger in ihren Rechten und ihrer wirtschaftlichen Entfaltung schützen. Die Bundesregierung ist daher auch lediglich für Steuer- und Haushaltsangelegenheiten, das Geld- und Kreditwesen und den Handel zwischen den einzelnen Bundesstaaten sowie mit dem Ausland zuständig. Alle Rechte, welche die Verfassung nicht ausdrücklich an die Bundesregierung überträgt, verbleiben bei den Einzelstaaten, den Kommunen oder den Bürgerinnen und Bürgern selbst.



In der Wirtschaftspolitik sind die Vollmachten des US-Präsidenten eingeschränkt. Barack Obama im Gespräch mit seinen Wirtschaftsberatern

## Die Wirtschaft an der langen Leine der Regierung?

Gleichwohl ist die Annahme falsch, die Regierung würde die Wirtschaft in den USA nicht regulieren und steuern. Bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte sich gezeigt, dass ein gesetzlicher Rahmen wichtig ist, damit die Märkte effizient funktionieren können. Nach dem Ende des Bürgerkriegs (1861-1865) hatte die Industrialisierung an Fahrt aufgenommen. Der Übergang von einer agrarisch-kleinhandelerischen zu einer

städtisch-industriellen Gesellschaft wurde von vielen Missständen begleitet: Monopole und Kartelle nutzten ihre Preissetzungsmacht aus, in der Politik war Korruption weit verbreitet, und die Arbeitsbedingungen in den jungen Industrien waren menschenunwürdig. Als Reaktion formierte sich im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert die Reformbewegung des Progressivismus: Die Reformer kämpften gegen die Macht der Kartelle, für die strengere staatliche Regulierung von Konzernen sowie einen besseren Konsumentenschutz. Die prominentesten progressiven Präsidenten dieser Zeit waren Theodore Roosevelt (1901-1909) und Woodrow Wilson (1913-1921). Progressivismus war keine Abwendung vom Markt, richtete sich aber gegen die vorherrschende *Laissez-faire*-Politik und sprach dem Staat eine größere Rolle zu.

1887 erließ die Bundesregierung den *Interstate Commerce Act*, um die ruinöse und diskriminierende Preispolitik der Eisenbahngesellschaften einzudämmen. Die durch das Gesetz geschaffene *Interstate Commerce Commission* war die erste bundesweite Regulierungsbehörde der USA. Der Wunsch, die Wettbewerbsfreiheit zu sichern, aber auch dem politischen Einfluss der Großkonzerne Grenzen zu setzen, führte 1890 zum ersten Kartellgesetz auf Bundesebene, dem *Sherman Antitrust Act*. Auf ihm fußen alle weiteren Gesetze zur Wettbewerbspolitik, darunter insbesondere der *Clayton Antitrust Act* (1914) und der *Federal Trade Commission Act* (1914). Sie verbieten die Bildung von Monopolen, Kartellen sowie Beschränkungen des Wettbewerbs und sollen den Verbraucher vor preislichen Übervorteilungen schützen.

1913 und 1914 waren Jahre großer Reformen. Neben den Kartellgesetzen verabschiedete der Kongress als Reaktion auf die

## Wer entscheidet was?

*The President proposes, Congress disposes – der Präsident schlägt vor, der Kongress ordnet an. In fast allen wirtschaftspolitischen Fragen muss der Präsident zunächst entweder den Kongress – was Fiskalpolitik, Geld- und Kreditwesen sowie Handel betrifft – oder die Notenbank (Federal Reserve) – in Bezug auf die Geldpolitik – von seinen Zielen überzeugen. Damit ist der Präsident in der Wirtschaftspolitik mit weit geringeren Vollmachten ausgestattet als beispielsweise in der Außen- und Sicherheitspolitik.*

Die Hauptakteure der Wirtschaftspolitik auf Seiten der Exekutive sind die Präsidiälbürokratie (White House Office), die Ministerien (allen voran das Department of the Treasury, das Department of Commerce und das Department of Agriculture) und die unabhängigen Regierungsbehörden. Der Präsident ernannt sowohl die Führungsspitzen dieser Institutionen als auch die Verfassungs- und Bundesrichter (Supreme Court). Diese Ernennungen müssen allerdings durch den Senat bestätigt werden. Zum White House Office gehören das Haushaltsbüro (Office of Management and Budget,

OMB), das Büro des Handelsbeauftragten (United States Trade Representative, USTR) und der Wirtschaftsrat (Council of Economic Advisers, CEA). Das OMB ist zuständig für die Haushaltsplanung des Präsidenten. Der CEA berät den Präsidenten in wirtschaftlichen Fragen. Der Council veröffentlicht einmal jährlich den „Economic Report of the President“, welcher die wirtschaftliche Lage des Landes darstellt. Das Büro des Handelsbeauftragten berät den Präsidenten in Handelsfragen und fungiert als Verhandlungsführer beim Abschluss internationaler Handelsabkommen.

Repräsentantenhaus und Senat haben ihre wirtschaftspolitischen Kompetenzen auf zahlreiche ständige Ausschüsse (committees) aufgeteilt: die Agrarausschüsse (das Committee on Agriculture des Repräsentantenhauses und das Committee of Agriculture, Nutrition, and Forestry des Senats), die Bewilligungsausschüsse (Committees on Appropriations), die Haushaltsausschüsse (Committees on Budget), die Finanzausschüsse (das Committee of Ways and Means des Repräsentantenhauses und das Finance Committee des Senats), die Bankausschüsse (das Committee on Financial

Services des Repräsentantenhauses und das Committee on Banking, Housing, and Urban Affairs des Senats) sowie die Energieausschüsse (das Committee on Energy and Commerce des Repräsentantenhauses und das Committee on Energy and Natural Resources des Senats).

Daneben haben zahlreiche unabhängige Regierungsbehörden Einfluss auf die Wirtschaftspolitik. Die wohl mächtigste Behörde ist das Federal Reserve System, die Zentralbank der USA. Die Fed besteht aus einem Netz von zwölf formal selbstständigen, aber untereinander korrespondierenden Zentralbanken (Federal Reserve Banks, FRBs). Während es bei der Europäischen Zentralbank eine einseitige Prioritätensetzung zu Gunsten der Preisstabilität gibt, verfolgt die Fed eine „Mehrzielorientierung“: Sie ist gleichermaßen Preisstabilität und Beschäftigung verpflichtet. Sie formuliert und führt die Geldpolitik durch. Sie „hütet“ die Währung vor allem durch Zins- und Geldmengensteuerung, um Preisstabilität und nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu gewährleisten. Und sie trägt als „Bank der Banken“ Sorge für die Stabilität des nationalen Bankensystems.





Der Sitz der US-Notenbank Federal Reserve in Washington, D.C. ...



... und ihre neue Vorsitzende, die Wirtschaftswissenschaftlerin Janet Yellen



New Deal: Im Sommer 1933 besucht F.D. Roosevelt die Teilnehmer eines Arbeitsbeschaffungsprogramms in den Big Meadows, Virginia.



Präsident L. B. Johnson legt 1964 das Programm „War on Poverty“ auf, um die Armut zu bekämpfen, hier beim Besuch in den Appalachen.

Finanzkrisen und Bankzusammenbrüche des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts den *Federal Reserve Act* (1913) und schuf damit die US-Notenbank (*Federal Reserve*, kurz *Fed*). Zudem wurde die Bundeseinkommensteuer eingeführt (16. Verfassungszusatz von 1913) – eine Voraussetzung dafür, dass die Steuer- und die Haushaltspolitik zu bedeutsamen Steuerungsinstrumenten der Regierung werden konnten. 1921 wurde dann mit der Errichtung des *Bureau of the Budget* (heute *Office of Management and Budget*, OMB) die institutionelle Grundlage für die Haushaltsplanung gelegt.

Die Große Depression der 1930er-Jahre löste die zweite große Reformwelle in den USA aus: Um die Massenarbeitslosigkeit und -armut zu lindern – 1933 war fast ein Viertel der US-Bevölkerung arbeitslos –, führte Präsident Roosevelt mit dem *Social Security Act* (1935) erstmalig eine bundesweite Arbeitslosen- und Rentenversicherung ein. Weitere Elemente seines Wirtschafts- und Sozialprogramms *New Deal* waren Beschäftigungs-, Sozialhilfe- und Infrastrukturmaßnahmen sowie die staatliche Förderung der Landwirtschaft. Der *Glass-Steagall Act* von 1933 sollte durch eine Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken für mehr Stabilität im Bankensystem sorgen.

Eine wichtige Lehre aus der Weltwirtschaftskrise war, dass die restriktive Geld- und Fiskalpolitik der frühen 1930er-Jahre die falsche Antwort auf die Krise gewesen war und diese sogar noch verstärkt hatte. Viel zu spät war die Regierung zu wachstumsfördernden Investitionen übergegangen. In den 1960er-

Jahren versuchten dann die demokratischen Präsidenten John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson, privatwirtschaftliche Aktivität durch staatliche Nachfragepolitik zu beeinflussen. Zudem wurde im Rahmen von Präsident Johnsons *War on Poverty* eine Reihe neuer sozialpolitischer Programme eingeführt: Mit Zusätzen zum *Social Security Act* wurden 1965 Krankenversicherungen für Rentner („*Medicare*“) und sozial Schwache („*Medicaid*“) geschaffen.

Mit dem Amtsantritt Ronald Reagans erfolgte jedoch ein erneuter Paradigmenwechsel. Die Berater des Präsidenten kritisierten die nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik ihrer Vorgänger: Zu hohe Steuern und ein Korsett rigider Regulierungen hätten das Wirtschaftswachstum gehemmt, überzogene Lohnforderungen der Gewerkschaften zu Inflation und immer höheren Arbeitslosenzahlen geführt und die chronischen Budgetdefizite zusammen mit der Verschuldung des Staates zu steigenden Zinsen. Ihr Rezept gegen die Stagflation der 1970er-Jahre: Der Staat sollte sich aus dem Wirtschaftsgechehen zurückziehen, staatliche Auflagen für einzelne Branchen sollten abgebaut (Deregulierung) und Sozialleistungen drastisch gekürzt werden. Begleitet werden sollten diese Maßnahmen durch eine restriktive Geldpolitik, um die Inflation wieder auf ein vernünftiges Niveau zu senken, was der Reagan-Administration auch gelang. In der Folge verzeichneten die USA bereits wieder ein moderates Wirtschaftswachstum, als die westeuropäischen Länder noch tief in der Krise waren.

Hingegen schaffte es die Reagan-Administration nicht, den Schuldenberg abzubauen; er stieg im Gegenteil weiter an.

In der achtjährigen Amtszeit von Präsident Bill Clinton (1992-2000) wurden viele wirtschaftspolitische Weichenstellungen Reagans und seines Nachfolgers George Bush fortgeschrieben. Als Kandidat der Demokraten hatte Clinton seinen Wahlkampf mit dem Slogan „It’s the economy, stupid!“ bestritten. Er wollte allerdings nicht nur der Wirtschaft neuen Schwung verleihen, sondern auch die sozialen Härten der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik abfedern. Der Staat sollte wieder eine aktive Rolle spielen und verstärkt in wirtschaftsnahe Bereiche wie beispielsweise in Forschung und Entwicklung investieren; die Infrastruktur (Verkehr, Kommunikation) sowie das Bildungssystem sollten modernisiert und ausgebaut werden. Finanziert werden sollte dies durch Haushaltsumschichtungen, Einsparungen an anderer Stelle und Steuererhöhungen für Spitzenverdiener. Daneben hatte auch für die Clinton-Administration die Konsolidierung des Haushalts hohe Priorität – und ihr gelang es tatsächlich, das Haushaltsdefizit in einen Überschuss zu verwandeln. Gleichzeitig setzte Clinton im Finanzsektor die Deregulierungspolitik seiner Vorgänger fort, zum Beispiel durch die Aufhebung des Trennbankensystems (*Gramm-Leach-Bliley Act*, 1999). Die Deregulierung der Finanzmärkte wurde als Stärkung der US-Finanzindustrie im internationalen Wettbewerb bewertet; der Finanzsektor wurde als Wachstumsbranche gelobt – eine fatale Fehleinschätzung, wie sich Ende der 2000er-Jahre zeigen sollte.

Präsident George W. Bush und seine wirtschaftspolitischen Berater knüpften wiederum an die Tradition der Reagan-Jahre an. Der Staat sollte erneut auf seine ordnungspolitischen Kernaufgaben beschränkt werden: die Gewährleistung innerer und äußerer Sicherheit sowie die Schaffung eines günstigen Klimas für privatwirtschaftliche Initiativen. Doch die Finanz- und Wirtschaftskrise seit Ende 2007 erforderte umfassende Eingriffe des Staates. Um größere Unruhen auf den Finanzmärkten zu vermeiden, übernahm die Regierung Anfang September 2008 die vorläufige Kontrolle über die angeschlagenen Hypothekendarlehenbanken Fannie Mae und Freddie Mac. Zudem brachte der Kongress 2008 ein rund 700 Milliarden US-Dollar schweres Rettungspaket für angeschlagene Banken, das *Troubled Asset Relief Program* (TARP), auf den Weg.

Als Barack Obama im Januar 2009 als 44. Präsident der Vereinigten Staaten ins Weiße Haus einzog, hofften viele auf einen grundlegenden Wandel in der Wirtschaftspolitik und umfassende Reformen in der Tradition der Progressivisten. Er schlug ein Steuerprogramm vor, in dessen Zentrum Erleichterungen für die Mittelschicht und eine stärkere Belastung der hohen Einkommen standen. Obama glaubte genauso wenig an die „trickle-down“-Theorie, der zufolge eine Entlastung von Unternehmen und oberen Einkommensschichten letztlich auch den Armen zugutekommt, wie an die Selbstregulierung und die Selbstheilungskräfte der Märkte. Anders als seine Vorgänger zeigte er daher eine größere Bereitschaft zu staatlichen Eingriffen, um gesellschaftspolitische Ziele zu erreichen. Der Deregulierung der Finanzmärkte, welche eine erhebliche Mitschuld an der Krise trägt, wollte er ein Ende setzen und ein transparenteres, vor allem lückenloses Aufsichtssystem schaffen. Eine „grüne Wende“ (*Green New Deal*) sollte zudem den Klimawandel eindämmen, gleichzeitig Arbeitsplätze schaffen und die USA langfristig wettbewerbsfähiger machen.

Bei allem Reformeifer war es letztlich aber die Wirtschafts- und Finanzkrise, die die politische Agenda und Prioritätensetzung vorgab. Es galt, mit umfassenden wie ungewöhnlichen geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen die konjunkturelle

Talfahrt zu stoppen. 2009 verabschiedete der Kongress den 787 Milliarden US-Dollar umfassenden *American Recovery and Reinvestment Act* (ARRA) und brachte Ende 2010 ein zweites großes Konjunkturpaket auf den Weg. Ungleich bedeutsamer war jedoch der im Sommer 2010 beschlossene *Dodd Frank Act* – die wohl größte Reform der Finanzregulierung in den USA seit den 1930er-Jahren. Sie gab den Regulierern mehr Macht und ergänzte die Finanzaufsicht um die Überwachung systemischer Risiken und den Konsumentenschutz.

Die Obama-Administration konnte noch einen weiteren Erfolg für sich verbuchen: Ebenfalls 2010 stimmte das Repräsentantenhaus dem bereits vom Senat verabschiedeten *Patient Protection and Affordable Care Act* zu, der Gesundheitsreform des Präsidenten (auch „*Obamacare*“ genannt). Andere Reformvorhaben blieben dagegen auf der Strecke, darunter die energie- und klimapolitische Wende, die Steuer- oder auch die Bildungsreform.

### Krankenversicherte in den USA



Von der US-Bevölkerung bis 65 Jahre waren 2011\*



\* zum Zeitpunkt der Erhebung, Doppelversicherungen möglich  
 \*\* Medicaid, Medicare, Militär, Programme für Kinder etc.

### Keine Krankenversicherung hatten in den Bevölkerungsgruppen der



© picture-alliance / dpa-infografik 17 024; Quelle: National Center for Health Statistics



Harry Reid, Vorsitzender der demokratischen Senatsmehrheit, und Nancy Pelosi, Sprecherin der demokratischen Minderheit im Repräsentantenhaus, verkünden am 1. Oktober 2013 den Start der umstrittenen Gesundheitsreform.

picture-alliance / landov / Kevin Dietsch



## Die Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise

Die Finanz- und Wirtschaftskrise (offiziell wird sie von Dezember 2007 bis Juni 2009 datiert) war eine der schwersten seit der Großen Depression der 1930er-Jahre. In den letzten zwei Quartalen 2008 schrumpfte das US-BIP laut dem BEA um zwei und 8,3 Prozent – so stark wie seit 1982 nicht mehr. Im Jahr 2009 ging das BIP nochmals um 2,8 Prozent zurück. Die Arbeitslosigkeit schoss in die Höhe, 2009 lag sie den Zahlen des BLS zufolge bei 9,3 Prozent. Auch in den folgenden Jahren blieb sie auf einem für die USA ungewöhnlich hohem Niveau von 9,6 Prozent im Jahr 2010 und 8,9 Prozent 2011. Insgesamt gingen im privatwirtschaftlichen Bereich (die Landwirtschaft ausgenommen) zwischen Dezember 2007 und Juni 2009 rund 7,67 Millionen Arbeitsplätze verloren. Zwischen Juni 2009 und September 2012 wurden wieder ca. 3,57 Millionen Arbeitsplätze neu geschaffen. Somit haben sich die USA auch fünf Jahre später noch nicht ganz von der Krise erholt.

Was waren die Ursachen der Krise? Der damalige Notenbankchef Ben Bernanke bezeichnete sie als „perfekten Sturm“ – eine Verkettung unglücklicher Umstände, die keiner habe voraussehen können. Die vom Kongress ins Leben gerufene, zehnköpfige Untersuchungskommission kam 2011 zu einem anderen Urteil. Die Krise sei durchaus vermeidbar gewesen und Ausdruck eines „enormen Versagens“ von Regierung und Finanzaufsicht sowie eines „rücksichtslosen Risikomanagements“ der Geldindustrie. Die seit Jahren sichtbaren Risiken seien entweder ignoriert oder unterschätzt worden. Zu den Warnsignalen gehörten laut dem Bericht unethische Kreditvergabepraktiken, eine dramatisch steigende Verschuldung der privaten Haushalte und ein exponentielles Wachstum des Finanzsektors, insbesondere des Handels mit wenig regulierten Finanzderivaten. Die Frage nach den Ursachen wird sich wohl nie abschließend beantworten lassen. Klar ist jedoch: Die Krise war sowohl einem Markt- als auch einem Staatsversagen geschuldet.

### Liquiditätsschwemme und NINJA-Kredite

„Easy money“ – ein einfacher Zugang zu Krediten, um Investitionen zu ermöglichen – war sicherlich eine der Ursachen der Krise. Dafür waren zum einen die expansive Geldpolitik der US-Notenbank (*Fed*), zum anderen die hohen Kapitalzuflüsse in die USA verantwortlich. Nach dem Platzen der *New-Economy*-Blase 2000 und den Terroranschlägen vom 11. September 2001 hatte die *Fed* die Zinsen auch dann noch niedrig gehalten, als die US-Wirtschaft bereits wieder wuchs. Denn trotz der wirtschaftlichen Erholung war die Arbeitslosigkeit vergleichsweise hoch geblieben. Da die *Fed* ein doppeltes Mandat hat – Preisstabilität und Vollbeschäftigung – begann sie erst Mitte 2004 allmählich die Zinsen wieder anzuheben. Allerdings war die hohe Arbeitslosigkeit nicht der einzige Grund für die laxen Geldpolitik. Mit niedrigen Zinsen sollte auch der Erwerb von Wohneigentum gefördert werden, wobei die *Fed* – wie inzwischen belegt ist – lange Zeit die Preisblase am US-Immobilienmarkt unterschätzte.

Für viel Liquidität im US-Markt sorgten zudem die globalen makroökonomischen Ungleichgewichte. Die Wachstumsländer Asiens, allen voran China, aber auch die ölreichen Länder des Nahen und Mittleren Ostens exportierten über Jahre hinweg mehr als sie importierten, hatten auf diese Weise große Währungsreserven angehäuft und legten ihr Kapital bevorzugt in den USA an. China allein hielt im September 2008 laut dem US-Finanzministerium US-Staatsanleihen im Wert von 618,2 Milliarden US-Dollar (achtfache Steigerung gegenüber noch 71,4 Milliarden US-Dollar im März 2000).

Investiert wurde vor allem in den Immobiliensektor, wodurch die Immobilienpreise ebenso in die Höhe schossen wie die Zahl der aufgenommenen Hypotheken. Die Hypotheken wurden verbrieft und in Form von strukturierten Wertpapieren auf den Finanzmärkten gehandelt. Die niedrigen Zinsen zusammen mit der Möglichkeit, Hypothekenrisiken weiterzureichen, hatten die fatale Folge, dass die Standards bei der Kreditvergabe zunehmend gelockert wurden. So wurden Hypotheken verstärkt auch an Kreditnehmer mit geringer Bonität vergeben, weil man davon ausging, dass sie ihre Schulden mit dem Immobilienwert würden refinanzieren können; eine davon unabhängige Rückzahlungsfähigkeit wurde nicht geprüft. Später wurden diese Schuldner auch als „Ninjas“ – „*No Income, No Job, No Assets*“ (kein Einkommen, kein Job und kein Vermögen) – bezeichnet. Zudem konnten Finanzinstitute dank der niedrigen Zinsen immer größere Geschäfte mit immer geringerem Eigenkapitaleinsatz tätigen. Es kam zu einem *Leverage*-Effekt (Hebelwirkung) – mit hohen Risiken, wie sich später herausstellen sollte.

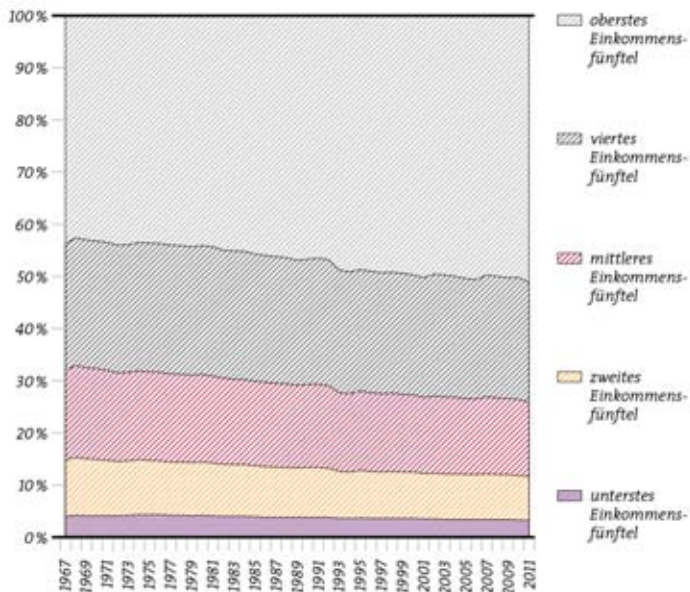
Gleichzeitig wurden für breite Schichten der Bevölkerung sowohl der kurzfristige Konsum „auf Pump“ als auch der Kauf bzw. die Beleihung von Eigenheimen attraktiv. Durch die steigenden Immobilienpreise fühlten sich die US-Amerikaner immer vermöglicher – was den privaten Konsum und damit auch das Wirtschaftswachstum förderte. Manche Ökonomen wie Raghuram G. Rajan sehen einen weiteren starken An-



Paris Match via Getty Images / Sebastien Micke

Infolge der Finanzkrise muss die US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 Insolvenz beantragen. Tausende Beschäftigte verlieren ihren Job: Ein Ex-Mitarbeiter verlässt den Hauptsitz in New York.

## Einkommensunterschiede in den USA



U.S. Census Bureau, Table H-2 Share of Aggregate Income Received by Each Fifth and Top 5 Percent of Households (All Races), via [www.census.gov/hhes/www/income/data/historical/inequality/](http://www.census.gov/hhes/www/income/data/historical/inequality/) (eingesehen am 15.8.2013)

137 Prozent. Dass dieses Modell nur so lange funktionieren konnte, wie die Immobilienpreise stiegen und Zinsen niedrig blieben, wurde von fast allen Marktteilnehmern ignoriert. Rückblickend überrascht es kaum, dass viele Haushalte in Zahlungsschwierigkeiten gerieten, als die Fed die Zinsschraube 2006 deutlich anzog – insbesondere da viele Kredite flexible Zinssätze hatten, die analog zum Leitzins stiegen. Hinzu kam, dass Kreditnehmer überwiegend mit sogenannten *teaser rates* in die Kreditverträge gelockt worden waren. Nach diesem Verfahren wurden in den ersten Jahren oftmals keine Tilgungen, manchmal sogar keine Zinsen verlangt. In der Erwartung, dass die Häuserpreise weiter steigen würden, wurde den Kreditnehmern für die Zeit nach der Niedrigzinsphase des Vertrags eine Umschuldung in Aussicht gestellt. Das heißt, dass ein neuer, billigerer Kredit aufgenommen werden könnte (mit ebenfalls niedriger monatlicher Belastung), um den alten, mittlerweile teuren Kredit zu tilgen. Die Rechnung ging jedoch für viele Hausbesitzer nicht auf. Nach dem Platzen der Immobilienblase und angesichts sinkender Häuserpreise waren die Hypotheken, die auf den Immobilien lasteten, häufig höher als der neue, angepasste Wert des Hauses. Viele konnten die mittlerweile teuren Kredite nicht mehr bedienen.

## Entfesselte Finanzmärkte

Die Verwerfungen auf dem US-Immobilienmarkt hätten sicherlich nicht diese Dimension erreicht, hätten Hypotheken nicht gebündelt auf den Finanzmärkten gehandelt werden können. Kreditausfallversicherungen, mit denen Kreditrisiken abgesichert werden können, waren eine weitere „Finanzmarktinnovation“, die sich als fatal herausstellen sollte – zum Beispiel für den Versicherungsgiganten AIG. Der Sekundärmarkt für Hypothekenkredite sorgte im Finanzsektor zeitweise für hohe Erträge, beförderte zugleich aber auch eine Entkopplung von Kreditgebern und Kreditnehmern. In der Konsequenz wurden Risiken entweder ignoriert oder verschleiert.

Indem sie ihre Risikogeschäfte in Zweckgesellschaften auslagerten, konnten die Banken internationale Eigenkapitalrichtlinien (Basel I und Basel II) umgehen: Diese schrieben vor, dass Banken ständig ein Minimum an Eigenkapital – acht Prozent ihrer risikogewichteten Vermögenswerte – halten müssen. Die Konsequenz dieser Risikoverschiebung waren sinkende Transparenz und deutlich erschwerte Bedingungen für die Aufsichtsbehörden. Die dem Geschäftsmodell der Zweckgesellschaften innewohnenden Risiken wurden dabei ebenfalls weitgehend vernachlässigt: Sie liehen sich kurzfristig Geld und gingen gleichzeitig langfristige Zahlungsverpflichtungen ein. Gerade die Notwendigkeit einer stetigen kurzfristigen Refinanzierung machte sie anfällig gegenüber plötzlichen finanziellen Verwerfungen.

Investmentbanker glaubten, mittels hochkomplizierter mathematischer Optimierungsverfahren das Risiko der neuen Anlageinstrumente und Zweckgesellschaften nahezu beseitigt zu haben – ein Trugschluss. Zwar berücksichtigten ihre Modelle durchaus die Möglichkeit eines Einbruchs der Immobilienpreise, doch basierten die Berechnungen auf historischen Erfahrungswerten. Mit einem Wertverlust auf den Immobilienmärkten, wie er letztendlich eintrat, hatte kaum jemand gerechnet. Unterschätzt wurde vor allem, wie stark die einzelnen Finanzmarktakteure untereinander verflochten sind und wie schnell der Bankrott eines einzelnen Instituts zum Problem für das ganze System werden kann.



Alexis C. Glenn / UPI/laif

Steigende Immobilienpreise und niedrige Zinsen begünstigen den Konsum „auf Pump“. Das Platzen der Immobilienblase führt dazu, dass viele Häuser wieder verkauft werden müssen, wie hier in Manassas, Virginia Juli 2008.

triebsfaktor für das Konsum- und Verschuldungsverhalten der US-Bürger in den steigenden Einkommensunterschieden. Vor der Krise profitierten vor allem die Vermögenden vom Wirtschaftswachstum: 2007 entfielen laut dem U.S. Census Bureau auf das oberste Fünftel der Einkommen 49,7 Prozent des gesamten Haushaltseinkommens, auf das unterste Fünftel 3,4 Prozent. 14,8 Prozent lagen im mittleren Fünftel. Zum Vergleich: 1980 lauteten die Prozentsätze 44,1 sowie 4,2 und 16,8 Prozent. Um ihren relativen Lebensstandard zu halten, nahmen immer mehr Verbraucher hohe Kredite auf.

Dies führte zu einer immensen privaten Verschuldung: Sie lag 2007 im Verhältnis zum verfügbaren Einkommen bei





picture-alliance / dpa / Justin Lane

Eine nicht unumstrittene Rolle in der Krise spielen die Ratingagenturen, wie Fitch Ratings in New York. Sie werden von den Banken bezahlt, die sie bei der Schaffung neuer Finanzprodukte beraten, um diese dann später zu bewerten.



picture-alliance / dpa / epa / Thew Cavanaugh

Die Hypothekenfinanzierer Fannie Mae in Washington, D.C. und Freddie Mac in McLean, Virginia ermöglichten durch lockere Kreditvergabestandards Vielen den Traum vom Eigenheim und mussten in der Krise vom Staat unterstützt werden.

Beflügelt wurde das risikofreudige Verhalten durch die Vergütungspolitik in den Banken. Motiviert durch die Aussicht auf hohe Bonuszahlungen im Erfolgsfall gingen Bankmanager im Vorfeld der Krise besonders hohe Risiken ein, ohne ausreichenden Eigenkapitaleinsatz bzw. Rücklagen für mögliche Kreditausfälle.

Schuld traf auch die Ratingagenturen: Nicht immer waren die Bestnoten, die sie vergaben, gerechtfertigt. Der Ratingmarkt wird von den drei großen Unternehmen Standard & Poor's, Moody's und Fitch dominiert. Die Agenturen wurden kaum reguliert und konnten für fehlerhafte Ratingurteile nicht haftbar gemacht werden. Das enge Verhältnis zwischen ihnen und ihren Kunden schuf schwerwiegende Interessenkonflikte: So wurden die Agenturen nicht nur von den Banken für ihre Ratingdienste bezahlt, sie berieten diese außerdem bei der Schaffung jener komplexen Finanzprodukte, die sie später bewerteten.

Schließlich trug auch bewusster Finanzbetrug zu den Verwerfungen auf den Finanzmärkten vor der Krise bei: Die Investmentbank Goldman Sachs musste 2010 beispielsweise eine Strafe in Höhe von rund 550 Millionen US-Dollar dafür zahlen, dass sie ihren Kunden wichtige Informationen verschwiegen hatte. Der Börsenaufsicht zufolge war dies nicht der einzige Betrugsfall.

### Der unerschütterliche Glaube an die Marktkräfte

Dass weder die Fed noch die US-Finanzaufsicht frühzeitig korrigierend in die Märkte eingriffen, lag unter anderem am unerschütterlichen Glauben an die Selbstregulierung und die Selbstheilungskräfte der Märkte. Die Auslagerung von Risiken in Zweckgesellschaften oder auch der Handel mit Ausfallrisiken galten als Ausdruck der Innovationskraft des Finanzsektors. Gleichzeitig wurden bestehende Regulierungsbestimmungen nicht an die neuen Finanzmarktinnovationen und -akteure angepasst.

Begünstigend wirkte auch die Struktur der US-Finanzaufsicht, die einem bunten Flickenteppich von Zuständigkeiten glich (was teilweise bis heute so ist). Eine Regulierungsinstanz mit überspannender Verantwortung gab es vor der Krise nicht, vielmehr wachte über den Bankensektor, den Wertpapiermarkt und das Versicherungswesen eine Vielzahl verschiedener Aufsichtsbehörden. Verschärft wurde dieses Problem durch Interessenkonflikte: Verantwortliche aus Politik und Behörden wechselten immer wieder in den Finanzsektor (und umgekehrt).

Die US-Regierung muss sich allerdings nicht nur dem Vorwurf unzureichender Regulierungen stellen. Da Wohneigentum zum *American Dream* gehört, hatten sich sowohl die Clinton- als auch die Bush-Regierung zum Ziel gesetzt, Eigenheime auch einkommensschwachen Bevölkerungsschichten zugänglich zu machen, und dazu Hypothekenzahlungen steuerlich begünstigt. Bereits unter Reagan waren die Kreditvergabestandards für die beiden US-Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddie Mac – beides private Unternehmen, die jedoch staatliche Deckung genossen – mehrmals gelockert worden. Sie kauften seither im großen Stil Hypotheken von regulären Banken und Kreditanbietern auf, bündelten diese und verkauften sie weltweit als Wertpapiere an Investoren. Die steigende Nachfrage nach solchen Hypotheken ermöglichte es wiederum Banken und Kreditanbietern, stärker im *Subprime*-Sektor aktiv zu werden, also „zweitklassige Kredite“ an Kreditnehmer geringer Bonität zu vergeben. Als Fannie Mae und Freddie Mac im Zuge der Krise in Schieflage gerieten, griff die Regierung rettend ein, womit sich ein weiteres Problem staatlicher Anreizstrukturen offenbarte: Große Finanzunternehmen gelten als systemrelevant und müssen vom Staat gerettet werden, soll nicht das gesamte Finanzsystem gefährdet werden – sie sind „*too big to fail*“ (zu groß, um zu scheitern). Doch damit wird auch der Bestrafungsmechanismus des Marktes ausgehebelt, was zu ähnlichem Fehlverhalten in der Zukunft einlädt.

## Die US-Wirtschaft nach der Krise

### Das amerikanische Wachstumsmodell

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass eine der großen Stärken der US-Wirtschaft gleichzeitig ihre größte Schwäche ist: der Binnenkonsum. 2012 betrug der Anteil der Ausgaben

für den privaten Konsum am BIP laut dem BEA 68 Prozent (zu konstanten Preisen von 2009, siehe nebenstehende Tab.). Auf den öffentlichen Verbrauch entfielen im selben Jahr 19,2 Prozent des BIP.

Eine weitere Besonderheit der US-Wirtschaft ist der seit Jahrzehnten negative Außenbeitrag, es wurde also mehr importiert als exportiert. 2012 ging der Außenbeitrag mit einem Minus von 2,8 Prozent in das BIP ein, 2008 betrug er sogar minus 3,7 Prozent (ebenfalls zu konstanten Preisen von 2009). Der Außenhandel ist somit kein Wachstumsfaktor in der US-Wirtschaft. Die Bedeutung des Konsums dagegen zeigt ein Blick auf die Komponenten des Wirtschaftswachstums: 2012 waren 1,52 Prozentpunkte des BIP-Wachstums (dieses lag bei 2,8%) dem Konsum zuzuschreiben.

### Amerikanische Leidenschaft: der Konsum

[...] Nirgendwo in den Vereinigten Staaten gibt es mehr Läden auf einem Fleck als hier [in der Mall of America – Anm. d. Red.], es sind mehr als 520. Kombiniert haben ihre Schaufenster eine Länge von fast sieben Kilometern. Kein Ort in Amerika zieht mehr Menschen an. Nicht der Grand Canyon oder der Yellowstone National Park, nicht die Golden Gate Bridge in San Francisco, ja nicht einmal New Yorks Time Square zählen mehr Besucher als die Mall of America. Mehr als 40 Millionen Menschen pilgern Jahr für Jahr in den Betonklotz im Süden der Millionenstadt Minneapolis im weiten Mittleren Westen der USA. Zusammengerechnet waren es seit Beginn des neuen Jahrhunderts fast eine halbe Milliarde Menschen.

60 Prozent kommen aus einem Umkreis von 200 Kilometern um Minneapolis. „Locals“ nennt Dan Jasper, der beflissene Sprecher der Mall, diese Besucher, Ortsansässige. Doch vier von zehn reisen von weiter her an, setzen sich oft Tage ins Auto oder fliegen extra ein, nur um zu shoppen. Das sind die „Touristen“ im Jargon der Mall. Der Flughafen liegt, kein Zufall, ganz in der Nähe. Ein Taxi braucht vom Flughafen von Minneapolis exakt acht Minuten zur Mall. Für die Besucher von weiter her bietet die Mall „Family Fun Getaway Packages“ an. 500 Dollar kostet das „Familien-Spaßwochenende“ mit Übernachtungen inklusive Einkaufsgutscheinen.

[...] Die Mall ist [...] eine Konsummaschine monströsen Ausmaßes. Fast 400 000 Quadratmeter misst sie. In der berühmten Maßeinheit der Fußballplätze wären das gut 50 Sportfelder. Dan Jasper, der Pressesprecher, tickert derlei



Ein Besuchermagnet: die „Mall of America“ in Bloomington, Minnesota, südlich von Minneapolis. Mehr als 40 Millionen Menschen kommen jährlich in den gigantischen Konsumtempel, der neben vielen Geschäften auch einen Vergnügungspark beherbergt.

Superlative wie am Schnürchen herunter: „32 Jumbojets würden in die Mall hineinpassen, 258 Freiheitsstatuen könnten flach in ihr liegen. Die Haifische im Aquarium bekommen fast einen Zentner Fleisch gefüttert, wir haben 11 000 Angestellte, in Spitzenzeiten 13 000, und die ganze Mall macht im Jahr fast zwei Milliarden Dollar Umsatz.“ Im Inneren der Kommerzbastion findet sich außer den Geschäften ein Vergnügungspark, komplett mit Achterbahn und Giga-Schiffschaukel. [...]

Malls, die Einkaufszentren in den weit ausladenden Vorstädten der Metropolen, haben eine lange Tradition in Amerika. Bereits in den boomenden zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts kamen die ersten sogenannten strip malls auf: Ansammlungen von Geschäften außerhalb der engen Stadtzentren, mit Parkplatz für die Autos, die gerade zum neuen Wohlstandssymbol Amerikas geworden waren. In den fünfziger Jahren wurden dann die ersten Malls im heutigen Stil gebaut: Dutzende Einzel-

handelsläden, alle unter einem Dach. Und sie wurden immer größer, bis die Mall of America vor exakt 20 Jahren eröffnet wurde, die gewaltigste der Konsummaschinen in den USA.

In vieler Hinsicht ist in der Mall of America wie im Brennglas gebündelt, was Amerikas Eigenarten – und Sonderbarkeiten – ausmacht: Es geht unglaublich bunt und vielfältig zu, manchmal ist es etwas schrill, und eigentlich zielt alles in fast jeder Lebenslage auf Konsum.

Was wiederum eine geradezu unabdingbare Voraussetzung dafür zu sein scheint, Fun zu haben, ein wenig Spaß. Vielleicht macht ja genau das die Anziehungskraft der Mall aus: Es gibt nichts, was es nicht gibt, vor allem nichts, was sich nicht zu Geld machen ließe. [...]

Reymer Klüver, „Erholung zu kaufen“, in: Süddeutsche Zeitung vom 11./12. August 2012



### Verwendung des BIP 2010-2012

Sektoren	2010	2011	2012	Anteil am BIP 2012
	in Mrd. US-Dollar, zu konstanten Preisen von 2009			
Bruttoinlandsprodukt	14779	15052	15471	100,0
Privater Verbrauch	10036	10291	10518	68,0
Langlebige Konsumgüter	1086	1157	1247	8,1
Nichtdauerhafte Güter	2224	2266	2297	14,8
Dienstleistungen	6727	6871	6983	45,1
Private Bruttoinvestitionen	2120	2225	2436	15,7
Anlageinvestitionen	2056	2185	2365	15,3
Gewerbeinvestitionen	1674	1801	1932	12,5
Ausrüstungsinvestitionen	747	842	906	5,9
Wohnungsbauinvestitionen	382	384	434	2,8
Lagerbestandsveränderungen	58	34	58	0,4
Außenbeitrag	-463	-446	-431	-2,8
Ausfuhr	1766	1891	1957	12,7
Waren	1217	1304	1353	8,7
Dienstleistungen	548	586	604	3,9
Einfuhr	2228	2336	2388	15,4
Waren	1828	1923	1964	12,7
Dienstleistungen	399	412	423	2,7
Öffentlicher Verbrauch und Investitionen	3091	2992	2963	19,2
Bundesregierung	1271	1238	1220	7,9
Verteidigungssektor	457	443	451	2,9
Ziviler Sektor	359	348	347	2,2

Aufgrund von Rundungen können sich bei der Addition Ungenauigkeiten ergeben.

BEA, National Income and Product Accounts Tables, Table 1.1.6. Real Gross Domestic Product, Chained Dollars, via [www.bea.gov/iTable/index\\_nipa.cfm](http://www.bea.gov/iTable/index_nipa.cfm) (eingesehen am 20.8.2013)

In der Krise rächte sich die hohe Konsumabhängigkeit: Während sich exportorientierte Länder wie Deutschland, gezogen von der Nachfrage vor allem in den Schwellenländern, vergleichsweise schnell von der Krise erholten, litt die US-Wirtschaft auch 2012 weiterhin, weil der Binnenkonsum durch die hohe Arbeitslosigkeit, den geringen Lohnzuwachs, den Wertverlust von Eigenheimen, einen deutlichen Rückgang des Vermögens der Verbraucher sowie pessimistische Erwartungen an die wirtschaftliche Entwicklung gelähmt wurde.

Die Kehrseite der amerikanischen Konsumfreudigkeit ist zudem eine niedrige Sparquote und hohe Verschuldung. Die Sparquote der privaten Haushalte, also der Anteil am verfügbaren Einkommen, der gespart wird, ist seit den 1980er-Jahren laut dem BEA insgesamt deutlich gesunken, während sie in den 1970er- und frühen 1980er-Jahren teilweise noch bei über zehn Prozent lag. Mitte der 1990er-Jahre rutschte sie dann erstmals unter fünf Prozent.

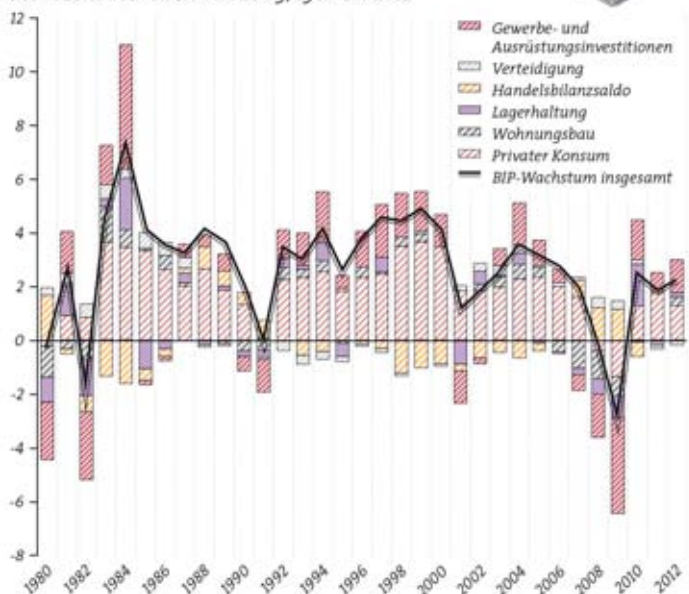
Für diese Entwicklung gibt es verschiedene Erklärungen: Eine erste bezieht sich auf den „Vermögenseffekt“, wonach mit steigendem Vermögen auch der Konsum wächst und weniger gespart wird. In den 1990er- und 2000er-Jahren wuchs das Vermögen der privaten Haushalte in den USA tatsächlich deutlich, und zwar unter anderem durch die steigenden Aktienkurse und Immobilienpreise. Ein zweiter Erklärungsansatz betrifft die Arbeitsproduktivität: Wenn die privaten Haushalte erwarten, dass sie in Zukunft weiter steigt, und damit einhergehend auch das Arbeitseinkommen, dann sparen sie in der Gegenwart weniger. Diese Theorie wird durch Produktivitätssteigerungen seit den 1980er-Jahren bekräftigt.

Eine dritte Erklärung für die niedrige Sparquote in den USA ist, dass es in den 1980er- und 1990er-Jahren leichter wurde, Kredite aufzunehmen. Im Jahr 2005 erreichte die Sparquote einen historischen Tiefstand von 2,6 Prozent. Während der Finanz- und Wirtschaftskrise sparten die Amerikaner wieder mehr (2009: 6,1%); mittlerweile scheint die Sparquote al-

### Komponenten des realen BIP-Wachstums

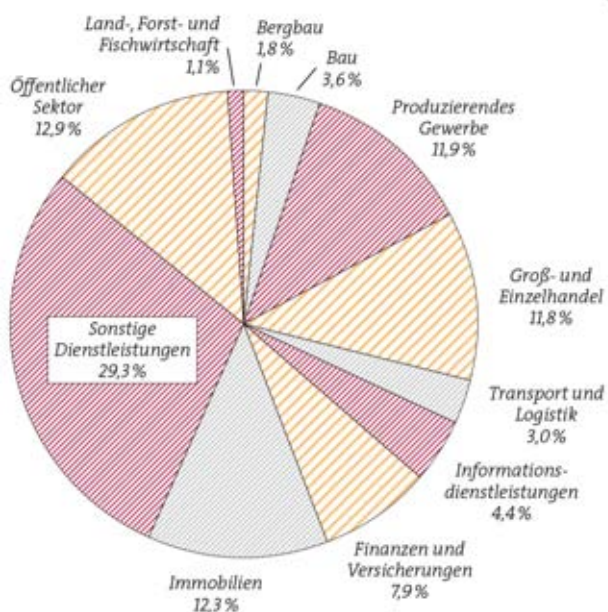


in Prozent in Preisen von 2009, 1980 bis 2012



BEA, National Income and Product Accounts Tables, Table 1.1.2. Contributions to Percent Change in Real Gross Domestic Product, via [www.bea.gov/iTable/index\\_nipa.cfm](http://www.bea.gov/iTable/index_nipa.cfm) (eingesehen am 20.8.2013)

### BIP-Entstehung nach Sektoren (2012)



BEA, Industry Data, Value Added by Industry as a Percentage of Gross Domestic Product, via [www.bea.gov/iTable/index\\_industry.cfm](http://www.bea.gov/iTable/index_industry.cfm) (eingesehen am 20.06.2013); GTAI, Wirtschaftsdaten kompakt: USA, Mai 2013, [ahk.de/fileadmin/ahk\\_ahk/GTAl/usa.pdf](http://ahk.de/fileadmin/ahk_ahk/GTAl/usa.pdf) (eingesehen am 20.6.2013)

lerdings wieder leicht zu sinken (2012: 5,6%). Problematisch bleibt auch die hohe Verschuldung der privaten Haushalte. Ende 2012 hatte sie ein Niveau von 109,7 Prozent der verfügbaren Einkommen erreicht und lag damit zwar unter den 135,6 Prozent des Jahres 2007, aber weit über der als tragbar geltenden Schwelle von 90 Prozent.

Die USA sind eine postindustrielle Dienstleistungsgesellschaft. Im Jahr 2012 trug der Dienstleistungssektor laut dem BEA mit rund 69 Prozent zum BIP bei. Neben den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen spielen hierbei auch die Immobiliendienstleistungen eine wichtige Rolle. Ein noch bis vor der Finanz- und Wirtschaftskrise als Stärke gewertetes Charakteristikum des US-Wachstumsmodells ist der hohe Anteil des Finanzsektors am BIP (2012: 7,9%, siehe Grafik S. 59). Der Anteil des Industriesektors (d.h. des produzierenden Gewerbes zusammen mit dem Baugewerbe und dem Bergbau) betrug 17 Prozent, und die Landwirtschaft trug mit lediglich einem Prozent zum BIP bei.

### Reindustrialisierung – Neuanlauf des produzierenden Gewerbes?

„USA gewinnen einstige industrielle Macht zurück“, konstatierte die Zeitung *Die Welt* im Februar 2013. Ist diese Beobachtung zutreffend? Es wäre nicht der erste Strukturwandel, den das Land durchlebt.

Noch bis weit in das 19. Jahrhundert hinein dominierte in den USA die Landwirtschaft. Im Süden wurden Tabak und Baumwolle angebaut, der Norden und Mittlere Westen waren geprägt von Getreideanbau und Viehzucht. Die Industrialisierung des Landes begann im frühen 19. Jahrhundert. In dieser Zeit spielte Baumwolle eine entscheidende Rolle: Sie wurde im Süden produziert und in Textilfabriken im Nordosten verarbeitet. Während viele Industriegüter zuvor noch aus England importiert worden waren, wuchs im Nordosten die Zahl der Fabriken insbesondere ab ca. 1840. Richtig setzte die Industrialisierung allerdings erst nach dem Ende des Bürgerkriegs (1865) ein. Befördert wurde sie durch den Ausbau des Eisenbahnnetzes: Durch die Erweiterung der Verkehrsinfrastruktur wuchsen die zahllosen lokalen und regionalen Märkte zu einem landesweit integrierten Markt zusammen. Während im Nordosten die Schwerindustrie (Eisen und Stahl) entstand, verlagerten sich die Textilfabriken gegen Ende des 19. Jahrhunderts immer mehr in den Süden und somit näher an den Baumwollanbau heran.

Zentrum der industriellen Produktion war der sogenannte *Manufacturing Belt* (Industriegürtel). Er reichte von den Metropolen an der atlantischen Ostküste (von Baltimore über New York bis Boston) bis in die großen Städte des Mittleren Westens wie Cleveland, Pittsburgh, Cincinnati, Detroit und Milwaukee. Mit der Gründung von Ford (1903) und General Motors (1908) wurde Detroit zu einer Hochburg der US-amerikanischen Automobilindustrie. Der Südwesten entwickelte sich dank seines Erdöl- und Erdgasreichtums zum Zentrum der Energieindustrie. Auch wenn die Förderung in absoluten Zahlen zurückgegangen ist, ist Texas noch heute der Bundesstaat mit der größten Produktion von Öl und Gas. Im Jahr 2011 fanden dort fast 53 Prozent der gesamten Öl- und Gasgewinnung des Landes (gemessen am Wert der Produktion) statt. An der verhältnismäßig spät besiedelten Westküste der USA entstand während und nach dem Zweiten Weltkrieg die Hochtechnologieindustrie. 1975 wurde Microsoft in einem Vorort von Seattle, Washington gegründet.



picture-alliance / akg-images

Der Manufacturing Belt von der Ostküste bis zum Mittleren Westen war das Zentrum der Industrieproduktion in den USA. Montage für das Ford Model T auf dem ersten Fließband weltweit 1911 im Werk Detroit



Polaris / laif / David Rochkind

Detroit, einst Hochburg der US-Automobilproduktion, leidet unter der Krise. Verfall und Niedergang im Motor City Industrial Park 2008



ullstein bild – Sven Simon

Zentrum der Hightech-Industrie ist die Westküste. Firmenschild und Logo des Apple-Konzerns am Hauptsitz in Cupertino, Kalifornien

Ein Jahr später erfolgte die Gründung von Apple in Kalifornien. Das *Silicon Valley* bei San Francisco ist bis heute einer der wichtigsten Standorte der Industrie für Hightech sowie für Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) weltweit. Das BIP von Kalifornien, dem Bundesstaat mit der größten Wirtschaftsleistung, betrug im Jahr 2012 allein zwei Billionen US-Dollar.



Im Laufe des 20. Jahrhunderts vollzog sich ein erneuter Strukturwandel in den USA. 1950 erwirtschaftete das produzierende Gewerbe dem BEA zufolge noch 27 Prozent des BIP, 1975 waren es nur noch rund 21 und im Jahr 2000 bereits nur noch 14 Prozent. Zwar müssen bei diesen Zahlen auch Preiseffekte beachtet werden: Die Preise für Güter des produzierenden Gewerbes stiegen über Jahrzehnte in geringerem Maße als die anderer Güter und Dienstleistungen, sodass real gesehen der Sektor etwas weniger stark schrumpfte, als es der Anteil am BIP wiedergibt. An der Dominanz des Dienstleistungssektors ändert dies jedoch nichts.

Besonders deutlich zeigt sich der Strukturwandel im *Manufacturing Belt*. Seit den 1960er-Jahren wurde zunächst die bis zu diesem Zeitpunkt dominante Schwerindustrie durch die verarbeitende Industrie und modernere Branchen wie die Softwareindustrie abgelöst. Der *Manufacturing Belt* wurde zum *Rust Belt* (Rostgürtel), mit sinkenden Einwohnerzahlen in vielen Städten. Nichtsdestotrotz findet hier immer noch ein großer Teil der industriellen Produktion des Landes statt, auch dank der großen Automobilhersteller.

Bedingt wurde der Strukturwandel zum einen dadurch, dass neue Informations- und Kommunikationstechnologien den

## Weltweit führend: die US-Computerindustrie und IKT-Branche

IBM, Apple und Microsoft – ohne diese US-amerikanischen Pionier-Unternehmen wäre die weltweite Computerbranche heutzutage nur schwer vorstellbar. Die Geschichte des Personal Computers (PC) ist untrennbar mit der Geschichte der USA nach dem Zweiten Weltkrieg verknüpft. Und noch heute stellt die Computerindustrie einen wichtigen Wirtschaftszweig der USA dar: Ende 2012 waren 1,1 Mio. Amerikaner in der Computer- und Elektroindustrie beschäftigt. Auch wenn die PC-Produktion mittlerweile größtenteils in andere Länder verlagert wurde, haben US-amerikanische PC-Hersteller zusammengekommen immer noch den mit Abstand größten Weltmarktanteil. Und auch in der Informations- und Kommunikations technikbranche (IKT-Branche) sind die USA dank nicht abbrechender Innovationen und Unternehmensgründungen, die insbesondere aus der San Francisco Bay Area bzw. dem Silicon Valley stammen, weltweit führend.

Von den 1970er- bis in die 1990er-Jahre wuchsen die Verkaufszahlen von PCs jährlich mit zweistelligen Raten. Die USA waren dabei der erste große Wachstumsmarkt für PCs. Im Jahr 2000 besaß bereits mehr als die Hälfte aller US-amerikanischen Haushalte einen PC. Die neue PC-Kategorie der Tablet-Computer sorgt dafür, dass sowohl für den US-Markt als auch weltweit für die nächsten Jahre wieder ein kräftiger Zuwachs der Verkaufszahlen erwartet wird.

Die Verbreitung des Internet in den 1990er-Jahren sorgte für die Entstehung der sogenannten New Economy, der Firmen angehören, welche internetbasierte und andere auf Informations- und Kommunikationstechniken basierende Dienstleistungen anbieten. Viele dieser Firmen gründeten sich in den 1990er- und 2000er-Jahren im Silicon Valley. Nach

Jahren des explosiven Wachstums in den 1990er-Jahren platzte im Sommer 2000 die Internetblase, die auch als „Dotcomblase“ bezeichnet wird. Viele Firmen und insbesondere kleinere Start-ups gingen bankrott, nachdem übersteigerte Gewinnerwartungen in den Jahren zuvor zu dramatischen Kurssprüngen geführt hatten.

Trotz dieses massiven Schocks in den frühen 2000er-Jahren wird die IKT-Branche bis heute von US-amerikanischen Unternehmen dominiert. So war Apple Ende 2012 das weltweit größte IKT-Unternehmen mit einem Börsenwert von 370 Mrd. Euro, gefolgt von Google (180 Mrd. Euro) und Microsoft (173 Mrd. Euro). Und auch was PCs betrifft, waren zwei US-amerikanische Hersteller, Hewlett-Packard (HP) und Dell, seit 1994 und bis vor Kurzem gemessen am Marktanteil die führenden Unternehmen sowohl in den USA als auch weltweit. In der ersten Jahreshälfte 2013 überholte das chinesische Unternehmen Lenovo, das 2004 IBMs PC-Sparte übernommen hatte, HP als Weltmarktführer.

Das Silicon Valley beziehungsweise die etwas weiter gefasste San Francisco Bay Area ist aus der Geschichte der US-amerikanischen Elektronik- und Computerindustrie und aus der IKT-Branche nicht wegzudenken. Es entstand aus dem 1951 gegründeten Stanford Industrial Park (heute Stanford Research Park); dieses Gelände vermietete die Stanford University an Hightech-Firmen. Beide Seiten profitierten stark voneinander – die Universität von den Firmen, deren Mitarbeiter teilweise Kurse auf dem Campus unterrichteten, und die Firmen von der Nähe zur Wissenschaft. In den 1960er- und 1970er-Jahren dominierte hier die Halbleiterindustrie (das Silicon Valley hat seinem Namen vom Halbleiterelement Silicium). In den 1980er- und 1990er-Jahren verlagerte sich der Schwerpunkt dann zunächst auf die Herstellung von PCs (einer der ersten in großen Mengen produzierten war der Apple II 1977), später auf Computersoftware (1985

kam Microsoft Windows auf den Markt) und schließlich auf internetbasierte Unternehmen.

Die San Francisco Bay Area bietet weltweit einmalige Bedingungen für Start-ups in der Computer- und IKT-Branche:

- die Forschungs- und Entwicklungsinfrastruktur, die durch die dort ansässigen Universitäten und Forschungs- und Entwicklungs-Abteilungen diverser Unternehmen geprägt ist;
- ein großes Angebot an qualifizierten Arbeitskräften (2010 hatten 46 Prozent der Bevölkerung mindestens einen Bachelorabschluss);
- ein breites Angebot an Dienstleistungen, die auf Unternehmensgründungen ausgerichtet sind;
- die besondere Kultur des Silicon Valley, die sehr international, offen und risikofreudig ist; und
- eine extrem gut ausgebaute Risikokapitalbranche. 2012 wurden laut der National Venture Capital Association (NVCA) gut 70 Prozent der weltweiten Risikokapital-Investitionen in den USA getätigt, davon 40,9 Prozent speziell im Silicon Valley.

Auch wenn große PC-Hersteller wie Dell und HP mittlerweile in anderen Ländern produzieren, findet das Produktdesign, welches von neuen Ideen und Innovationen lebt, weiterhin in den USA und insbesondere im Silicon Valley statt.

Zwar brachen die US-amerikanischen Exporte von Computer- und Elektronikprodukten zwischen 2011 und 2012 leicht ein, auch lagen die Risikokapital-Investitionen 2012 mit 26,65 Mrd. Dollar noch weit unter ihrem historischen Höchststand von 105,2 Mrd. Dollar im Jahr 2000 (vor dem Platzen der Internetblase). Nichtsdestotrotz sorgen die einzigartigen Gegebenheiten des Silicon Valley dafür, dass die USA weiterhin das Zentrum für Innovationen und Start-ups in der Computerindustrie und der IKT-Branche sind.

Bloomberg via Getty Images / Davis Turner



Erste Anzeichen für eine Reindustrialisierung? Am 25. Januar 2012 besichtigt der damalige Finanzminister Timothy Geithner (re.) in Begleitung des Firmenchefs Mark Pringle (li.) das Siemens-Werk in Charlotte, North Carolina.

massiven Ausbau des Dienstleistungssektors, insbesondere der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, ermöglichten. Zudem geriet das produzierende Gewerbe ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts unter einen intensiven Wettbewerbsdruck, und viele arbeitsintensive Industrien wurden in Länder mit niedrigeren Lohnniveaus, beispielsweise in Asien, verlegt.

Findet nun also ein erneuter Strukturwandel statt – eine Reindustrialisierung der USA? In der Tat verlagern einige große US-amerikanische Unternehmen ihre Produktion inzwischen wieder ins eigene Land zurück; so errichtet General Electric zwischen 2012 und 2014 ein Werk für Haushaltselektrik in Louisville, Kentucky. Auch ausländische Unternehmen scheinen wieder verstärkt in den Produktionsstandort USA zu investieren: Der japanische Konzern Mitsubishi investierte 2011 in ein Gasturbinenwerk in Savannah, Georgia und Siemens 2011 in eine neue Fabrik für Gas- und Dampfturbinen sowie Generatoren in Charlotte, North Carolina.

Die Voraussetzungen für eine Reindustrialisierung haben in der vergangenen Dekade verschiedene Faktoren geschaffen wie:

- niedrige Lohnstückkosten, insbesondere im Süden der USA (zusammen mit gestiegenen Lohnkosten in Asien);
- niedrige Energiekosten aufgrund des Schiefergas-Booms;
- die unternehmensfreundliche Geldpolitik der Fed, die für günstige Kredite dank niedriger Zinsen sorgt;
- die Konjunkturpakete der Obama-Administration;
- ein schwacher Dollar, der US-amerikanische Produkte auf den internationalen Märkten konkurrenzfähiger macht;
- ein sich erholender Immobilienmarkt, der die Bauindustrie ankurbelt.

Seit 2010 hat vor allem die Herstellung von Computern und Elektroprodukten, Maschinen, Erdöl- und Kohleprodukten sowie Autos einen Aufschwung erfahren. Der Anteil des produzierenden Gewerbes am BIP, der jahrzehntelang fast durchgängig geschrumpft war, stieg laut dem BEA seit 2010 erstmals wieder mehrere Jahre in Folge auf 11,9 Prozent im Jahr 2012 an. Auch die reale (also inflationsbereinigte) Wertschöpfung des produzierenden Gewerbes nahm wieder deutlich zu. Sie lag im Vorkrisenjahr 2007 noch bei 1,69 Billionen US-Dollar, sank während der Krise auf 1,45 Billionen (2009) und erreichte im Jahr 2012 wiederum 1,68 Billionen US-Dollar.

Um aber umfassend beurteilen zu können, ob dieser Entwicklung wirklich eine Reindustrialisierung zugrunde liegt, müssen weitere Indikatoren betrachtet werden: die Beschäfti-

gungszahlen des produzierenden Gewerbes, die Produktionskapazitäten dieses Sektors und schließlich die Investitionen in den einzelnen Branchen.

Die Beschäftigungszahlen des produzierenden Gewerbes erreichten im Januar 2010 laut dem BLS mit 11,6 Millionen ihren Krisentiefststand und stiegen im Mai 2013 wieder auf knapp zwölf Millionen (also um 4,5%). Das Vorkrisenniveau von rund 13,7 Millionen Beschäftigten ist damit allerdings noch lange nicht wieder erreicht, und andere Sektoren haben sich im Vergleich bereits besser erholt: So stiegen die Beschäftigtenzahlen im Freizeit- und Gastgewerbe im selben Zeitraum (Januar 2010 bis Mai 2013) um neun und im Unternehmensdienstleistungssektor um 11,9 Prozent.

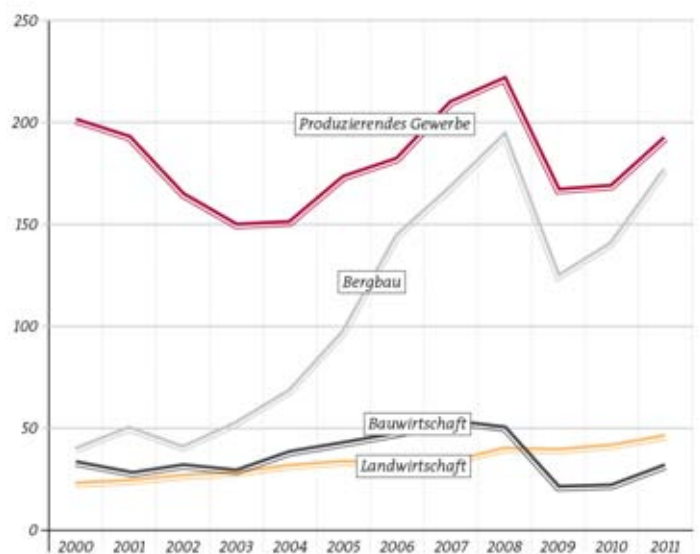
Auch müsste, um von einer Reindustrialisierung sprechen zu können, eine deutliche Ausweitung der Produktionskapazitäten des produzierenden Gewerbes zu beobachten sein. Diese wuchsen aber bereits seit der Jahrtausendwende nur noch in geringem Umfang. Im Zeitraum 1995 bis 2013 lag die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Fed zufolge bei 2,4 Prozent. Die Zahlen für die Jahre 2010 bis 2012 liegen unter diesem Durchschnitt: Im Jahr 2010 schrumpften die Produktionskapazitäten sogar noch um zwei Prozent, 2011 wuchsen sie um 0,6 Prozent und 2012 um 1,6 Prozent.

Auch die privaten Investitionen im produzierenden Gewerbe und im Bergbau sind nach der Krise laut Zahlen des BEA wieder angestiegen, konnten jedoch bis einschließlich 2011 das Vorkrisenniveau nicht wieder erreichen (siehe Grafik), wobei die Investitionen in Ausstattung und Software allerdings tendenziell seit etwa 2010 einen stärkeren Aufwärtstrend verzeichnen als die Investitionen in Strukturen.

Nur einige wenige Branchen konnten das Vorkrisenniveau in den letzten Jahren tatsächlich übertreffen. Dazu zählen die Automobilbranche, die Nahrungsmittel- und Tabakindustrie, Papierprodukte sowie Kunststoffe und Gummiprodukte. Investitionen in die Herstellung von Computer- und Elektropro-

### Private Investitionen nach Sektoren

in Milliarden Dollar



BEA, Fixed Assets Accounts Tables, Private Fixed Assets by Industry, Table 3.7ES: Investment in Private Fixed Assets by Industry, via [www.bea.gov/iTable/index\\_FA.cfm](http://www.bea.gov/iTable/index_FA.cfm) (eingesehen am 20.8.2013)



dukten stiegen 2010 und 2011 zwar an, jedoch lag das Vorkrisenniveau deutlich über den Investitionen für 2011.

Dieser Trend lässt sich auch bei den Ausländischen Direktinvestitionen (ADI) beobachten: Während die ADI in das produzierende Gewerbe der USA in den Jahren vor der Krise noch deutlich gestiegen waren, gingen sie in der Krise (2008 und 2009) zurück und haben sich seit 2010 – im Jahr 2011 jedoch nur leicht – wieder erholt. Getragen wird dieser erneute Anstieg vor allem durch Investitionen in die chemische Industrie. 2010 stiegen auch ADI in die Herstellung von Erdöl- und Kohleprodukten deutlich an, gingen 2011 aber wieder zurück. Auch der US-Automobilsektor konnte von ADI profitieren. In den letzten Jahren haben Automobilhersteller aus aller Welt (darunter VW, Toyota, Honda, Nissan und Hyundai) Werke in den Südstaaten eröffnet. Dort sind

die Lohnkosten vergleichsweise niedrig, auch weil die dort geltenden „*right to work*“-Gesetze die Macht der Gewerkschaften begrenzen.

Wenn also die Daten insgesamt eher noch nicht für eine deutliche „Reindustrialisierung“ des Landes sprechen, sollte eine solche aber auch nicht ausgeschlossen werden. Denn eine Reihe begünstigender Faktoren könnte der Wiederbelebung der US-Industrie weiteren Schwung verleihen. So mindert der im internationalen Vergleich niedrige Gaspreis in den USA die Herstellungskosten energieintensiver Produkte wie Aluminium und anderer Nichteisenmetalle, von Stahl, Baustoffen oder auch von Papier. Die immensen Schiefergasreserven können den Bau von Gaskraftwerken befördern und langfristig einen großen Markt für gasbetriebene Kraftfahrzeuge schaffen. Und auch die chemische Industrie profitiert

## Schlüsselsektor: die Automobilindustrie

*Die Automobilbau- und die zuliefernde Industrie gehören mit 773 000 Beschäftigten (2012) zu den Schlüsselbereichen der US-amerikanischen Wirtschaft. Im Jahr 2011 trug dieser Sektor etwa vier bis fünf Prozent zum BIP der USA bei. Die Automobilindustrie steht sinnbildlich für die Industrialisierung wie auch die Deindustrialisierung des Landes. Sie ist ein Musterbeispiel für Unternehmenserfolg im Weltmaßstab, aber auch für unternehmerische Fehlentscheidungen. Und sie spiegelt die strukturellen und geografischen Veränderungen im Land wider. Während die Automobilindustrie traditionell im Manufacturing Belt des Mittleren Westens, insbesondere dem Großraum Detroit, ansässig ist, haben sich vor allem ausländische Automobilkonzerne zunehmend im Süden (Alabama, Kentucky, Louisiana, South Carolina und Tennessee) sowie in Indiana und Ohio angesiedelt. Denkt man an den US-amerikanischen Automobilsektor, so denkt man vor allem an die Big Three, General Motors (GM), Chrysler und Ford. Dies war jedoch nicht immer so. In den frühen Jahren der Automobilindustrie dominierten viele kleine Hersteller im Nordosten des Landes den Markt. Die Produktion war zeit- und arbeitsintensiv. Dies änderte sich mit der Erfindung und technischen Verfeinerung der Massenproduktion, insbesondere dem Einsatz der Fließbandtechnik, und der Gründung von Ford (1903) und GM (1908). Wenig später eroberte Henry Fords legendäres Model T zuerst Amerika, dann weitere Kontinente. Kostengünstig und effizient hergestellt, wurde das Model T schnell zum „Auto für die Massen“. Innerhalb*

*von zwanzig Jahren wurden mehr als 15 Mio. Autos dieses Typs hergestellt. Im Jahr 1929 teilten sich GM, Ford und Chrysler bereits drei Viertel des Automobilmarkts der Vereinigten Staaten. Zu diesem Zeitpunkt liefen in den USA 4,5 Mio. Pkws pro Jahr vom Band. Rund 85 Prozent der weltweit jährlich hergestellten Automobile wurden in den USA erzeugt. Erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden europäische und japanische Hersteller zu ernsthaften Konkurrenten auch auf dem US-Markt.*

*Zwischen 1945 und 1980 ging der Anteil der US-Hersteller an der weltweiten Automobilproduktion von etwa 80 auf 20 Prozent zurück. Im Jahr 1980 überholte Japan die USA erstmals als führender Automobilhersteller.*

*In den 1990er- und frühen 2000er-Jahren erfuhr die US-Automobilindustrie eine neue Blütezeit. Grund hierfür waren die niedrigen Ölpreise und eine steigende Nachfrage auf dem US-Markt nach größeren Fahrzeugen wie Kleintransportern („pick-up trucks“), Minivans und Geländewagen („sports utility vehicles“, SUVs).*

*Doch die Automobilindustrie hatte verpasst, wichtige Strukturreformen vorzunehmen. Aufgrund der steigenden Spritpreise sahen sich US-amerikanische Autofahrer zunehmend nach kleineren, benzinsparenden Alternativen um, wovon insbesondere japanische und europäische Anbieter profitierten. In der Folge sank der Anteil der Big Three am Markt für leichte Nutzfahrzeuge zwischen 2001 und 2008 von 77 auf 62 Prozent. Zwischen Januar 2001 und Dezember 2007 sank die Zahl der Angestellten in der Automobilbranche um 293 000 (23,4 %) und lag damit insgesamt unter einer Million Beschäftigten. Im Jahr 2001 hatte sie noch bei rund 1,2 Millionen gelegen.*

*Ende 2008, als die Autobauer noch gehofft hatten, eine Insolvenz zu vermeiden, stellte die Regierung Chrysler und GM Notkredite in Höhe von 17,4 Mrd. US-Dollar zur Verfügung, welche an strenge Auflagen gebunden waren: Die Unternehmen mussten beispielsweise die Löhne senken und ihre Fahrzeuge umweltfreundlicher gestalten. Zudem bekam der Staat ein Vetorecht bei Transaktionen ab 100 Mio. US-Dollar. Dies reichte jedoch nicht aus, um die beiden Automobilhersteller vor der Insolvenz zu bewahren. Nachdem GM am 1. Juni 2009 Insolvenz angemeldet hatte, kaufte die US-Regierung den Großteil (60,8 %) der Stammaktien, und die General Motors Corporation wurde als General Motors Company neu gegründet. Sowohl GM als auch Chrysler mussten im Rahmen umfassender Strukturreformen Marken einstellen oder verkaufen sowie Verträge mit Hunderten von Händlern auflösen.*

*Heute wächst die US-Automobilbranche wieder. Durch die Rettungsaktion und verstärkte Investitionen in nachhaltige Technologien haben sich die Aussichten deutlich verbessert. Chrysler investierte laut eigenen Angaben seit Juni 2009 insgesamt 5,2 Mrd. US-Dollar in heimische Produktionsstätten. Im April 2013 kündigte GM an, 322 Mio. US-Dollar in die Entwicklung kraftstoffsparender Motoren zu investieren. Bereits seit 2010 schreiben die Big Three wieder schwarze Zahlen. Die Branche profitiert von der verbesserten Vermögenssituation vieler Bürger und günstigen Finanzierungskonditionen. Gleichwohl dürfte es noch einige Zeit dauern, bis die Produktionszahlen von Pkw, SUVs, Pick-ups und anderen Leichtfahrzeugen das Marktvolumen aus der Zeit vor der Finanzkrise erreicht haben.*



Die Gewinnung von Schiefergas mittels Fracking führt zu niedrigen Energiepreisen in den USA. Ein Arbeiter kontrolliert die Einschleusung des Druckwassers während eines Fracking-Prozesses bei Rifle, Colorado, März 2013.

von den niedrigen Gaspreisen, da Erdgas als Rohmaterial in der Herstellung vieler Chemikalien, Kunststoffe und Dünger verwendet wird.

### Das Ende des *American Dream*?

Die US-amerikanische Gesellschaft und Wirtschaft fußt auf dem *American Dream*, dem Glauben, dass es jeder vom Tellerwäscher zum Millionär schaffen und die soziale Leiter nach oben klettern kann. Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise ist dieser Traum jedoch ins Wanken geraten.

Noch Ende 2000 betrug der Anteil der Arbeitslosen an der zivilen Bevölkerung laut dem BLS weniger als vier Prozent, was nach heutigem Standard einer Vollbeschäftigung gleichkommt. Gerade im Dienstleistungssektor wurden viele neue Stellen geschaffen. Gründe für die positive Beschäfti-

### Nichtkonventionelles Erdgas und Erdöl in der US-Wirtschaft

Energiepreise sind ein wichtiger Standortfaktor, insbesondere für energieintensive Industrien. Die niedrigen Energiepreise machen die USA derzeit zu einer attraktiven Produktionsstätte. So sank der Erdgaspreis zwischen 2005 und 2012 von 13 auf rund zwei Dollar pro Million British Thermal Units (Mbtu). Verantwortlich dafür ist die „Schiefergaswende“ oder auch „Schiefergasrevolution“ in den USA. Innerhalb der letzten sechs Jahre wurde die Produktion von Schiefergas massiv ausgebaut, sodass die Nettoimporte von Erdgas trotz einer steigenden Nachfrage gesunken sind. Die USA könnten in den kommenden Jahren sogar zum Nettoexporteur von Erdgas und somit theoretisch unabhängig von Handelspartnern werden. Auch für nichtkonventionelles Erdöl erwartet die US-Energieinformationsbehörde (EIA) für die kommenden Jahrzehnte einen starken Anstieg der heimischen Produktion.

Schiefergas („shale gas“) sowie Schieferöl („shale oil“) und „tight oil“ sind Erdgas- bzw. Erdölvorkommen, die in dichten Gesteinsschichten mehrere hundert Meter tief im Boden eingeschlossen sind. Sie gehören zu den nichtkonventionellen Vorkommen. Gefördert werden sie durch „hydraulic fracturing“ (Fracking). Bei dieser Methode werden die unterirdischen Vorkommen freigesetzt, indem ein Gemisch aus Chemikalien und viel Wasser über horizontale Bohrungen mit Hochdruck in die Gesteinsschichten gepresst wird. Technologische Fortschritte beim horizontalen Bohren haben das Fracking

erst vor wenigen Jahren wirtschaftlich und somit den Schiefergasboom in den USA möglich gemacht.

Schiefergas ist auch in anderen Teilen der Welt zu finden, doch die USA sind bislang das einzige Land, das es im großen Stil fördert. Grund hierfür sind eine Reihe positiver Rahmenbedingungen. Erstens liegen die Förderrechte in den USA in der Regel beim Landbesitzer, sodass dieser selbst entscheiden kann, ob er die Vorkommen abbauen möchte, und selbst auch am Abbau verdient. Zweitens gibt es in den USA Steuererleichterungen für die Förderung von Schiefergas. Drittens werden die für die Produktion notwendige Ausrüstung und entsprechende Dienstleistungen in den USA angeboten, und die nötige Infrastruktur ist vorhanden. Viertens ist die Nähe zum Verbraucher gegeben, beispielsweise zur Industrie. Fünftens sind die Umweltregulierungen in den USA im Hinblick auf Fracking weniger streng als in anderen Ländern. So werden Schiefergasbohrungen von einigen Regulierungen der US-Umweltschutzbehörde (EPA) ausgenommen. Sechstens ist die Bevölkerungsdichte in vielen Regionen sehr niedrig, sodass dort Fracking betrieben werden kann, ohne dass Bewohner oder Gebäude umgesiedelt werden müssen. Schließlich wurde Anfang der 2000er-Jahre ein sehr hoher Importbedarf der USA an Erdgas prognostiziert, was Investitionen in die Exploration von heimischen Vorkommen einen Schub gab. Auch eine wichtige Rolle spielt, dass Erdgasmärkte in den USA deutlich schwächer reguliert sind als in vielen anderen Ländern.

Zwar werden auch in den USA die ökologischen Folgen und Risiken von

Schiefergas kritisch diskutiert – die Freisetzung des Treibhausgases Methan, die Verschmutzung von Boden und Grundwasser sowie die Gefahr von Erdbeben –, doch weit weniger als dies beispielsweise in Deutschland der Fall ist. Schließlich ist die Förderung von Schiefergas ein wichtiger Bestandteil von Präsident Obamas Climate Action Plan. Bis 2030 will die Obama-Administration den jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß um die Hälfte senken, unter anderem mit strengeren Grenzwerten für Kohlekraftwerke. Dies würde die Attraktivität von Schiefergas weiter erhöhen.

Das günstige wirtschaftliche und regulatorische Umfeld zusammen mit der Skepsis anderer Länder gegenüber dem Fracking verschaffen den USA derzeit einen Standortvorteil für einzelne Sektoren der heimischen Industrie, insbesondere für die energieintensiven Branchen und solche, die Gas als Input verwenden. So war beispielsweise der deutsche Industriestrompreis im Jahr 2011 mehr als doppelt so hoch wie der US-amerikanische. Aber die Schiefergaswende und die sich anbahnende „tight oil“-Revolution bringen auch noch andere Vorteile für die USA: Mit sinkenden Importen von Energierohstoffen schrumpft das Handelsbilanzdefizit und das Land wird weniger abhängig von teuren Importen aus teilweise politisch instabilen Ländern. Hinzu kommt noch ein weiterer Gesichtspunkt: Wenn die USA mehr Gas und weniger Kohle verstromen, was in den letzten Jahren bereits geschehen ist, verbessert sich ihre CO<sub>2</sub>-Emissionsbilanz.





Robyn Beck / AFP / Getty Images

Trotz leichter Konjunkturerholung in den USA bleibt die Arbeitslosenrate verhältnismäßig hoch. Arbeitssuchende in einem Jobcenter im kalifornischen Pasadena im Oktober 2009.

gungsentwicklung waren die anhaltend starke Konjunktur im Zeitraum 1993 bis 2000, die vergleichsweise flexible Arbeitsmarktverfassung und die Flexibilität und Mobilität der Beschäftigten.

Als die US-Wirtschaft 2000/01 nach dem Platzen der *New-Economy*-Blase und den Terroranschlägen vom 11. September in eine Rezession rutschte, stieg die Arbeitslosigkeit deutlich an. Im Juni 2003 erreichte sie einen Stand von 6,3 Prozent und sank auch dann kaum, als das Wirtschaftswachstum bereits wieder angezogen hatte – ein Phänomen, das als *Jobless Recovery* bezeichnet wurde.

Auch nach der jüngsten Krise gestaltet sich die Erholung am Arbeitsmarkt mühsam und langwierig. Im Juli 2013 lag die Arbeitslosigkeit bei 7,4 Prozent. In einigen Bundesstaaten ist sie noch deutlich höher (z. B. Illinois 9,2%, Michigan 8,8%). Damit verharrt die Arbeitslosigkeit seit Ende der Krise trotz wirtschaftlichen Wachstums auf einem für die USA untypisch hohen Niveau. Ungewöhnlich für das Land ist auch der hohe Anteil der Langzeitarbeitslosen. Im Juli 2013 waren 37 Prozent der Arbeitslosen bereits für mindestens 27 Wochen ohne Job. Nimmt man diejenigen hinzu, die bereits nicht mehr nach Arbeit suchen, sowie diejenigen, die unterbeschäftigt sind, aber eigentlich eine Vollzeitstelle wollen (Unterbeschäftigungsquote), lag die Arbeitslosigkeit im Juli 2013 bei 14 Prozent.

Analysten sind sich uneinig, ob die Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit konjunkturell (den Auf- und Abschwüngen der Wirtschaft folgend), friktionell (Sucharbeitslosigkeit) oder auch strukturell (Defizite in den Rahmenbedingungen) sind. Ein wichtiger Grund für die schlechte Arbeitsmarktsituation liegt dem Fed-Ökonomen Murat Tasci zufolge in der niedrigeren Jobumschlagsrate: Noch in den 1990er-Jahren wechselten die Amerikaner deutlich häufiger ihre Arbeitsstelle. Heute sind sie stärker lokal gebunden, unter anderem aufgrund der hohen Hypotheken, die auf vielen Häusern lasten, und der schwachen Nachfrage am Immobilienmarkt. Während im Jahr 1985 noch 20,2 Prozent der Amerikaner für eine neue Arbeitsstelle an einen anderen Wohnort zogen, lag dieser Anteil zwischen 2010 und 2011 nur noch bei 11,6 Prozent.

## US-Arbeitsmarkt

Jahresdurchschnittswerte

	Erwerbsbevölkerung in Mio.	Beschäftigungs- quote in %	Arbeitslosenquote in %
2003	146,5	62,3	6,2
2004	147,4	62,4	5,5
2005	149,3	62,7	5,1
2006	151,4	63,1	4,6
2007	153,1	63,0	4,6
2008	154,3	62,2	5,8
2009	154,2	59,3	9,3
2010	153,9	58,5	9,6
2011	153,6	58,4	8,9
2012	155,0	58,6	8,1

U.S. Bureau of Labor Statistics (BLS), Databases, Tables & Calculators by Subject, Labor Force Statistics from the Current Population Survey, via [www.bls.gov/data/](http://www.bls.gov/data/) (eingesehen am 15.8.2013)

## Wer gilt als arbeitslos in den USA?

Der Arbeitslosenquote in den USA liegt eine andere Erhebungsmethode zugrunde als in Deutschland. Denn sie basiert nicht, wie dies in der Bundesrepublik der Fall ist, auf einer flächendeckenden Erhebung, sondern auf einer monatlichen Befragung repräsentativer Haushalte („Current Population Survey“). Dabei werden nur diejenigen als arbeitslos erfasst, die in den vier Wochen vor der Umfrage aktiv nach Arbeit gesucht haben. Um dagegen als erwerbstätig aufgeführt zu werden, muss eine Person lediglich in der Woche der Befragung gegen Bezahlung in einem fremden Unternehmen oder im eigenen Unternehmen gearbeitet haben – die Wochenarbeitsstunden spielen dabei keine Rolle, es kann also sein, dass die Person nur für eine Stunde gearbeitet hat. Auch als erwerbstätig zählen Personen, die mindestens 15 Stunden in der Woche der Befragung unbezahlt in einem Familienunternehmen gearbeitet haben. Und diejenigen Personen, die in der Woche der Befragung nicht gearbeitet haben (beispielsweise wegen schlechten Wetters, Krankheit, Mutterschafts- oder Vaterschaftsurlaub), aber sonst einen Job haben, werden ebenfalls als erwerbstätig gezählt, egal ob sie während dieser Zeit bezahlt wurden und/oder auf der Suche nach einer anderen Arbeit waren oder nicht. Die US-amerikanische Arbeitslosenquote gibt somit kein sehr genaues Bild darüber ab, wie viele Menschen tatsächlich vollbeschäftigt sind, und die Dunkelziffer könnte deutlich höher sein als die offiziellen Raten vermitteln.

Neben der gesunkenen Mobilität liegt ein weiterer Grund in der hohen Produktivität – der Menge der Waren und Dienstleistungen, die eine Arbeitskraft in einer Arbeitsstunde herstellen kann. Sie ist eine Stärke der US-Wirtschaft, führt aber auch dazu, dass weniger Arbeitskräfte gerade auch im produzierenden Gewerbe gebraucht werden. Im Dienstleistungssektor sind darüber hinaus während der Wirtschafts- und Finanzkrise viele Jobs im Niedriglohnsegment wegrationalisiert worden.

Zwei weitere Trends sind besorgniserregend: die steigende Armut und die wachsende Einkommensungleichheit. Über die Entwicklung der Einkommen gibt das Medianeinkommen der Bevölkerung Auskunft, also der Wert, der die Menge aller Einkommen in zwei Hälften teilt. Nachdem das Medianeinkommen seit den 1960er-Jahren (mit wenigen Ausnahmen in Rezessionsjahren) kontinuierlich gestiegen war, ging es im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise zurück. 2011 sank es laut dem *U.S. Census Bureau* um 1,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und lag damit um 8,1 Prozent niedriger als 2007, im letzten Jahr vor der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Auch die Einkommensungleichheit ist weiter gestiegen (siehe Grafik S. 56). Der Gini-Koeffizient, welcher die Einkommensungleichheit in einem Land misst, lag in den USA im Jahr 2010 laut der OECD bei 0,38 (nach Steuern und Übertragungen). Ein Koeffizient von 0 bedeutet, dass die Einkommen absolut gleich verteilt sind. Bei einem Koeffizienten von 1 würde nur eine Person das komplette Einkommen im Land erhalten. Von den OECD-Ländern hatte nur Mexiko einen höheren Gini-Index (0,47). In Frankreich beispielsweise lag er im selben Jahr bei 0,30, in Deutschland bei 0,29 und in der Tschechischen Republik, dem Land mit der geringsten Einkommensungleichheit innerhalb der OECD, bei 0,26.

Hinzu kommt ein bereits seit den 1970er-Jahren wachsender Anteil armer Menschen. 46,2 Millionen US-Amerikaner (15% der Bevölkerung) lebten im Jahr 2011 laut dem *U.S. Census Bureau* unterhalb der Armutsgrenze, der höchste Stand seit 1993. Vor allem betroffen sind Kinder und Angehörige ethnischer Minderheiten: Im Jahr 2011 waren 21,9 Prozent aller Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren, 27,6 Prozent aller Afroamerikaner und 25,3 Prozent aller Latinos arm. Besonders gravierend ist die Armut im Süden der USA.

Erschreckend ist zudem, dass viele Amerikaner trotz Beschäftigung arm sind. Als *working poor* gelten laut Definition des BLS diejenigen, die für mindestens 27 Wochen innerhalb des Jahres Arbeit hatten oder als aktiv arbeitssuchend registriert waren und unterhalb der Armutsgrenze lebten. Laut dem BLS gab es im Jahr 2011 in den USA 10,4 Millionen Erwerbsarme. Davon hatten 4,4 Millionen in der Regel einen Vollzeitjob. Der Anteil der *working poor* an der Erwerbsbevölkerung lag 2011 bei sieben Prozent.

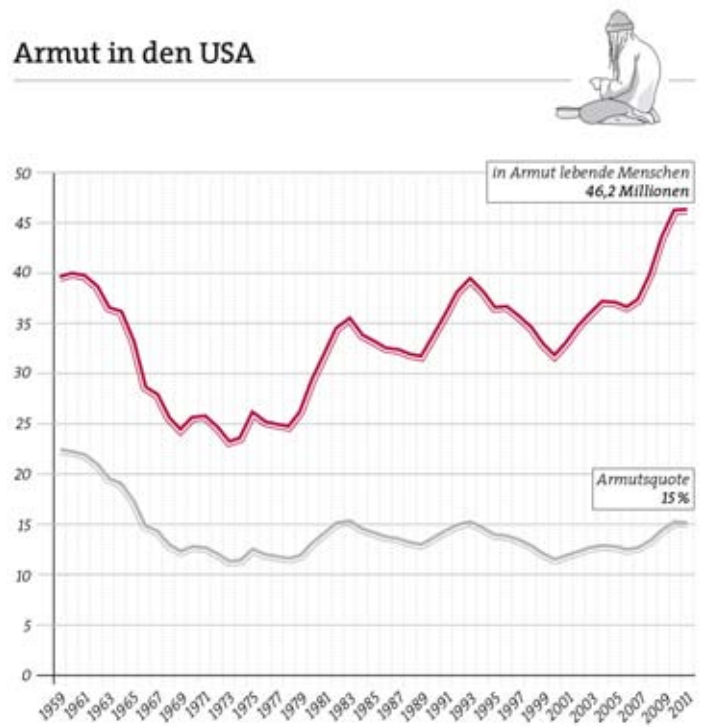
Am Problem der Arbeitsarmut ändert auch der gesetzlich festgeschriebene Mindestlohn (*federal minimum wage*) nichts, den es im Gegensatz zu Deutschland in den USA gibt. Er wurde 1938 durch den *Fair Labor Standards Act (FLSA)* eingeführt und lag damals bei 25 US-Cent pro Stunde; seitdem wurde er insgesamt 22-mal angehoben und beträgt seit Juli 2009 7,25 US-Dollar, was im internationalen Vergleich eher gering ist. Umgerechnet in Euro zum Jahresdurchschnittskurs 2012 liegt er laut einer Analyse des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung bei 5,64 Euro und somit deutlich unter dem weltweiten Spitzenreiter Australien (12,86 Euro). Im Vergleich zu den EU-Mitgliedstaaten liegen die USA zwischen Großbritannien (7,63 Euro) und Slowenien (4,53 Euro).

Etwa 130 Millionen Arbeitnehmer (84% der Erwerbsbevölkerung) fallen laut dem US-Arbeitsministerium unter den FLSA. Es gibt jedoch auch Ausnahmen für bestimmte Gruppen von Angestellten: Für Arbeitnehmer unter 20 Jahren, Studierende, Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen sowie Angestellte in Berufen, in denen Trinkgelder üblich sind, sind niedrigere Löhne (*subminimum wages*) möglich. Etwa 3,6 Millionen US-amerikanische Angestellte arbeiten zum nationalen Mindestlohn von 7,25 US-Dollar oder gegen weniger Bezahlung.

Die hohe Arbeitslosigkeit sowie die wachsende Einkommensungleichheit und Armut verunsichern zunehmend die Bevölkerung. Statt vom *American Dream* wird nun häufig vom *New Normal* gesprochen, einer neuen, ärmeren Wirklichkeit für einen Großteil der in den Vereinigten Staaten lebenden Menschen. Eine Studie der OECD zur sozialen Mobilität ergab, dass der gesellschaftliche bzw. berufliche Erfolg in den USA inzwischen stark von der sozialen Herkunft abhängt.

Zwar hat die Finanz- und Wirtschaftskrise den Trend zu steigenden Einkommensungleichheiten durchaus verstärkt, doch ist dieser kein neues Phänomen. Treibende Kräfte sind der technische Fortschritt und die Automatisierung von Routinetätigkei-

## Armut in den USA



U.S. Census Bureau, *Income, Poverty and Health Insurance in the United States: 2011*, via [www.census.gov/hhes/www/poverty/data/incpovhlth/2011/index.html](http://www.census.gov/hhes/www/poverty/data/incpovhlth/2011/index.html) (eingesehen am 16.8.2013)



2011 lebten rund 15 Prozent der US-Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Obdachloser in San Francisco



Seit 1938 gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn in den USA, dessen Niveau im internationalen Vergleich eher gering ist. Angestellte einer Brauerei in Washington, D.C. 2013 freuen sich, dass ihr Betrieb freiwillig mehr zahlt.

picture-alliance / Klaus Nowotnick

Jahi Chikwendu / The Washington Post / Getty Images



ten verbunden mit der Nachfrage nach hochqualifizierten Beschäftigten, der sich verschärfende globale Wettbewerb und die internationale Verflechtung der USA, der sinkende Einfluss der US-Gewerkschaften sowie die steuerliche Begünstigung der oberen Einkommensgruppen.

Zur Einkommensungleichheit in den USA haben auch Defizite im US-Bildungssystem beigetragen. 2005/06 schafften es laut dem Wirtschaftsverband *U.S. Chamber of Commerce* gut 30 Prozent aller amerikanischen Schülerinnen und Schüler nicht, in den vorgesehenen vier Jahren einen *Highschool*-Abschluss zu erwerben; unter den Afroamerikanern lag diese Quote sogar bei rund 50 Prozent. In der Länderliste der OECD über den Anteil von Personen mit Hochschulabschluss lagen die USA 2009 mit 37,8 Prozent auf Platz 15 und damit unter dem OECD-weiten Durchschnitt von 38,6 Prozent bei ersten Universitäts- und Fachhochschulabschlüssen. 80 bis 90 Millionen US-Amerikanern, etwa der Hälfte aller Arbeitskräfte, fehlen die notwendigen Qualifikationen für einen Arbeitsplatz, dessen Entgelt den Lebensunterhalt einer Familie ermöglicht.

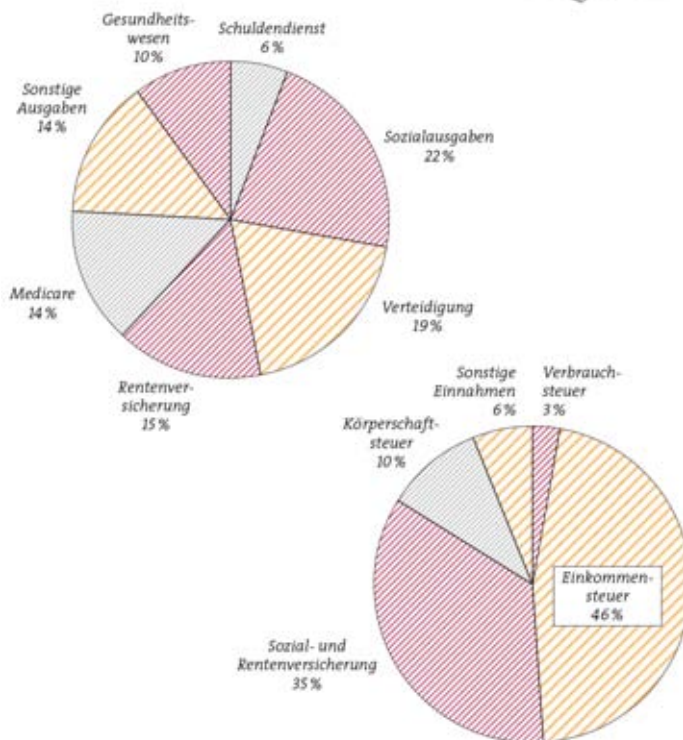
Wie gut sind Menschen in den USA abgesichert, die nur gering verdienen oder keine Arbeit haben? Arbeitslosenhilfe bekommen zunächst nur diejenigen, die unverschuldet arbeitslos sind – was dies genau bedeutet und wie lang der Anspruch gilt, definieren die Gesetze der Einzelstaaten. In den meisten Staaten haben Arbeitslose für maximal 26 Wochen Anspruch auf reguläre Arbeitslosenhilfe. Jene, die innerhalb dieser Zeit keinen Job fanden, bekamen bis vor Kurzem Geld über das bundesstaatliche Programm *Emergency Unemployment Compensation* (EUC). Es wurde 2008 – also während der Krise – eingeführt und mehrmals verlängert; im Zuge von Haushaltskürzungen lief es Ende 2013 aus. Ob das Programm nochmals verlängert wird, ist ungewiss. Die Demokraten im Kongress bemühen sich zwar um die Neuaufgabe des Programms, doch steht ihnen die starke Opposition der Republikaner gegenüber.

### Herausforderung Schuldenberg

Präsident Obama hat von seinem Vorgänger einen riesigen Schuldenberg geerbt. Seit der Jahrtausendwende ist die Verschuldung der USA massiv gewachsen. Allein in den letzten acht Jahren hat sie sich laut der für den Haushalt zuständigen Bundesbehörde OMB von 7,9 Billionen US-Dollar (2005) auf derzeit gut 16,7 Billionen US-Dollar (Stand August 2013) verdoppelt. Die staatliche Gesamtverschuldung erreichte im Haushaltsjahr 2012 ein Niveau von 103 Prozent des BIP.

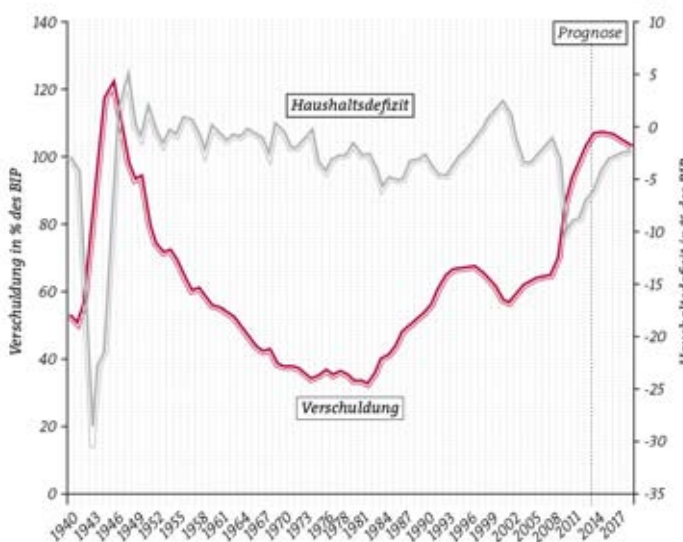
Verantwortlich für diesen Trend sind mehrere Faktoren, darunter die enormen Aufwendungen im US-Verteidigungsetat für die Kriege in Afghanistan und im Irak. Sie trugen zwischen 2001 und 2012 mit etwa 1,4 Billionen US-Dollar zur Staatsverschuldung bei, wie ein Bericht des *Congressional Research Service* (CRS) darlegt. Die unter der Bush-Regierung veranlassten Steuersenkungen für US-Amerikaner aller Einkommensklassen sorgten ebenfalls maßgeblich dafür, dass sich der in den Clinton-Jahren erwirtschaftete Haushaltsüberschuss wieder in ein Defizit verwandelte. Nach einer Hochrechnung des *Congressional Budget Office* (CBO) bewirkten die Steuersenkungen von 2002 bis 2011 einen Anstieg der Staatsschulden um 1,75 Billionen US-Dollar. Nicht zuletzt ist die hohe Verschuldung auch eine Konsequenz der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Stabilitäts- und Konjunkturpakete von 2008 und 2009 ergaben zusammen mit den staatlichen Rettungsmaßnahmen für Banken und die Automobilindustrie insgesamt weitere 1,7 Billionen US-Dollar an

### Ausgaben und Einnahmen des Staates 2012



Office of Management and Budget (OMB), Table 2.1 und 3.2, via [www.whitehouse.gov/omb/budget/historicals](http://www.whitehouse.gov/omb/budget/historicals) (eingesehen am 7.8.2013)

### Haushaltsdefizit und Verschuldung der USA in Prozent des BIP



OMB, Historical Tables: Table 1.2 und 7.1, via [www.whitehouse.gov/omb/budget/historicals](http://www.whitehouse.gov/omb/budget/historicals) (eingesehen am 7.8.2013)

Schulden. Obendrein ließen steigende Staatsausgaben für Sozialprogramme wie die Arbeitslosenhilfe – bei gleichzeitig sinkenden Steuereinnahmen – die Schuldenlast wachsen.

Die Verschuldung hat ein Niveau erreicht, das zu einer Belastungsprobe für den Staat geworden ist. In kaum einem anderen

Politikfeld zeigt sich jedoch die politische Handlungsunfähigkeit so sehr wie in der Haushaltspolitik. Seit Jahren ist es dem Kongress nicht mehr gelungen, einen Haushalt pünktlich zu verabschieden. Oftmals wird die Regierungstätigkeit nur mit Übergangshaushalten finanziert.

Dabei sind sich Demokraten und Republikaner durchaus einig, dass gespart werden muss, um nachkommende Generationen nicht übermäßig zu belasten. Der Staat greift automatisch via Kapitalmarkt auf die Reserven, also den Kapitalstock der USA zu. Damit verringert er jedoch den Betrag, der Unternehmen für Investitionen zur Verfügung steht, und schwächt so das potenzielle Wachstum der Volkswirtschaft.

Überdies ist nicht garantiert, dass Investitionen des Staates automatisch dem langfristigen Wachstum dienen: Betritt der Staat als Kreditnehmer die Kapitalmärkte, treibt er durch seine zusätzliche Nachfrage die Kreditzinsen nach oben und riskiert dabei, private Investitionstätigkeit zu verdrängen. Da staatliche Investitionen oft ineffizienter sind als private, kann langfristig niedrigeres Wachstum die Folge sein. Dies war in den 1980er-Jahren zu beobachten, als das Investitionsniveau aufgrund der steigenden Kreditzinsen deutlich zurückging.

Zudem stellen die stetig steigenden Zinszahlungen eine ausgesprochen unproduktive Verwendung von Kapital dar und erhöhen die Abhängigkeit vom Ausland. Im Dezember 2012 lag der im Ausland gehaltene Anteil an den gesamten US-Staatsanleihen (16,4 Billionen US-Dollar) laut dem US-Finanzministerium bei 33,9 Prozent (5574 Milliarden US-Dollar). Davon entfielen allein auf China knapp 22 Prozent (rund 1220 Milliarden US-Dollar).

Es muss also gespart werden. Höchst umstritten ist aber das Wie: Während die Demokraten das Defizit größtenteils durch Steuererhöhungen abbauen und Kürzungen im Sozialbereich begrenzen wollen, lehnen die Republikaner höhere Steuern kategorisch ab und setzen auf eine konsequente Verringerung der Ausgaben. Dabei geht es allerdings nicht allein um den Umfang des Haushalts, sondern auch um die Verteilung. So nutzen die Republikaner den Etat, um Präsident Obamas Reformagenda zu torpedieren. Besonders die Regulierungsbehörden, die in Zukunft stärker über die Finanzmärkte wachen sollen, sowie die Ministerien und die Umweltbehörde, die mit der Umsetzung von Obamas Klimaagenda betraut sind, sind ihnen ein Dorn im Auge. Zudem versuchten die Republikaner immer wieder, die Umsetzung der Gesundheitsreform zu verhindern, indem sie die dafür notwendigen Ausgaben blockierten.

2010 setzte Präsident Obama eine Kommission ein, die Kürzungsvorschläge erarbeiten sollte. Der von ihr vorgelegte Bericht scheiterte allerdings, da ihm nicht die notwendige Mehrheit der Kommission (14 der 18 Mitglieder) zustimmte. Der Budgetstreit spitzte sich zu, als sich Republikaner und Demokraten im Frühjahr 2011 nicht auf einen Haushalt für das laufende Fiskaljahr 2011 einigen konnten und damit Anfang April fast die Einstellung der Regierungstätigkeit riskierten. Schon im Sommer 2011 eskalierte die Haushaltskontroverse erneut. Erst in letzter Minute verabschiedete der Kongress Anfang August den *Budget Control Act*. Ohne diesen Kompromiss wären die USA zumindest teilweise zahlungsunfähig gewesen, denn die Regierung hatte bereits die rechtlich festgeschriebene Schuldengrenze überschritten.

Im *Budget Control Act* verständigten sich beide Parteien darauf, die Schuldenobergrenze von 14,29 Billionen auf 16,4 Billionen US-Dollar anzuheben. Im Gegenzug sollten zeitlich gestaffelte Ausgabenkürzungen in den nächsten zehn Jahren 917 Milliarden US-Dollar einsparen. Diese betreffen Ermessensausgaben, insbesondere Infrastrukturentwicklung, Energiepolitik, Bildung und Forschung sowie Gesundheit. Pflichtausgaben wie



Gespräch zwischen Demokraten und Republikanern vor dem Abgrund



„Government shutdown“: Im Herbst 2013 können sich Republikaner und Demokraten im Kongress nicht über die Verabschiedung des Haushalts einigen. Daraufhin werden etwa 800 000 Bundesangestellte in unbezahlten Urlaub geschickt. Schließung des Lincoln Memorials, Washington D.C.

die Gesundheitsprogramme „Medicare“ und „Medicaid“ wurden zunächst nicht angetastet.

Zudem wurde ein paritätisch besetzter Ausschuss beauftragt, bis Ende November 2011 Sparvorschläge in Höhe von weiteren 1,2 Billionen Dollar zu erarbeiten. Die Mitglieder zerstritten sich allerdings derart, dass sie noch vor Ablauf der Frist ihre Verhandlungen abbrachen. Und auch die im Falle eines Scheiterns drohenden automatischen Pauschalkürzungen bei allen Haushaltstiteln – inklusive der Sozialprogramme und des Verteidigungsetats – (der sogenannte Sequester) konnten die Kompromissbereitschaft nicht fördern.

Zum Jahreswechsel 2012/13 stand die US-Regierung dann vor einer dreifachen Herausforderung (die sogenannte fiskalpolitische Klippe „fiscal cliff“). Ende 2012 sollten zahlreiche Steuervergünstigungen auslaufen. Im Januar 2013 sollte zudem der Sequester in Kraft treten. Und schließlich wurde erwartet, dass die USA spätestens Anfang 2013 die gesetzlich festgeschriebene Schuldenobergrenze überschreiten würden. Erst in letzter Minute einigte sich der Kongress auf den *American Taxpayer Relief Act of 2012* (ATRA). Kernstück des Gesetzes sind Steuererhöhungen für Spitzenverdiener, während die unter der Bush-Administration eingeführten Steuererleichterungen für den Großteil der Bevölkerung beibehalten werden. Der Beginn des Sequesters wurde um zwei Monate nach hinten verschoben; er trat schließlich Anfang März 2013 in Kraft. Am 23. Januar einigte sich der Kongress darauf, die Schuldengrenze temporär auszusetzen.

Dass sich die USA überhaupt politische Eskapaden wie diese leisten können, liegt an ihrer besonderen Stellung in der Weltwirtschaft. Das Land wird nach wie vor als sicherer und attrak-



tiver Standort für Investitionen bewertet, sodass die Märkte weniger empfindlich reagieren als beispielsweise im Fall der EU. Zudem hat der US-Dollar eine Sonderstellung im internationalen System. Er ist die weltweite Leitwährung, die USA zahlen ihre Importe in Dollar und verschulden sich in ihrer eigenen Währung. Anders als Ländern wie Griechenland droht den USA daher so bald keine Zahlungsbilanzkrise – zumindest solange das Vertrauen in den Dollar nicht grundsätzlich erschüttert wird.

Anfang Oktober 2013 erreichte das Haushaltsdrama einen neuen Höhepunkt. Die Regierung hatte bis Ende des Haushaltsjahres – also bis zum 30. September – Zeit, einen Haushalt für 2014 zu verabschieden oder zumindest eine Übergangsfinanzierung zu sichern. Etwa 35 Prozent des gesamten US-Staatshaushalts müssen jährlich neu genehmigt werden. In den Wochen zuvor hatte es heftige Auseinandersetzungen im Kongress gegeben, da die Republikaner das Haushaltsgesetz nutzen wollten, um das Inkrafttreten der Gesundheitsreform („Obamacare“) zum 1. Oktober in letzter Minute zu verhindern. Sie wollten den Haushalt nur verabschieden, wenn gleichzeitig beschlossen würde, die Reform ein Jahr lang auszusetzen. Der von den Demokraten dominierte Senat wie auch Präsident Obama lehnten dies ab. So kam es am 1. Oktober tatsächlich zum *government shutdown*: Gut 800 000 von insgesamt rund zwei Millionen Staatsbediensteten wurden in den Zwangsururlaub geschickt, Nationalparks, staatliche Zoos und Museen blieben geschlossen. Das letzte Mal hatte es dies unter Präsident Clinton gegeben, als es drei Wochen – vom 16. Dezember 1995 bis zum 6. Januar 1996 – dauerte, bis eine Einigung erzielt wurde und die Verwaltung ihre Arbeit wieder aufnehmen konnte. Die Situation 2013 war besonders brenzlig, da den USA erneut die Zahlungsunfähigkeit drohte. Am 17. Oktober, wenige Stunden bevor das Land bankrott gewesen wäre, einigte sich der Kongress auf eine Aussetzung der Schuldenobergrenze bis Februar 2014. Zudem wurde ein Übergangshaushalt bis Mitte Januar 2014 verabschiedet. Und ein überparteilicher Sonderausschuss (*Budget Conference Committee*) wurde eingerichtet, der bis zum 13. Dezember eine langfristige Haushaltslösung im Kongress vorlegen sollte.

Mitte Dezember 2013 konnten sich Demokraten und Republikaner im Kongress auf einen Haushalt für die folgenden zwei Jahre einigen. Der erzielte Minimalkompromiss enthält eine Deckelung der Ausgaben für 2014 und 2015 auf jeweils gut eine Billion US-Dollar. Beide Seiten mussten dafür zurückstecken: Während die Demokraten beispielsweise auf die Erhöhung der Steuern für Wohlhabende verzichten mussten, gaben die Republikaner ihre Kürzungspläne in der Sozialversicherung auf. Zusätzliche Einnahmen sollen vor allem durch höhere Gebühren auf Flugtickets und durch Einsparungen bei Pensionen für Beamte und Soldaten generiert werden.

## Die USA in der Weltwirtschaft

### Der Handel von Waren und Dienstleistungen

Im Jahr 2012 waren die USA noch die weltweit größte Handelsnation – 2013 wurden sie von China überholt. Laut Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) aus dem Jahr 2013 lagen sie 2012 bei den Güterexporten mit einem Anteil von 10,9 Prozent hinter China und vor Deutschland auf Rang zwei, bei den Güterimporten mit einem Anteil von 15,6 Prozent auf Platz eins. Im



picture-alliance / landov / Daniel Acker

Die USA sind mit Brasilien führend im Anbau von Sojabohnen und der weltgrößte Exporteur der Pflanze. Sojaernte in Princeton, Illinois im Oktober 2011

### Haupthandelspartner der USA 2012

Hauptexportpartner (Anteil an den Gesamtexporten der USA in %)		Hauptimportpartner (Anteil an den Gesamtimporten der USA in %)		Haupthandelspartner (Anteil am Gesamthandel der USA in %)	
Kanada	18,9	China	19,0	EU	16,9
EU	17,2	EU	16,7	Kanada	16,0
Mexiko	14,0	Kanada	14,0	China	14,3
China	7,2	Mexiko	12,0	Mexiko	12,8
Japan	4,5	Japan	6,4	Japan	5,7

UNCTAD, UNCTADstat, via [unctadstat.unctad.org/ReportFolders/reportFolders.aspx?sCS\\_referer=&sCS\\_ChosenLang=en](http://unctadstat.unctad.org/ReportFolders/reportFolders.aspx?sCS_referer=&sCS_ChosenLang=en) (eingesehen am 14.6.2013)

Dienstleistungshandel sind die USA laut der *World Trade Organization* (WTO) sowohl bei den Exporten (18,3 %) als auch bei Importen (12,7 %) weltweit führend.

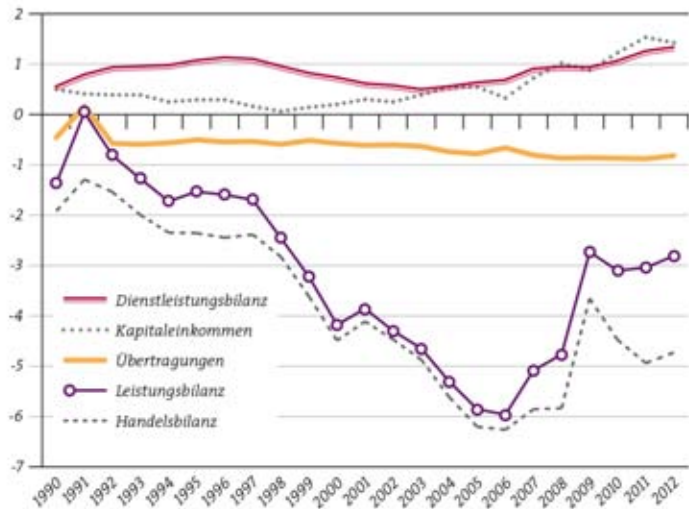
Rohstoffimporte, insbesondere Importe von Energieträgern, stellen einen erheblichen Anteil an den US-Gesamtimporten; bei den Exporten dominieren verarbeitete Produkte. Hauptexportgut der USA im Nahrungsmittelbereich ist Soja. In der Kategorie Industriebedarf und -materialien exportieren die USA vor allem Brennöl, Mineralölerzeugnisse, nichtmonetäres Gold (Warengold), organische Chemikalien und Plastikmaterialien; im Bereich Investitionsgüter in erster Linie Zivilflugzeuge und deren Teile, Automobile, Autoteile und -zubehör, Halbleiter, Telekommunikationsausrüstung, elektrische Geräte, medizinische Ausrüstung und Computerzubehör. In der Konsumgüterpartie führen pharmazeutische Präparate die Liste an.

Haupthandelspartner der USA war im Jahr 2012 die Europäische Union, gefolgt von Kanada, China, Mexiko und Japan. Insgesamt wickelten die USA laut der UNCTAD 28,8 Prozent ihres Handels – 26 Prozent ihrer Importe und 32,9 Prozent ihrer Exporte – mit Kanada und Mexiko ab, mit denen seit 1994 ein Freihandelsabkommen (*North American Free Trade Agreement*, NAFTA) besteht.

Der internationale Handel ist aufgrund der Wirtschaftskrise weltweit eingebrochen. Als Folge sank auch das seit den 1970er-Jahren hohe Defizit in der US-Leistungsbilanz. Sie setzt sich zusammen aus der Handelsbilanz (Güterexporte minus -importe), der Dienstleistungsbilanz (Dienstleistungsexporte minus -importe) sowie den Kapitaleinkommen und den Übertragungen (bei Letzterem handelt es sich beispielsweise um Überweisungen ausländischer Arbeitnehmer in ihre Heimat). Das große Defizit in der Leistungsbilanz ist vor allem auf das Minus in der Handelsbilanz der USA zurückzuführen. 2007 betrug es im Güterhandel

## Leistungsbilanzkomponenten im Verhältnis zum BIP

Salden 1990-2012, in Prozent



BEA, National Income and Product Accounts Tables, Table 1.1.5, Gross Domestic Product, via [www.bea.gov/iTable/index\\_nipa.cfm](http://www.bea.gov/iTable/index_nipa.cfm); International Transactions, Table 1. U.S. International Transactions, via [www.bea.gov/iTable/index\\_ita.cfm](http://www.bea.gov/iTable/index_ita.cfm) (eingesehen am 14.6.2013)

## Bilaterale Handelsdefizite 2005 und 2012

2005			2012		
Handels-partner	Rang	Volumen in Mrd. Dollar	Handels-partner	Rang	Volumen in Mrd. Dollar
Gesamt		828,0			788,0
China	1	218,0	China	1	333,8
Japan	2	86,5	Japan	2	80,4
Kanada	3	80,4	Mexiko	3	63,7
Deutschland	4	52,7	Deutschland	4	62,2
Mexiko	5	52,4	Saudi Arabien	5	39,2

UNCTAD, UNCTADstat, via [unctadstat.unctad.org/ReportFolders/reportFolders.aspx?sCS\\_referer=&sCS\\_ChosenLang=en](http://unctadstat.unctad.org/ReportFolders/reportFolders.aspx?sCS_referer=&sCS_ChosenLang=en) (eingesehen am 14.6.2013)

dem BEA zufolge noch 823 Milliarden US-Dollar; 2009 nur noch 511 Milliarden US-Dollar, weil die Importe stärker abnahmen als die Exporte. Bis 2011 wuchs das Defizit in der Handelsbilanz wieder auf 744 Milliarden US-Dollar und blieb seitdem mit 741 Milliarden US-Dollar im Jahr 2012 relativ konstant.

Die Leistungsbilanz weist also nach wie vor ein starkes Minus auf, obwohl die Exporte von Gütern und Dienstleistungen 2011 kräftig anwuchs. Positiv auf die Handelsbilanz wirken sich derzeit die sinkenden Energieimporte aus. Sollten sich die USA – wie von vielen Analysten erwartet – zu einem großen Exporteur von Gas entwickeln, dürfte dies den positiven Trend weiter verstärken. Das Handelsbilanzdefizit der USA konzentriert sich auf wenige Länder. Während sie seit 2009 Defizite im Handel mit vielen ihrer Partner abbauen konnten, vergrößerte sich das Güterbilanzdefizit mit China noch.

Wie kann der hohe Fehlbetrag in der Handelsbilanz erklärt werden? Die USA haben einen riesigen Binnenmarkt mit einer kauffreudigen Gesellschaft. Anders als kleine Länder wie Deutschland, die auf Exportmärkte angewiesen sind, spielen Ausfuhren somit für Unternehmen eine geringere Rolle. Zudem können sich die Vereinigten Staaten die hohen Einfuhren leisten.



Wegen der niedrigen Lohnkosten verlegen viele US-Unternehmen Teile der Produktion nach China. Im Foxconn-Werk in Wuhan wird unter anderem das iPhone von Apple produziert. Werksangestellte im August 2012

Wenn die USA mehr importieren als exportieren, bedeutet dies, dass sie mehr ausgeben als sie selbst erwirtschaften. Dies ist nur möglich, weil Kapital aus anderen Ländern in die USA strömt, indem beispielsweise Ausländer ihr Geld bei amerikanischen Banken anlegen. Die USA leihen sich also Geld von anderen Ländern, mit welchem sie wiederum die Importe bezahlen. Hierbei spielen Zinsen eine wichtige Rolle: Sind diese hoch, so strömt eher Kapital ins Land. Aber auch die wirtschaftliche Attraktivität der USA wirkt sich positiv auf die Kapitalzuflüsse aus.

Wie viel ein Land importiert und exportiert, hängt darüber hinaus auch vom Wechselkurs ab: Ist der Dollar stark, so ist es teuer für andere Länder, US-Güter zu importieren, und für Amerikaner ist es wiederum vergleichsweise günstig, Güter aus dem Ausland zu kaufen. Sinkt der Wert des Dollars gegenüber anderen Währungen, dann steigen die Exporte, und die Importe gehen zurück. Seit Beginn der 1990er-Jahre bis zur Krise 2008/09 wurde das Leistungsbilanzdefizit der USA fast von Jahr zu Jahr größer. In diesem Zeitraum stieg auch der reale Wert des Dollars gegenüber den Währungen der Handelspartner.

Speziell im bilateralen Handel mit China spielt auch eine Rolle, dass viele US-amerikanische Unternehmen die Produktion – oft auch nur die Montage der Einzelteile – aufgrund der niedrigen Lohnkosten nach China verlegt haben. Ein prominentes Beispiel ist das iPhone, das größtenteils in China zusammengesetzt wird. Für Apple produziert auch das taiwanische Unternehmen Foxconn zu großen Teilen in China. Der Mehrwert, der dabei in China entsteht, ist häufig sehr gering. Trotzdem gelten Produkte, die dort hergestellt und weiter in die USA und den Rest der Welt verschifft werden, als chinesische Exporte. Das große Handelsbilanzdefizit mit China ist also auch auf regionale Produktionsnetzwerke in Asien zurückzuführen. In den kommenden Jahren könnte das Handelsdefizit mit China allerdings zurückgehen, denn die chinesische Regierung will künftig von exportorientiertem auf ein stärker konsum-(und damit import-)orientiertes Wirtschaftswachstum umschwenken, auch um die Nachfrage der wachsenden chinesischen Mittelschicht zu befriedigen. China ist schon jetzt einer der am stärksten wachsenden Exportmärkte für US-amerikanische Güter.

## Ausländische Direktinvestitionen

Laut Angaben der UN-Organisation UNCTAD befinden sich 22 Prozent der weltweiten Bestände ausländischer Direktinvestitionen in US-amerikanischem Besitz. Auch als Gastland für aus-



ländische Direktinvestitionen stehen die USA anteilmäßig mit 17,2 Prozent mit Abstand an der Spitze. Unter ADI (siehe a. S. 50) versteht man langfristig orientierte Kapitalexperte und -importe, so beispielsweise Unternehmensfusionen, -käufe und -beteiligungen, Kapitaltransfers zur Gründung von Unternehmen im Ausland, Kredite an Tochtergesellschaften im Ausland sowie erneut angelegte Erträge von ausländischen Tochtergesellschaften. Im Gegensatz zu Portfolioinvestitionen bedingen ADI die Eigentümerschaft und unternehmerische Kontrolle durch die investierende Firma. Mit ihnen wird also ein entscheidender Einfluss auf die Unternehmenspolitik sichergestellt.

Ende 2012 befanden sich laut dem BEA 14,5 Prozent der gesamten US-amerikanischen Bestände an ADI in den Niederlanden, 13,4 Prozent im Vereinigten Königreich, 8,6 in Luxemburg, 7,9 in Kanada und 6,8 Prozent auf den Bermudas. Die fünf Hauptsprungländer ausländischer Direktinvestitionen in den USA waren wiederum das Vereinigte Königreich mit einem Anteil von 18,4 Prozent, Japan mit 11,6, die Niederlande mit 10,4, Kanada mit 8,5 und Frankreich mit 7,9 Prozent.

Während der globalen Wirtschaftskrise sanken die Zuflüsse in die USA von 306 Milliarden US-Dollar 2008 auf rund 144 Milliarden US-Dollar 2009, während umgekehrt die Investitionsflüsse der USA ins Ausland im selben Zeitraum nur leicht von rund 308 Milliarden US-Dollar auf 288 Milliarden US-Dollar abnahmen. Nach der Krise stiegen die ADI-Flüsse ins Ausland sprunghaft von 278 Milliarden US-Dollar 2010 auf 367 Milliarden US-Dollar 2012 an. Die Zuflüsse in die USA lagen zwar mit 161 Milliarden US-Dollar 2012 unter dem Wert von 2010 (198 Mrd. US-Dollar). Aufgrund der niedrigen Energiepreise rechnen viele Analysten jedoch mit einer Investitionswelle in die USA.

## Die Handelspolitik

Eines der wenigen Politikfelder, in denen trotz der politischen Blockade in Washington Fortschritte zu verzeichnen sind, ist die Handelspolitik. Im März 2010 wurde die Nationale Exportinitiative (NEI) ins Leben gerufen: Kleine und mittlere Unternehmen sollten stärker unterstützt werden, und die Regierung wollte internationale Handelsregeln auf wichtigen Märkten aggressiver durchsetzen. Neben dem Engagement in den multilateralen Verhandlungen der WTO, der sogenannten Doha-Runde, sollten vor allem Handelsbeziehungen mit Asien und zentralen Handelspartnern wie Südkorea gestärkt werden. Im März 2010 nahmen die USA dann zum ersten Mal an den Verhandlungen zu einer Transpazifischen Partnerschaft (TPP) teil. Zu Beginn seiner zweiten Amtszeit zeigte Obama zudem auch ein verstärktes Interesse an einer Vertiefung und Ausweitung der Handels- und Investitionsbeziehungen mit der EU. Seit Mitte 2013 verhandeln die USA und die EU ein umfassendes Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen (TTIP).

Auf dem Gebiet der Außenpolitik ist der Präsident verfassungsrechtlich mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet: „Er hat das Recht, auf Anraten und mit Zustimmung des Senats Verträge zu schließen, vorausgesetzt, dass zwei Drittel der anwesenden Senatoren zustimmen“ (Artikel II, Abschnitt 2 der Verfassung). Der Präsident ist zwar befugt, auch ohne die Ermächtigung des Kongresses mit anderen Staaten den Abschluss von bilateralen, regionalen oder multilateralen Handelsverträgen zu verhandeln und zu unterzeichnen. Grundsätzlich obliegt die Regelung des Außenhandels aber nach Artikel I, Abschnitt 8 der Verfassung eindeutig dem Kongress: „Der Kongress hat das Recht: Steuern, Zölle, Abgaben und Akzisen aufzuerlegen und einzuziehen [und]



Georges Gobet / AFP / Getty Images

Seit Juni 2013 verhandeln EU und USA offiziell über ein Freihandelsabkommen: die Chefunterhändler Dan Mullaney für die USA (li.) und Ignacio Garcia Bercero für die EU im November 2013 im EU-Hauptquartier in Brüssel.

den Handel mit fremden Ländern, zwischen den Einzelstaaten und mit den Indianerstämmen zu regeln.“

Der Kongress kann jedoch einen Teil seiner Handelskompetenz an den Präsidenten delegieren. Er tat dies erstmals 1934 mit dem *Reciprocal Trade Agreement Act* (RTAA). Unter dem RTAA war der Präsident für eine vom Kongress bestimmte Dauer (durchschnittlich drei Jahre) berechtigt, in bilateralen Verhandlungen auf der Basis der Reziprozität Zölle in bestimmten Margen zu senken, ohne dass diese Maßnahmen anschließend vom Kongress ratifiziert werden mussten. Bei den Abkommen handelte es sich somit um sogenannte *Executive Agreements*. 1974 wurde der RTAA durch die *Fast Track Authority* abgelöst. Das Mandat bezog sich nicht nur auf den Abbau von Zöllen, sondern auch auf nichttarifäre Handelshemmnisse, die zunehmend auf die Agenda der internationalen Verhandlungen gerückt waren. Eingeschränkt wurde die neue Verhandlungsvollmacht dadurch, dass von der Exekutive ausgehandelte Abkommen nun vom Kongress (mit einfacher Mehrheit) ratifiziert werden mussten (*Congressional-Executive Agreements*). Diese Modifikation war nötig, da anders als bei Zollsenkungen der Kongress weder im Verhandlungsmandat des Präsidenten spezifische Liberalisierungsmargen im Vorhinein festlegen konnte noch der Administration freie Hand in einem Bereich lassen wollte, der tief in die Binnenregulierung der nationalen Wirtschaft eingreift. Gleichwohl verpflichtete sich der Kongress, die Abkommen beschleunigt zu bearbeiten. Zusätze oder Modifizierungen waren nicht möglich; Repräsentantenhaus und Senat konnten das Abkommen nur komplett annehmen oder ablehnen. Wie der RTAA galt auch das *Fast-Track-Mandat* nur für eine vom Kongress bestimmte Dauer. Im Jahr 2002 erfolgte eine erneute Modifikation des Handelsmandats. Was die Regelung des parlamentarischen Ratifizierungsverfahrens betraf, unterschied sich die neu eingeführte *Trade Promotion Authority* (TPA) nicht vom *Fast-Track-Mandat*, doch wurden die Konsultations- und Notifizierungspflichten der Administration gegenüber dem Kongress deutlich gestärkt.

Die TPA lief Mitte 2007 aus und wurde bislang vom Kongress nicht erneuert. TPA ist keine Voraussetzung für die Verhandlung von Handelsabkommen, aber sie erleichtert den Prozess deutlich und ist grundlegend für den Ratifizierungsprozess. Umso wichtiger ist es für Präsident Obama, zügig das Handelsmandat zu erhalten, will er doch bis Ende 2014 die Verhandlungen um die Transpazifische Partnerschaft und bis 2016 die TTIP-Verhandlungen abschließen. Anfang Januar 2014 wurde ein entsprechender Gesetzesentwurf im Kongress eingereicht.

## Die USA – nicht immer eine Freihandelsnation

Die Handelspolitik der USA kann in vier Perioden unterteilt werden: Bis 1934 war sie eine Politik des Hochzolls und des Protektionismus. Zwischen dem Bürgerkrieg (1861-1865) und dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise (1929), in der Aufschwungsphase des Industriekapitalismus, wurde sie – mit Ausnahme der Präsidentschaft Woodrow Wilsons (1913-1921) – über mehrere Dekaden hinweg durch Mehrheiten der industriefreundlichen Republikaner im Kongress und durch republikanische Präsidentschaften bestimmt. Die hohen Zölle wurden mit dem durch den ersten US-Finanzminister Alexander Hamilton geprägten Erziehungszollargument (*infant industries*) gegründet: Junge, sich entwickelnde Industrien müssten geschützt werden, bis sie im internationalen Wettbewerb mithalten könnten. Zölle sollten jedoch nicht nur die heimische Industrie schützen, sie waren auch die wichtigste Einnahmequelle des Staates. Ihre fiskalische Bedeutung verloren sie erst mit dem 16. Verfassungszusatz, durch den 1913 eine Einkommensteuer eingeführt wurde. Seinen Höhepunkt fand der Handelsprotektionismus in dem 1930 eingeführten Smoot-Hawley-Zoll, der maßgeblich zur internationalen Ausbreitung und Vertiefung der Weltwirtschaftskrise beitrug.

Der *Reciprocal Trade Agreement Act* (RTAA) legte 1934 den Grundstein für den Wechsel zur Freihandelspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Einer der wichtigsten Gründe für deren Erfolg war die weltwirtschaftliche Stellung der USA nach 1945. Während die wirtschaftlichen Strukturen und die Industrie der Kriegsge-

ner wie der Verbündeten der USA weitgehend zerstört waren, verfügten die USA bei Kriegsende über eine prosperierende und wachsende Wirtschaft, in der sich der industrielle Output verdoppelt hatte. Zudem wurde mittlerweile das Fehlen einer offenen Weltwirtschaft als eine der Ursachen der Weltwirtschaftskrise und auch des Zweiten Weltkrieges angesehen. Schließlich galt es, den wirtschaftlichen Aufbau der verbündeten Staaten zu fördern – auch, um ein Bollwerk gegen den Kommunismus zu schaffen. Die USA förderten daher den Aufbau eines liberalen, multilateralen Handelssystems auf Grundlage der Prinzipien der Wechselseitigkeit (*reciprocity*) und der Meistbegünstigung (Zugeständnisse, die einem Handelspartner gemacht werden, gelten automatisch auch für die anderen Handelspartner). Die USA gehörten nicht nur zu den ersten Unterzeichnerstaaten des *General Agreement on Tariffs and Trade* (GATT) 1947, sondern setzten sich auch maßgeblich für die folgenden Liberalisierungsrunden ein.

In den 1970er- und 1980er-Jahren vollzog sich ein erneuter Paradigmenwechsel, auch wenn die USA nach wie vor für ein offenes Welthandelssystem einstanden. Geprägt war diese Periode insbesondere durch den sogenannten *Fair Trade* (Herstellung eines *Level-Playing Fields* für US-Exporteure) und aggressiven Unilateralismus (d.h. Handeln ohne Rücksicht auf andere). Angesichts des steigenden internationalen Wettbewerbs, nachlassender Wettbewerbsfähigkeit US-amerikanischer Exporteure, binnenwirtschaftlicher Probleme (u. a. hohes Haushaltsdefizit, hohe Arbeitslosigkeit, niedrige Wachstumsraten) und der Ölkrise wurden Rufe nach einem Schutz vor ausländischer Konkurrenz laut. Die handels-

## Handelsabkommen der USA

Neben ihrer Mitgliedschaft in der WTO haben die USA mit 20 Staaten bilaterale und plurilaterale Freihandelsabkommen abgeschlossen. Unter Präsident George Bush sen. wurde im Jahr 1992 das *North American Free Trade Agreement* (NAFTA) unterzeichnet, das am 1. Januar 1994 in Kraft trat. Ein Freihandelsabkommen („*free trade agreement*“, FTA) bestand vorher schon zwischen den USA und Kanada; durch NAFTA wurde dieses Abkommen um ein weiteres Land, Mexiko, erweitert. Gerade unter Präsident George W. Bush spielten bilaterale Freihandelsabkommen in der Außenwirtschaftspolitik eine zunehmend wichtige Rolle, um Märkte im Ausland für US-Waren und Dienstleistungen zu öffnen. So gingen die USA bilaterale Freihandelsabkommen mit Jordanien, Singapur, Chile, Australien, Marokko, Bahrain, Oman, Peru, Kolumbien, Panama und Südkorea (die drei letzteren traten erst unter Obama in Kraft) ein. Außerdem unterzeichneten die USA 2004 das plurilaterale *Dominican Republic-Central America-United States Free Trade Agreement* (CAFTA-DR) mit fünf zentralamerikanischen Ländern – Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua – und der Dominikanischen Republik.

Die USA verhandeln zurzeit mit elf Pazifikanrainern (Australien, Brunei, Chile, Japan, Malaysia, Neuseeland, Peru, Singapur, Vietnam, Kanada und Mexiko) über ein Freihandelsabkommen, die *Transpazifische Partnerschaft* (TPP). Zusammengekommen sind die TPP-Länder der viertgrößte Markt für amerikanische Industriegüter- und Dienstleistungsexporte. Das geplante Abkommen soll neben den klassischen Handelsthemen auch sogenannte *Handels-Plus-Themen* umfassen, darunter Regelungen zum Wettbewerb, zur öffentlichen Auftragsvergabe, zu Investitionen und Umweltschutz. Langfristig erhoffen sich die USA die Weiterentwicklung zu einer *Free Trade Area of the Asia Pacific* (FTAAP).

Mitte Juni 2013 fiel zudem der Startschuss für die Verhandlungen über ein *Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen* (*Transatlantic Trade and Investment Partnership*, TTIP). Wenige Volkswirtschaften sind so eng miteinander verflochten wie die der USA und der EU.

Der transatlantische Handel ist bereits stark liberalisiert. Die durchschnittlichen angewandten Zölle sind mittlerweile sehr niedrig. Es gibt allerdings noch eine Vielzahl an Spitzenzöllen, die sich in der EU vor allem im Agrarhandel und in den USA insbesondere bei Textilien, Bekleidung sowie Leder und Schuhwerk finden. Bedeu-

tender sind aber die technischen, nicht tarifären Marktzugangsbarrieren („*non-tariff barriers*“, NTBs) im transatlantischen Handel. Technische (regulative) Handelsbarrieren existieren vor allem in der Pharma- und Kosmetikindustrie, der Kraftfahrzeugbranche sowie der Textil- und Bekleidungsindustrie. Daneben belasten Registrierungs-, Dokumentations- und Zollabwicklungsverfahren den transatlantischen Handel. In den TTIP-Verhandlungen soll es daher neben der Beseitigung von Zöllen vor allem um den Abbau von NTBs gehen. Darüber hinaus sollen die Verhandlungen auch *Handels-Plus-Themen* umfassen: die öffentliche Auftragsvergabe, Investitionen, Schutz geistigen Eigentums und Patente, Wettbewerb, Datenschutz, Umwelt und Soziales.

Neben den bilateralen und plurilateralen Freihandelsabkommen unterhalten die USA eine Vielzahl weiterer Abkommen, beispielsweise einseitige Präferenzprogramme – wie den *African Growth and Opportunity Act* (AGOA) –, die ausgewählten Ländern bevorzugten, teilweise zollfreien Zugang zu den Märkten der USA gewähren. Mit 86 Ländern haben die USA sogenannte „*trade and investment framework*“-Abkommen geschlossen; bilaterale Investitionsabkommen („*bilateral investment treaties*“) bestehen mit 42 Ländern.





Textilarbeiterinnen eines Jeans-Herstellers in El Paso, Texas, protestieren im Oktober 2004 gegen die Produktionsverlagerung ihres Unternehmens ins nahe Mexiko, die sie um ihren Arbeitsplatz gebracht hat.

politischen Rechte der USA sollten stärker eingefordert werden. Der Trade Act von 1974 mit seinem Abschnitt 301 (Verletzung von Handelsabkommen oder -regeln) ermächtigte den Präsidenten, alle möglichen Schritte einzuleiten, um ungerechtfertigte Importbeschränkungen anderer Länder abzubauen. Zuvor eingeräumte Handelszugeständnisse sollten zurückgezogen werden, falls die anderen Nationen an ihren Handelsbarrieren gegenüber den USA festhielten. Außerdem erhielt der Präsident die Befugnis, auf unfaire Handelsmethoden anderer Handelsnationen wie etwa Exportsubventionen mit ähnlichen Maßnahmen zu antworten, wenn die importierten Waren heimische Produzenten gleicher oder ähnlicher Produkte grundlegend unter Druck setzten. Mit dem Super 301 des Omnibus Trade and Competitiveness Act von 1988 wurde dieser Instrumentenkasten noch einmal verschärft. Dieser Abschnitt verlangte eine jährliche Auflistung der Haupthandelsbarrieren sowie derjenigen Länder, die diese zu verantworten haben. Führen Konsultationen mit den betroffenen Ländern zu keinem Ergebnis, sollte der US-Handelsbeauftragte 90 Tage nach Vorlage des Berichts ein Sektion-301-Verfahren gegen sie einleiten. Diese international höchst umstrittene Maßnahme wurde von 1999 bis 2001 unter Präsident Clinton das letzte Mal in Kraft gesetzt.

Parallel setzten die USA weiterhin auf multilaterale Verhandlungen innerhalb des GATT und forcierten den Beginn einer neuen Handelsrunde, der sogenannten Uruguay-Runde. Sie mündete schließlich in die Gründung der Welthandelsorganisation (WTO), die am 1. Januar 1995 ihre Arbeit aufnahm und das GATT ablöste. Ebenso bemühten sich die USA verstärkt um den Abschluss bilateraler und regionaler Handelsabkommen, bedienten sich also verschiedener Strategien (Multilateralismus, Regionalismus und Unilateralismus), um ihre Handelsbilanz zu verbessern.

Seit Abschluss der Uruguay-Runde und Unterzeichnung des NAFTA-Vertrags ist die Liberalisierungsskepsis in der Bevölkerung jedoch deutlich gestiegen, geschürt durch einen steigenden Wettbewerbs- und ökonomischen Anpassungsdruck, durch stagnierende Löhne der Mittelklasse und zunehmende Einkommensungleichheit. Das Defizit in der US-Leistungsbilanz und der rasante weltwirtschaftliche Aufstieg Chinas, dessen immense Dollarreserven und die Verlagerung von Produktion und Beschäftigung in Billiglohnländer haben in der US-amerikanischen Gesellschaft ein Gefühl wirtschaftlicher Verwundbarkeit hervorgerufen. Gesetze mit dem Ziel, den Handel weiter zu liberalisieren, fanden in den 1990er- und 2000er-Jahren im Kongress immer dünnere Mehrheiten. Zuletzt gelang es George W. Bush, eine Reihe von Freihandelsabkommen auf den Weg zu bringen.

## Ausblick

Gemessen an Indikatoren wie BIP, Pro-Kopf-Einkommen, Handel und ausländischen Direktinvestitionen liegen die USA in etwa gleichauf mit der EU. Bei anderen Indikatoren wie der Bedeutung des Dollars und dem Vertrauen der Märkte in die wirtschaftliche Entwicklung haben sie nach wie vor die Nase vorn. Auch die Wachstumsaussichten der US-Wirtschaft in den kommenden Jahren sind grundsätzlich gut.

Doch der Vorsprung der USA in der Weltwirtschaft schmilzt kontinuierlich. Herausgefordert wird sie nicht allein durch die Aufholjagd der großen Schwellenländer, allen voran China, sondern auch durch die zahlreichen hausgemachten Probleme. Die USA haben mit gravierenden Defiziten in der Infrastruktur und dem Bildungswesen zu kämpfen. Diese Herausforderungen werden nur mit entschlossenem politischem Handeln zu meistern sein. Doch die Regierung ist zunehmend handlungsunfähig. Seit den Zwischenwahlen des Kongresses im November 2010 sind nicht nur alle größeren Reformvorhaben im Parlament gescheitert. Der Graben zwischen den beiden Parteien scheint kaum noch überbrückbar.

In der Wirtschaftspolitik prallen zwei sehr unterschiedliche Ordnungsvorstellungen aufeinander. Die Republikaner sind der Meinung, dass niedrige Steuern, ein Abbau staatlicher Regulierungen und ein ausgeglichener Staatshaushalt die besten Voraussetzungen für hohes Wirtschaftswachstum sind. Die Demokraten hingegen bestehen dem Staat eine größere Rolle bei Regulierung und Stimulierung der Wirtschaft zu und setzen sich für eine höhere Besteuerung der Reichen und mehr Umverteilung ein. Die auseinander strebenden Standpunkte allein erklären den Reformstau indes nicht. Hinzu kommen eine wachsende Polarisierung und parteipolitische Blockbildung, die teilweise strukturelle Ursachen haben.

Von selbst wird sich das System wohl eher nicht reformieren. Viel hängt daher vom Wähler ab. Die Zustimmungsraten für den Kongress haben mittlerweile einen historischen Tiefstand erreicht. Sollte es den Demokraten bei den nächsten Kongresswahlen im November 2014 gelingen, das Repräsentantenhaus zurückzuerobern und ihren Vorsprung im Senat auszubauen, könnte Präsident Obama einen neuen Versuch starten, seine Reformagenda umzusetzen. Wahrscheinlich ist dies indes nicht.



Jörg Nagler

## Gesellschaftsstruktur der USA

Als Einwanderungsland sind die USA geprägt durch eine Vielzahl kultureller Einflüsse und eine multiethnische, segmentierte Gesellschaft. Religion spielt im Alltag der US-amerikanischen Bevölkerung eine bedeutende Rolle, die USA gelten als religiösestes Land der westlichen Industriestaaten.



Die ethnische Zusammensetzung der US-Bevölkerung ist sehr vielfältig. Kantine der Wicklow-Grundschule in Sanford, Florida

## Bevölkerungsentwicklung

Ende 2013 lebten in den 50 Einzelstaaten der USA ca. 317 Millionen Menschen. Die Einwohnerzahl hat sich seit 1941 mehr als verdoppelt und wird nach demografischen Berechnungen im Jahre 2050 knapp 440 Millionen betragen.

2010 waren etwa 37 Millionen US-Amerikaner im Ausland geboren, das entspricht ca. 13 Prozent der Gesamtbevölkerung. Seit der Zensuserhebung von 1990 ist der Anteil der Zugewanderten an der Gesamtbevölkerung um mehr als 50 Prozent gestiegen. Über 40 Prozent aller im Ausland geborenen US-Staatsbürgerinnen und -bürger sind seit 1990 in die Vereinigten Staaten eingewandert. Innerhalb dieser Gruppe stammen wiederum über 41 Prozent aus Lateinamerika und etwa 37 Prozent aus Asien.

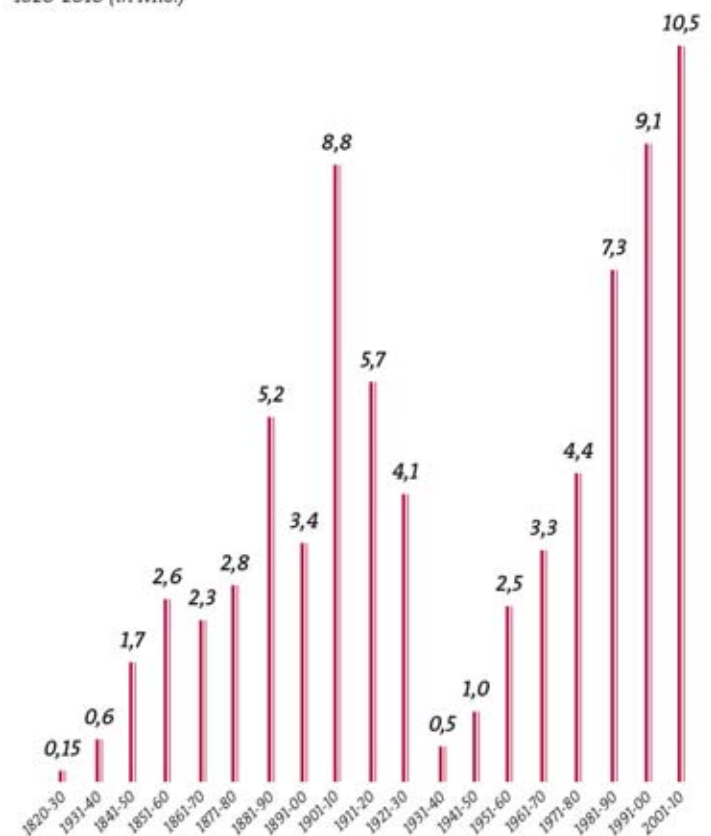
Auch die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung hat sich im Laufe der Jahrzehnte verändert. Im Zensus von 1950 hatte der Anteil der Afroamerikaner noch bei ca. zehn Prozent gelegen, 2010 wurde ihr Anteil auf ca. 39 Millionen und damit etwa 12,2 Prozent der Gesamtbevölkerung geschätzt.

Der weiße Bevölkerungsanteil wird nach demografischen Vorausberechnungen schrumpfen, von ca. 63 Prozent im Jahr 2012 auf 43 Prozent im Jahr 2060. Im gleichen Zeitraum wird die schwarze Bevölkerung von 13 auf 15 Prozent und die asiatische von 5,1 auf ca. 8,2 Prozent anwachsen. Den größten Zuwachs wird es bei der hispanoamerikanischen Bevölkerung geben: 2012 betrug ihr Anteil 17 Prozent, was ca. 50 Millionen Menschen entspricht. 2060 werden sie voraussichtlich 31 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Wie in den meisten Industrienationen nimmt die Geburtenrate (Lebendgeborene pro Frau) auch in den USA kontinuierlich ab. Allerdings liegt sie mit 2,1 (Stand 2010) weitaus höher als in Deutschland mit 1,39 (Stand 2010). Nach dem „Baby-Boom“ zwischen 1940 und 1960 mit durchschnittlich

### Zuwanderung in die USA

Personen mit Erwerb eines legalen Aufenthaltsstatus 1820-2010 (in Mio.)

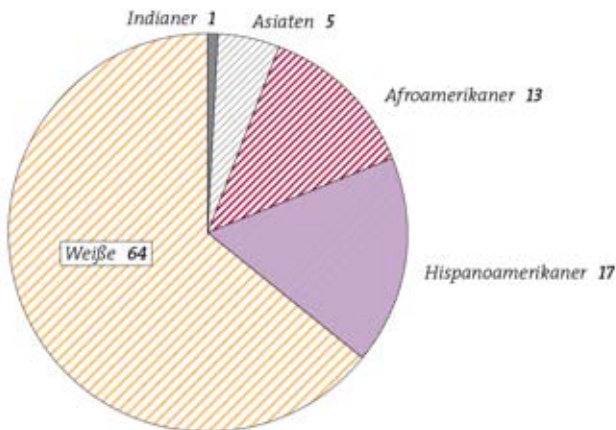


© Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 853 513; Quelle: Office of Immigration Statistics



## Ethnische Gruppen

USA gesamt (in Prozent)



Grafik 31 – Thema: Martin Luther King, „He Had a Dream“, in: DIE ZEIT Nr. 35 vom 22. August 2013

24 Geburten auf 1000 Einwohner ist die Geburtenziffer beständig gesunken und erreichte 2010 einen Stand von ca. 13 Geburten pro 1000 Einwohner. Dies wird weitreichende Konsequenzen für die Altersstruktur und die Sozialversicherung der Bevölkerung haben, zumal die durchschnittliche Lebenserwartung US-amerikanischer Bürgerinnen und Bürger weiter steigt: 1960 betrug sie für Männer 66,6 und für Frauen 73,1 Jahre, 2010 dagegen 76,2 respektive 80,7 Jahre. Der Anteil der über 65-Jährigen hat sich seit 1940 fast verdoppelt. Im Jahr 2010 betrug er 13,6 Prozent der Gesamtbevölkerung und wird in den nächsten Jahrzehnten noch erheblich ansteigen. Allerdings werden, wie immer in der Geschichte der USA, neue Immigranten die Altersstruktur günstig beeinflussen.

## Multiethnische Gesellschaft

### Afroamerikanische Bevölkerung

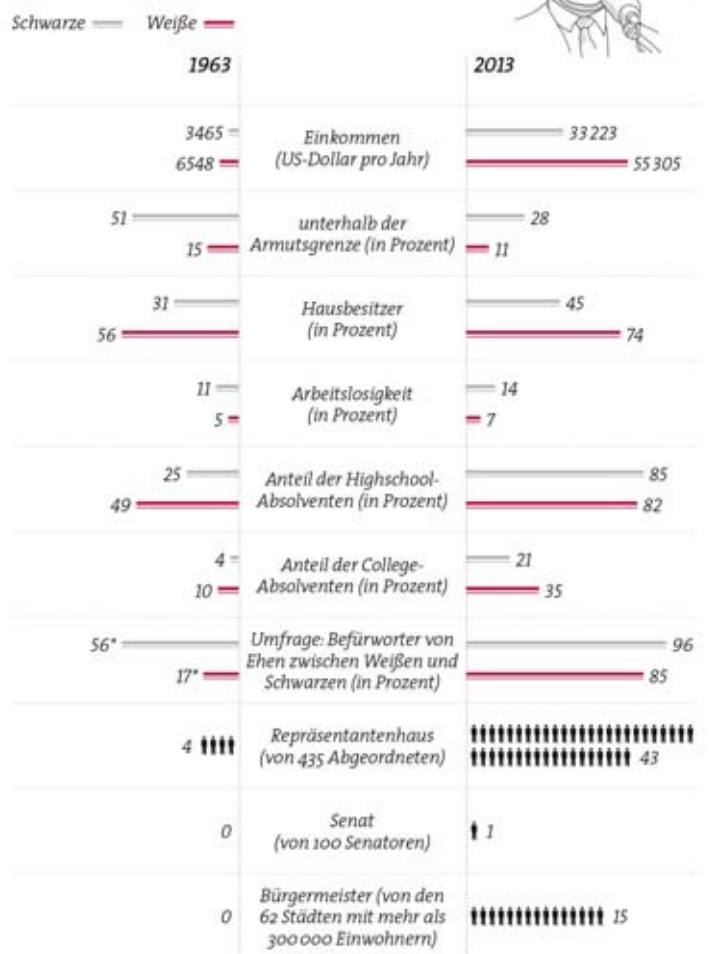
Eines der zentralen Probleme der US-Gesellschaft, sowohl in sozial-materieller als auch in kultureller und vielfach auch mentaler Hinsicht, ist die nach wie vor deutliche Kluft zwischen Schwarz und Weiß. Trotz großer Fortschritte in den letzten Jahrzehnten – etwa durch gezielte Quotenregelung und Vorzugsbehandlungen von Minoritäten im Rahmen verschiedener Regierungsprogramme zum Abbau von Benachteiligungen – werden Afroamerikaner vielerorts noch immer diskriminiert. In Bildungseinrichtungen und wichtigen Positionen des öffentlichen Lebens sind sie nach wie vor unterrepräsentiert.

Zwar ist eine selbstbewusste schwarze Mittelschicht entstanden, die in vielen Bezirken harmonisch mit Weißen

zusammenlebt und -arbeitet – eine Entwicklung, die letztendlich auf die Aktivitäten der Bürgerrechtsbewegung zurückzuführen ist. Doch problematisch bleiben nach wie vor die oft ausweglose soziale Situation der schwarzen Unterschichten und deren negative Wahrnehmung durch Weiße sowie zum Teil auch durch die schwarze Mittel- und Oberschicht.

Ebenso wie im „weißen Amerika“ ist die Einkommensverteilung innerhalb der afroamerikanischen Einwohnerschaft ungleichgewichtiger geworden: Während 6,5 Prozent ihrer Spitzenverdiener über ein durchschnittliches Jahreseinkommen von über 100 000 Dollar verfügen, verdienen die zum unteren Viertel der Skala Gehörenden lediglich 15 000 Dollar im Jahr. Wie explosiv die soziale Situation verarmter schwarzer Unterschichten wirken kann, dokumentierten die Unruhen in Los Angeles von 1992. Nach dem Freispruch von vier Polizisten, die den Afroamerikaner Rodney King misshandelt hatten und dabei gefilmt worden waren, hielten gewaltsame Ausschreitungen mehrere Tage an und kosteten 38 Menschen

## Was wurde aus dem Traum?



\* Daten von 1968. Die Werte von 1963 beziehen sich auf Weiße und „Nicht-Weiße“.

Grafik 31 – Thema: Martin Luther King, „He Had a Dream“, in: DIE ZEIT Nr. 35 vom 22. August 2013

das Leben. Insgesamt 3700 Gebäude wurden niedergebrannt und 4000 Personen inhaftiert.

Um den fortbestehenden rassistischen Tendenzen entgegenzuwirken, setzte Präsident Clinton 1997 eine Untersuchungskommission ein, deren Ergebnisse zu einer Erhöhung der Zuwendungen für minderprivilegierte ethnische Gruppierungen wie die Hispano- und Afroamerikaner führten. Außerdem wurde beschlossen, ein Netzwerk von *hate crime*-Meldegruppen zu etablieren.

In den letzten Jahrzehnten hat die schwarze Bevölkerung mehr als je zuvor Einfluss auf die politische und kulturelle Entwicklung im Land gewonnen. Ihr Ausbildungsstand, gemessen an High School-Abschlüssen, hat sich seit den 1960er-Jahren stetig verbessert. Besaßen 1965 nur 27 Prozent aller Schwarzen (51 Prozent bei Weißen) einen *High School*-Abschluss, so stieg ihr Prozentsatz bis 2013 auf ca. 85 (88 bei Weißen). Auch in der US-amerikanischen Populärkultur, insbesondere in Sport und Musik, nehmen sie einen hohen Rang ein. Viele schwarze Künstler und Literaten – wie die Nobelpreisträgerin von 1994, Toni Morrison – genießen auch weltweit großes Ansehen. Und die politischen Parteien müssen das afroamerikanische Wählerpotenzial ins Kalkül ziehen, wollen sie erfolgreich sein. Die steigende soziale Akzeptanz der schwarzen Bevölkerung wird durch Umfragen belegt: Während 1958 nur 38 Prozent der Befragten bereit gewesen waren, einen afroamerikanischen Präsidenten zu akzeptieren, waren dies 1990 bereits 84 Prozent der Befragten, und 2008 wurde Barack Obama zum ersten schwarzen Präsidenten der USA gewählt.

Drückend bleiben die Lebensumstände der schwarzen Unterschichten und das damit verbundene gesellschaftliche Gefahrenpotenzial. Im Jahr 2010 lag der Anteil der Afroamerikaner an der unter der Armutsgrenze lebenden Bevölkerung bei 27,4 Prozent. Fast die Hälfte davon waren Kinder und Jugendliche. Der Anteil allein erziehender schwarzer Mütter lag 2011 bei ca. 68 Prozent im Vergleich zu 29 Prozent bei Weißen.

Angesichts dessen ist eine Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungschancen eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft, um eine gesellschaftliche Integration zu fördern, Kri-

minalität und Bandentum zu reduzieren sowie der Drogenproblematik zu begegnen. Zusätzlich kompliziert wird diese Aufgabe jedoch durch neue Zuwanderungsströme, die in den Problemzonen der Großstädte für neue Spannungsfelder sorgen. 2013 protestierten Tausende gegen den Freispruch eines Mannes, der als Mitglied einer Bürgerwehr am 26. Februar 2012 in Sanford, Florida den unbewaffneten Teenager Trayvon Martin erschossen hatte. Das Thema der Rassenbeziehungen in den USA wird sicherlich auch künftig ein zentrales gesellschaftliches Problemfeld bleiben.

## Hispanoamerikanische Bevölkerung

Die Ursachen für die starke und wachsende Präsenz der hispanoamerikanischen Bevölkerung in den USA sind vielfältig. Sie ist unter anderem durch die Gebietserweiterungen im 19. Jahrhundert bedingt, welche mexikanische Bevölkerungsgruppen in das US-amerikanische Territorium einbezogen; des Weiteren durch die Arbeitsmigrationen während des Ersten und des Zweiten Weltkrieges, die Kubanische Revolution von 1959 sowie die politische Instabilität in Zentral- und Südamerika in Verbindung mit dortigen negativen wirtschaftlichen Entwicklungen.

Die hispanoamerikanische Bevölkerung ist seit 2000 die größte ethnische Minorität des Landes. 2010 stellte sie mit rund 50 Millionen Menschen 16,4 Prozent der Gesamtbevölkerung. Ihre Gruppe zeigt ein heterogenes Profil, was allein schon durch die verschiedenen Herkunftsgebiete zu erklären ist: 63 Prozent stammen aus Mexiko (*Chicanos*), 8,6 aus Zentral- und Südamerika, 9,2 aus Puerto Rico, sieben aus dem karibischen Raum und 3,5 Prozent aus Kuba. Zusätzlich weist die hispanoamerikanische Bevölkerungsgruppe unterschiedliche Charakteristika in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht auf. Ähnlich wie bei Afroamerikanern ist jedoch eine hohe Armutsrate zu verzeichnen.

Der Ausbildungsstand der Hispanoamerikanerinnen und -amerikaner ist nach wie vor tendenziell niedrig; nur knapp die Hälfte von ihnen verfügt über einen Highschool-Abschluss. Da die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt sich auf Personen mit



Gedenkundgebung zum 50. Jahrestag des Marsches der Bürgerrechtsbewegung auf Washington, D.C. am 28. August 2013. Trotz großer Fortschritte ist die Kluft zwischen afroamerikanischen und weißen US-Amerikanern nach wie vor groß.



Die größte ethnische Minderheit in den USA sind die Latinos. Viele von ihnen fordern, wie hier 2006 in New York, eine Reform der Einwanderungsgesetze, um illegal Eingewanderten bessere Zukunftsaussichten zu bieten.



einem höheren Schul- und Hochschulabschluss konzentriert, wird sich ihre Situation, besonders bei neu Eingewanderten, nach Einschätzung des US-amerikanischen Zensusbüros in Zukunft eher verschlechtern als verbessern.

Nach den Prognosen dieser Behörde wird sich der hispano-amerikanische Bevölkerungsanteil bis zum Jahr 2050 auf über 100 Millionen verdoppeln. Die Gründe für diesen rapiden Anstieg liegen in hohen Geburtenraten und einer anhaltend hohen Zuwanderung, die allein zwischen 1990 und 1994 nahezu zwei Millionen Menschen in die Vereinigten Staaten brachte. Die höchsten hispanoamerikanischen Bevölkerungsanteile gibt es in Kalifornien, Texas, New York und Florida.

### Asiatische/Pazifische Bevölkerungsgruppe

Im Jahr 2010 lebten etwa 14,6 Millionen Menschen asiatischer und pazifischer Abstammung in den USA. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung beträgt damit 4,8 Prozent und wächst – maßgeblich durch Neuzuwanderungen – seit 1990 jährlich um ca. zwei Prozent. Die Gruppe der *Asian Americans* ist äußerst heterogen und unterscheidet sich durch eine Vielzahl von Sprachen, Kulturen sowie den Zeitpunkt ihrer Einwanderung und den damit in Verbindung stehenden Assimilationsgrad. Sie lebt mehrheitlich in den drei Bundesstaaten Kalifornien, New York und Hawaii und dort hauptsächlich (zu 94 Prozent) in Großstädten.

Im Vergleich zu anderen ethnischen Minderheiten in den USA haben sie einen hohen Bildungsgrad: 90 Prozent der männlichen und 80 Prozent der weiblichen *Asian Americans* verfügen über einen *Highschool*-Abschluss. Eine mögliche Ursache liegt in der zum Teil sehr strengen Selektion, die der US-Einwanderungsbehörde bei asiatischen Immigranten unterstellt wird. Angesichts ihrer überproportionalen Präsenz an höheren Bildungseinrichtungen, ihres wirtschaftlichen Erfolgs und ihrer raschen Assimilation werden sie von offiziellen Stellen gern als vorbildliche Einwanderungsgruppe hingestellt – ein bemerkenswerter Umstand, gab es doch sowohl in der Zeit des Zweiten Weltkrieges als auch noch geraume Zeit danach eine stark rassistisch unterlegte Dis-

kriminierung von Asiaten, die vor allem Japano-Amerikaner betraf. Ihre heutige Stellung erweckt dagegen teilweise den Neid anderer ethnischer Minderheiten, was in Ballungsgebieten auch zu Konflikten geführt hat. Allerdings liegt die Armutsrate bei der asiatisch-amerikanischen Bevölkerung mit durchschnittlich 12,1 Prozent immer noch höher als bei der weißen (9,9 Prozent).

### Native Americans

Mit 2,9 Millionen (0,9 Prozent der Gesamtbevölkerung im Jahr 2010) stellen die indianischen Ureinwohner (*Native Americans*) nur noch eine der kleinsten ethnischen Minderheiten dar, die sich wiederum aus über 500 Stämmen oder „Nationen“ zusammensetzt. Doch im Vergleich zu 1970, als der Zensusbericht lediglich 800 000 *Native Americans* aufwies, zeigt sich eine große Steigerungsrate. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass bei der Erfassung der neuen Bevölkerungsdaten die ethnische Selbstzuordnung als Kriterium herangezogen wird: Das seit 1970 stark gewachsene indianische Selbstbewusstsein hat wohl dazu geführt, dass sich die Befragten eher zu ihrer indianischen Abstammung bekennen als früher.

Bevor im Kontext der Bürgerrechtsbewegung der 1960er-Jahre auch die Rechte der amerikanischen Ureinwohner eingeklagt wurden, war die offizielle Indianerpolitik mit dem Versuch gescheitert, sie außerhalb der Reservate anzusiedeln oder aber diesen Gebieten den Sonderstatus zu nehmen. Seit den 1960er-Jahren hat sich das Prinzip der Selbstverwaltung in den Reservaten in Verbindung mit einer wirtschaftlichen Stärkung durchgesetzt, nicht zuletzt durch die zunehmende Agitation indianischer Gruppen, die die Öffentlichkeit immer wieder auf ihr erlittenes Unrecht hinwiesen. 1978 wurde der *American Indian Religious Freedom Act* verabschiedet, der die verschiedenen religiösen Praktiken der *Native Americans* den anderen Religionen in den USA – vornehmlich Christentum, Judentum und Islam – gleichstellte.

Etwa 500 000 Nachkommen der indianischen Ureinwohner leben zurzeit in 314 Reservaten oder treuhänderisch verwalte-



UIG via Getty Images

Die Gruppe der Menschen asiatischer und pazifischer Herkunft ist äußerst heterogen. Mehrheitlich legen sie großen Wert auf Bildung. Absolventin der Universität von Kalifornien in Los Angeles



Kara Andrade / AFP / Getty Images

Native Americans beim „Unthanksgiving Day“ im November 2005 auf Alcatraz. Mit dieser Anspielung auf das Erntedankfest von 1621 wollen sie auf das erlittene Unrecht aufmerksam machen.

ten Gebieten mit einer Gesamtgröße von 6,4 Millionen Hektar (etwas weniger als die Fläche von Bayern), die in ihrer Größe, Bodenbeschaffenheit und den vorhandenen Bodenschätzen recht unterschiedlich sind. Siedlungsschwerpunkte sind Oklahoma (252 000 Menschen), Kalifornien (242 000), Arizona (204 000) und New Mexico (134 000). Nach wie vor zeigen die

Statistiken ein beklemmendes Bild der indianischen Befindlichkeit: Unter allen ethnischen Minderheiten besitzt diese Gruppe die höchste Armutsrate (2010 nahezu ein Drittel), die höchste Arbeitslosenquote und die höchste Krankheitsanfälligkeit. Alkohol- und Drogenkonsum sind beträchtlich, die Selbstmordrate ist hoch.

## Religionszugehörigkeiten

Die USA sind das religiöseste Land der westlichen Industriestaaten. Das bestätigen der Prozentsatz an Kirchenmitgliedschaften, die Anzahl der Gottesdienstbesucher sowie Umfrageergebnisse zum Verhältnis zur Religion. Befragungen zufolge räumt die Mehrheit der Bevölkerung der Religion einen wichtigen Stellenwert in ihrem Leben ein. Die in der *Bill of Rights* garantierte Religionsfreiheit praktizieren die US-Amerikanerinnen und -Amerikaner in mehr als 250 vorwiegend protestantischen oder katholischen Kirchen, aber auch vielen anderen Glaubensgemeinschaften unterschiedlichster Herkunft. Jene Freiheit war ein Motiv für viele religiös verfolgte Gruppen, in die USA auszuwandern. Ebenso wie die Parteien sind die Glaubensgemeinschaften dezentrale, regionale und wenig hierarchisierte Einrichtungen, die fast ausschließlich von ihren Mitgliedern finanziert werden. Eine wie in Deutschland staatlich eingezogene Kirchensteuer ist in den USA wegen der historisch gewachsenen strikten Trennung zwischen Staat und Kirche undenkbar. Die meisten Kirchen engagieren sich in sozialen Aufgaben der jewei-

ligen Gemeinden, kümmern sich um die Notleidenden in ihrem Umfeld und bemühen sich um die Verbesserung der Lebensbedingungen von Minderheiten.

In der Religionsgeschichte der Vereinigten Staaten kam es immer wieder zu Erweckungs- und Erneuerungsbewegungen, hauptsächlich innerhalb des anglo-amerikanischen Protestantismus. Dieses seit dem 18. Jahrhundert wiederkehrende Phänomen war Ausdruck konservativer Gegenströmungen zu den Kräften der Modernisierung. Verbunden mit einer Wiederbelebung des individuellen Gotteserlebnisses waren diese Bewegungen gleichzeitig ein Protest gegen eingefahrene kirchliche Praktiken und Hierarchien. Oft wurden sie von Laienpredigern ausgelöst, die schnell an Popularität und Zulauf gewannen.

Im 20. Jahrhundert setzten dann Prediger wie der Baptist Billy Graham erstmalig die modernen Medien zur Verbreitung ihres Glaubens und genereller Evangelisation ein. Seit den 1980er-Jahren existiert auch das Phänomen der *electronic church* mit den sogenannten Fernsehevangelisten, die



Godong / UIG via Getty Images

Amerika glaubt – dies zeigt sich in der Vielfalt der religiösen Gemeinschaften und der regen Teilnahme an deren Angeboten. Sonntagsgottesdienst in einer Baptistenkirche 2009



eigene Sender betreiben und in bestimmten Regionen, insbesondere den Südstaaten, erheblichen politischen Einfluss besitzen.

Die letzte Untersuchung zur „religiösen Landschaft“ in den USA, durchgeführt vom *Pew Research Center* 2008, belegt die Vielzahl von Religionsgemeinschaften, zeigt aber auch eine extreme Fluktuation. 78,4 Prozent der Befragten gaben an, dem christlichen Glauben anzugehören. 28 Prozent der Erwachsenen haben die Glaubenszugehörigkeit ihrer Kindheit verlassen, sich einer anderen zugewandt oder sich keiner mehr angeschlossen. Die Untersuchung bestätigt den Trend der letzten Jahre, nach dem die USA bald keine mehrheitlich protestantisch ausgerichtete Nation mehr sein werden. Nur noch knapp mehr als die Hälfte der Befragten fühlt sich den protestantisch orientierten Religionsgruppen zugehörig, deren unzählige Richtungen man in drei Hauptgruppen einteilen kann: evangelikale (26,3 Prozent), dem *mainstream* zuzu-

ordnende (18,1 Prozent) sowie schwarze Kirchen (6,9 Prozent). Einen erheblichen „Nettoverlust“ musste der Katholizismus hinnehmen: Während 31 Prozent aller US-amerikanischen Christen ursprünglich katholisch erzogen wurden, bezeichnen sich heute nur 24 Prozent der erwachsenen Christen als Katholiken. Diese Verluste wären wahrscheinlich ohne Einwanderer aus katholischen Regionen, vor allem Lateinamerika, noch höher; bei den neuen Immigrantengruppen liegt das Verhältnis zwischen Katholiken und Protestanten inzwischen etwa bei zwei zu eins.

Zum jüdischen Glauben zählen sich 1,7 Prozent der Bevölkerung, zum buddhistischen 0,7 Prozent und zum muslimischen 0,6 Prozent. 16,1 Prozent der Bevölkerung stehen keiner bestimmten Konfession nahe; innerhalb dieser Gruppe überwiegen diejenigen mit keinerlei religiöser Bindung; 5,8 Prozent dieser Gruppe ist Religion in ihrem Leben gleichwohl wichtig.

## Zwillinge – Religion und Freiheit in den USA

[...] Die Rolle von Glaube und Religion in der heutigen Gesellschaft ist jenes Merkmal, an dem sich die unterschiedlichen Entwicklungen in Amerika und Europa am klarsten manifestieren: Amerika glaubt – noch immer, Europa glaubt nicht – schon lange nicht mehr. Anders als die meisten Länder Europas haben die Vereinigten Staaten gewissermaßen ihren „Kinderglauben“ behalten: Amerika verstößt gegen das religionssoziologische Grundgesetz, wonach der Prozess der Modernisierung einer Gesellschaft mit einem Prozess der Säkularisierung einhergeht. Der Befund, dass Amerika unter den wohlhabenden und entwickelten Nationen über ein einzigartig vitales religiöses Leben verfügt, ist durch zahlreiche empirische Studien und Umfragen belegt. In den meisten europäischen Staaten sind die Kirchen an Sonntagen nur spärlich besetzt, die Gottesdienstbesucher weisen einen relativ hohen Altersdurchschnitt auf.

Ganz anders in Amerika. Wer an Sonntagen vormittags über das Land oder durch die Vorstädte fährt, sieht vor fast jeder Kirche überfüllte Parkplätze (und an Samstagen vor den Synagogen sowie an Freitagen vor den Moscheen). Es gibt rund 200 christliche Fernsehstationen und gut 1300 christliche Rundfunksender. Die Wochenzeitung „*US News & World Report*“ hat ermittelt, dass es in den Vereinigten Staaten mehr Kirchen, Synagogen, Moscheen und Tempel

pro Einwohner gibt als in jedem anderen Land der Welt: Durchschnittlich kommt ein Gotteshaus auf 865 Einwohner.

Das öffentliche Anrufen Gottes und der Dank an den Allmächtigen ist in Amerika für den Präsidenten wie für Profisportler und Popstars ein herkömmliches Ritual, an dem niemand Anstoß nimmt. Schließlich wird schon in der Unabhängigkeitserklärung ausdrücklich „der Schöpfer“ als Ursprung der unveräußerlichen Rechte auf Leben, Freiheit und Streben nach Glück genannt. Als die puritanischen Pilgerväter mit ihren Schiffen an der Küste Neuenglands landeten, erhofften sie sich Freiheit der Religion in der Neuen Welt nicht im Sinne von Freiheit von der Religion, sondern im Gegenteil als Freiheit für die Religion, nämlich für ihre eigene.

[...] Schon dem moralischen Utopismus der Siedler lag ein Verständnis von Religion zugrunde, das bis heute das religiöse Leben Amerikas prägt – so wie die religionskritische Tradition Europas des 18. und 19. Jahrhunderts das religiöse Leben im Europa von heute prägt. Religion und Freiheit sind in Amerika seit je Zwillingsgeschwister. Denn anders als in der Alten Welt gab und gibt es in der Neuen Welt keine Staatskirchen. Nicht umsonst verbietet der Erste Verfassungszusatz dem Kongress nicht nur, die freie Ausübung der Religion zu untersagen, sondern auch, eine Religion (als die des Staates) zu gründen. [...]

Der erste Verfassungskongress von 1774 begann mit der Verlesung eines Psalms durch einen Pfarrer der Episko-

palkirche. Die Unabhängigkeitserklärung nimmt an vier Stellen auf Gott Bezug – als Schöpfer, als Oberster Richter, als Gesetzgeber und als Herr über die Vorsehung. Selbst Thomas Jefferson, der am stärksten weltlich orientierte Unterzeichner der Unabhängigkeitserklärung, der später eine „Mauer der Trennung zwischen Kirche und Staat“ forderte, war der Überzeugung, dass „keine Nation jemals ohne Religion existiert hat oder regiert wurde – noch dass dies einmal der Fall sein wird“. [...]

Zumal in Zeiten von Krise und Krieg haben amerikanische Präsidenten die Beförderung der Demokratie als Amerikas vornehmste Aufgabe in der Welt beschrieben – und zugleich als Mission im Einklang mit dem Willen Gottes. Der amerikanische Historiker Walter Russell Mead hat daher vom „nationalen Messias-Komplex“ gesprochen: Generationen von Amerikanern und ihre Präsidenten waren und sind der festen Überzeugung, dass die amerikanische Gesellschaftsform, die auf dem Gottesgeschenk der Freiheit beruht, die bestmögliche überhaupt ist und dass die Welt im Ganzen ein besserer Ort wäre, wenn sie amerikanischer würde. Bis heute ist die Ideologie wirkmächtig, wonach die Expansion der amerikanischen Macht in den „Wilden Westen“ und später in der ganzen Welt keine Eroberung gewesen sei, sondern vielmehr die territoriale Ausdehnung einer Heilsmission. [...]

Matthias Rüb, „Gottes Hand in Gettysburg“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 7. Juli 2013

Jörg Nagler

## Vereinigte Staaten und Deutschland

*Der American Way of Life unterscheidet sich stark von europäischen Gepflogenheiten. Mit seinen Prinzipien Freiheit, Gleichheit, Liberalismus und Eigenverantwortlichkeit prägt er die politische Kultur und Wertvorstellungen, die bei Deutschen und Europäern nicht selten auf Erstaunen stoßen.*

Aus deutscher Sicht erscheint kaum ein Land der Welt vertrauter als die Vereinigten Staaten. Die täglich von den Medien vermittelten Bilder und Informationen verharren jedoch häufig an der Oberfläche und bestätigen bereits vorhandene Stereotypen. Zudem werden allzu oft die eigenen historisch-kulturellen Erfahrungen und Maßstäbe auf die USA angewandt, ohne deren Besonderheiten ins Kalkül zu ziehen. Der *American Way of Life* ist jedoch komplexer, als er oberflächlich erscheint, und unterscheidet sich erheblich von den kulturellen Erfahrungen und Gepflogenheiten Deutschlands und Europas.

Die als „amerikanisches Credo“ (*American creed*) bezeichneten Ideale wie Freiheit, Gleichheit, Demokratie, Individualismus, Liberalismus, Eigenverantwortlichkeit sowie Misstrauen gegenüber staatlicher Autorität und Willkür finden in der politischen Kultur der USA allgemeine Zustimmung. Mit welcher Überzeugung diese Werte als „Amerikanismus“ schichtenübergreifend vertreten werden, erregt in Europa immer wieder Erstaunen. Amerikaner hingegen betrachten mit Skepsis das Denken in Hierarchien und den Respekt vor der Obrigkeit, die eher in Europa anzutreffen sind. Das legerere Verhalten, das in den USA in Beziehungen zwischen Vorgesetzten und Untergebenen zu beobachten ist – sei es in Fabriken, Schulen oder Universitäten – verdeutlicht die Wirksamkeit des *American creed* bis ins tägliche Miteinander.

Das schon in der Unabhängigkeitserklärung formulierte „Streben nach Glück“ geht zwar vom Interesse des Individuums aus, schließt aber als Ideal auch das Allgemeinwohl ein. So existiert neben dem Vorbild des *self-made man* oder der *self-made woman*, die ihr Leben durch harte Arbeit verbessern, parallel das Ideal der gemeinnützigen Unterstützung Hilfsbedürftiger. Dies erklärt unter anderem das hohe Ausmaß freiwilliger Mitarbeit in Wohlfahrtsorganisationen sowie das große private Spendenaufkommen für sozial Minderprivilegierte. Gleichzeitig sind diese Aktivitäten aber auch Ausdruck der allgemeinen Auffassung, dass nicht der Staat, sondern der Einzelne für das Gemeinwohl sorgen sollte: Angelegenheiten, die in Europa von einem Beam-



Getty Images / William Thomas Cain

*Nach wie vor sind die allermeisten Amerikanerinnen und Amerikaner von der Einzigartigkeit ihres demokratischen „Experiments“ überzeugt und zeigen dies auch: beflaggtes Haus in New Jersey.*

tenapparat „verwaltet“ werden, nehmen in den USA häufig Privatpersonen oder -institutionen in die Hand.

Auch in puncto Einwanderung unterscheiden sich die USA von Deutschland und Europa. Die USA sind ein Einwanderungsland par excellence; im Unterschied zu den europäischen Nationen verdanken sie der Einwanderung ihre Existenz. Mit Ausnahme der Urbevölkerung sind alle US-Amerikanerinnen und -Amerikaner selbst Nachfahren von Eingewanderten, zumeist aus England, Deutschland, Irland, Asien, Lateinamerika oder – im Zuge gewaltsamer Deportation – aus Afrika. Unzählige ethnische Gruppen bilden eine Vielfalt unterschiedlichster Kulturen, die alle im „melting pot“ USA ihre Spuren hinterließen bzw. weiterhin hinterlassen.

Heute wird das Symbol des „Schmelztiegels“ im Sinne einer eher kulturell-pluralistischen Auffassung zunehmend durch den Vergleich mit einer „Salatschüssel“ ersetzt, in welcher eher lose verbundene ethnische Gruppen existieren, die zusammen die Identität der USA ausmachen.

Deutsche, die zum ersten Mal in die USA reisen, registrieren oft mit Erstaunen den ausgeprägten amerikanischen Patriotismus, den die allorts wehenden Fahnen und andere Symbole des Nationalstolzes auch im Alltag vor Augen führen. Der seit der Staatsgründung bestehende feste Glaube der Bevölkerung an die Einzigartigkeit ihres demokratischen „Experimentes“ bleibt nach wie vor unerschütterlich; er spricht nicht nur aus politischen Reden, allen voran des Präsidenten, sondern wird auch in Predigten und vielen öffentlichen Kommentaren und Diskussionen deutlich. Hierauf gründet sich das Phänomen der amerikanischen „Zivilreligion“ (*civil religion*), die das Politische mit einer quasi religiösen Komponente unterlegt.

Der ungebrochene Nationalstolz geht allerdings einher mit einem nicht gerade ausgeprägten Interesse an fremden Ländern. Kenntnisse über Deutschland und Europa sind in breiten Bevölkerungsschichten der USA nur relativ gering vorhanden. Wenn etwas über Deutschland berichtet oder in Filmen the-



matisiert wird, dann sind es häufig noch immer der Nationalsozialismus und der Holocaust bzw. neonazistische Ausschreitungen gegenüber ausländischen Personen. Andererseits wird Deutschland in Umfragen als zuverlässig demokratisches Land mit vielen sozialen Errungenschaften eindeutig positiv bewertet.

In Deutschland existiert neben einer überwiegend positiven Einschätzung der USA auch die Tradition des „Anti-Amerikanismus“, dessen Wurzeln bereits im 19. Jahrhundert liegen. Grundlegender Tenor dieser Sichtweise ist der Vorwurf, die Menschen dort seien allzu materialistisch veranlagt, kulturlos und oberflächlich und wollten die Welt im Sinne ihrer Kultur amerikanisieren. Allerdings werden und wurden diese auch in anderen Ausprägungen vorkommenden Stereotypen immer von einer intellektuellen Minderheit vertreten.

Fest steht, dass Deutschland, insbesondere das vormalige Westdeutschland, im 20. Jahrhundert politisch, wirtschaftlich und kulturell stark durch die Vereinigten Staaten geprägt worden ist. In beiden Weltkriegen war das militärische Eingreifen der USA entscheidend, und nach dem Zweiten Weltkrieg sorgte das langfristige US-amerikanische Engagement dafür, dass Deutschland seinen Weg zurück in die westliche demokratische Gemeinschaft fand. Das Verhältnis beider Nationen wird – trotz der im 21. Jahrhundert auftretenden Konflikte wie jener um den Irak-Krieg oder in jüngster Zeit die NSA-Affäre – auch in Zukunft kooperativ und konstruktiv bleiben. Wichtig wird dabei die Bereitschaft sein, gegenseitige Toleranz bei möglicherweise konkurrierenden Ansichten zu üben. Eine solide Kenntnis der historisch gewachsenen Eigenarten des jeweils anderen Landes ist dabei hilfreich.

## Literaturhinweise

Adams, Willi Paul: Die USA im 20. Jahrhundert, 2. Aufl. / aktualisiert und um einen Nachtr. zur Bibliographie erg. von Manfred Berg, München 2008, 302 S.

Atkinson, Robert u. a.: Worse Than The Great Depression: What Experts Are Missing About American Manufacturing Decline, Washington, D.C.: The Information Technology & Innovation Foundation, März 2012, [www2.itif.org/2012-american-manufacturing-decline.pdf](http://www2.itif.org/2012-american-manufacturing-decline.pdf)

Behringer, Jan / Kowall, Nikolaus: Außenhandel der USA. Eine regionale und sektorale Analyse, IMK Report 85, Juli 2013, [www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_report\\_85\\_2013.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_85_2013.pdf)

Belasco, Amy: The Cost Of Iraq, Afghanistan, And Other Global War On Terror Operations Since 9/11, 29.3.2011, CRS Report for Congress, S. 3, 10, [www.fas.org/srgp/crs/natsec/RL33110.pdf](http://www.fas.org/srgp/crs/natsec/RL33110.pdf)

Berg, Manfred: Geschichte der USA, München 2013, 233 S.

Bierling, Stephan: Geschichte der amerikanischen Außenpolitik. Von 1917 bis zur Gegenwart, 3., durchges. und erw. Aufl., München 2007, 279 S.

Böller, Florian / Wilzewski, Jürgen (Hg.): Weltmacht im Wandel. Die USA in der Ära Obama, Trier 2012, 319 S.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hg.): Die Renaissance des produzierenden Gewerbes in den USA – Schein oder Sein?, in: Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Monatsbericht Juli 2013, S. 22-28, [www.bmwi.de/Dateien/BMWi/PDF/Monatsbericht/schlaglichter-der-wirtschaftspolitik-07-2013.property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf](http://www.bmwi.de/Dateien/BMWi/PDF/Monatsbericht/schlaglichter-der-wirtschaftspolitik-07-2013.property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf)

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb: Reihe Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ): USA (APuZ 51-52/2011), 11. September 2001 (APuZ 27/2011); online verfügbar unter: [www.bpb.de/apuz/](http://www.bpb.de/apuz/)

Dies.: Reihe Informationen zur politischen Bildung (IzPB): Das politische System der USA (Nr. 320), Bonn 2013, 64 S.; online verfügbar unter: [www.bpb.de/izpb](http://www.bpb.de/izpb)

Dies.: Reihe Was geht? Gossip Girl oder Burger-King. Das Heft zum American Way of Life

Braml, Josef: Der amerikanische Patient – Was der drohende Kollaps der USA für die Welt bedeutet (bpb-Schriftenreihe Bd. 1237), München 2012, 222 S.

Czempel, Ernst-Otto: Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen, München 2003, 229 S.

Depkat, Volker: Geschichte Nordamerikas: eine Einführung, Köln 2008, 341 S.

Dippel, Horst: Geschichte der USA, 9., überarb. und aktualisierte Aufl., München 2010, 143 S.

Dröge, Susanne / Westphal, Kirsten: Schiefergas für ein besseres Klima?, Berlin Juli 2013 (SWP-Aktuell 44/2013), [www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2013A44\\_dge\\_wep.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2013A44_dge_wep.pdf)

Eichengreen, Barry: Exorbitant Privilege: The Rise And Fall Of The Dollar And The Future Of The International Monetary System, New York 2011, 240 S.

Etges, Andreas und Fluck, Winfried (Hg.): American Dream? Eine Weltmacht in der Krise, Frankfurt 2011, 290 S.

Falke, Andreas: „No Ado About Nothing: Obama’s Trade Policies After One Year“, in: 2011 European Yearbook of International Economic Law, C. Herrman / J.P. Terhechte (Hg.), Heidelberg, S. 137-149

Franklin, John Hope / Moss, Alfred A.: Von der Sklaverei zur Freiheit: die Geschichte der Schwarzen in den USA, übers. von Angela Adams, Berlin 1999, 864 S.

Gellner, Winand / Kleiber, Martin: Das Regierungssystem der USA – eine Einführung, 2., vollst. überarb. und erw. Aufl., Baden-Baden 2012, 304 S.

Greiner, Bernd: 11. September – Der Tag, die Angst, die Folgen (bpb-Schriftenreihe Bd. 1149), München 2011, 280 S.

Ders.: Krieg ohne Fronten: die USA in Vietnam, Hamburg 2007, 595 S.

Haas, Christoph M. / Jäger, Wolfgang (Hg.): What A President Can – Barack Obama und Reformpolitik im Systemkorsett der USA, Baden-Baden 2012, 220 S.

Hack, Joachim (Hg.): Das große Buch der Indianer, Bonn 2008, 448 S.

Hank, Rainer: Der amerikanische Virus – Wie verhindern wir den nächsten Crash? (bpb-Schriftenreihe Bd. 796), München 2009, 239 S.

Heideking, Jürgen / Mauch, Christof (Hg.): Geschichte der USA, 6., überarb. und erw. Aufl., Tübingen / Basel 2008, 536 S.

Heuzeroth, Thomas: „Die größten IT-Unternehmen der Welt im Check“, in: Welt.de, 23.12.2012, [www.welt.de/wirtschaft/webwelt/article112200955/Die-groessten-IT-Unternehmen-der-Welt-im-Check.html](http://www.welt.de/wirtschaft/webwelt/article112200955/Die-groessten-IT-Unternehmen-der-Welt-im-Check.html)

Hils, Jochen / Wilzewski, Jürgen / Wolf, Reinhard (Hg.): *Assertive Multilateralism And Preventive War. Die Außen- und Weltordnungspolitik der USA von Clinton zu Obama aus theoretischer Sicht*, Baden-Baden 2012, 388 S.

Hüsch, Hanni: *USA: Washington wählt Berlin – der (be)wundernde Blick über den Atlantik*, in: Hanni Hüsch (Hg.): *So sieht uns die Welt* (bpb-Schriftenreihe Bd. 1360), Bonn 2013, S. 87-102

Junker, Detlef: *Power and Mission. Was Amerika antreibt*, Freiburg 2003, 191 S.

Klüver, Reymar / Wernicke, Christian: *Amerikas letzte Chance – Warum sich die Weltmacht neu erfinden muss*, Berlin 2012, 351 S.

Klumpjan, Helmut: *Die amerikanischen Parteien: Von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Opladen 1998, 654 S.

Kopczuk, Wojciech / Saez, Emmanuel / Song, Jae: *Uncovering The American Dream: Inequality And Mobility In Social Security Earnings Data Since 1937*, NBER Working Paper No. 13345, 2007, [www.nber.org/papers/w13345.pdf?new\\_window=1](http://www.nber.org/papers/w13345.pdf?new_window=1)

Lösche, Peter (Hg.): *Länderbericht USA* (bpb-Schriftenreihe Bd. 690), 5., aktualisierte und neu bearbeitete Auflage, Bonn 2008, 839 S.

Ders. / Ostermann, Anja (Hg.): *Die Ära Obama. Erste Amtszeit* (bpb-Schriftenreihe Bd. 1290), Bonn 2012, 224 S.

Marschall, Christoph von: *Was ist mit den Amis los? Warum sie an Barack Obama hassen, was wir lieben*, Freiburg i. Br. 2012, 260 S.

Mauch, Christof: *Die 101 wichtigsten Fragen – Amerikanische Geschichte*, München 2008, 176 S.

Ders. (Hg.): *Die amerikanischen Präsidenten: 44 historische Portraits von George Washington bis Barack Obama*, 6., fortgeführte und aktualisierte Auflage, München 2013, 529 S.

Ders. / Patel, Kiran Klaus (Hg.): *Wettlauf um die Moderne. Die USA und Deutschland von 1890 bis heute* (bpb-Schriftenreihe Bd. 1715), Bonn 2008, 480 S.

Ders. / Wersich, Rüdiger B. (Hg.): *USA-Lexikon: Schlüsselbegriffe zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Geschichte und zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen*, 2., völlig neu bearb. und wesentlich erw. Aufl., Berlin 2013, 1334 S.

McAlinden Sean P. / Chen Yen: *After The Bailout: Future Prospects For The U.S. Auto Industry*, Center For Automotive Research: Ann Arbor, December 2012, [www.cargroup.org/?module=Publications&event=Download&pubID=98&fileID=109](http://www.cargroup.org/?module=Publications&event=Download&pubID=98&fileID=109)

McPherson, James: *Für die Freiheit sterben: die Geschichte des amerikanischen Bürgerkrieges*, München 1988, 1003 S.

Mildner, Stormy-Annika / Rytz, Henriette / Thimm, Johannes: *State Of The Union. Innenpolitische und binnenwirtschaftliche Herausforderungen für die Führungsrolle der USA in der Welt*, Berlin Juli 2012 (SWP-Studie 16/2012), [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2012\\_S16\\_mdn\\_ryz\\_tmm.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2012_S16_mdn_ryz_tmm.pdf)

Dies.: *„Die Zählung der Finanzmärkte – Barack Obamas Reform der Finanzmarktregulierung und -aufsicht“*, in: Christoph M. Haas / Wolfgang Jäger (Hg.), *What a President Can – Barack Obama und Reformpolitik im Systemkorsett der USA*, Baden-Baden 2012, S. 85-112

Dies.: *„Wirtschaft und Handel“*, in: Simon Koschut / Sebastian Kutz (Hg.), *Die Außenpolitik der USA. Theorie-Prozess-Politikfelder-Regionen*, Stuttgart 2012, S. 168-181

Dies. / Knothe, Danko: *Abschied vom Benign Neglect? Auf dem Weg zu einer neuen Finanzmarktforschung in den USA*, Berlin August 2009 (SWP-Studie 20/2009)

Morrison, Wayne M.: *China-U.S. Trade Issues*, CRS Report for Congress, 17.7.2013, Summary, [www.fas.org/spp/crs/row/RL33536.pdf](http://www.fas.org/spp/crs/row/RL33536.pdf)

Müsgens, Felix / Seeliger, Andreas: *„Schwerpunktthema: Nicht-konventionelle Erdgasvorkommen in den USA und ihre Auswirkungen auf Europa“*, in: *Energie für Deutschland 2013*, Weltenergieerat – Deutschland, Mai 2013, S. 7-31, [www.worldenergy.org/documents/30739\\_dnk\\_energie\\_final\\_72dpi.pdf](http://www.worldenergy.org/documents/30739_dnk_energie_final_72dpi.pdf)

Nagler, Jörg: *Abraham Lincoln. Amerikas großer Präsident*, 2. Aufl., München 2013, 464 S.

Ders. (Hg.): *Nationale und internationale Perspektiven amerikanischer Geschichte*, Frankfurt am Main 2002, 266 S.

Ders.: *Nationale Minoritäten im Krieg: „feindliche Ausländer“ und die amerikanische Heimatfront während des Ersten Weltkrieges*, Hamburg 2000, 757 S.

Pommerin, Reiner / Fröhlich, Dorothee / Fröhlich, Michael (Hg.): *Quellen zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen*, Bd. 1: 1776-1917, Bd. 2: 1917-1963, Bd. 3: 1964-1990, Darmstadt 1996/1998

Rajan, Raghuram G: *Fault Lines: How Hidden Fractures Still Threaten the World Economy*, Princeton 2010, 272 S.

Sautter, Udo: *Die Vereinigten Staaten. Daten, Fakten, Dokumente*, Tübingen/Basel 2000, 217 S.

Schambeck, Herbert / Widder, Helmut / Bergmann, Marcus: *Dokumente zur Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika*, 2., erw. Aufl., Berlin 2007, 951 S.

Scheuplein, Christoph: *Unternehmerischer Anti-Kollektivismus und der Niedergang der US-amerikanischen Automobilindustrie*, in: Christoph Scheuplein / Gerald Wood (Hg.), *Nach der Weltwirtschaftskrise: Neuanfänge in der Region?*, Berlin und Münster 2011, S. 181-227 [www.uni-muenster.de/imperia/md/content/geographie/mitarbeiter/scheuplein/scheuplein\\_antikollektivismus22022011.pdf](http://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/geographie/mitarbeiter/scheuplein/scheuplein_antikollektivismus22022011.pdf)

Schott, Jeffrey J.: *Understanding The Trans-Pacific Partnership*, PIIE, 19.6.2012, [www.pii.com/publications/papers/schott20120619ppt.pdf](http://www.pii.com/publications/papers/schott20120619ppt.pdf)

Sommers, Dixie / Franklin, James C.: *Employment Outlook: 2010-2020. Overview Of Projections To 2020*, BLS Monthly Labor Review, January 2012, S. 11, [www.bls.gov/opub/mlr/2012/01/artifull.pdf](http://www.bls.gov/opub/mlr/2012/01/artifull.pdf)

Stocker, Frank: *„USA gewinnen einstige industrielle Macht zurück“*, in: *Die Welt* (online), 14.2.2013, [www.welt.de/finanzen/article113617607/USA-gewinnen-einstige-industrielle-Macht-zurueck.html](http://www.welt.de/finanzen/article113617607/USA-gewinnen-einstige-industrielle-Macht-zurueck.html)

Stöver, Bernd: *United States of America: Geschichte und Kultur. Von der ersten Kolonie bis zur Gegenwart*, München 2012, 763 S.

Tasci, Murat: *„Unemployment And The Great Recession“*, in: *Forefront*, 2 (Herbst 2011) 3, S. 14-16, [www.clevelandfed.org/forefront/2011/fall/pdf/ff\\_2011\\_fall.pdf](http://www.clevelandfed.org/forefront/2011/fall/pdf/ff_2011_fall.pdf)

Waechter, Matthias: *Die Erfindung des amerikanischen Westens: die Geschichte der Frontier-Debatte*, Freiburg im Breisgau 1996, 415 S.

Wasser, Hartmut: *Die große Vision: Thomas Jefferson und der amerikanische Westen*, Wiesbaden 2004, 260 S.

## Internetadressen

[www.bea.gov](http://www.bea.gov)

U.S. Bureau of Economic Analysis, enthält diverse Daten zur US-Binnen- und Außenwirtschaft

[www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/167685/50-jahre-i-have-a-dream](http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/167685/50-jahre-i-have-a-dream)

[www.bpb.de/internationales/amerika/usa/](http://www.bpb.de/internationales/amerika/usa/)

[www.bpb.de/shop/zeitschriften/fluter/34599/](http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/fluter/34599/)

[www.bpb.de/politik/wirtschaft/finanzmaerkte/135463/ursachen-der-finanzkrise](http://www.bpb.de/politik/wirtschaft/finanzmaerkte/135463/ursachen-der-finanzkrise)

<http://docsouth.unc.edu/>

Dokumente zur Geschichte der Südstaaten

<http://historymatters.gmu.edu/>

bietet u.a. Zugang zu Primärquellenmaterial und Unterrichtseinheiten zur amerikanischen Geschichte



<http://sunsite.utk.edu/civil-war/warweb.html>

Informationsangebot zum amerikanischen Bürgerkrieg

<http://quod.lib.umich.edu/m/moagr/>

Recherchemöglichkeiten nach Quellen zur US-Sozialgeschichte mit Schwerpunkt um die Bürgerkriegsepoche

[www.archives.gov/](http://www.archives.gov/)

Nationalarchiv der USA

[www.census.gov/](http://www.census.gov/)

Statistische Daten des U.S. Bureau of the Census

[www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/trade.html](http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/trade.html)

Gesellschaft der BRD für Außenwirtschaft und Standortmarketing

[www.naacphistory.org/NAACP/timelineLanding.aspx](http://www.naacphistory.org/NAACP/timelineLanding.aspx)

Informationen über die Bürgerrechtsbewegung auf der Seite der NAACP

[www.piie.com](http://www.piie.com)

Peterson Institute for International Economics

[www.loc.gov/index.html](http://www.loc.gov/index.html)

Library of Congress



## Die Autorinnen und der Autor

**Prof. Dr. Jörg Nagler** war Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut Washington, D.C., Direktor des Kennedy Hauses Kiel und lehrt seit 1999 Nordamerikanische Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Sozial- und Politikgeschichte der USA im 19. und 20. Jahrhundert, Krieg und Gesellschaft in den USA, Immigrationsgeschichte, deutsch-amerikanischer Kulturtransfer und afroamerikanische Geschichte.

**Frau Dr. Stormy-Annika Mildner** war bis Ende 2013 Mitglied der Institutsleitung der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Seit Januar 2014 ist sie Abteilungsleiterin Außenwirtschaft im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Grundsatzfragen der weltwirtschaftlichen Entwicklung sowie der internationalen Handels- und Investitionspolitik, Wirtschaft USA sowie transatlantische Beziehungen.

**Frau Julia Howald**, MPP, war bis Ende 2013 Forschungsassistentin in der Institutsleitung der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Seit Januar 2014 ist sie Referentin beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Ihre Arbeitsschwerpunkte sind die Wirtschaftspolitik der USA und die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft.

## Impressum

### Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309, Internetadresse: [www.bpb.de/izpb](http://www.bpb.de/izpb), E-Mail: [info@bpb.de](mailto:info@bpb.de)

### Redaktion:

Christine Hesse (verantwortlich/bpb), Jutta Klaeren, Magdalena Langholz (Volontärin)

### Außenredaktion und -lektorat:

Eik Welker, Münster

### Titelbild:

KonzeptQuartier® GmbH, Fürth; unter Verwendung von fotolia (fotopro, lazyllama, NiCholas B, rabbit75\_fot); Roy Morsch / agefotostock / Avenue Images; ullsteinbild – Nowosti; [www.bridgemanart.com](http://www.bridgemanart.com)

### Umschlag-Rückseite:

KonzeptQuartier® GmbH, Fürth

### Gesamtgestaltung:

KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny, Schwabacher Straße 261, 90763 Fürth

### Druck:

STARK Druck GmbH + Co. KG, 75181 Pforzheim

### Vertrieb:

IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

### Erscheinungsweise:

vierteljährlich.

ISSN 0046-9408. Auflage dieser Ausgabe: 50 000

### Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

Dezember 2013

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

## Anforderungen

bitte schriftlich an  
Publikationsversand der Bundeszentrale  
für politische Bildung/bpb  
Postfach 501055, 18155 Rostock  
Fax: 03 82 04/66-273 oder E-Mail: [bestellungen@shop.bpb.de](mailto:bestellungen@shop.bpb.de)

Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

**Abonnement-Anmeldungen oder Änderungen der Abonnementmodalitäten** bitte melden an [informationen@abo.bpb.de](mailto:informationen@abo.bpb.de)

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der o.g. bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte (**bitte keine Bestellungen**) steht das Info-telefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-115 von Montag bis Donnerstag zwischen 8.00 Uhr und 16.00 Uhr und freitags zwischen 8.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Verfügung.



# Wie tickt eine Weltmacht?



Erfahren Sie mehr über das politische System der USA

Bestellen Sie das Heft Nr. 320 in unserem Online-Shop unter [www.bpb.de](http://www.bpb.de)

